

**DER KAMPF UM DIE BREMISCHE VERFASSUNG –
VERFASSUNGSRECHT UND VERFASSUNGS-
WIRKLICHKEIT IN DER HANSESTADT
IN DEN JAHREN 1813 BIS 1820**

Inaugural-Dissertation zur Erlangung des
Doktorgrades des Fachbereichs Geschichts-
und Kunstwissenschaften der Ludwig-Maximilians-
Universität zu München

vorgelegt von
HANS G. JANSEN
aus Bremen

Hamburg 1975

**DER KAMPF UM DIE BREMISCHE VERFASSUNG —
VERFASSUNGSRECHT UND VERFASSUNGS-
WIRKLICHKEIT IN DER HANSESTADT
IN DEN JAHREN 1813 BIS 1820**

**Inaugural-Dissertation zur Erlangung des
Doktorgrades des Fachbereichs Geschichts-
und Kunstwissenschaften der Ludwig-Maximilians-
Universität zu München**

**vorgelegt von
HANS G. JANSEN
aus Bremen**

Hamburg 1975

Referent: Prof. Dr. F. Wagner

Korreferent: Prof. Dr. E. Weis

Tag der mündlichen Prüfung: 31.7.1975



Einleitung:

Zur Problemstellung, Literatur und Methode

I. TEIL

Zum Begriff des Staats und des Bürgers

1. Das Problem des bremischen Staatsgebietes und der Staatsbürgerschaft

II. TEIL

Bremens Verfassung nach der Befreiung

2. Politische Entscheidungen und konstitutionelle Weichenstellung im November 1814

- a. Die Erklärung des Generalmajor von Tettenborn nach der Auflösung der französischen Verwaltung (6.11.1813)
- b. Die Senatspolitik der ersten Stunde
- c. Das Legitimitätsproblem der wiedererstandenen Exekutive

3. Die rechtliche und ideologische Grundlage der Senatsherrschaft

- a. Begriff und Bedeutung der "alten Verfassung"
- b. Die Begründung der Rats Herrschaft durch "Alte" und "Neue Eintracht"
- c. "Competierende bürgerliche Jura, Privilegia und Befugnisse"

4. Die innen- und außenpolitische Herausforderung der neuetablierten Senatspartei

- a. Forderungen und Interessenslage des Bürgerkonvents im März 1814
- b. Die unteren Stände und die Verfassung
- c. Die alliierten Truppen und der preußische Verwaltungsrat

III. TEIL

Verfassung und Gesellschaft

5. Ideen und Initiativen unterhalb der staatlichen Ebene

IV. TEIL

Ansätze zur Verfassungs-Reform und deren Scheitern

6. Gescheiterte und vertagte Reformvorstellungen und -projekte in den Jahren 1813 und 1814
 - a. Der "kommissarische Bericht" des Senatsausschusses
 - b. Der Versuch einer "bürgerlichen" Alternative
 - c. Der "Hauptbericht" vom 28.10.1814 als Kompromiß zwischen Senat und Bürgerschaft
 - d. Die Infragestellung des Kompromisses

7. Die politischen Einflüsse der Alliierten und das Wiedererstarken des Senats 1814
 - a. Die Alliierten und die erste Phase der diplomatischen Aktivität des Senats
 - b. Smidts Mission im Frühjahr 1814 und deren konstitutionelle Bedeutung
 - c. Vorbereitungen zum Wiener Kongress und die Rückwirkungen der Diplomatie auf die Innenpolitik

8. Die Modifikation der Verfassung im Sinne der Restauration
 - a. Der Verlust der Gesamtkonzeption
 - b. Die verschärften Bestimmungen zum Bürgerrecht (1814)
 - c. Militärgesetzgebung und bremische Verfassung (1814-16)
 - d. Restauration und Gerichtsverfassung
 - e. Das Ratsmannswahlgesetz vom 22.3.1816

9. Die Einflüsse des Deutschen Bundes bis zu den Wiener Ministerialkonferenzen 1820
 - a. Bremen, der Pariser Frieden und das Allianztraktat
 - b. Die Bedeutung der Kongressergebnisse für die Hansestadt
 - c. Bremen und der Deutsche Bund bis zu den Karlsbader Beschlüssen (1816-1819)
 - d. Die Wiener Schlußakte und deren konstitutionelle Bedeutung

10. Die letzten konstitutionellen Projekte und der endgültige Abbruch der Verfassungsverhandlungen 1820
 - a. Kleinere Reformen 1816/1817
 - b. Die Neuordnung des Bürgerkonvents vom 14.12.1818
 - c. Die Errichtung des Gemeinsamen Hanseatischen Oberappellationsgerichts (13.11.1820)
 - d. Das Jahr 1820 und der Abbruch der Verfassungsverhandlungen

V. TEIL

Zusammenfassung und Ausblick: Verfassungsrecht und -wirklichkeit zu Beginn der zwanziger Jahre

11. Die zunehmende Ambivalenz der wiederhergestellten Verfassung und die Verschleierung der wahren Machtverhältnisse
12. Die politischen und sozialen Folgen der gescheiterten bremischen Verfassungsreform

ANHANG:

Quellen- und Literaturverzeichnis

Von der oft lächerlichen Eitelkeit unserer Censurbehörde gibt die Streichung der Sylbe — ti — einen neuen lehrreichen Beleg. Es stand nämlich kürzlich im „Unterhaltungsblatt“ Folgendes, wozu die Censurbehörde ihr Visum erteilt hatte: „Höchst merkwürdige, aus dem Leben gegriffene Geschichte, wobei indeß die Geduld der Leser nicht ermüden darf:

Conz

Fortsetzung folgt.“

Man wußte nicht, was Selbes zu bedeuten hatte, las indeß in der darauf folgenden Nummer:

„ti“

Fortsetzung folgt.“

Etwas heller sah man, die Censur schien aber noch nichts Barges zu wittern, die darauf folgende Nummer brachte:

„tu“

Fortsetzung folgt.“

Es begriff nun ein Jeder, worauf das Ding zieler, wartete, und sah mit obiger Ueberschrift die Sylben ti und on — also das ganze Wort Constitution, höchst veräpönt bei unserer Censur, welche alles darauf Bezughabende, auch wenn ein Aufsatz noch so unschuldig ist, unerbittlich streicht; aber die Sylbe ti erschien nicht, und man hörte, daß selbe vom Censor gestrichen sei, da dann die Sylbe on folgen werde, wodurch er dann das Wort Constitution, freislich in fünf Nummern eines Localblattes, geduldet hatte, das, meinte der Censor, wäre doch zu arg, könnte ihm bei den übrigen Mitgliedern des Senats Unannehmlichkeiten und Verweise zuziehen, daher legte er seine Schere an die kleine Sylbe ti. —

Korrespondenzbericht über die
bremische Pressezensur
("Der Komet", Leipzig, 9.3.1835)



Digitized by the Internet Archive
in 2026

EINLEITUNG

Zur Problemstellung, Literatur und Methode

Anläßlich der Feier zum Smidt-Jubiläum im November 1973 betonte der Göttinger Historiker v. Thadden mit Blick auf das Jahr 1813, die Stadtstaaten hätten in dem Umfeld konstitutioneller Monarchien und in einer Zeit, deren Hauptanliegen die Wiederherstellung von "Ruhe und Ordnung" gewesen sei, bereits aufgrund ihrer bloßen staatlichen Existenz eine politische Herausforderung erster Ordnung dargestellt: jedes "Überziehen von Reformen" habe "unweigerlich zum Rückschlag" führen müssen. Insofern habe Smidt, der dem Reformeifer der Zeitgenossen kritisch bis abwartend gegenüberstand, eben dank dieser politischen Grundhaltung die "bremische Unabhängigkeit zu wahren geholfen" und die "Offenheit für die Zukunft" garantiert.¹⁾

Hat er das wirklich? Diese These v. Thaddens ist sicherlich nicht falsch, jedenfalls schwer widerlegbar. Sie ist aber auch alles andere als neu, führt sie doch kaum über die schon bekannten Standpunkte Duntzes,²⁾ v. Bippens³⁾, Entholts⁴⁾ und Schulze-Smidts⁵⁾ hinaus, die allesamt mit Nachdruck auf die begrenzten Möglichkeiten der hanseatischen Politik nach 1813 hinwiesen. Offen hingegen bleibt bis heute die entscheidende Frage, w o genau jene Grenze verlief, die es im Interesse der Eigenständigkeit um jeden Preis zu meiden galt, w i e groß eigentlich der Spielraum war, der Bremen für eine liberale Politik zur Verfügung stand.

Schlüssige, allgemein befriedigende Antworten auf diese P r o b l e m a t i k werden sich nur schwer finden lassen. Teillösungen erscheinen hingegen möglich, indem man die sehr komplexe Fragestellung eingrenzt und im einzelnen untersucht,

- ob die von republikanischem Selbstverständnis geprägte Hansestadt ihren Bürgern tatsächlich weitgehend verfassungsmäßige Rechte, größeren Schutz der persönlichen Freiheit und gerechtere soziale Ausgangsbedingungen bot, als die monarchistischen Staaten in ihrer Nachbarschaft dieses taten,
- ob die in der Situation des Jahres 1813 liegenden Möglichkeiten zur Demokratisierung auch wirklich konsequent genutzt wurden oder ob die Systemzwänge der Restauration als willkommener Vorwand für eine nach rückwärts gerichtete, auf den Erhalt überkommener Privilegien abzielende Verfassungspolitik diente,
- schließlich ob die angeblich liberale bremische Verfassungstradition eine zu belegende historische Tatsache oder nichts als eine schmeichelhafte, seit Generationen tradierte und kultivierte Legende darstellt.

Ein Studium der S e k u n d ä r l i t e r a t u r zeigt, daß kritische Fragen weitgehend verschüttet wurden. Die Entwicklung ist bis auf v.Bippen zurückzuführen, der sich in seinem im Jahre 1904 erschienenen Standardwerk zur bremischen Geschichte voll den Smidtschen Standpunkt zueigen machte, die alte, auf einzelne Ratsstatute aus dem 15. und 16. Jahrhundert zurückgehende Verfassung sei am 6.11.1813 - nach dem Abzug der französischen Verwaltung - ohne weiteres "~~w~~ieder in Geltung getreten" ⁶⁾. In Fortführung v.Bippens formulierte Müller noch eindringlicher: "Man war froh, daß der Stadt die alte Verfassung wiedergegeben war. Forderungen nach einer gänzlichen Änderung der Verfassung und der alten Einrichtungen wurden nicht gestellt"(sic) ⁷⁾. Ähnliche Versionen halten sich in dieser oder jener Form bis auf den heutigen Tag. ⁸⁾ Dabei bedarf es - von weiteren, schwer zugänglichen Quellen ganz abgesehen - nur eines flüchtigen Blicks auf die Bürgerkonventsprotokolle um festzustellen, daß sich die Bürgerschaft

eben keineswegs mit der Wiedereinführung der "alten Verfassung" abfand, sondern prinzipielle Änderungen verlangte ⁹⁾, weshalb die Restauration in Bremen durchaus nicht so konflikt- und problemlos verlief, wie der Senat dieses aus ideologischen Gründen glauben machen wollte.

Eine kritische, neuere Untersuchung zur bremischen Verfassungsgeschichte wurde unlängst von Biebusch für die Jahre 1848 bis 1854 vorgelegt ¹⁰⁾. Für die nicht minder wichtige Epoche zwischen 1813 und 1820 existiert eine solche nicht; man ist hier noch immer auf die älteren, sehr allgemein gehaltenen Standardwerke zur bremischen Geschichte ¹¹⁾ sowie den Längsschnitt durch die Verfassungsgeschichte von Müller angewiesen. An neueren Arbeiten, die Orientierungspunkte setzen können, sind die Studien von Hiemisch ¹³⁾, Duwe ¹⁴⁾, Schwarz ¹⁵⁾, Dammann ¹⁶⁾ und Festerling ¹⁷⁾ hervorzuheben, hervorragende Untersuchungen zu Einzelfragen, die die verfassungsgeschichtliche Problematik indes nur peripher berühren.

Die zur Disposition stehende Epoche ist zeitlich nach vorn und hinten scharf begrenzt. Sie beginnt mit der Wiedereinsetzung der bremischen Verwaltung am 6.11.1813, womit eo ipso die Verfassungsfrage aufgeworfen war; sie endet mit dem Abbruch der sieben Jahre lang intensiv geführten Verfassungsdiskussion am 28.7.1820 - die letzte Konsequenz der in Karlsbad gefaßten Beschlüsse. In der Folgezeit sind Reformeifer und das Bestreben, der Hansestadt eine zeitgemäße Konstitution zu geben, für mehr als zehn Jahre tot: einzelne Unruhen ereignen sich erst wieder in den dreißiger Jahren im Gefolge der Julirevolution ¹⁸⁾; in vollem Umfang erlebte die Verfassungsdiskussion jedoch erst in dem genannten Zeitraum von 1848 bis 1854 eine Neuauflage.

Die Jahre zwischen 1813 und 1820 zeigen eine Vielzahl objektiver und subjektiver Möglichkeiten und ein nur schwer zu entleuchtendes Knäuel kausaler Wirkungsbeziehungen¹⁹⁾: der bremische Stadtstaat, seit alters "republikanisch", territorial überschaubar und dank weltweiter Handelsbeziehungen von "kosmopolitischer Bestimmung" (Smidt) hätte günstigstenfalls die Chance gehabt, zur Speerspitze einer liberalen Entwicklung in Deutschland zu werden. Er konnte, wie von den Zeitgenossen nicht ganz zu Unrecht befürchtet, schlimmstenfalls aber auch auf dem Wiener Kongress ohne weiteres gegen den ausgesprochenen Willen der Bürger vernichtet und unter Verlust seiner Identität sang- und klanglos in einen der mächtigeren Staaten des Bundes integriert werden.²⁰⁾ Dazwischen lag eine Fülle denkbarer Perspektiven.

Der methodische Ansatz zur Erfassung dieser Epoche hat von dem Gegensatz zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit auszugehen; der demokratisch-republikanische Anspruch des Senats, gegründet auf zwei perennierende Ratsstatute, die "Alte Eintracht" des Jahres 1133 und die "Neue Eintracht" von 1534, und die Verfassungswirklichkeit der nachnapoleonischen Zeit standen sich oft völlig unvermittelt gegenüber. Das so bezeichnete "alte Recht" war ein Anachronismus per se und schuf in seinem Gefolge immer neue Anachronismen im Rechtswesen, der Verwaltung und auch der Legislative. Dieses bedeutete eine ständige Herausforderung all jener Kräfte, die politisch nicht nach rückwärts, sondern nach vorn orientiert waren. Die hieraus resultierende Auseinandersetzung soll im folgenden dargelegt werden, wobei die Auswahl der Quellen so angelegt ist, daß nicht allein der offiziöse Standpunkt des Senats, sondern auch der seiner Kontrahenten zur Geltung kommt.

ERSTER TEIL:

ZUM BEGRIFF DES STAATS UND DES BÜRGERS

1. Das Problem des bremischen Staatsgebietes und der Staatsbürgerschaft

Es ist vorab zu klären, was unter dem bremischen Staate, was unter einem bremischen Bürger zu verstehen war. Die beiden Begriffe sind derart vielschichtig, daß terminologische Mißverständnisse kaum auszuschließen sind; gab es doch im Jahre 1813 weder ein einheitliches Staatsgebiet noch eine Staatsbürgerschaft ¹⁾, die über jeden Zweifel erhaben war. Hinzu kam, daß zwischen 1803 und 1813 Verschiebungen und Veränderungen eingetreten waren, die die allgemeine Verwirrung noch steigerten.

-I-

Spricht man von dem bremischen S t a a t s g e - b i e t, so ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen der Stadt Bremen und dem bremischen Landgebiet ²⁾. Doch auch die Stadt Bremen war wiederum kein einheitliches Gebilde. Das Kerngebiet - jenes Areal, das bis zum Jahre 1814 allein das politische Leben der Wesermetropole bestimmte - war die A l t s t a d t, der Sitz der bremischen Kaufmannschaft, der Regierungs- und Verwaltungsbehörden sowie der vier Kirchspiele St. Martini, Unser Lieben Frauen, St. Ansgarii und St. Stephani, die gleichzeitig die Organisationseinheiten für den Bürgerkonvent darstellten. Gebietsmäßig war die Altstadt sehr genau festgelegt: sie war im Süden durch die Weser, im Norden, Osten und Westen durch die Stadtbefestigungen (genauer: durch den Wallgraben) begrenzt ³⁾.

Südlich der Weser, ebenfalls durch ein ausgedehntes Befestigungswerk scharf abgegrenzt, schloß sich die N e u s t a d t an, ein Gebiet, das an Ansehen, Tradition aber auch an Rechten und Privilegien hinter der Altstadt zurückstand. Zwar erhielt eine Reihe von Neustädtern im Jahre 1814 erstmals Zutritt zum

Bürgerkonvent, doch schloß das Neustädter Bürgerrecht auch weiterhin grundsätzlich die "große Handlungsfreiheit" aus ⁴⁾. Wer also "Handel en gros" treiben, Hypotheken- und Devisengeschäfte abwickeln wollte, hatte unter allen Umständen seinen ersten Wohnsitz in der Altstadt zu nehmen. "Die Neustadt war", so schreibt Schaefer, "in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts vor allem ein Wohngebiet minderbemittelter Klassen. Die Häuser waren meist klein und standen in auffallendem Gegensatz zu den breiten, geraden Straßen. Kaufmannshäuser wie in der Altstadt fehlten fast ganz; dagegen wurde damals eine große Anzahl von Fabrikgebäuden angelegt. Im südöstlichen Teil der Neustadt entwickelte sich ein dichtgedrängtes Gänge- und Höfeviertel, in dem Angehörige unterer Bevölkerungsschichten ihren Wohnsitz hatten. Hier war die Armut zuhause, während Bremen sonst keine geschlossenen Stadtteile der Armut und des Elends kannte". ⁵⁾

Neben Alt- und Neustadt unterschied man als dritte municipale Einheit die V o r s t a d t, ein Gebiet, das, vor den Stadttoren gelegen, von Alteingesessenen schon nicht mehr als Stadt im engeren Sinne akzeptiert wurde. Bürger der Neu- und Vorstädte wurden folglich auch verwaltungsrechtlich den "Gästen" zugerechnet; für sie war, wie für die Fremden, ein besonderes Untergericht, das "Gastgericht", zuständig. "Schlechthin galten die Vorstädter nur als 'Butendorsche', d.h. als Außenbürger" ⁶⁾.

Geographisch schlossen sich die Vorstädte nach Norden und Osten unmittelbar an die Altstadt an; ihre äußere Begrenzung ist indessen nur schwer auszumachen. Nach der Karte von Hunkel aus dem Jahre 1837, für die eigens eine auf Katasterunterlagen beruhende Vorstudie angefertigt werden mußte ⁷⁾, verlief die Grenze im Südosten entlang Sielwall und Dobben.

Freie Hansestadt
Bremen 1917
1877



Quelle: Freie Hansestadt Bremen, Bremen 1917
(Original im Staatsarchiv)

Im Nordosten bildete sie die Abgrenzung gegenüber der Bürgerviehweide, im Norden zog sie sich an einer Reihe von Gräben nördlich der Düsternstraße und Utbremerstraße entlang, im Nordwesten wurde sie durch den Kampgraben gebildet.

Die innerhalb dieser Grenzen ansässige Bevölkerung konnte das sogenannte Vorstadtsbürgerrecht erwerben, das zu einem geringeren Hebesatz als das neustädtische vergeben wurde, jedoch nicht unbedingt auch geringeres Sozialprestige verhiess⁸⁾. "Im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts bot die Vorstadt schon vielseitige Beschäftigungsmöglichkeiten, während es hier ursprünglich nur Bauern und Gemüsepächter gegeben hatte. Noch bis um 1850 war der Charakter der Vorstädte noch ausgesprochen ländlich. Hinzu kamen Mauer- und Zimmerleute - kleine Unternehmer, die ihr Handwerk noch selbständig betrieben. In der Ostertorsvorstadt wohnte ein großer Teil der Zigarrehmacher. Mit der Schifffahrt und der Fischerei zusammenhängende Berufe waren besonders in der Stephanivorstadt vertreten. Zahlreiche Fabriken wurden in die Vorstadt gelegt und zogen entsprechend viele Arbeiter nach sich. Die wohlhabende Bevölkerung war hier nur gering vertreten. Ihre Wohnhäuser lagen vornehmlich an der Contrescarpe. Das Bedürfnis nach größerer Bequemlichkeit und nach Sonne und Licht führte aber auch einzelne Angehörige der oberen Stände dazu, ihren Wohnsitz ganz in die Vorstadt zu verlegen oder sich dort für den Sommer eine zweite Wohnung einzurichten"⁹⁾

War das Sozialgefälle zwischen der Altstadt auf der einen und der Neu- und Vorstadt auf der anderen Seite bereits beträchtlich, so ergab sich ein noch größerer Kontrast zwischen Stadt- und L a n d g e b i e t. Das letztere war ohnehin ausgeschlossen, wenn nicht ausdrücklich von Bremen als Staat oder auch dem "Land Bremen" die Rede war: die Landbevölkerung hatte kein



KARTE

der freien Hansestadt

BREMEN

Mit topographischen Veränderungen

C. A. Hansen

1876

Bürgerrecht ¹⁰⁾, war mithin im Bürgerkonvent nicht repräsentiert und besaß auch sonst keine politischen Rechte. Sie konnte nicht einmal einen Protest gegen sie betreffende mißliebige Beschlüsse des Rates artikulieren, da ihr hierfür die personellen und institutionellen Voraussetzungen fehlten.

Zu einem Verfassungskampf, wie er sich in der Stadt Bremen nach 1813 abspielte, konnte es folglich im Landgebiet nicht einmal ansatzweise kommen. Eingeteilt in vier Verwaltungsbezirke oder "Gohe", unterstand das Land vier verschiedenen Gohgrafen, die sowohl oberste Verwaltungsbeamte als auch gleichzeitig Richter der Gohgerichte waren und in dieser Doppelfunktion schlechthin unangreifbar wurden ¹¹⁾.

Ursprünglich vorhandene Selbstbestimmungsrechte und die bis ins Mittelalter zurückreichende Mitwirkung bei der Rechtsfindung, das sogenannte "Goding", waren schon lange vor der französischen Zeit ausgemerzt und von der französischen Besatzung auch keineswegs neu belebt worden ¹²⁾. Die unter der absoluten Oberhoheit des Rates stehende Verwaltung funktionierte infolgedessen sofort nach dessen Wiedereinsetzung reibungslos.

Stellten die Gohe innenpolitisch kaum mehr als einträgliche Staatsdomänen dar, über deren verfassungsrechtliche Belange sowohl der Rat als auch der Bürgerkonvent zur Tagesordnung überging, so war die **t e r r i t o r i a l e A b g r e n z u n g** eben dieses Gebiets ein Politikum erster Ordnung.

Die Grundlage der Grenzziehung war 1802 von der bremischen Diplomatie gleichzeitig in Augsburg und Paris ausgehandelt worden ¹³⁾ und hatte ihren Niederschlag im §27 des Ausburger Plan général vom 9. Oktober 1802 gefunden: "Le territoire de Bremen comprendra le bourg de Veggesack avec dépendances; le Grollande,

le Burghof, le moulin de Hemelingen, les villages de Hastede, Schwaghausen et Vahr; et tous ceux compris entre le territoire actuel et les rivières de Wümme, Leesum, avec tous les droits, bâtiments et revenus dépendants du Duché et Grand Chapitre de Bremen dans son enceinte." ¹⁴⁾

Die H e i n e k e n s c h e Karte von 1806 bestätigt diesen Generalplan vollauf. Sie zeigt neben dem Flecken Vegesack im NW das Gohgericht Werderland mit den Grenzbezirken der Lesumbroker und Grambker Feldmark. Im N schließt sich das Gohgericht Blockland mit dem Niederblockland als Grenze gegen St. Jürgen an. Im NO folgt das Gericht und das Gohgericht Borgfeld, gegen O das Hollerland mit dem Rockwinkler Bulten und Osterholzer Bulten als Ausläufer nach O und dem Dorf und der Feldmark Osterholz nach SO. Zwischen Osterholz und der Weser findet sich nach SO das Gericht Hastede (Hastedt) mit dem Dorf Hastede und der Sebalds Brake (Selbaldsbrück) im äußersten Zipfel. Westlich der Weser war das Gohgericht Oberviehland mit den Dörfern Habenhausen und Arsten, Kirchhuchting, Mittelhuchting und Brokhuchting die Grenze gegen die Grafschaft Hoya. Im NW schloß das Gohgericht Werderland mit Mittelsbühren und Niederbühren den Kreis.

Für die V e r f a s s u n g s g e s c h i c h t e wichtig ist die Tatsache, daß das in der Heinekenschen Karte ausgewiesene bremische Territorium erst im Januar 1803 eine endgültige Gestalt angenommen hatte ¹⁵⁾. Zu diesem Zeitpunkt waren unter massivem französischem Druck von Hannover die Fremdbesitzungen innerhalb der Altstadt, d.h. vor allem die Liegenschaften beim Dom, sowie die Dörfer Hastedt und Schwachhausen, der Hafenort Vegesack, eine Anzahl von Fluren im Blockland und Werderland wie auch die Crollander Feldmark an die Stadt Bremen abgetreten worden ¹⁶⁾. Nach 1813 mußte sich

zwangsläufig die Frage erheben, ob Hannover die nur widerwillig akzeptierte Gebietsabtretung respektieren oder darauf verweisen würde, daß die Regelung letztlich ein Ergebnis beharrlicher bremischer Kollaboration mit dem späteren Gegner von Leipzig gewesen sei ¹⁷⁾.

Das ohnehin heikle Problem der bremischen Frankreichpolitik, das man nach 1813 nur allzu gern der Vergessenheit anheim geben wollte, bekam also noch eine zusätzliche Dimension durch die Gebietsfrage. Der Senat mußte sich im Zuge der Restauration und im Interesse seiner eigenen verfassungsmäßigen Stellung auf den Zustand der vornapoleonischen Zeit berufen, in welchem die territorialen Probleme aber eben durchaus nicht in seinem Sinne gelöst waren. Mit anderen Worten: aus territorialen Rücksichten mußte sich die Restauration in Bremen präzise auf den Zeitraum zwischen 1803 und 1810 beschränken, in dem die französischen Benefizien noch enthalten, die Auflösung der alten Ratsstatute und ständischen Privilegien aber schon ausgeschlossen war.

- II -

Wer um die Jahreswende 1813/14 eigentlich Bremer Bürger war, wer nicht, ist auch heute - mehr als einhundertundfünfzig Jahre später - nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Das Problem ist umso schwieriger, als die damals zuständigen Behörden diesem offenbar selbst hilflos gegenüber standen. Die Unsicherheit und das Durcheinander wurden von offizieller Seite freimütig eingestanden. Es sei erforderlich, hieß es in einem Proklam des Jahres 1814, "genaue Listen aller hieselbst wohnhaften Personen" aufzunehmen, "welche entweder überall nicht im bürgerlichen Nexus stehen, oder zwar hiesige Bürger sind, aber nicht das gehörige Bürgerrecht erworben haben." ¹⁸⁾ Mithin sei ein von Grund auf neues Zivilstandsregister anzulegen, das eine peinlich genaue Personenüberprüfung aller Einwohner der Hansestadt voraussetzte. Unabhängig von Stand und Status sei jeder verpflichtet, den von Haus zu Haus ziehenden Beamten "die verlangte Auskunft zu geben" und "auf Verlangen

durch Vorzeigen des Bürgerzettels die Richtigkeit der Angaben zu bestätigen". 19)

Die Aktion zeigt, daß man generell den Überblick über die unter der französischen Verwaltung entstandene Lage verloren hatte. Dieses ist vordergründig auf den Verlust einzelner Aktenkonvolute zurückzuführen. Tieferliegende Ursachen bestanden freilich darin, daß sich bei der Zuerkennung des Bürgerrechts unterschiedliche und inkommensurable Grundsätze eingeschlichen hatten und daß die Administration vor 1813 darüber hinaus die Bürgerrechtsfrage betont lässig behandelt hatte; die Bremer galten eben in erster Linie als französische "citoyens" und erst in zweiter als Bewohner des "Department der Wesermündungen". 20)

Die Masse der Bevölkerung berührte dieses nach 1813 persönlich nur in geringem Maße. Die Mehrzahl der Bremer bestand nämlich aus A l t b ü r g e r n, d.h. solchen, die schon vor 1810 ihr Bürgerrecht erworben hatten und dieses auch belegen konnten 21). Freilich, durch Vorlage der alten Bürgerbriefe wiesen sich die Bremer entweder als "Altstadtbürger" mit oder ohne "große Handlungsfreiheit" oder nur als "Neustadt"- oder "Vorstadtbürger" aus 22), was wiederum in den neuen Bürgerlisten peinlich genau festgehalten und vermerkt wurde. Die Bürgerrechtsfrage diente also dazu, gleichzeitig mit der Überprüfung der Bevölkerung die Sozialstruktur der vornapoleonischen Zeit zu restituieren und wiederum Klassen mit abgestuften wirtschaftlichen und politischen Rechten und Privilegien ins Leben zu rufen 23).

Offen und ungeklärt blieb das Verhältnis der N e u b ü r g e r zum bremischen Staat. Hatte der Rat vor 1810 bei der Zuwanderung von Fremden allerstrengste Maßstäbe angelegt, um die geschlossenen, im Laufe der Jahrhunderte gewachsenen Kaufmanns- und Handwerkerkreise nicht zu stören und deren Privilegien nicht zu gefährden 24), so lag der französischen

Verwaltung keineswegs am Erhalt dieser ihr gegenüber stets reservierten Eliten. Sie legte deshalb völlig andere Maßstäbe an, gestattete die Zuwanderung in großem Umfang und förderte die Ansiedlung neuer Handwerker und Gewerbebetriebe. Die Praxis der Bürgerrechtserteilung wurde in diesem Zusammenhang geradezu revolutioniert ²⁵⁾. "Bürger" konnten sich nach einer Verordnung vom 22.1.1812 alle Einwohner nennen, die "ein Alter von vollen ein und zwanzig Jahren erreicht" hatten, "ihren politischen Wohnort (domicile politique) ein Jahr lang in einer der Communes des Arrondissement gehabt und den constitutionsmäßigen Eid geleistet" hatten, "womit selbstredend die bei der Vereidigung ihrer Communes mit dem Reiche durch die dazu berufenen Officialen geschehene Eidesleistung gleichgestellt" war ²⁶⁾.

Der neue Rat des Jahres 1813 war politisch einfühlbar genug, diese liberale Regelung nicht von vornherein und grundsätzlich für null und nichtig zu erklären, sondern zunächst einmal abzuwarten ²⁷⁾. Bereits im Dezember 1813 eingehende Gesuche um "Schutzbürgerrecht" - einen bürgerrechtsähnlichen Status auf Zeit - ließ er unbeantwortet mit dem Hinweis, daß solches solange nicht entschieden werden könne, wie auch die Frage des Bürgerrechts im Prinzip offen sei ²⁸⁾. Die Dinge blieben also vollständig in der Schwebe. Im Interesse von "Ruhe und Ordnung" bestätigte der Senat jedoch "provisorisch" die französische Zivilstandsordnung, die französischen Gerichte und auch die von den Franzosen eingesetzten Maires, was jenen, die später aus sehr durchsichtigen Gründen wieder ausgebürgert werden sollten, starke rechtliche und moralische Argumente gegen den Senat an die Hand gab ²⁹⁾.

ZWEITER TEIL:

BREMENS VERFASSUNG NACH DER BEFREIUNG

2. Politische Entscheidungen und konstitutionelle Weichenstellung im November 1813

a. Die Erklärung des Generalmajor von Tettenborn nach Auflösung der französischen Verwaltung (6.11.1813)

Zwei Tage, nachdem er mit seinen russischen Kosakenregimentern in die Stadt eingezogen war und diese endgültig von der französischen Herrschaft befreit hatte, erließ der im Sold des Zaren Alexander I. stehende Generalmajor von Tettenborn folgende, an die bremische Öffentlichkeit gerichtete

E r k l ä r u n g: "Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers aller Reußen, meines Herrn und Sr. Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Schweden, sind von heute an die bestehenden französischen Autoritäten der Stadt Bremen und ihres ehemaligen Gebietes aufgelöst und ist die alte Verfassung der Freien Hansestadt Bremen wiederhergestellt." ¹⁾

Das auf den 6.11.1813 datierte "Proclam" scheint auf den ersten Blick ein Muster an Klarheit und Eindeutigkeit zu sein. Und doch hat es in der Folgezeit zu ganz erheblichen Mißverständnissen und Fehldeutungen der konstitutionellen Lage in Bremen geführt. Im Nachhinein entstand nämlich die durchaus anfechtbare These, der verfassungsmäßige Zustand des Jahres 1806 sei bereits im unmittelbaren Anschluß an die Auflösung der französischen Verwaltung wiederhergestellt worden, die mit der Wiedereinsetzung des Senats verbundene verfassungsrechtliche Problematik sei also von Anfang an gelöst gewesen beziehungsweise habe gar nicht erst existent werden können ²⁾ - ein Standpunkt übrigens, der sich bis heute hartnäckig in der Sekundärliteratur behauptet. ³⁾

Man wird diese Aussage, deren ideologische Absicht offenkundig ist, von zweierlei Positionen her infrage stellen müssen. Zunächst ist zu klären, ob die bedingungslose Wiederherstellung der alten, in ihrem Kern

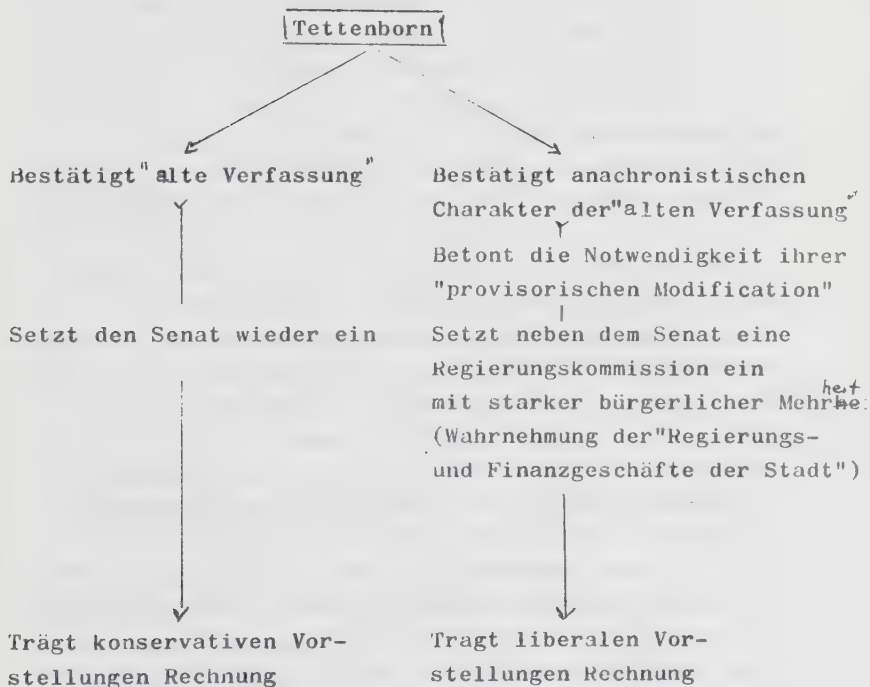
bis auf ein Ratsstatut des Jahres 1733 ("Alte Eintracht") zurückgehende "Verfassung" tatsächlich in der Absicht des in Bremen das Oberkommando über die alliierten Truppen führenden Generalmajors lag, oder ob dieses bloße Zweckpropaganda der Senatspartei war.

Daraus ergibt sich die sehr viel weitergehende Frage, ob und von wem Tettenborn überhaupt legitimiert war, eine so weitgehende Erklärung, wie sie die Wiederherstellung der bremischen Freiheit und Unabhängigkeit darstellte, abzugeben und die Alliierten, in deren Namen er zu sprechen vorgab, bereit waren, ihren militärischen Repräsentanten auch politisch zu decken. ⁴⁾ Dieses freilich kann erst in späterem Zusammenhang beantwortet werden. ⁵⁾ Wir halten uns zunächst an Tettenborns Aussagen selbst und versuchen, über diese Klarheit zu gewinnen.

Eine Analyse der Q u e l l e n l a g e ⁶⁾ ergibt, daß die genannte Erklärung vom 6.11. durchaus nicht das einzige Dokument dieser Art war, ja sicherlich nicht einmal das wichtigste. Die Erklärung war von vornherein als "Publikandum" konzipiert, es sollte in Bremen angeschlagen werden und die Bevölkerung in kurzer und vereinfachender Form über den Stand der Dinge nach Abzug der französischen Militärbehörden informieren. ⁷⁾ Für verwickelte staatsrechtliche Erörterungen war in diesem Zusammenhang sicherlich kein Platz. Eine differenzierte und rechtsverbindliche Deutung ergab sich vielmehr aus einem Parallel-schreiben ⁸⁾ gleichen Datums, das - an "Meine Herren Bürgermeister und Senatoren" gerichtet - noch am gleichen Tage im Senat erörtert und auch der Bürgerschaft zur Kenntnis gebracht wurde. In diesem war zwar auch die Rede davon, daß die Hansestadt "wieder in ihre alten Verhältnisse eingetreten und deren Verfassung wiederhergestellt" sei, doch folgten die

Zu 2 a)

Die Erklärung des Generalmajor von Tettenborn nach
Auflösung der französischen Verwaltung (6.11.1813)



ansen

Quelle: 2-F.4.a.I

Einschränkungen auf dem Fuße.

Zunächst wurde dem "in seine vorigen Rechte wieder eingesetzten Senat" und der "in ihre vorigen Verhältnisse restituierten Bürgerschaft" zur A u f - l a g e gemacht, "zur Beförderung des allgemeinen Wohles der deutschen, neuorganisierten Nation" die "nöthigen Maßregeln schleunig und kräftig zu ergreifen", um auf diese Weise" zum besten Bremens in jeder Rücksicht mitzuwirken." ⁹⁾ Die "Nation" hatte also vor dem Interesse Bremens zu stehen, wodurch der engherzige, lokale Souveränitätsanspruch, der von 1806 bis 1810 vertreten worden war und sich vor allem in der gemeinsamen hanseatischen Neutralitätspolitik manifestiert hatte ¹⁰⁾, einen kräftigen Dämpfer erhielt.

Auch die Wiederherstellung der Verfassung war durchaus nicht so absolut zu sehen, wie die spätere Senatspropaganda dieses glauben machen wollte ¹¹⁾. Tettenborn bestritt ausdrücklich, daß die alte Konstitution, die "auf durchaus friedliche und ruhige Verhältnisse" berechnet gewesen sei, in einer Zeit, wo es "rasche, durchgreifende und schleunige Entschlüsse" zu treffen gelte, noch voll anwendbar sei und er verfügte ihre "provisorische Modification". Zu diesem Zweck schuf er ein Gremium, das zwar nicht in direktem Widerspruch zur bremischen Tradition, jedoch sicherlich am Rande der Legalität stand oder gar bereits eine Umdeutung der alten Verfassung beinhaltete: die "Regierungskommission" ¹²⁾. Dieses aus Senatoren und Bürgerkonventsmitgliedern bestehende Organ mit einer starken bürgerlichen Mehrheit (7 Senatoren, 1 Syndikus, 27 Konventsmitglieder) wurde am 6. November "mit allen erforderlichen Vollmachten versehen", um die gesamten "Regierungs- und Finanzgeschäfte der Stadt und ihres Gebiets" wahrzunehmen ¹³⁾. Der detailliert ausgearbeitete Erlaß Tettenborns, der die Mitglieder namentlich aufführte,

wurde in aller Form von Senat und Bürgerschaft bestätigt, die Amtszeit des Gremiums mit keinem Wort beschränkt. Zweifellos war die so legitimierte Regierungskommission ein neues Machtzentrum, das den Rat alter Prägung herausforderte und die Stellung der Bürgerlichen entscheidend festigte.

Als Kontrollorgan für diese neue Form der Exekutive sollte ein Ausschuß der Bürgerschaft dienen, der die "vormaligen Rechte" des Gesamtgremiums vertrat und in "constitutionsmäßigen Fällen" - bei Erarbeitung von Gesetzesvorlagen - hinzuzuziehen war ¹⁴⁾.

Der Senat büßte im Rahmen der Tettenbornschen Regelung ungeachtet anderslautender Erklärungen ¹⁵⁾ einen großen Teil seiner realen Macht ein: der Restsenat - jene Ratsherren also, die nicht in der Regierungskommission vertreten waren - sollte vor allem die neue Judikative bilden und die Justizverwaltung völlig neu organisieren. Von Verwaltungs- und Regierungsgeschäften war im Zusammenhang mit dem Rumpfgremium jedoch nicht mehr ausdrücklich die Rede.

Das also war die A u s g a n g s s i t u a t i o n des 6. November 1813: Tettenborn verfügte die Restitution der "alten Verfassung", ohne diese jedoch näher zu bezeichnen oder zu definieren, betonte aber gleichzeitig ihre Reformbedürftigkeit; er bestätigte zwar den alten Rat, der vor 1810 bestanden hatte, setzte zur Wahrnehmung der exekutiven Funktionen jedoch gleichzeitig eine Kommission ein, die im wesentlichen bürgerliches Gepräge trug. Er ließ überdies die Bürgerschaft nicht unerwähnt und bestätigte deren "vormalige Rechte". Es ergab sich dadurch ein Nebeneinander von traditionellen verfassungsrechtlichen Formen und solchen, die von liberalen Vorstellungen geprägt waren. Zwar war eine Gewaltenteilung nicht konsequent durchgeführt,

doch in Form der Aufgabenteilung zwischen Rat und Regierungskommission zumindest in nuce vorhanden: ein Kompromiß also, der allseitig akzeptabel erschien, jedoch in sich hybrid und brüchig war und nur wenig Aussicht bot, die Probleme auf Dauer zu lösen.

b. Die Senatspolitik der ersten Stunde

Der Senat tagte bereits mehrmals am 6.11., berief am gleichen Tag die Bürgerschaft ein, tauschte mit dieser diverse Noten und Erklärungen aus, stand in ständigem Kontakt mit den Alliierten und formulierte zu alledem noch die ersten Gesetzesvorlagen ¹⁶⁾. Während unter gewöhnlichen Umständen nur etwa alle acht Tage ein Erlaß publiziert wurde, verzeichnen die "Verordnungen und Proclame" für die Zeit vom 6. bis 14. November derer nicht weniger als dreizehn, wovon allein vier auf den sechsten November datiert sind. ¹⁷⁾

Angesichts der Dichte der Ereignisse stellt sich die Frage, ob die auffallende Betriebsamkeit des Senats nur der unmittelbaren Liquidation der französischen Hinterlassenschaft und der elementaren Versorgung der Bevölkerung galt, wie der Bürgerkonvent am 6.11. gutgläubig unterstellte ¹⁸⁾, oder ob bereits bewußt Vorentscheidungen getroffen und Tatsachen geschaffen wurden, die - später kaum noch korrigierbar - die langfristige Entwicklung des Stadtstaates einseitig festlegten.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst das chronologische Schema des 6. November, der gleich in mehrfacher Hinsicht einen Wendepunkt markiert. Der Senat trat in unmittelbarem Anschluß an die Erklärung Tettenborns zusammen und bestätigte noch am Vormittag die senatorischen Mitglieder der Regierungskommission. Gleichzeitig berief sein Syndikus den Konvent ein, nicht als Plenum, sondern nach den vier Kirchspielen der Altstadt getrennt, wie es auch vor Beginn der französischen Herrschaft praktiziert worden war ¹⁹⁾.

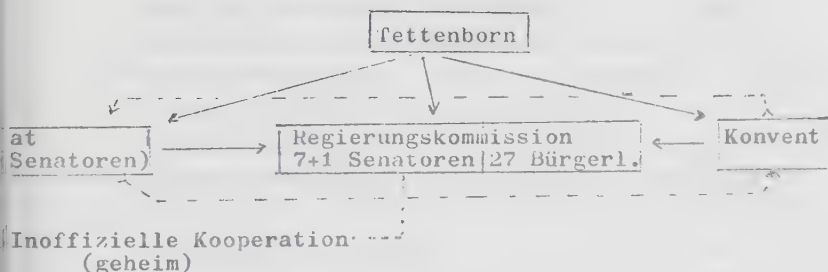
Ein wesentlicher Teil der alten Bürgerschaft, die das letzte Mal im Jahre 1810 getagt hatte, versammelte sich mithin im Rathaus, ließ sich von Syndikus Dr. Schöne über den Stand der Dinge berichten und stattete anschließend dem "hochweisen Rathe" den "verbindlichen Dank ab für die heutige Staatsversammlung". Die Vertreter der vier Kirchspiele bestätigten überdies "in allen Stücken Ihrerseits sämtliche in Vorschlag gebrachte Bürger zur Provisorischen Verwaltung der Rgierungs- und Finanzgeschäfte der Stadt und Ihres Gebietes". Der Rat nahm die Zustimmung zur Kenntnis und legte noch am Abend ein Protokoll der von Rat und Bürgerschaft gemeinsam gefaßten und getragenen Beschlüsse vor ²⁰⁾.

Was der Bürgerschaft in dieser Stunde offenbar entging, war die Tatsache, daß sich hinter der ~~som~~ errichteten Kulisse aus Sachzwängen und Notwendigkeiten bereits wieder H e r r s c h a f t s - a n s p r ü c h e des Senats anmeldeten, die zu den verbalen Beteuerungen seines Syndikus in krassem Widerspruch ²¹⁾ standen und gleichzeitig die von Tettenborn verfügte Korrektur der "alten Verfassung" grundsätzlich in Frage stellten. Vom staatsrechtlichen Standpunkt betrachtet, bedeuten die eben geschilderten Vorgänge folgendes:

- der Senat übte uneingeschränkt das umstrittene Einladungsrecht zum Konvent aus, d.h. er allein bestimmte nach einem diffizilen, eigentlich nur ihm selbst einsichtigen, zum Teil gar willkürlich gehandhabten Schlüssel, welche Mitglieder der einzelnen Kirchspiele zum Bürgerkonvent geladen wurden ²²⁾. Er degradierte die Versammlung damit von vornherein zu einem reinen Akklamationsorgan, das in keiner Weise demokratisch legitimiert war und eher der Verfassung Bremens aus dem Jahre 1534 als den Anforderungen des aufkommenden 19. Jahrhunderts entsprach ²³⁾.

Zu 1.b.

Die Senatspolitik der ersten Stunde



"Exekutive"

1. Rat bestätigt
--französ. "Maires",
Zivilstandsregister,
Steuersystem
 1. Rat organisiert Sozial-
wesen
- Regierungskommission
erledigt Verwaltungsaufgaben

"Judikative"

Rat übernimmt Gerichts-
herrschaft u.
bestätigt Gerichte

"Legislative"

Rat zunächst zu-
rückhaltend

Erläßt später Ge-
setze mit Zustim-
mung der Reg.-
kommission:

15.11: Errichtung des
"Kontingents"

22.11: Wachtregiment
etc.

- > Direkte Legitimation bzw. Anerkennung
- > "Indirekte" Legitimation
- Zusammenarbeit (zunächst geheim)

Quellen: Verordnungen u. Proclame
2-E.12.a.
4-F.4.a.I.
2-P.9.d.3.c.32

- Der Senat bestand ferner darauf, daß der Konvent bei der Abstimmung in vier getrennte Gremien zerfiel, die auf den Parochialbezirken der Innenstadt basierten (Unser Lieben Frauen, St. Martini, St. Ansgarii, St. Stephani) ²⁴⁾. Bereits vor 1810 hatte die Bürgerschaft gegen diese Separierung heftigen Widerstand geleistet, da die Aufsplitterung, sachlich in keiner Weise mehr gerechtfertigt, offenbar allein die Schwächung der Bürgervertretung bei Auseinandersetzungen mit der Obrigkeit zum Ziel hatte.
- Der Senat lud ausschließlich Männer ins Rathaus, die in den besagten vier Kirchsprengeln der Altstadt wohnten; Bürger der Neustadt oder der Vorstadt, die rechtlich längst eingemeindet waren, waren nicht vertreten ²⁵⁾. Auch diese Art der Repräsentation erschien wenig zeitgemäß, da sie einen vergangenen Zustand fixierte.
- Schließlich setzte der Syndikus des Senats von vornherein die Tagesordnung für die Beratung des Konvents fest ²⁶⁾, so daß die Gespräche in einem eng begrenzten Raum verliefen, der für die Delegierten nur wenig Spielraum ließ ²⁷⁾.

Durch die Gemeinsamkeitsappelle beeindruckt und in der Stunde der "Befreiung" offenbar wenig geneigt, einen Verfassungskonflikt vom Zaune zu brechen, verlor der Konvent in der ersten Novemberhälfte rechtlich wie politisch bereits wichtigen Boden, er bestätigte nicht nur die bürgerlichen Mitglieder der Regierungskommission, sondern mit diesen zwangsläufig auch den Senat selbst, der bis dahin nur völlig unzureichend legitimiert war ²⁸⁾. Die bürgerlichen Repräsentanten akzeptierten mit dem ihnen aufgezwungenen Zeremoniell indirekt ferner die Ständeordnung der vornapoleonischen Zeit, die dem Rat als dem Honoratiorenstand auch gesellschaftlich eine unbedingte Priorität einräumte. ²⁹⁾

Schlimmer noch: während der Senat eine dreijährige von revolutionärem Geist nicht ganz unberührte Epoche ignorierte und ungeschehen machte, verhielt sich der Konvent völlig passiv. Er protestiert nicht gegen die Aufhebung der Geschworenen- und Appellationsgerichte ³⁰⁾; er hatte nichts dagegen einzuwenden, daß der Senat am 6., 7., 8., 10. und 13. November einseitig Erlasse herausgab, von sich aus und unter seiner Souveränität die französischen Maires, das bestehende Steuersystem und Zivilstandsregister bestätigte ³¹⁾. Am 15. November wurde lediglich "mit einem die Bürgerschaft provisorisch vertretenden Ausschuß", nicht jedoch mit dieser selbst, ein so weitreichender Entschluß wie der Aufbau eines eigenen Kontingents für die hanseatische Legion gefaßt ³²⁾; am 22. November erließ der Senat zudem eigenmächtig ein Gesetz zur Aufstellung eines Wachtreiments ³³⁾.

Der Konvent hatte dagegen nicht einmal politische Forderungen. Was zu einem Programm hätte werden können, versiegt am 6. November zu einer lauen Erklärung, die kaum geeignet war, auch nur die Aufmerksamkeit der Gegenseite auf sich zu lenken. "Mit Vergnügen", so hieß es, habe "eine löbliche Bürgerschaft bemerkt, daß ein hochweiser Rath die Notwendigkeit einsehe, unsere Verfassung von ihren früheren Mängeln zu reinigen". Dieser möge "in einem anderweitigen Convente die Vorschläge dazu baldmöglichst" unterbreiten ³⁴⁾.

Die F o l g e n der politischen Enthaltsamkeit ließen nicht lange auf sich warten; der Rat vertagte die Bürgerschaft, die ja offensichtlich keine essentiellen Anliegen hatte und auch keinen Termin für ein weiteres Treffen vereinbart hatte,

bis Ende März 1814 und hatte damit in dieser entscheidenden Phase volle achtzehn Wochen Zeit, die Dinge in seinem Sinne zu regeln ³⁵⁾. Widerstand war zunächst nur noch von der Regierungskommission zu erwarten. Doch auch mit dieser wurde der Senat sehr bald fertig.

Bereits am 10. November machten die senatorischen Mitglieder der Kommission unter Umgehung der bürgerlichen Repräsentanten mit dem Restsenat insgeheim gemeinsame Sache. Gondela, Vollmers, Duntze, Lameyer, Smidt, Gröning und Nonnen (nicht jedoch Horn) baten "Seine Magnificenz, den Herrn Präsidenten, womöglich morgen vormittag und ohne großes Aufsehen (sic) die hochedle Wittheit auf eine kurze Zeit versammeln zu wollen, indem die Unterzeichneten denselben gerne die Anträge zur Formierung der hanseatischen Legion, ehe sie an den Repräsentanten der Bürgerschaft mitgetheilt werde, vorlegen möchte" ³⁶⁾.

Im März 1814 schlug Smidt vertraulich das Ausscheiden der von Tettenborn. ernannten Senatoren aus der Regierungskommission vor, damit "das Unangenehme" entfalle, "was mit der Erinnerung an die von einer fremden Behörde gegebenen Veranlassung des uns gegebenen Auftrags" ³⁷⁾ verbunden sei. Er drang jedoch bei der Wittheit hiermit nicht durch. Diese beschloß, die Herren Senatoren möchten "die ihnen am 6. November 1813 anvertrauten Geschäfte annoch weiter fortsetzen" ³⁸⁾. Formal wollte man an den Anordnungen Tettenborns, die gleichzeitig die Basis der eigenen Macht bildeten, also keinesfalls rütteln. Gegen eine faktische Aushöhlung der Befugnisse der Regierungskommission, die im Laufe der Zeit immer mehr mit nachgeordneter Verwaltungsarbeit abgespeist wurde, war jedoch keineswegs etwas einzuwenden ³⁹⁾.

c. Das Legitimitätsproblem der wiedererstandenen
Exekutive

Es wäre falsch, aus den Anfangserfolgen des Senats bereits auf den Ausgang des Verfassungskampfes zu schließen. Auch der Senat befand sich 1813 nämlich noch in der K r i s e. Freilich war sein Problem eigener Art; es bestand nicht so sehr im Fehlen realer politischer Macht, sondern in der Schwierigkeit, diese angesichts der neuanebrechenden Epoche zeitgemäß und schlüssig zu begründen.

Im Grunde entsprach die verfassungsmäßige Stellung des Rats keiner der herrschenden staatsrechtlichen Lehren; sie war letztlich weder mit monarchistischen noch mit demokratischen Prinzipien in Einklang zu bringen ⁴⁰⁾. Der Senat bekannte sich offen zur "republikanischen" Regierungsform (was eine Berufung auf ein autoritäres "Gottesgnadentum" schlechterdings ausschloß) ⁴¹⁾, fürchtete jedoch nichts so sehr wie eine empanzipatorische bürgerlich-demokratische Bewegung oder gar eine Propagierung der "Volks-souveränität"; letztere wäre ihm aller Wahrscheinlichkeit nach auch ebenso zum Verhängnis geworden, wie eine allzu enge Umarmung durch das Ancien Régime ⁴²⁾.

Während es dem alten Rat von 1810 angesichts der allgemeinen politischen Wirren gelungen war, relativ unbehelligt in dieser "Grauzone" zu operieren, ⁴³⁾ konnten nach 1813 kritische Fragen nicht ausbleiben. Der Senat geriet dabei gleich von zwei Seiten her in die Bredouille. Die verbündeten Mächte besaßen ein tief eingewurzeltes Mißtrauen gegenüber dem scheinbar "liberalen" Staat, der sich 1806 sehr zu seinem Vorteil mit den Franzosen arrangiert ⁴⁴⁾ und auch in der Folge wenig Neigung zum Aufmucken gezeigt ⁴⁵⁾

hatte. Österreich, Rußland und Preußen taten sich deshalb auch nach 1813 schwer, zu Bremen ein unbefangenes Verhältnis zu gewinnen und den gleichen Senat politisch und ideologisch zu unterstützen, der den neutralistischen Kurs der Jahre 1806-1810 verantwortet und einen Anschluß an den Rheinbund befürwortet hatte ⁴⁶⁾. Unter den Bürgern Bremens dagegen hatte das "Freiheitsgetümmel von der Seine" tiefe Spuren hinterlassen: kritische Stimmen begannen, den Senat an der Elle Montesquieus zu messen und Fragen nach der demokratischen Legitimation sowie einer Trennung von Exekutive und Judikative zu stellen ⁴⁷⁾.

Der Senat wich einer ernstgemeinten, und für ihn in jeder Hinsicht heiklen Grundsatzdebatte aus, solange dieses politisch opportun erschien ⁴⁸⁾. Wirkliche programmatische Äußerungen sind selten, von einer umfassenden Selbstdarstellung kann nicht die Rede sein. Dennoch gibt es eine Reihe von P r i n z i p i e n, an denen er, sobald er attackiert wurde, mit größter Entschiedenheit festhielt:

- die bremische Verfassung war - wie bereits erwähnt - wiederhergestellt und die konstitutionelle Lage auf den Stand von 1810 zurückgeschraubt ⁴⁹⁾.
- Das "alte Recht" war - so die offizielle Leseart - durch "Bonapartes gewaltsame Reunion" nicht eigentlich "vernichtet", sondern "bloß für eine Zeitlang unterdrückt" worden. Die Zeit der "Okkupation" war also de jure gar nicht vorhanden; es bestand vielmehr eine Rechtskontinuität, die aus der Zeit des Alten Reiches ungebrochen bis in die Gegenwart fort dauerte ⁵⁰⁾.

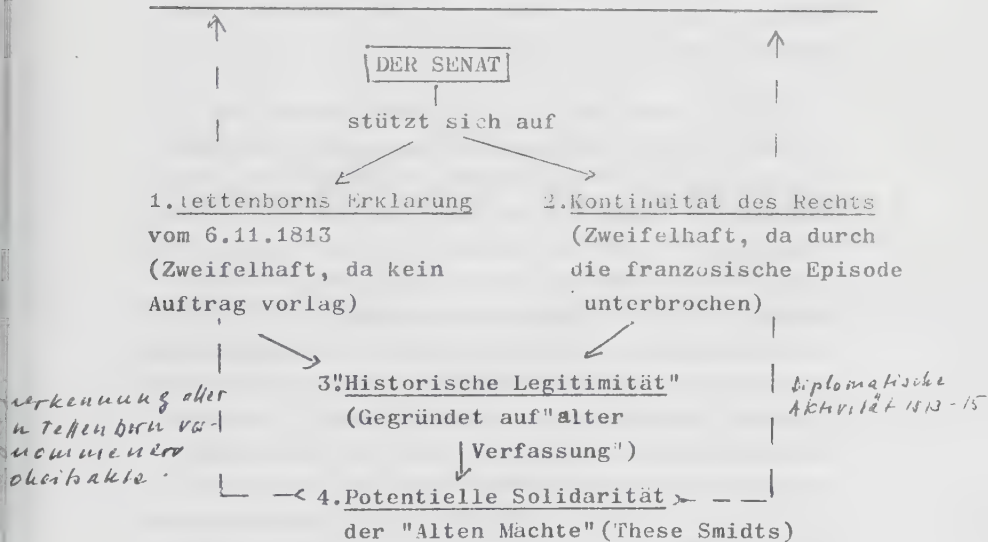
Zu 2.c.

Das Legitimitätsproblem der wiedererstandenen
Exekutive

DIE ALLIIERTEN

Zunächst keinerlei Anerkennung des bremischen Senats.
Kein Auftrag an Tettenborn, die Verfassung wiederher-
zustellen.

Befremden über hanseatische Neutralitätspolitik 1806-10
Befremden über Kooperation mit Frankreich.



DER BREMISCHE BÜRGER

Hat an der Wahl zum Senat nicht teil und hat den
Senat in keiner Weise legitimiert

- Der Senat war damit nach eigenem Dafürhalten eine h i s t o r i s c h begründete und legitimierte Institution, die sich vom naturrechtlichen Standpunkt nicht hinterfragen ließ, sondern - fest in der Tradition begründet - ihre Berechtigung allein in sich selbst fand. Sichtbarer Ausdruck dieser Selbstzufriedenheit war das hartnäckige Festhalten am Selbstergänzungsrecht ⁵¹⁾.

- Eine Gruppe unter Führung Johann Smidts behauptete weiter, bei allen subjektiven Interessengegensätzen müsse letztlich objektiv politische Solidarität zwischen allen historisch gewachsenen Staaten auf deutschem Boden herrschen. Es gelte nur, diese diplomatisch zu aktivieren ⁵²⁾.

Verständlicherweise wurden diese Gedanken nur zögernd in die Öffentlichkeit getragen. Überhaupt spielte man die Frage der "Legitimität" soweit wie möglich herunter. Ein Versuch, eine Rechtfertigung der "alten Verfassung" zu geben und die politischen Grundsätze des Senats systematisch darzustellen, wurde nur einmal unternommen und mißlang vollständig. Der Senat verbot unter Gewaltandrohung A.D. Tidemanns Schrift "Rückblick auf die alte Verfassung", obwohl er sich inhaltlich mit der Arbeit identifizierte und -scheute auch vor Pressionen gegenüber dem Autor nicht zurück. Gröning erläuterte am 30.11.1814 die Gründe: "Der Abdruck dieses für die alte Verfassung werbenden Berichts würde eine Menge Druckschriften gegen dieselbe nach sich ziehen" ⁵³⁾.

Die Angst war letztlich nicht unbegründet, denn die Prämissen der Senats Herrschaft hielten einer sorgsamsten Prüfung nur bedingt stand; das wußte niemand besser als die Ratsherren selbst (wennschon nicht alle, so doch ein harter Kern innerhalb dieses Gremiums) ⁵⁴⁾.

Gegen die so nachdrücklich behauptete W i e d e r-
h e r s t e l l u n g der "alten Verfassung" ließen
sich nämlich durchaus triftige Gründe ins Feld
führen. Zunächst mußte auch dem unbefangenen Be-
obachter klar sein, daß das Schalten und Walten
fremder Truppen auf bremischem Boden, gegen das
selbst der Senat machtlos war, nur schwerlich dem
vielzitierten Souveränitätsanspruch entsprach.
Die Verfassung war also für jedermann sichtbar
de facto n i c h t wiederhergestellt ⁵⁵⁾.
War sie das wenigstens de jure?

Auch hier scheinen Zweifel berechtigt. Nach Duwe
hatten die Verbündeten Mächte im September 1813
zwar im Prinzip die "Unabhängigkeit aller Staaten
Deutschlands" anerkannt, den bremischen Zwergstaat
jedoch nicht ausdrücklich genannt. Ob diesem das
Attribut voller Staatlichkeit auch tatsächlich
zuerkannt werden konnte und sollte, blieb lange
Zeit zweifelhaft. Tettenborn hatte - so Duwe
bündig - "bei der Wiederherstellung des bremischen
Staates ohne Auftrag der Alliierten gehandelt"
(sic) ⁵⁶⁾. Die vielzitierte Erklärung vom 6.11.
ging mithin auch nicht auf einen Befehl Bernadottes
zurück, sie entsprach vielmehr einer von Gondela
und Smidt am 5.11. mit Tettenborn vertraulich -
und unter strengster Geheimhaltung - getroffenen
Absprache ⁵⁷⁾, die selbst dem Ratskollegium lange
Zeit vorenthalten wurde, da Smidt unter allen Um-
ständen den Eindruck erwecken wollte, die Wieder-
herstellung der Verfassung sei ein offizieller,
von den Großmächten gedeckter und sanktionierter
Staatsakt gewesen ⁵⁸⁾. Jede Indiskretion in dieser
Angelegenheit mußte fatale Folgen haben. "Wenn
dies auch nur im Kreise des Senats bekannt gewesen
wäre", urteilt v. Bippen, "so hätte es leicht die
Schaffensfreude hindern können, mit der die
Regierungskommission ihre schwere Arbeit begann und
unter widrigen Umständen fortsetzte" ⁵⁹⁾.

Es ist kaum auszudenken, welche Konsequenzen ein Aufdecken des kapitalen Schwindels in der Öffentlichkeit bzw. für den Gang der Verfassungsverhandlungen zwischen Rat und Bürgerschaft gehabt hätte, die beide über Jahre hinaus in völliger Unkenntnis der größeren Zusammenhänge eifrig über mehr oder weniger wichtige Detailfragen des angeblich wiederhergestellten Verfassungswerks stritten. Merkwürdigerweise wurde Smidts politisches Va-banque-Spiel von den Großmächten in Grenzen gebilligt und respektiert. Man desavouierte den bremischen Gesandten jedenfalls nicht öffentlich, sondern ließ ihn einstweilen gewähren, wodurch ein Eklat von unabsehbarem Ausmaß vermieden wurde. Indes ließ es sich der Freiherr v. Stein nicht nehmen, Smidt beim ersten Treffen Anfang Dezember 1813 privat abzukanzeln, wobei er ausdrücklich die "nullen Handlungen" (die Wiederherstellung der Verfassung durch Tettenborn, d.Vf.) bedauerte, "die von Personen vorgenommen sind, die darüber Erklärungen abzugeben nicht berechtigt sind" ⁶⁰).

Auf ähnlich wackeligem Fundament wie die Wiederherstellung der Verfassung stand auch die vom Senat mit gleicher Entschiedenheit vertretene Doktrin der R e c h t s - k o n t i n u i t ä t der Jahre 1810 bis 1813, die ideologisch eine Brücke zur vornapoleonischen Zeit schlagen sollte. War es dem Senat bei dem ersten Zusammentreffen mit der Bürgerschaft noch möglich gewesen, so zu verfahren, als habe es eine französische Epoche in Bremen nie gegeben, so gab es gegen diese These auf dem zweiten Bürgerkonvent im März 1814 bereits heftige Einwände ⁶¹). Zusammengefaßt wurden die Argumente später von F.L. Voget, Richter am hanseatischen Oberappellationsgericht ⁶²):

der Rat war 1810 in aller Form abgesetzt worden, einzelne Senatoren hatten an diesem Staatsakt teilgenommen und waren abschließend von den neuen Herren für neue Aufgaben neu vereidigt worden ⁶³⁾. Der Senat übernahm zudem auch nach 1813 zunächst einzelne französische Gesetze und Institutionen. Mithin war eine Wiederherstellung "ex tunc" kaum möglich; die Verfassung konnte bestenfalls "ex nunc" restituiert werden.

Aus alledem folgt, daß die Souveränität des Senats eher eine politische Doktrin als eine verfassungsrechtlich-stichhaltige Tatsachenbehauptung war. Erstere wurde erst dann tragfähig, wenn sie sowohl innen- wie aussenpolitisch in großem Umfang akzeptiert wurde. Eben dieses war das ausgemachte Ziel der Senatspolitik der kommenden Wochen und Monate.

3. Die rechtliche und ideologische Grundlage der Senatsherrschaft

a. Begriff und Bedeutung der "alten Verfassung"

Bevor freilich von der weiteren Durchsetzung der Senatspolitik die Rede sein kann, sollen zunächst die rechtlichen und ideologischen **G r u n d - l a g e n** des senatorischen Herrschaftsanspruchs analysiert werden, denn die gesamte weitere Entwicklung weist letztlich immer auf diese zurück und bleibt ohne sie unverständlich.

Schon aus dem vorangehenden Kapitel wurde deutlich, daß die allein historisch begründete Legitimität des Senats mit dem Begriff der "alten Verfassung" aufs engste verknüpft war ¹⁾. Dieser war schlechthin die Voraussetzung für die Restauration in Bremen und eine *conditio sine qua non* für die Wiedereinführung der Senatsherrschaft. Wir haben den Terminus bislang in der Form übernommen, in der er von Tettenborn und der Senatspartei verwendet wurde, ohne ihn im einzelnen auf seine Bedeutung und Berechtigung hin abzuklopfen. Die Frage ist: gab es in Bremen vor 1810 überhaupt ein Grundgesetz, das den Namen "Verfassung" verdiente und wie war dieses beschaffen?

Legt man moderne **M a ß s t ä b e** an, so muß man das Vorhandensein einer Konstitution verneinen. Die überkommenen Gesetzessammlungen enthielten - so Duwe - "keine Verfassungsurkunden, keine Grundsätze im heutigen Sinne, da sie nicht die Grundformen des Staates, die Rechte und Pflichten der einzelnen Staatsorgane, ihre Bildung und Zuständigkeit sowie die Rechtsbeziehung zwischen Staat und Staatsbürger regelten", sondern lediglich aus Ratsverordnungen bestanden, "die ihre Entstehung der Reaktion gegen innere Unruhe verdanken" ²⁾. Man wird dieses Urteil jedoch nicht ohne weiteres auf das Jahr 1813 übertragen können, sondern fragen

müssen, ob aus der d a m a l i g e n Sicht eine Konstitution bestand, die den zeitgenössischen Ansprüchen genügte.

Nach Auffassung der S e n a t s p a r t e i bestand hieran kein Zweifel. Die "alte Verfassung" war die Summe aus der "Tafel" (auch "Alte Ei-ntracht" genannt), einem Ratsstatus vom 9.4.1433, und der sogenannten "Neuen Ei-ntracht" vom 30.8.1534 ³⁾. Die in ihnen enthaltenen "to ewigen Tyden" gültigen Grundsätze, die nur unwesentlich durch einige Artikel aus dem "Buch" vom 25.8.1433 und den "Statuten" sowie der "kundigen Rolle" von 1489 ergänzt und modifiziert waren ⁴⁾, waren nach dem Dafürhalten des Senats ausreichend, um auch nach 1813 eine geeignete Grundlage für das Verfassungswesen der Hansestadt zu geben. Senator A.D. Tidemann, der ohne taktische Vorbehalte formulierte, was seine Ratskollegen dachten (jedoch nicht öffentlich bekannten) ⁵⁾ meinte, man solle sich davor hüten, "das für den Geist der Zeit zu halten, was am Ende nichts weiter als Neuerungsucht ist, ohne wahren Vortheil zu gewähren" ⁶⁾; Präziser noch formulierte er: "Bremen ist bisher einen Weg gegangen, der uns zum Ziel geführt hat: kein anderer ist so sicher, so erprobt, so in jedem Betracht unbedenklich, und man darf alsdann nicht sagen, unsere Verfassung sei veraltet; sondern man muß sie als eine durch Alter und Erfahrung ehrwürdige Constitution ansehen, an der nur mit der äußersten Vorsicht gebessert werden darf." ⁷⁾ Ergo: "Es ist ausgemacht, wir haben bisher eine republikanische Verfassung gehabt und wollen sie behalten." ⁸⁾

Der i d e o l o g i s c h e Zusammenhang ⁹⁾, in welchem diese Ausführungen zu sehen sind, ergibt sich aus einer sehr simplen Beobachtung: der Begriff "alte Verfassung", vom Senat in eine Schlüssel-

funktion erhoben, taucht erst im November 1813 auf ¹⁰⁾, war also vor 1810 unbekannt. (Wie hätte auch eine Konstitution als "alt" gelten können, die das unmittelbar geltende Recht bezeichnete?) Der Terminus ist mithin undenkbar ohne die Zäsur der französischen Herrschaft; er wurde vom Senat - beziehungsweise in der Erklärung vom 6.11. - neu geprägt. Die in ihm enthaltenen taktischen Möglichkeiten - ganz abgesehen von der psychologischen Wirkung, die durch die historischen Reminiszenzen erzielt wurden ¹¹⁾ - sind in der Tat erstaunlich:

- Das Reizwort "Verfassung" implizierte die Bereitschaft, auf den "allgemeinen Wunsch der Bürgerschaft Rücksicht (zu) nehmen und den Zeitgeist (zu) ehren". (A.D. Tidemann) ¹²⁾ Bremen befand sich, wie ohnehin die Ratsstatute auch sein mochten, plötzlich auf der Höhe der Zeit und galt als "liberal" und "republikanisch", was Forderungen nach revolutionärer Veränderung von vornherein überflüssig und absurd erscheinen ließ.

- Anders herum enthielt der Begriff den Anspruch der Tradition und Historizität und griff damit eben jene Prinzipien auf, die auch das Ancien Régime benutzte, um das politische Erbe Bonapartes zu liquidieren und die eigenen Herrschaftsansprüche zu unterstreichen ¹³⁾.

Der Ausdruck "alte Verfassung" war also doppelzünftig und bot Aktionsspielraum nach allen Seiten. Der in ihm enthaltene dialektische Widerspruch tat offenbar nichts zur Sache oder wurde geflissentlich übersehen. Ein Erfolg der Senatspartei war es, daß sich der Begriff sehr schnell einbürgerte und auch von der **B ü r g e r s c h a f t** unübersehen übernommen wurde: auch wenn diese sehr bald **g e g e n** die unzeitgemäße Wiedereinführung der "alten Verfassung" Sturm lief ¹⁴⁾, so bestätigte sie damit nur, daß es eine solche einst gegeben hatte und daß diese folglich eine historisch-politische Realität darstellte.

b. Die Begründung der Rats Herrschaft durch "Alte"
und "Neue Eintracht".

Die dreihundert Jahre alten, ähnlich den zehn Geboten in Stein gemeißelten der "Alten Eintracht" ¹⁵⁾ boten eine nahezu perfekte verfassungsrechtliche Vindikation der Rats Herrschaft ^{15a)}. Zentraler Begriff dieser "Tafel" war die V o l l m ä c h t i g k e i t ¹⁶⁾ des Rates. Dieses bedeutete,

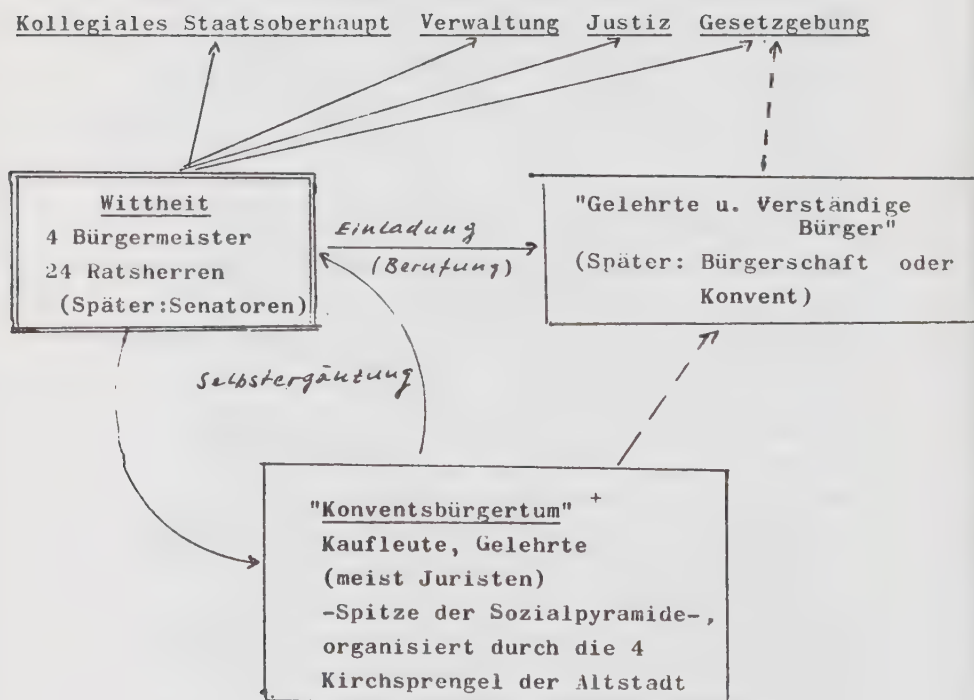
- daß der Senat (wie sich der Rat nach 1813 nannte) als "kollegiales Staatsorgan" fungierte und als solches das "Sanktionsrecht gegenüber den von der Bürgerschaft angenommenen Gesetzen" sowie das Privileg der Vertretung des Staates nach außen besaß ¹⁷⁾,
- daß er gleichzeitig höchstes Verwaltungsorgan war, und die Spitzen aller einschlägigen Verwaltungsbehörden besetzte,

- daß ihm die gesamte Justizverwaltung und die Rechtsprechung über "jegen gestliken edder werkliken personen" auf bremischem Gebiet oblag ¹⁸⁾. Eine Mitwirkung der Bürgerschaft war hier ausgeschlossen. Auch waren beamtete Richter unbekannt. "Alle Gerichte waren mit Senatsmitgliedern besetzt". ¹⁹⁾

So unstrittig diese exekutiven und judikativen Rechte waren, so schwierig ist hingegen zu entscheiden, welchem Gremium in Bremen die L e g i s - l a t i v e zukam. Nach Duwe war dieses eindeutig die Bürgerschaft ²⁰⁾, deren Mitwirkung - wie er im einzelnen aufzählt - "bei der Disposition über Staatsgüter, Bestimmung über öffentliche Auflagen, Steuerausschreibungen, Verwaltung der öffentlichen Kassen, Vermehrung oder Verminderung des Stadtmilitärs sowie bei Verträgen mit auswärtigen Staaten und bei besonders wichtigen Staatsgeschäften" notwendig gewesen sei ²¹⁾. Das ist richtig, wenn man die politische P r a x i s des ausgehenden 18. Jahrhunderts (vielleicht auch ein sich hieraus herleiten-

Zu 3.b.

Stand der bremischen Verfassung nach Maßgabe
der "Tafel" und der "Neuen Eintracht"



+Präzisierung des Begriffs in 3.a.

H.Jansen

Quelle:
"Tafel" u. "Neue Eintracht"
Müller
Duwe
Schaefer

des vages Gewohnheitsrecht) zugrunde legt. Das Verfassungsrechtliche Problem besteht jedoch gerade darin, daß die gesetzgeberischen Kompetenzen der Bürgerschaft nirgends eindeutig kodifiziert waren, weshalb die Reaktion nach 1813 denn auch den durchaus nicht aussichtslosen Versuch unternahm, gewohnheitsmäßig wahrgenommene, doch schriftlich unzureichend fixierte Rechte des Konvents kurzerhand zu kassieren bzw. bei einer Neufassung der Konstitution unter den Tisch fallen zu lassen: 22) es bestand also ständig die Gefahr, daß nicht nur der Zustand von 1810, sondern ein noch sehr viel früher gelegenes Stadium restauriert und festgeschrieben wurde.

Der Anspruch des Bürgerkonvents, "eine Art Parlament" zu sein 23), ließ sich also mit der "Eintracht" gerade nicht begründen. Hier war nämlich nur ausweichend von der "Todaet der Menheit" - etwa zu übersetzen als "Mitwirkung der (All)gemeinheit" - bei der Revision schon bestehender Gesetze die Rede, wobei "Allgemeinheit" ein Leertitel blieb 24). Eine eigenständige Körperschaft, ein Organ oder eine Repräsentation der Bürgerschaft war nämlich nicht vorgesehen 24a).

Die Entstehung eines politischen Mandats wurde dann durch die präzisierenden und verschärfenden Artikel der "Neuen Eintracht" sogar endgültig verhindert. Die Bestimmungen von 1534 reduzierten die legislative Mitwirkung nämlich dahingehend, daß es dem Rat offenstehe, "mit mehr Lüden ruggesprake to nemen" 25), falls die Umstände dieses erforderten 26), verpflichtet war er hierzu jedoch keineswegs.

Ergänzt wurde dieser Passus durch ein striktes Versammlungsverbot 27). Aus alledem leitete sich das Einladungsrecht des Rates her 28). Einzelne Vertreter der Bürgerschaft - die "hochgelehrden

und verstendigsten" - wurden ins Rathaus zitiert, um den Senatoren beratend zur Seite zu stehen, jedoch nicht um ein politisches Mandat wahrzunehmen.

Während die Rechte der Bürgerschaft im Halbdunkel blieben, ist die "Eintracht" im Hinblick auf die Zusammensetzung und K o n s t i t u i e r u n g des Rates wiederum sehr präzise. Das Gremium bestand aus vier Bürgermeistern und vierundzwanzig Ratsherren (später Senatoren), wobei jeweils sieben der insgesamt achtundzwanzig Mitglieder aus einem der vier in der Altstadt gelegenen Kirchsprengel (Quartiere) stammen mußten. Bürger der Neustadt und der am Rande gelegenen Wohngebiete konnten keine senatorischen Ehren gewinnen. Die Ratsherren übten ihr Amt auf Lebenszeit aus. Nach dem Ableben eines Senators wurde von dem Restkollegium ein neues Mitglied nachgewählt, wobei man streng darauf achtete, daß der Kandidat aus dem gleichen Quartier stammte, dem der Vorgänger angehört hatte. Der Rat übte also ein S e l b s t e r g ä n z u n g s - r e c h t aus, das jede Art einer Legitimation und Kontrolle durch die Bürger der Stadt ausschloß ²⁹⁾.

Innerhalb des Senats lösten sich die einzelnen Mitglieder bei der Führung der Regierungs- und Amtsgeschäfte ab. Jeweils im halbjährlichen Rhythmus traten die Vertreter eines Quartiers aus dem aktiven Dienst aus, so daß jeder Senator bzw. Bürgermeister ein Jahr lang in der Regierungsverantwortung war und das folgende Jahr im wesentlichen zur Führung seiner privaten Geschäfte zur Verfügung hatte. In dringenden Fällen wurde der gesamte Senat, die sogenannte "Wittheit", zur Beratung und Beschlußfassung zusammengerufen. Die Wahl konnte nicht abgelehnt werden: d.h. eine Ablehnung ohne triftige Gründe bedeutete den Verlust aller Bürgerrechte. Weiterhin

durften die Mitglieder des Rates untereinander weder verwandt noch verschwägert sein. Doch ob die Verfassung auf diese Weise das Aufkommen einer Geschlechterherrschaft oder die Bildung eines Patriziats verhinderte, wie ihre Apologeten behaupteten, ist mehr als zweifelhaft ³⁰⁾.

Zwischen Ratszugehörigkeit und sozialer Schichtung ließ sich durchaus ein signifikanter Zusammenhang feststellen. Ratsmitglieder gingen stets aus den oberen Ständen hervor; dieses war allein schon durch die Tatsache bedingt, daß die Senatoren bis zum Jahre 1818 keine festen Gehälter bezogen, sondern von privaten Einkünften, den Einnahmen aus der Gerichtsbarkeit und mancherlei Sporteln leben mußten ³¹⁾. Die Stelle eines Senators war also ohne ein entsprechendes Privat- oder Familienvermögen zumindest in den ersten Amtsjahren nicht auszufüllen.

Historisch gesehen rekrutierten sich die Ratsherren zunächst mit wenigen Ausnahmen aus den alteingesessenen Kaufmannsfamilien; seit dem 17. Jahrhundert finden sich dagegen zunehmend Juristen unter den Senatoren. Um 1650 machten die Kaufleute die Hälfte, ein Jahrhundert später ein Drittel der Ratsmitglieder aus. Im Jahre 1840 schließlich bestand der Senat nur noch aus sieben Kaufleuten aber siebzehn Studierenden, davon die Mehrzahl wiederum Juristen ³²⁾.

Wenn auch - wie Schaefer schreibt - "von einem ausgesprochenen Nepotismus nicht die Rede sein" konnte ³³⁾, so ist doch unverkennbar, daß sich in den Senatorenlisten gewisse Namen - wie Duckwitz, Tidemann, Gildemeister, Gröning, Heineken etc. - bemerkenswert häuften. Einzelne Familiengeschichten unterstreichen, daß, wenn das Amt schon nicht vom Vater auf den Sohn überging, es doch meist in einer Seitenlinie der Familie verblieb oder auf Enkel oder Urenkel übertragen wurde ³⁴⁾.

Versucht man den Kreis der "senatorablen" Familien schärfer einzugrenzen und Kriterien für die Chancen, in den Rat gewählt zu werden, zu erstellen, so stößt man unweigerlich auf die S t ä n d e o r d n u n g des Jahres 1656, die die Gruppe derer, die für die höchsten Staatsämter qualifiziert und wählbar waren, sehr deutlich einschränkte. Diese "Ordnung eines Ehrvesten Hochweisen Rathes der Stadt Bremen" ³⁵⁾ war damit praktisch Teil der sogenannten "alten Verfassung", zumindest aber eine Novelle zu dieser: Der seit dem 17. Jahrhundert wirksame Kontrollmechanismus, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch n e b e n der "Eintracht" stand bzw. zu ihrer Interpretation ergänzend herangezogen wurde, wurde schließlich folgerichtig in die konservative Verfassung des Jahres 1854 selbst integriert und hier so nachhaltig festgeschrieben, daß er für die Wahl der bremischen Bürgerschaft bis zum Jahre 1918 maßgeblich blieb ³⁶⁾.

Im ersten Stand- dem Honoratioren- und Gelehrtenstand - fanden sich Bürgermeister, Senatoren, Doktoren und Lizentiaten mit ihren Frauen, Witwen und Kindern. Dem zweiten gehörten die sogenannten Älterleute - die Vertreter der Kaufmannschaft - , die Großkaufleute selbst und diejenigen Gelehrten an, die keine promovierten Doktoren oder Lizentiaten waren, wiederum mit ihren Familien, zum dritten Stand zählten sämtliche in den "Ämtern" bzw. Zünften organisierten Handwerker mit deren Familien: Schiffer, Krämer, Höker u.ä. Im vierten Stand schließlich waren alle übrigen Bürger erfaßt, insbesondere Boots- und Kahnführer, Schiffs- und Fuhrleute, Maurer, Zimmerleute, Knechte und Mägde ³⁷⁾.

Die verfassungspolitisch relevante Grenze verlief zwischen zweitem und drittem Stand. Wer sich in den oberen beiden Ständen befand, war grundsätzlich fähig, ein politisches Amt zu bekleiden, die übrigen in der Regel nicht. Aus dem Kreis der Gelehrten und der Kaufleute gingen denn auch nicht nur Senatoren

Aus der Fülle der Proteste sei exemplarisch jener von Georg Wilhelm Trahn herausgegriffen, dem "neben den bereits habenden 4 Mann russischer Einquartierung" im Frühjahr 1814 noch weitere "40 Mann Wache durch ein Billet der damaligen Quartier Deputation ohne vorherige Anzeige ins Haus geworfen" wurden ⁷⁸⁾. Trahn bezifferte den ihm durch Sachbeschädigung, Requisition und Logiskosten erwachsenen Schaden auf 132 Schilling 33 Groschen, bemühte sich mehrfach, diese Summe von der Bequartierungsdeputation erstattet zu bekommen und wandte sich schließlich verbittert mit der Feststellung an den Senat, in Bremen herrsche ein chaotischer Zustand permanenter "verfassungswidriger Ungerechtigkeit"; weder der Senat noch die Bürgerschaft seien in der Lage, die elementaren bürgerlichen Rechte zu schützen und zu garantieren ⁷⁹⁾.

Der Senat befaßte sich zwar ausführlich mit dem Falle Trahn und erkannte die Forderungen des Klägers letztlich an ⁸⁰⁾, fand aber insgesamt kaum Gelegenheit, das arg erschütterte Vertrauen der Bürger in die bremische Rechtsordnung wiederherzustellen. Tagtäglich wurde die M a c h t l o s i g k e i t der Exekutive angesichts der in Bremen etablierten Militärsverwaltungen offenkundig: es gab von Anbeginn Streitereien zwischen diesen und der örtlichen Polizeibehörde ⁸¹⁾, diverse, von der Zivilverwaltung zu beherzigende Auflagen durch die jeweiligen Befehlshaber und schließlich Übergriffe der mittleren und unteren Chargen in großer Zahl. Die Ratsmitglieder wandten sich - in offener Ratlosigkeit - an den Verwaltungsrat, direkt an die Großmächte, sie appellierten an die Militärs, sie unterstrichen Bremens prekäre wirtschaftliche Lage, die Inopportunität der nicht enden wollenden fremden Machtdemonstration - und erreichten mit alledem praktisch gar nichts ⁸²⁾. Die Durchmärsche fremder Truppen, bald auch im offiziellen Sprachgebrauch als "Besetzung" tituliert, nahmen bis zum Wiener Kongress kein Ende ⁸³⁾.

Die politischen Vorbehalte gegenüber den Bremern werden am klarsten angesichts der Akkreditierung des Vertreters des Z e n t r a l v e r w a l t u n g s - r a t e s am 24.11.1813⁸⁴⁾. Der von Stein persönlich legitimierte Delius wies ein Schreiben des Staatsministers vor, das dem Senat die Einsetzung von "General-Gouverneurs" anzeigte. Diese waren "die höchste Behörde und der Vereinigungspunkt aller Militär- und Civil-Administration". Von den Einwohnern wurde "Treue und feste Anhänglichkeit an jenen erhabenen Zweck erwartet, dem sich die Besseren bisher schon angeschlossen, und strenger Gehorsam gegen die vom obersten Verwaltungs-Department und dem General-Gouverneur zu treffenden Anordnungen". Für die amtierende Verwaltung war dieses "doppelte Pflicht". Sie wurde verpflichtet, "durch einen ihnen besonders vorzulegenden Revers diesen Gehorsam an(zu)-geloben, oder aus ihrem Dienstverhältnis aus(zu)scheiden und sich dadurch für den Gegner der guten und gerechten Sache" zu erklären⁸⁵⁾.

Delius brachte unmittelbar zum Ausdruck, seine Aufgabe bestehe darin, "erstens mit Bremen über die für die Kriegsbedürfnisse erforderlichen Beiträge an Geld und Mannschaften zu verhandeln, zweitens aber den Zoll zu Elsflëth sogleich wieder einzuführen und durch eingeborene Beamte erheben zu lassen, was bis zum Ende des Krieges für die Rechnung der hohen Verbündeten Mächte geschehen solle".⁸⁶⁾ Was als Verhandlung bezeichnet wurde, war indessen praktisch nichts anderes als ein Diktat. In Bremen wurde ungeachtet der Klagen des Senats und der Bürgerschaft ein Schwerpunktlazarett für den norddeutschen Raum errichtet, das allein auf Kosten der Stadt arbeitete und solche Unsummen verschlang, daß Bremen dem Staatsbankrott nahe war⁸⁷⁾. Hinzu kamen die horrenden Kosten für die durchziehenden Truppen, die ebenfalls aus dem Staatsetat beglichen werden mußten. Doch nicht genug damit: Delius übermittelte im Februar die Aufforderung, "für die in Frankfurt errichtete Centrallazarett-direktion von Bremen und Lübeck zugleich solidarisch für Hamburg einen Vorschuß" zu erheben⁸⁸⁾.

Ebenso hart wie die ultimativen finanziellen Forderungen traf Bremen die Wiedereinführung des Weserzolls. Die Maßnahme verletzte den Lebensnerv der Hansestadt, deren Wirtschaft auf der freien Wesserschiffahrt basierte, machte den Staat erneut abhängig von der Willkür der jeweiligen Zollherren und bedeutete eine negative Präjudizierung der Frage der Selbständigkeit, für die allein die Seehafenstellung die Voraussetzung und Rechtfertigung war ⁸⁹⁾.

Aus diesen Tatsachen erhellt, weshalb der Senat bereits im Frühjahr 1814 eine energische Wende zur Außen- und Deutschlandpolitik vollzog, ja dieser bei allen internen Problemen eine gewisse Priorität zugestand ⁹⁰⁾: die inneren Schwierigkeiten des Stadtstaates standen in solcher enger Wechselwirkung zu der sich auf nationaler Ebene anbahnenden machtpolitischen Entwicklung, daß der Schlüssel auch zur Lösung der ersteren in der Diplomatie zu liegen schien. Zur obersten Maxime des Senats wurde der Erhalt und die Sicherung der 1806 errungenen S e l b s t ä n d i g k e i t, die - ungeachtet der im Nachhinein suspekt erscheinenden Umstände ihres Zustandekommens - die unverzichtbare Vorbedingung für jede weitere konstitutionelle Eigenständigkeit darstellte ⁹¹⁾. Die erwünschte "Souveränität" war nun ihrerseits an Bremenshandelspolitische Stellung gebunden und mußte - unter den gewandelten Zeitumständen - aus dieser neu begründet werden. Es galt, an geeigneter Stelle den unwiderlegbaren Nachweis zu führen, daß "die Hansestädte besondere Aufgaben im gesamten Deutschland hätten, "Aufgaben, die nur sie erfüllen könnten und nur in staatlicher Selbständigkeit erfüllen könnten" ⁹²⁾, ja daß die Selbständigkeit der Hansestädte im "nationalen Interesse Deutschlands" liege ⁹³⁾.

DRITTER TEIL:

VERFASSUNG UND GESELLSCHAFT

5. Ideen und Initiativen unterhalb der staatlichen Ebene

Die Bürger Bremens waren über die "große Politik" infolge mangelnder Transparenz der ablaufenden Entscheidungsprozesse nicht oder nur unzulänglich informiert, von einer auch nur minimalen "Mitbestimmung" in den vitalen Fragen des Stadtstaates konnte nicht die Rede sein ¹⁾.

Angesichts der "mangelhaften, eigentlich bloß scheinbaren ... Teilnahme am öffentlichen Leben" ²⁾ fragt es sich, ob die Bürger wenigstens auf unterer und mittlerer politischer Ebene Ideen und Initiativen entwickeln konnten, die dem liberalen Zeitgeist entsprachen, ob sie hier den nötigen Freiraum erhielten, um bürgerlich-demokratische Vorstellungen wenigstens ansatzweise realisieren zu können.

-I-

Wer die aus den Jahren 1813/14 stammenden Reden des Senatssyndikus ³⁾, die Schriften einzelner Ratsmitglieder ⁴⁾, die Pamphlete der Kaufmannschaft ⁵⁾, die Kanzelreden bremischer Geistlicher ⁶⁾ oder die Satzungen und Statute neugegründeter Vereine ⁷⁾ liest, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß eine Vielzahl liberaler Ideen umging, daß die Ideale von 1789 eine geradezu magische Anziehungskraft auf Bürger aller Stände ausübten und daß schließlich die englischen und französischen Klassiker des Liberalismus zur Standardlektüre der gehobenen Schichten zählten ⁸⁾.

Mit der Parole "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" kämpften die "Frauen und außer dem Handwerk arbeitenden Handwerker" gegen die wiederaufgerichteten Standesschranken, gegen den Ausschluß Einzelner aus den restituierten Handwerksämtern und gegen das soziale Elend, das der Status eines Bönhasen oder

Altflickers notwendig mit sich brachte ⁹⁾. Liberale Ideen freilich fanden sich auch in den gehobenen Ständen, ja selbst innerhalb der etablierten Kaufmannschaft ¹⁰⁾. Der Liberalismus war hier jedoch weniger gesellschaftspolitisch als vielmehr nationalökonomisch motiviert, ging also von völlig anderen Voraussetzungen aus. Politisches Fernziel der Kaufmannschaft war es, im Rahmen des Bundes einen völlig ungehinderten Freihandel ohne jede Beschränkung und ohne Schutzzölle durchzusetzen, wobei jedoch das Interesse sowohl der bremischen Handwerker, die manche potentielle Importgüter selbständig herzustellen vermochten, als auch - auf höherer Ebene - der süddeutschen Industrie berührt war. Der aus der hamburgischen und bremischen Kaufmannschaft stammende Liberalismus wurde gerade in Bayern als Herausforderung erster Ordnung angesehen, man schalt die Hansestädte "deutsche Barbaren", deren "Interesse als englische Faktoreien auf die Plünderung des übrigen Deutschlands gerichtet" sei, provozierte mit dem "Manuskript aus Süddeutschland" ¹¹⁾ eine ebenso scharfe Gegendarstellung, die von Smidt inspirierte Schrift "Über das Verhältnis der freien Hansestädte zum Handel Deutschlands" ¹²⁾, und erreichte damit nur, daß die Kaufmannschaft ihren Standpunkt nur noch schärfer pointierte. Zu einer inhaltlichen und sachlichen Klärung des Begriffes "Liberal" gab die hitzige Kontroverse jedoch keinerlei Anlaß: Liberalismus reduzierte sich für den bremischen Handelsstand im wesentlichen auf den ungehinderten Warenaustausch über nationale und internationale Grenzen hinweg, auf die Abwesenheit von Zollschranken und ein politisches System, das diese Forderungen in die Tat umsetzte. "Es ging den Handeltreibenden", so Schäfer, "um den Ausbau ihrer ohnehin schon bedeutenden Stellung" ¹³⁾, schließlich - ebenfalls nicht ganz uneigennützig - um die allgemeine Zufriedenheit und die Lust und Liebe der Bürger zum Gemeinwesen", die - so

Arnold Duckwitz - "einzig und allein" durch die Förderung von "Erwerb und Wohlstand" gewährleistet sei ¹⁴⁾.

Der Senat endlich hatte ein noch schwierigeres und gebrocheneres Verhältnis zum Liberalismus als schon die Kaufmannschaft, ja eine Beziehung zu diesem wirft geradezu ein Schlaglicht auf seine internen ideologischen Schwierigkeiten ¹⁴⁾. Nur konservative Grundgedanken konnten seine erneute Machtfülle im Jahre 1813 begründen, vor einer aufgeklärten Liberalität vermochte diese ohnehin nicht zu bestehen ¹⁵⁾. Auf diesen politischen Kurs einmal festgelegt, konnte der Rat als Verteidiger seiner Jahrhunderte hindurch behaupteten Privilegien den veränderten politischen Verhältnissen des aufgehenden neunzehnten Jahrhunderts kaum Rechnung tragen, nicht einsehen, daß die Bürger "über die Sicherstellung ihres materiellen Wohlstandes hinaus die Teilnahme am öffentlichen Leben als ihr natürliches Recht forderten" ¹⁶⁾, das Prinzip der Volkssouveränität nicht akzeptieren, "weil eine gleichmäßige Befähigung aller Individuen dazugehört, die nie existiert hat und nie existieren wird." ¹⁷⁾

Auf der anderen Seite reichten diese restaurativ erstarrten Maxime wiederum nicht aus, um im Jahre 1815 die Selbständigkeit und Souveränität der Hansestadt zu begründen; dazu mußte nun wieder das gesamtwirtschaftliche Interesse des Deutschen Bundes erhalten ¹⁸⁾, ein nationalökonomisches Element also, das sich den Vorstellungen der Kaufmannschaft anschloß. Die Forderung nach Freihandelsgesetzen, einer gemäßigten Verfassungsreform, der Bewahrung der republikanischen Freiheit entsprach überdies dem Selbstverständnis des Rates, der auf die demokratisch-republikanische Facette seine politischen Tradition - wenn Opportunität dieses gebot - keineswegs verzichten mochte.

Es klingt deshalb nicht einmal widersprüchlich, wenn der gleiche Rat, der seine Solidarität mit den "alten Mächten" beschwor und "Restauration" und "Legitimität" auf den Schild erhoben hatte, gleichzeitig die Sicherung der "deutschen Freiheit" oder die "Reinigung unserer Verfassung von ihren früheren Mängeln" verlangte und dazu den erklärten Wunsch äußerte, "den Völkern Europas zu zeigen, daß Bremen würdig sey, als selbständiger Staat ein Glied des deutschen Völkerbundes zu heißen" 19).

- II -

Mochten diese Formulierungen noch so nebulös und ausweichend sein, die Nagelprobe seines politischen Selbstverständnisses blieb dem Senat keineswegs erspart, denn er wurde von den Bürgern mit noch konkreteren und peinlicheren Fragen konfrontiert, als sie der gemäßigte Liberalismus der Kaufmannschaft stellte.

Im Frühjahr 1814 entstand in Bremen der F r a u e n v e r e i n, eine Organisation, die aufgrund ihrer sozialen Tätigkeit bald weit über Bremens Grenzen hinaus bekannt und berühmt wurde. Der Verein war demokratisch organisiert; er ignorierte für sich selbst die Standesschranken, kümmerte sich nicht um das gesellschaftliche Herkommen seiner Mitglieder, zeigte indessen ein gesellschaftspolitisches Engagement, das nicht nur Bremen in Erstaunen versetzte, sondern selbst in Preußen größte Aufmerksamkeit fand und sich der wohlwollenden Billigung des dortigen Hofes erfreute 20).

Die Initiative erwuchs aus der nationalen Gesinnung der Befreiungskriege, galt zunächst den Verwundeten und Kriegsinvaliden, weitete sich dann aber zur allgemeinen Armenfürsorge aus und nahm schließlich sozialrevolutionäre Züge an. "Der neue Kampf, für welchen des Vaterlands tapfere Söhne" sich erhoben, die Opfer an "Blut und Leben" bildeten die moralische Herausforderung, die später in den Appell einmündete,

den Sieg als Verpflichtung zur Neuordnung der politischen und sozialen Verhältnisse anzusehen ²¹⁾, was freilich im einzelnen nicht weiter ausgeführt wurde. Was den Verein interessant werden läßt, ist die Verbindung von Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und praktischer sozialer Tätigkeit, die wiederum nur dadurch möglich war, daß sie von weiten Teilen der Öffentlichkeit mitgetragen und -finanziert wurde: die Mitgliederzahl stieg so rapide an, daß der Frauenverein kirchspielweise untergliedert werden mußte, da die Gesamtorganisation zu unübersichtlich zu werden drohte ²²⁾. Die systematisch betriebene Öffentlichkeitsarbeit - Annoncen, Flugblätter, Lotterien, öffentliche Versteigerungen waren an der Tagesordnung - erbrachte innerhalb eines Jahres über viertausend Reichstaler; der Wert der gespendeten Sachgüter und der vom Verein kostenlos gebotenen Dienstleistungen ist nicht zu ermessen ²³⁾.

Politisch vertrat der Frauenverein mit allem Nachdruck die Forderung, die Zukunftszwänge abzuschaffen, die Standesschranken zwischen drittem und viertem Stand niederzureißen und die von den Franzosen eingeführte Gewerbefreiheit beizubehalten. "Ohne diese Einigung gibt es kein Heil. Die Vaterlandliebe muß ersterben bei dem Begünstigten am selbstsüchtigen Dünkel, bei dem Zurückgesetzten am Gefühl des erlittenen Unrechts" ²⁴⁾.

Aus nationalem und liberalem Geist hervorgegangen, richteten sich die Forderungen letztlich gegen die Ständeordnung an sich, gegen die Privilegien des Gewerbestandes, der ja wiederum innenpolitisch die Stütze des Rates darstellte. Es läßt sich deshalb unschwer ausmalen, welchem Sprengstoff die zunächst rein karitative, unversehens jedoch ins Politische hineinwachsende Arbeit des Frauenvereins bot. Eigentlich lag hier bereits die entscheidende Frage

vor: würde der Rat die unbequeme Kritik dulden oder die Kritiker sogleich mundtot machen, damit auch die aus der Bürgerschaft stammende soziale Initiative ersticken und das moralische Kapital vergeuden, das Bremen außerhalb der engen Landesgrenzen gewonnen hatte? Ging es also darum, den republikanischen Anspruch umzusetzen in politische und soziale Wirklichkeit oder wurde dieser nur zur Bemäntelung der eigenen Herrschaftsansprüche verwandt? In der Form des Frauenvereins war diese Frage gestellt, ein Ausweichen unmöglich, denn Preußen als Vertreter des Ancien Régime unterstützte ja gerade den Verein ²⁵⁾; eine gefährliche politische Aktivität, der der Senat nicht aus eigenem Interesse, sondern aus Rücksicht auf den Bund entgegen treten mußte, war dem Frauenverein folglich nicht anzuhängen.

-III-

Doch blieb es nicht bei dieser einzigen Herausforderung. Die an den Senat als Verkörperung des Staates gestellte Frage wiederholte sich in mannigfacher Form. Zwei weitere prominente Beispiele seien angefügt. Innerhalb des Hauses *Seefahrt* ²⁶⁾, eines korporativen Zusammenschlusses von Schiffern, Kaufleuten und *Seehiffs*volk, der stark von der Tradition geprägt und in alten Formen erstarrt war ²⁷⁾, deuteten sich im Laufe des Jahres 1815 Demokratisierungsversuche an, die in der Gesellschaft der Hansestadt Aufsehen erregten. Die Seeschifferbrüderschaft, bislang von den Kaufleuten beherrscht, wandten sich gegen den bisherigen "Herrschaftsanspruch der Session" und verlangten eine Revision der Satzung. Diese war wiederum nicht Angelegenheit des Hauses *Seefahrt* allein, sondern bedurfte der Bestätigung durch den Rat, der damit gezwungen wurde, sich entweder für die geforderte Demokratisierung zu entscheiden oder diese abzulehnen. Einen Mittelweg gab es nicht.

Noch schwieriger freilich war die Lage, in die die St. Ansgariigemeinde den Senat versetzte. Unter Ausnutzung ihres Privilegs der freien Predigerwahl betrieb diese im Jahre 1814 den jungen Theologen Johann Heinrich Bernhard Dräseke zum Seelsorger, einen Mann, der sich nicht nur als Geistlicher, sondern vor allem auch aufgrund seines politischen Engagements auszeichnete.²⁸⁾ Draseke wetterte, von der politischen Entwicklung nach Gründung der Heiligen Allianz und Entstehung des Deutschen Bundes zunehmend enttäuscht, in den Jahren 1816 bis 1819 in immer schärferen Worten gegen Kleinstaaterei und Duodezfürstentümer und forderte von der scheinbar sicheren Plattform der Stadtrepublik unverhohlen eine liberale Verfassung für eine freie und geeinte deutsche Nation²⁹⁾. Die Frage war: Stand der Senat auch dann zum Prinzip der freien Predigerwahl, zur absoluten Zensurfreiheit, wenn hieraus einmal Schwierigkeiten erwuchsen? Machte er zumindest den Versuch, den Bürger in seinen Rechten - im Rahmen der politischen und konstitutionellen Möglichkeiten des Stadtstaates - gegen die reaktionären Eingriffe des Bundes zu schützen oder ließ er sofort die "Staatsräson" obwalten, wenn einer der bremischen Bürger der preußischen Geheimpolizei mißliebig wurde, da er gegen dortige - nicht gegen hiesige - Gesetze verstoßen hatte? An diesen Problemen mußte sich letztlich erweisen, ob die bremische Liberalität tragfähig und glaubwürdig war, ob die demokratisch-konstitutionellen Ansprüche des Stadtstaates gerechtfertigt erschienen.

VIERTER TEIL:

ANSÄTZE ZUR VERFASSUNGSREFORM UND
DEREN SCHEITERN

6. Gescheiterte und vertagte Reformvorstellungen
und -projekte in den Jahren 1813 und 1814

a. Der "Kommissarische Bericht" des Senatsaus-
schusses (22.1.1814)

Auch in der überaus zugespitzten Lage des Jahres 1814 war die Diskussion um die bremische Verfassung keineswegs tot, sondern lief stets neben der außen- und innenpolitischen Entwicklung her, so daß es hier zu ständigen Interferenzen zwischen den einzelnen Teilgebieten der bremischen Politik kam. Die Machtlosigkeit auf dem Gebiet des Äußeren, bedeutete - so Johann Smidt in seinen theoretischen Überlegungen des Jahres 1808 - daß die Hansestädte bei ihrer "kosmopolitischen Bestimmung, welche sogleich ihrem kaufmännischen Interesse so voll entsprach", Innen- und Außenpolitik nur unvollständig zu trennen vermochten ¹⁾ und damit auch die Verfassungsdiskussion nie isoliert, sondern nur unter Berücksichtigung "jeder bedeutenden Änderung im Gange der Weltbegebenheiten" geführt werden konnte ²⁾.

Umso erstaunlicher ist es, daß es in konstitutionellen Fragen, die ohnehin nur in den oberen Ständen zur Debatte standen, nicht zu der zu erwartenden Solidarisierung innerhalb der Oberschicht kam, sondern daß die Verfassungsdiskussion im Gegenteil zu einer sich über mehrere Jahre hinschleppenden, gefährlichen innenpolitischen Zerreißprobe wurde ³⁾.

Schon am 29.12.1813 wurde vom Senat eine Kommission zur Lösung der Verfassungsfrage eingesetzt, die lediglich aus vier Senatoren und zwei Senatssyndici bestand. ⁴⁾ Ein Vertreter der Bürgerschaft, der Kirchspiele oder der Kauf-

mannschaft, die von einer Verfassungsänderung allesamt unmittelbar betroffen waren und deren Teilnahme auch verfassungsjuristisch durchaus gerechtfertigt gewesen wäre, wurde nicht ernannt und während der Beratungen auch nicht hinzugezogen ⁵⁾. Die mit der Einsetzung der provisorischen Regierungskommission angedeutete liberale Tendenz wurde also bereits wenige Wochen später mit der Erhebung der Verfassungsdeputation in Frage gestellt. Das mit der konstituitionalen Bestandsaufnahme betraute Gremium legte, während die Bürgerschaft zur Untätigkeit verdammt war ⁶⁾, ein erstaunliches Arbeitspensum vor und einigte sich schon am 22.1. auf ein gemeinsames Papier, den "Kommissarischen Bericht wegen Abstellung einiger Mängel in der bisherigen Verfassung." ⁷⁾

Die Kritik an den herrschenden Zuständen fiel, wie kaum anders zu erwarten, ausgesprochen laudal aus, die Verbesserungsvorschläge waren halbherzig. Vorgeschlagen wurde:

- die "Trennung der Regierungsgechäfte des Senats und der Justiz ",
- eine Vereinfachung und bessere Verwaltung der Finanzen,
- "eine angemessene Art der Verhandlungen zwischen Rath und Bürgerschaft" ⁸⁾.

Nicht berührt war die Frage der Konventsfähigkeit, die eine Öffnung des politischen Systems zu dem dritten und vierten Stand hin bedeutet hätte.

Zur Hauptfrage, zur Trennung der Justiz und Verwaltung, äußerte sich der Bericht dahingehend, daß der Senat künftig in corpore zu den "wahlen der im ganzen Collegio erforderlichen Wiederbesetzungen ... konkurrieren sollte". Das bedeutete, daß zwar die Notwendigkeit der Trennung von Exekutive und Judikative formaliter anerkannt

wurde, die Trennungslinie jedoch innerhalb des Senats verlaufen und damit in eine bloße Neuverteilung und Abgrenzung der verschiedenen Geschäftsbereiche münden sollte, womit der Grundsatz als solcher letztlich ad absurdum geführt wurde ⁹⁾.

Wie sehr der Senat auch nach der Aufteilung in eine Justiz- und Regierungsbehörde eine personelle Einheit bilden sollte, zeigt die Tatsache, daß die entscheidenden Fragen nach wie vor von der Wittheit, dem Gesamtkollegium, entschieden wurden. Ohnehin bildete der Rat ein einziges Organ, wenn es um Fragen der Außenpolitik, der Verhandlung mit dem Bürgerkonvent oder die Neufassung von Gesetzen ging ¹⁰⁾. Am deutlichsten wird die personelle Verzahnung bei der Ausübung des Selbstergänzungsrechts: Nachwahlen sollten selbstverständlich von der Wittheit als ganzer vorgenommen werden. Auch schienen keine Einwände gegen einen Wechsel zwischen Regierungs- und Justizkollegium zu bestehen ¹¹⁾. Das Regierungskollegium sollte in eine Finanzsektion und eine administrative Abteilung zerfallen, die unter anderem für Handel und Gewerbe, innere Sicherheit und die Kirchenaufsicht zuständig war ¹²⁾.

Hinsichtlich der Organisation der Kassen konzidierte der Bericht mit einiger Offenheit, daß das bisherige System "den Überblick, der doch so erforderlich ist, niemandem gewähre" ¹³⁾. Es wurde angeregt, das chaotische System von Grund auf zu erneuern, die diversen konkurrierenden Kassen zu schließen und an ihrer Stelle zwei Hauptkassen zu setzen, die Staatshauptkasse und die Kasse der öffentlichen Stiftungen. Beide sollten der Oberaufsicht der bereits erwähnten, neu zu schaffenden Finanzsektion des Senats unterstellt werden;

von einer Kontrolle der Finanzen durch die Bürgerschaft, wie sie bereits vor 1810 stattgefunden hatte, war nicht mehr die Rede ¹⁴⁾.

Die Neustadtbürger, die bislang völlig vom Konvent ausgeschlossen waren, sollten künftig "nach der Qualifikation wie die Altstädter zu den Konventen eingeladen" werden und "deshalb eine 5. Abteilung bilden" ; auch sollten "alle Ämter, die bisher der Regel nach nicht zugezogen wurden, in den Personen ihrer jedesmaligen Alt- und Jungmänner gebeten werden". Desgleichen wurden Fremde, die fünf Jahre in der Stadt gelebt hatten und dem Zensus genügten, unter gewissen Umständen zu den Konventen zugelassen ¹⁵⁾.

Am weitesten wagte sich die Kommission in der Frage der K o n v e n t s e i n l a d u n g e n vor. Der Rat hatte bislang sein ihm von der Neuen Eintracht (§ 2) bestätigtes Einladungsrecht so ausgelegt, daß die Konventsbürger ins Rathaus zitiert wurden, ohne daß man ihnen mit der Einladung auch nur eine Andeutung hinsichtlich der zu behandelnden Tagesordnung gab; "völlig unvorbereitet" mußte, wie W.Tideman hervorhebt, "die Bürgerschaft über die wichtigsten Staatsfragen Entscheidungen treffen." ¹⁶⁾ Der Kommissionsbericht stellte nun in Aussicht, daß der Senat künftig auf diesen Verfahrenstrick verzichten und eine Abordnung von sechs Konventsbürgern vorab über die zur Debatte stehenden Themen informieren wolle.

Weiterhin sah der "Kommissarische Bericht" vor, daß die Ratsherren "allen und jeden bisherigen Einkünften in Gehältern und Sporteln entsagen" und stattdessen "anständige und angemessen fixierte Gehälter" beziehen sollte. Ferner sollten die

kostspieligen Bürgermeister und Ratsmannswahlen abgeschafft und zu einem möglichst frühen Zeitpunkt ein gemeinsames Oberappellationsgericht der Städte Hamburg, Lübeck und Bremen errichtet werden.¹⁷⁾

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Kommissionsbericht zwar reale Mißstände aufdeckte, daß seine Verfasser ^{jedoch} die Abstellung dieser Mängel mit der Wahrung ihrer Standesprivilegien durchaus in Einklang zu bringen versuchten. Die insipiden Reformansätze gingen jedenfalls über die Grenze des Honoratioren-, Gelehrten- und Handelsstandes nicht hinaus; von der Mehrheit der nicht konventsfähigen Bremer Bürger war mit keinem einzigen Wort die Rede.¹⁸⁾

b. Der Versuch einer "bürgerlichen" Alternative

Der Bürgerkonvent, durch die Erfahrung vom November 1813 gewitzt, erkannte sehr bald, daß es sich bei den Kommissionsvorschlägen nicht um einen ~~ernstgemeinten~~ ernstgemeinten Versuch zur Verfassungsreform, sondern vielmehr um einen Vorstoß in konservative Richtung handelte und er lehnte deshalb in seiner zweiten Sitzung am 25.3.1814 das gesamte Vorschlagspaket pauschal mit der Begründung ab, bereits die Prämissen des "Kommissarischen Berichts" seien falsch; es sei nämlich ein Irrtum anzunehmen, daß "durch die Erklärung der verbündeten Mächte vor dem Convent vom 6. November" die sogenannte "alte Verfassung" bereits in ihren Grundzügen wieder hergestellt sei¹⁹⁾, vielmehr müßten die Verhandlungen von einer völlig neuen Grundlage ausgehen. Der Konvent wünsche im übrigen nicht, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, sondern wolle von Anfang an an den Beratungen teilhaben²⁰⁾.

Um eine eigene Diskussionsplattform für die schwierigen Verhandlungen mit dem Rat zu erstellen, konstituierte der Konvent eine ausschließlich aus seinen eigenen Mitgliedern bestehende "V o r b e r e i t u n g s - d e p u t a t i o n der Bürgerschaft für die Constitutionsverhandlungen", die entsprechende Modelle zu erstellen hatte²¹⁾.

Die generelle Meinung der Vorbereitungsdeputation ging offensichtlich dahin, den alten, sich selbst ergänzenden Rat zwar nicht völlig abzuschaffen, ihn jedoch durch die Bürgerschaft beträchtlich zu entmachten und nur dem Namen nach fortbestehen zu lassen²²⁾:

"Die höchste Gewalt ist in den Händen eines großen Rathes, welcher aus dem Senate und dem Bürger - Rathe besteht".²³⁾ Was mit der höchsten Gewalt gemeint war, ist an anderer Stelle erläutert. Es handelt sich dabei offensichtlich nicht um die vollziehenden Gewalt, die beim Rat liegt, sondern um die Legislative; "Die Gesetzgebung steht dem großen Rathe zu".²⁴⁾ Weiterhin: "Gesetzesvorschläge können von jedem der beyden Körper, welche denselben bilden, vorgebracht werden".²⁵⁾

Die Zusammensetzung des großen Rates ist ebenfalls im Folgenden erläutert. Es zeigt sich, daß Senat und Bürgerschaft durchaus nicht paritätisch beteiligt werden, daß vielmehr der aus der Bürgerschaft hervorgehende Bügerrat ein starkes Übergewicht bekommen sollte: "Der Bügerrath besteht aus 78 Personen, nemlich aus 18 Ältermännern und 60 Bürgerdeputierten". Die letzteren sollten von Wahlmännern gewählt werden, die mindestens 25 Jahre alt, seit mehr als zwei Jahren in Bremen ansässig waren und das große Bürgerrecht besaßen. Sie mußten über Eigentum verfügen, dem Gelehrten- oder dem Künstlerstand angehören oder Teil der "Klasse der Kaufleute en gros" sein.²⁶⁾

Die Exekutive sollte weiterhin vom Senat allein wahrgenommen werden, freilich von einem Gremium, das mit seinem Vorläufer nicht viel mehr als den Namen gemein hatte: "Der Senat besteht aus besoldeten Mitgliedern, wovon wenigstens die Hälfte Rechtsgelehrte seyn " müssen. "Die Mitglieder werden auf Lebenszeit von dem Brügerrathe " gewählt, und zwar in geheimer Abstimmung. Sie sollten keine weiteren Ämter bekleiden dürfen und damit insbesondere von der Justizverwaltung

ausgeschlossen werden, also einen Aufgabenbereich verlieren, der historisch gesehen zu ihren ältesten Prärogativen überhaupt zählte. ²⁷⁾

Die J u s t i z sollte entsprechend dem Grundsatz der Gewaltenteilung, der merkwürdigerweise nur bei der Abgrenzung von judikativer und exekutiver, nicht jedoch von exekutiver und legislativer Gewalt streng beim Wort genommen wird, zu einer von der Administration unabhängigen Größe im Staat werden und "über die Auslegung der Konstitution und über die Amtsbefugnisse öffentlicher Behörden überhaupt" wachen. ²⁸⁾

Den auf Lebenszeit gewählten Mitgliedern des Altenrates, die ja meist gleichzeitig Richter waren, wollte man das freiwillige Ausscheiden aus den Ämtern durch den folgenden Passus ermöglichen: "Mitglieder des Alten Senats, welche ausscheiden, werden auf Lebenszeit a.o. Mitglieder des Bürgerraths und erhalten den Rang unmittelbar nach den Justizräthen." ²⁹⁾

c. Der "Hauptbericht" vom 28.10.1814 als Kompromiß zwischen Senat und Bürgerschaft

Während die politischen Vorstellungen der Vorbereitungsdeputation im Kreise des Senats verständlicherweise auf wenig Gegenliebe stießen, einigte man sich am 5.4. jedoch wenigstens auf die bürgerlicherseits seit Anbeginn geforderte **Gemeinschaftliche Deputation**³⁰⁾, die - aus 6 Kommissaren des Senats und 26 Deputierten des Konvents bestehend - zwischen den Wünschen und Forderungen der beiden Lager zu vermitteln und einen allseitig akzeptablen Kompromißvorschlag zu erarbeiten hatte³¹⁾.

Das Deputationsgutachten geriet zum Jahrhundertwerk: Nach zwei Zwischenberichten³²⁾, datiert vom 5.7. und 30.8., legte die Kommission am 28.10.1814 ihren "**Hauptbericht**" vor, der "alles, was damals in in unserem öffentlichen Leben einer Feststellung oder Änderung zu bedürfen schien, Verfassungs- und Verwaltungsgegenstände, und letztere oft bis in die geringsten Einzelheiten" zusammenfaßte und weit über seine Epoche hinaus Bedeutung erlangte³³⁾.

Am Beginn des Verfassungsentwurfs standen, entsprechend dem französischen Vorbild, die Grundrechte des bremischen Bürgers, die unantastbar, unwiderruflich und nicht revidierbar sein sollten³⁴⁾. Zu diesen gehörte vor allem die Unverletzbarkeit der persönlichen Freiheit, der Schutz des Eigentums und die Freiheit der religiösen Meinung, sofern es sich im weitesten Sinne um ein christliches Bekenntnis handelte. Leibeigenschaft und Sklaverei

waren nach dem Verfassungsentwurf grundsätzlich verboten, ein Leibzoll für Juden war nicht zulässig. Jedem Bürger sollte das Recht zuteil werden, im Falle einer polizeilichen Festnahme binnen 24 Stunden Auskunft über die vorliegenden Verdachtsmomente zu erlangen und innerhalb weiterer 72 Stunden entweder dem Vernehmungsbeamten vorgeführt zu werden oder aber Haftverschonung zu erlangen.³⁵⁾ Das Bürgerrecht blieb indessen im wesentlichen in der bisherigen Form bestehen, was bedeutete, daß tiefgreifende Veränderungen der Sozialstruktur von den Vätern des Verfassungsentwurfs nicht intendiert wurden: der "Hauptbericht" unterschied nämlich immer noch zwischen einem "großen Bürgerrecht mit voller Handlungsfreiheit", für das 400 Reichstaler zu entrichten waren, einem "alt- und neustädtischem Bürgerrecht", das 50 Reichstaler wert war, und einem "vorstädtischem Bürgerrecht", das bereits für 40 Reichstaler zu haben war.³⁶⁾

Das eigentlich Neue des Verfassungsentwurfs bestand darin, daß die h o c h s t e S t a a t s g e w a l t, d. h. "die Hoheit, die dem Staat als Staat zustehenden Rechte, die Landeshoheit und die höchste Gewalt im Staat"³⁷⁾ künftig gemeinsam bei Rat und Bürgerkonvent liegen sollten, was ja formaliter nach der "Eintracht" bislang nicht der Fall war, da diese den Konvent zu einem reinen Beratungsgremium des Senats degradierte. Auch die legislativen Funktionen³⁸⁾ sollten nun eindeutig - wie es de facto bereits in den meisten Fällen gehandhabt wurde, de jure jedoch noch nicht sanktioniert war - gemeinsam von Senat und Bürgerschaft wahrgenommen werden; ein doppelter Beschluß war also nötig bei jeder Art von Gesetzgebung und Verfassungsänderung, bei der Erstellung des Haushalts, der Festsetzung

von Steuern, der Erteilung von Monopolen und Handelsprivilegien und der Ratifikation von Verträgen mit fremden Mächten³⁹⁾. Freilich lagen auch wieder rein administrative Aufgaben gemeinsam bei Rat und Bürgerschaft, wodurch der Gedanke der Gewaltenteilung unnötig verwässert wurde: die Verwaltung der Schulen, der Kirchen, der milden Stiftungen und der Zentralkasse.⁴⁰⁾

Der Senat sollte nach Aussage des "Hauptberichts der am 5.4.1814 ernannten Gemeinschaftlichen Deputation" künftig aufgespalten werden in zwei unabhängige Gremien, nämlich den Justiz- und den Regierungssenat. Dem Regierungskollegium kamen alle jene exekutiven Funktionen zu, die nicht bereits von Senat und Bürgerschaft gemeinsam wahrgenommen wurden. Das Kollegium sollte unter anderem zuständig sein für die Ressorts Inneres und Äußeres, die Repräsentation des Staates gegenüber fremden Mächten, Polizei und Verwaltung (bei letzterer war freilich auch die Justiz in bestimmten Fällen mitbeteiligt), die Begnadigung in Strafsachen, die Ausübung der Zensur, die jedoch nur dann in Bremen eingeführt werden sollte, wenn der Deutsche Bund dieses in Form eines Rahmengesetzes verbindlich vorschrieb.⁴¹⁾ Ferner gehörten zum Aufgabenbereich des Regierungskollegiums die Wahrnehmung der Kirchenhoheit, wobei gleichwohl die Selbstverwaltungsrechte von St. Martini, St. Ansgarii, St. Stephani und U.L. Frauen unberührt bleiben sollten⁴²⁾, die Entscheidung über die Aufnahme und die Vereidigung hinzukommender

neuer Bürger, die Einberufung der Bürgerkonvente , das Unterrichtswesen und die Oberaufsicht über die zunftmäßigen Gewerbe. 43)

Dem J u s t i z s e n a t oblag die Vollstreckung und Verwaltung in der Zivil- und Kriminaljustiz, die Wahrnehmung aller durch die Gerichtsordnung bestimmten Aufgaben, die Oberaufsicht über das V o r m a n d s c h a f t s w e s e n , notarielle Angelegenheiten, die Ernennung der Subalternbeamten und die Ausführung auswärtiger Requisitionen in Justizsachen. 44)

Die Trennung des alten reichsstädtischen Rates, die sich in der Praxis bereits im 17. und 18. Jahrhundert angebahnt hatte (zumal eine Kompetenzaufteilung aus rein arbeitstechnischen Gründen notwendig geworden war), sollte also analog zur verfassungsrechtlichen Entwicklung der Bürgerschaft legalisiert werden, wobei gleichzeitig eine gewisse Funktionsabgrenzung der beiden Gremien erfolgte. Freilich wurde dieser Grundsatz wiederum nicht konsequent, sondern nur in vorsichtigen Ansätzen durchgeführt.

Als gemeinsames Gremium, bestehend aus Justiz- und Regierungskollegium, sollte auch künftig bei besonderen Gelegenheiten die W i t t h e i t einberufen werden, also im Grunde doch der Rat des Jahres 1534. Die Wittheit konnte sowohl von seiten der Justiz als auch von seiten der Regierung und Verwaltung einberufen werden. Die Bürgerschaft konnte ihrerseits nichts dagegen unternehmen. Festgelegt wurde sogar, daß der Senat immer dann "in pleno" tagen mußte, wenn mit der Bürgerschaft verhandelt werden sollte oder Beamte ernannt wurden, welche in der Regierungs- und Justizverwaltung tätig waren. Auch stand dem Senat als ganzem die Ernennung der Pfarrer im Landgebiet zu, während die städtischen Pfarrer jeweils von den Kirchspielen selbst gewählt und vom Senat nur bestätigt und bezahlt wurden.

Selbstverständlich behielt der Senat das ihm von "Eintacht" und "Tafel" garantierte Selbstergänzungsrecht und das Recht der Wahl seiner Mitglieder auf Lebenszeit ⁴⁵⁾. Als Neuerung kam hinzu, daß die Ratsmitglieder künftig feste Gehälter beziehen sollten, wie dieses bereits im Bericht des Senatsausschusses vom 22.1. gefordert worden war ⁴⁶⁾.

Von den "nicht-konventsfähigen" Bürgern der Hansestadt war in dem Verfassungsentwurf mit keinem einzigen Wort die Rede, eine Öffnung der Bürgervertretung zum dritten und vierten Stand hin erfolgte nicht ⁴⁷⁾. Die Bürgerschaft "sollte auch künftig sein, was sie immer gewesen war, eine Notabelnversammlung, deren Mitglieder kraft ihrer sozialen Stellung ein lebenslängliches Anrecht hatten, an den Bürgerkonventen teilzunehmen" ⁴⁸⁾. Innerhalb des Bürgerkonvents sollte das Collegium Seniorum seine führende Stellung, die ihm im Laufe der Zeit zugefallen war, beibehalten bzw. noch weiter ausbauen. "Der wesentlichste neue Gedanke, den der Entwurf der Deputation enthielt, war der Vorschlag, den Eltermännern konstitutionsmäßig eine Art von Censorenamt in der Republik zu übertragen, sie zu den berufenen Wächtern der Verfassung zu machen. Sie, und sie allein, sollten das Recht haben, Beschwerden über Verletzungen der Konstitution durch den Senat zu erheben und zu verfolgen" ⁴⁹⁾.

Alles in allem intendierte der "Hauptbericht" eine Neuverteilung der politischen Macht zwischen Senat und Bürgerschaft, im Grunde also zwischen Rathaus und Schütting. Es ging letztlich um wenig mehr als um die Schließung der Lücke zwischen Verfassungswirklichkeit und -recht durch Festschreibung eines Zustandes, der de facto bereits seit geraumer

Zeit in der Hansestadt geherrscht hatte.⁵⁰⁾ Der politische Einfluß des einfachen Bürgers sollte keineswegs erweitert werden, lediglich seine Grundrechte sollte das neue Verfassungswerk garantieren⁵¹⁾.

d. Die Infragestellung des Kompromisses

Der bremische Senat des Jahres 1814 war nicht einmal kompromißbereit genug, um anzuerkennen, was eine längst vollzogene historische Tatsache war: er wollte auch unter dem Zwang der politischen Verhältnisse nicht eingestehen, daß der Bürgerkonvent inzwischen mehr geworden war als ein bloßes beratendes Gremium, sondern zog sich stur auf den Rechtsstandpunkt der "Eintracht" zurück; auch der Rat der postnapoleonischen Zeit war - seinem Selbstverständnis nach - "souverän". Einer Teilung der Macht des "Honorationenstandes" mit dem "Handelsstand" bedurfte es nicht. Zumindest aber brauchte der bereits bestehende Zustand nicht noch unnötigerweise zu beurkundet werden⁵²⁾.

Obwohl der Verfassungsentwurf vom 28.10. gemeinsam von hierzu ausdrücklich legitimierten Vertretern des Senats und der Bürgerschaft ausgehandelt worden war und die Interessen des Senats mehr als angemessen berücksichtigt waren - die Deputation ging "in ihren Vorschlägen zur Gewaltenteilung nicht viel weiter ... als der Senat selbst in seinem Bericht vom Januar 1814"⁵³⁾ -, stieß der Senat am 16.12. mit einem eigenen Gutachten nach, das den mühsam errungen^{en} Kompromiß sogleich wieder in Frage stellte; "Die Prüfung des Gutachtens und dessen Anlagen", so hieß es zunächst, "hat der Senat noch nicht vollendet und kann deshalb über den Inhalt desselben im Allgemeinen oder dessen einzelne Theile seine Meinung gegenwärtig noch nicht abgeben, sondern behält sich die Mittheilung derselben vor"⁵⁴⁾. Der Einspruch folgte jedoch bereits im Nachsatz: "Inzwischen erklärt Ein Hochweiser Rath hiemit ausdrücklich, daß er der Trennung des Senats, so wie solche im § 21 und folgenden der Anlage des des Gutachtens vorgeschlagen ist, und den darauf sich

gründenden Satzen und Folgerungen nicht beystimmen werde"⁵⁵⁾. Der Senat selbst verwahrte sich mit allem Nachdruck gegen eine Trennung seiner selbst in eine Justiz- und eine Regierungsabteilung. Er war zwar bereit, diese der Form nach zuzugestehen, bestand aber gleichzeitig darauf, daß die Justizsenatoren nicht nur an den Sitzungen der Wittheit teilnehmen, sondern gleichzeitig Anteil an den Regierungs- und Verwaltungsgeschäften haben sollten,⁵⁶⁾ da eine faktische Teilung des Senatskollegiums nicht zumutbar sei und die laufenden Staatsgeschäfte hierdurch "unvermeidliche Stockungen würden erleiden müssen". Damit war das ohnehin ausgezehrte Prinzip der Gewaltenteilung⁵⁷⁾ nun vollends zu Grabe getragen. Um seine Auffassung zu unterstreichen, erklärte der Rat noch obendrein, "eine weitere Trennung der Senatsgeschäfte lehne er grundsätzlich ab." ⁵⁸⁾

Weiterhin widersetzte sich der Senat der Ansicht, daß die Souveranität gemeinsam bei Senat und Bürgerschaft liege, wie dieses ausgehandelt und beschlossen worden war, und daß die Bürgerschaft hieraus erwachsende konstitutionelle Rechte geltend machen könnte. Damit war die gesamte, seit 1681 angelaufene Verfassungsentwicklung negiert und im Grunde der Zustand von 1534 wiederhergestellt. ⁵⁹⁾

Ausdrücklich bestritt der Senat das Recht der Älterleute, über die Verfügungen und Erlasse Beschwerde zu führen, was ja ursprünglich als ein bescheidener Ansatz zur Kontrolle der senatorischen Gewalt durch die bürgerliche in den Entwurf vom 28. 10. aufgenommen worden war. Der Senat bestand dagegen auf seinem Ernennungsrecht⁶⁰⁾ auch für die den Deputationen nachgeordneten Beamten.

Die B ü r g e r s c h a f t konnte, von den Vorschlägen völlig überrascht, zunächst nur kontern, sie reserviere sich "ihre Erklärung über alles was E.H.Rath im heutigen Convent über den Entwurf der Organisationsdeputation " gesagt habe.⁶¹⁾ Die eigentliche Replik erfolgte zwei Monate später, am 17.2.1815 . "Die Verfassung unseres Staates erheischt über alle Gegenstände, welche auf die Beförderung des Wohls des Ganzen abzwecken, vorab eine gemeinsame Berathung, um durch glückliches Resultat, das Bessere wohlmöglich das Beste herbeyzuführen, ein Erfolg, welcher sich aber nie wird erwarten lassen; wenn der eine Theil, ohne Gründe anzuführen, nur bestimmt erklärt, ich will das nicht, bevor das Für und Wider der Sache hat gehörig beleuchtet werden können, bevor gründlich untersucht worden, welche Einrichtung die zweckmäßigste für des Staates Wohl sein werde.⁶²⁾

7. Die politischen Einflüsse der Alliierten und das Wiedererstarken des Senats 1814

a. Die Alliierten und die erste Phase der diplo- matischen Aktivität des Senats

Das Scheitern der ersten Versuche einer Verfassungsreform ist nicht ohne die Beziehung des bremischen Senats zu den Alliierten zu verstehen, ja in dieser scheint geradezu der Schlüssel zum Verständnis der weiteren konstitutionellen Entwicklung der im Grunde "machtlosen", nur allzu leicht "zwischen Anloß und Hammer" ¹⁾ geratenden Stadtrepublik zu liegen.

In der prekären konstitutionellen Lage der Jahre 1813/14 hatte, dem theoretischen Konzept von Joh. Smidt entsprechend,²⁾ auf außenpolitischem und diplomatischem Gebiet sofort wieder der alte Senat die Initiative ergriffen, während die von Tettenborn eingesetzte, überwiegend bürgerliche Regierungskommission in erster Linie mit der Innenpolitik abgespeist wurde, was in dieser Form vom Initiator der Regierungskommission garnicht vorgesehen worden war³⁾. Der Kommission wurden vor allem die laufenden Regierungs- und Verwaltungsgeschäfte übertragen; sie hatte eine Flut taglicher Petitionen, Anfragen und Beschwerden zu bewerkstelligen, trug die Verantwortung für Fragen der Truppenfourage, der Einquartierung durchziehender Militärs und Requisition von Privateigentum und war mit dieser praktischen, meist wenig dankbaren Tätigkeit derart ausgelastet, daß sie keine Möglichkeit zur Entwicklung langfristiger politischer Perspektiven fand⁴⁾.

Der alte Senat, von seinen administrativen Pflichten durch die Regierungskommission nunmehr entlastet⁵⁾,

nutzte den ihm gegebenen Spielraum in doppelter Hinsicht: er erstellte eine Fülle von Papieren zur politischen Strategie und Taktik⁶⁾ und betrieb gleichzeitig eine intensive Geheimdiplomatie mit dem Ziel, enge Beziehungen zu den Verbündeten herzustellen und das infolge der hanseatischen Neutralitätspolitik arg erschütterte Vertrauen in den bremischen Rat wieder zu festigen⁷⁾. Es fanden nach dem Einzug der alliierten Truppen sofort, oft in privaten Zirkeln, Gespräche mit in Bremen postierten Offizieren statt; es wurden - unter Ausnutzung alter Verbindungen - sogleich Gespräche mit Beamten und Regierungsbevollmächtigten der Nachbarstaaten angeknüpft und schließlich Versuche unternommen, mit den Großmächten selbst direkte Kontakte aufzunehmen⁸⁾.

Die Quellen sprechen in bezeichnender Weise von der "Bekomplimentirung des Kronprinzen von Schweden, des Herzogs von Cumberland u.s.w."⁹⁾, sie schildern das oft peinliche Werben um ausländische Potentaten¹⁰⁾ und zeigen die verzweifelte Anstrengungen, um jeden Preis wieder diplomatischen Boden zu gewinnen, was durch die historischen Reminiszenzen an die Geschäfte mit Frankreich im Jahre 1803 und auch die bremische Politik der folgenden Jahre nicht eben erleichtert wurde¹¹⁾. Andererseits kam den bremischen Senatoren das ausgeprägte Empfinden der Zeit für gesellschaftliche Konventionen entgegen: bei allen Vorbehalten, die man gegenüber den bremischen Ratsherren geltend machen konnte, waren sie doch als "Standespersonen" die einzig denkbaren Gesprächspartner auf diplomatischer Ebene. Die bürgerlichen Vertreter der Regierungskommission hatten also allein schon aufgrund ihres minderen Rangs im Sinne der Ständeordnung¹²⁾ kaum eine Möglichkeit, in der Außenpolitik Fuß zu fassen. Der Senat wußte diese Tatsache zu nutzen.

nach anfänglichen Gesprächen mit von Tettenborn und seinen Vertretern, sowie nachgeordneten militärischen Stellen, begaben sich die Senatoren Smidt und Post (letzterer gehörte nicht der Regierungskommission an) bereits am 11. November nach Hannover, um in ersten Gesprächen mit dem Kronprinzen und dem Herzog von Cumberland die Gefahr einer möglichen Intervention zu ergründen, doch blieb diese Mission zunächst ohne sichtbaren Erfolg. ¹³⁾

Gleichzeitig begann der Senat eine Offensive auf breiter diplomatischer Front. Er versandte in seinem Namen gleichlautende Schreiben an die G r o ß - m ä c h t e , nach Rußland, England, Österreich, Preußen und Schweden, in denen er sich mit "den Glückwünschen zu den bisher erzielten Erfolgen" in Erinnerung rief, den "wiedererstandenen bremischen Staat dem Wohlwollen der Fürsten" empfand und anzeigte, "was Bremen bereits in der Teilnahme am ¹⁴⁾ Kriege gethan" (sic) habe. ¹⁴⁾ Blieb dieses Schreiben unwidersprochen, wurde es zur Kenntnis genommen und beantwortet, so mußte dieses Vorgehen in sich bereits einen erheblichen Legitimationszugewinn für den Senat zur Folge haben. Das Maß an Dreistigkeit , mit dem die Ratsherren ans Werk gingen, wird deutlich, wenn man sich an die Neutralitätspolitik der Hansestädte in den Jahren 1806 - 10 erinnert, die sich ja letztlich gerade gegen jene Staaten gerichtet hatte, mit denen sich der wiedererstandene Senat unter Hinweis auf angebliche waffenbrüderschaft nunmehr zu solidarisieren trachtete. ¹⁵⁾ Auch personell war der Absender des Briefes genau das gleiche Gremium,

das seinerzeit den Neutralitätsgedanken propagiert und betrieben und den Beitritt zum Rheinbund erwogen hatte.¹⁶⁾

Während die angesprochenen Großmächte sich diesen Avancen gegenüber zunächst äußerst reserviert verhielten – weder reagierten sie selbst unmittelbar auf diese Schreiben, noch unternahm die "Centralverwaltung der durch die Armeen der verbündeten Mächte besetzten Länder" irgend etwas in dieser Angelegenheit¹⁷⁾, gelang es den Bremern, zumindest erste Verbindungen zu den Schwesterstädten Hamburg und Lübeck herzustellen, um an die Tradition der gemeinsamen h a n s e a t i s c h e n Politik des Jahres 1806 anzuknüpfen.

Am 13. November trafen die Hamburger Perthes und Sieveking in Bremen ein, streng genommen nicht als Repräsentanten ihrer Heimatstadt, sondern als Vertreter des im August gegründeten hanseatischen Direktori-ums, das im "Exil" operierte und sich als eine Art "provisorische Regierung für die besetzten Städte" verstand.¹⁸⁾

Perthes und Sieveking verhandelten zunächst sowohl mit der Regierungskommission als auch mit den Vertretern des Senats, schienen sich aber über die schwierige Frage der Kompetenzaufteilung in Bremen kaum im Klaren zu sein. Schon nach wenigen Tagen sahen sie sich als einzig maßgeblichem Verhandlungspartner Johann Smidt gegenüber, was das Verständnis der konstitutionellen Lage in Bremen kaum erleichterte: Smidt gehörte als einer der wenigen sowohl dem Senat als auch der Regierungskommission an und er kannte zudem in Fragen des politischen Mandats keine allzu großen Skrupel.¹⁹⁾

Festerling urteilt, Perthes und Sieveking hätten "alles nach ihren Wünschen geordnet" gefunden, "eine Regierungskommission an Stelle des alten Senats" (sic) habe "bestimmt". Dieses Vorgehen sei "als

"Regel für die erste Zeit nach der Befreiung in allen Hansestädten vorgesehen" gewesen²⁰⁾. Die Feststellung unterstreicht anschaulich die Tatsache, daß die Macht äußerlich noch bei der Regierungskommission lag, wodurch Konflikte mit den Alliierten vermieden wurden, während in Wirklichkeit die Fäden bereits wieder beim Senat zusammenliefen.

wiederum war es der Senat, der im November und Dezember die wichtigsten Verhandlungen mit Schweden, Preußen Oldenburg und anderen Mächten führte, während Bürgerkonvent und Regierungskommission abseits standen und nicht einmal unterrichtet, geschweige denn konsultiert wurden²¹⁾. Der Konvent verlor also schon zu Beginn des Jahres 1814 an Boden, wußte nicht, was im einzelnen gespielt wurde und war über die großen Zusammenhänge der bremischen Politik nicht mehr voll informiert. Der Senat andererseits baute seinen eigenen Informationsvorsprung immer weiter aus; seine Mitglieder, die meist auch gesellschaftlich untereinander Kontakt pflegten, entwickelten eine überaus diskrete Weise, sich gegenseitig ins Bild zu setzen, ohne die bürgerlichen Vertreter in ihre Gedankengänge einzuweihen oder entscheidende Details auch nur protokollarisch festzuhalten²²⁾; die Überschaubarkeit des "Honoratiorenstandes", die diversen privaten und geschäftlichen Querverbindungen innerhalb dieses in sich geschlossenen Kreises ermöglichten einen politisch-diplomatischen Stil, dem die bürgerlichen Repräsentanten nichts entgegen zu setzen wußten²³⁾.

Dem von der restaurativen Entwicklung schon in der ersten Stunde überrollten Konvent blieb zunächst keine andere Wahl, als in machtlosen verbalen Erklärungen immer wieder zu beteuern, daß man sich in Bremen mit einer stillschweigenden Wiederherstellung des Status Quo unter gar keinen Umständen ab-

finden werde, ja daß der Senat "allgemeinem Widerstand" begegnen werde, wenn er die Entwicklung zurückschrauben und etwa den Versuch unternehmen sollte, durch Verhandlungen mit den Alliierten die "alte Verfassung" wieder einzuführen.²⁴⁾ Unklar blieb freilich, welche Machtmittel der Konvent in einem solchen Falle einzusetzen gedachte, um seinen Drohungen Nachdruck zu verleihen. Da er selbst - ebenso wie der Senat - von Ständespolitischem Denken geprägt war und sich einer Öffnung entschieden widersetzte, konnte er wohl kaum damit rechnen, in irgendeiner Weise eine Verbindung zur Basis herstellen zu können²⁵⁾.

D. Smidts Mission im Frühjahr 1814 und deren
konstitutionelle Bedeutung

Während sich die erste Phase der bremischen Außenpolitik nach der Befreiung noch oft in blindem Aktionismus verlor und kaum weiterreichende Erfolge zu verzeichnen hatte, bekam die hanseatische Diplomatie mit der Entsendung Smidts ins alliierte Hauptquartier am 3. Dezember 1813 Profil und politische Linie²⁶⁾. Das strategische Ziel dieser Mission war die Erlangung einer Garantie der Unabhängigkeit des bremischen Stadtstaates, der Unverletzbarkeit seiner Grenzen, der Sicherung seiner Handelsprivilegien und des Erhalts seiner republikanischen Staatsform²⁷⁾.

In unserem Zusammenhang zählt allein das Ergebnis der abenteuerlichen, mehr als sechsmonatigen diplomatischen Tour de Force²⁸⁾, denn dieses war von entscheidender Bedeutung für den weiteren Verlauf der Verfassungsdiskussion, die ja mit dem Problem der bremischen Freiheit und Unabhängigkeit in engstem Zusammenhang stand: sollten die Alliierten die Einverleibung Bremens in Hannover beschließen, was man an der Weser ernsthaft befürchtete²⁹⁾, so erübrigte sich die Erörterung der Verfassungsfrage überhaupt; wurden von den Verbündeten Auflagen gemacht, was man vor allem vom preußischen Verwaltungsrat erwartete³⁰⁾, so waren der Verfassungsdiskussion von vornherein enge Grenzen gesetzt. Die Stellung des Senats selbst stand und fiel mit der Unabhängigkeit der Hansestadt. Diese wiederum war auf lange Sicht nur dann aufrecht zu erhalten, wenn auch deren wirtschaftliche Voraussetzungen gewährleistet waren³¹⁾. Der Rat mußte also ein mehrfaches Interesse an einem Verhandlungserfolg haben. Das Ergebnis betraf jedoch nicht nur ihn allein, sondern vor allem

auch den Handels- und den Gewerbestand³²⁾, während der vierte Stand keinerlei aktenkundiges Interesse an der bremischen Freiheit artikuliert und von dieser auch nicht viel zu erwarten hatte³³⁾.

Konkrete Zusagen hinsichtlich der bremischen Handelsprivilegien in einer künftigen politischen Ordnung erlangte Smidt nicht. In der Frage der Unabhängigkeit gab es Hinweise und Absichtserklärungen, deren politischer Stellenwert jedoch umstritten ist. Von Bippin urteilt, Smidt habe eine "erste formelle Versicherung der wiederhergestellten Freiheit Bremens"³⁴⁾ erlangt. Doch sind hieran Zweifel erlaubt. Bei einer vollständigen Wiederherstellung der bremischen Souveränität hätte es in dieser Angelegenheit keiner weiteren diplomatischen Anstrengungen bedurft. Der Senat selbst betrachtete das Verhandlungsergebnis denn auch lediglich als einen vorläufigen Erfolg, der nur dann etwas zählte, wenn er entsprechend bestätigt und abgesichert wurde³⁵⁾. Konkret bewirkte die Mission Smidts, daß beim Senat insgesamt drei Schreiben der Großmächte eingingen, ein preußisches vom 11.12., ein russisches vom 25.12. und ein österreichisches vom 6.1., die allesamt Bezug nahmen auf die erwähnte Erklärung des Senats vom 10. November³⁶⁾ und die Frage der bremischen Freiheit anschnitten, diese aber beileibe nicht verbindlich und im bremischen Interesse beantworteten³⁷⁾.

Die Verfassungspolitische Bedeutung der durch Smidts Vermittlung zustande gekommenen Korrespondenz Bremens mit den Großmächten läßt sich in drei Punkten zusammenfassen³⁸⁾:

- aus den Schreiben war eine quasi Anerkennung des alten Rates herauszulesen; das Schreiben Friedrich Wilhelms war adressiert an "Den Präsidenten Bürgermeister Dr. Heineken", das

ies Zaren an "Den Präsidenten und die Senatoren der freyen Stadt Bremen", Kaiser Franz schließlich wandte sich an "Die Bürgermeister und Senatoren der freyen Stadt Bremen"³⁹).

- Die Epistel implizierten vage die "Absicht", die Souveränität der Hansestadt wieder herzustellen, schufen jedoch keinerlei eindeutige politische oder staatsrechtliche Sachverhalte : österreichischerseits war von der "Wichtigkeit der fortdauernden Unabhängigkeit der freyen Städte" und dem "wohlthätigen Einfluß durch Handel und Cultur auf Deutschland zunächst, sowie auf Europa im Allgemeinen" die Rede, ohne daß jedoch in irgend-einer Form eine Festlegung erfolgte. Die übrigen beiden Schreiben blieben . . . ebenso ausweichend und unbestimmt⁴⁰).

- Schließlich wurden an die Wiederherstellung der bremischen Unabhängigkeit unüberhörbare Bedingungen geknüpft: die Großmächte verlangten, daß "die freyen Hansestädte sich durch deutschen Sinn, kraftvollen Widerstand gegen den gemeinsamen Feind... zur Erhaltung der Ruhe und Unabhängigkeit Deutschlands" verpflichteten⁴¹), daß sie eine "ruhige und glückliche Zukunft" garantierten⁴²) und daß Bremen sich widerspruchslos "denjenigen Einrichtungen füge, welche die Erhaltung der äußeren und inneren Ruhe ... künftig erfordern wird" (sic)⁴³), was - durch offizielle diplomatische Kanäle vorgebracht - nun wirklich alles andere als eine Unabhängigkeitsgarantie darstellte.

In preußischen Kreisen hatte Smidt, entgegen seinen Befürchtungen, noch am ersten ein gewisses Verständnis für die bremische Lage gefunden. "Überhaupt ist der preußische Hof", so schrieb er aus Frankfurt, "für die Erhaltung der Freyheit der Hansestädte vortreflich gesinnt. Auch der Minister

von Humboldt hat sich dahin sehr determiniert geäußert." ⁴⁴⁾ Die Audienz beim preußischen König, ⁴⁵⁾ auf die letztlich alles ankam, dämpfte die sehr hochgeschraubten Erwartungen jedoch erheblich: Smidt wurde am 12.12. in "kurzer barscher Weise" empfangen und auch nur ohne die Andeutung eines Zugeständnisses in der Frage der bremischen Unabhängigkeit wieder entlassen. Seine Furcht, daß in Anbetracht der bremischen Haltung in der "Neutralitätsfrage" ein "nachtheiliges Schutzverhältnis" etabliert werden könne, war also auch zu Beginn des Jahres 1814 durchaus noch berechtigt ⁴⁶⁾. Nur in diesem Zusammenhang wird verständlich, daß Smidt sich von Ende Januar 1814 bis zum Abschluß seiner Mission im Juni des gleichen Jahres ebenso verzweifelt wie vergeblich bemühte, zwischen Bremen und den Alliierten wenigstens einen Allianzvertrag abzuschließen ⁴⁷⁾: er wurde zwar meist höflich empfangen, erfuhr die Wertschätzung seiner Person, mußte jedoch erkennen, daß die Großmächte über den künftigen Status der Hansestadt Bremen letztlich noch nicht endgültig entschieden hatten und auch nicht bereit waren, sich eine solche Entscheidung von einem noch so geschickten Unterhändler vorzeitig abnötigen zu lassen ⁴⁸⁾. Die Frage der Freiheit und Unabhängigkeit Bremens war faktisch - und im Gegensatz zu allen noch so wortreichen und beschwörenden Erklärungen des Senats - also auch gegen Ende des Jahres 1814 durchaus noch offen, eine wirklich verbindliche Erklärung, auf die sich bauen ließ, existierte jedenfalls nicht ⁴⁹⁾.

Vor diesem H i n t e r g r u n d liefen die Verfassungsverhandlungen der ersten Stunde ab, entstand der "Hauptbericht" und wurde vom Senat wieder verworfen; ein standiges nervöses Taktieren, das

nur dadurch verständlich wird, daß noch selbst die elementarsten Voraussetzungen der Verfassungsreform ungeklärt waren.

Vom Standpunkt des Senats aus galt es freilich, diesen Tatbestand so weit wie möglich zu verschweigen und zu verschleiern und auch geringste Zweifel der Bürger an der bremischen Souveränität im Keim zu ersticken⁵⁰⁾, denn der Senat benötigte ja gerade die Anerkennung und unverbrüchliche Solidarität der Großmächte, um innenpolitisch seine nicht mehr ganz außer Frage stehende Autorität neu zu erhärten⁵¹⁾, während er - umgekehrt - nach außen hin den Vertretern des ancien régime gerade als Garant von Ruhe und Ordnung i n n e r - h a l b des nicht ganz unverdächtigen, republikanischen Staatswesens erscheinen mußte⁵²⁾; In dieser durchaus nicht ungefährlichen Dialektik, die sich nur mittels strengster Geheimhaltung und Diskretion in den heiklen Fragen der Außenpolitik durchhalten ließ, lag vermutlich die einzige Überlebenschance des anachronistischen Rates überhaupt⁵³⁾.

c. Vorbereitungen zum Wiener Kongress und die Rückwirkungen der Diplomatie auf die Innenpolitik

Die Rückkehr Smidts nach Bremen demonstrierte noch einmal eindringlich die Bedeutung der Außenpolitik für den Fortgang der innen- und verfassungspolitischen Entwicklung: diese war selbst dann nicht zu verkennen, wenn das Ergebnis einer langwierigen diplomatischen Mission zweifelhaft war, jedoch nach außen hin geschickt verkauft wurde⁵⁴. Es ließ sich um so leichter bewerkstelligen, als außenpolitische Fragen ohnehin weitgehend vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen waren. Die vom Senat erteilten Antworten waren in diesem, weitgehend der Geheimhaltung unterliegenden Bereich eben nicht nachprüfbar.

Der Senat machte sich dieses zu Nutze. Ebenso wie Smidt am 6.11. von Tettenborn eine Erklärung zur Wiederherstellung der bremischen Verfassung hatte abgeben lassen, die - von ihm selbst inspiriert, wenn nicht gar formuliert - jeder rechtlich-politischen Relevanz entbehrte⁵⁴), so ließ er sich nunmehr für einen diplomatischen Erfolg feiern, der zwar dem Wunschdenken weiter Kreise der bremischen Bevölkerung entsprach, in Wirklichkeit jedoch garnicht existent war⁵⁵).

Die U m d e u t u n g des Mißerfolgs der in den Details undurchsichtigen Reise durch Süddeutschland, Frankreich und die Schweiz⁵⁶) führte dazu, daß Smidt nach seiner Rückkehr sofort im Zentrum des öffentlichen Interesses stand⁵⁷) und als ein Mann gepriesen wurde, der "unablässig im engsten Verkehr mit den tonangebenden Männern Stein, Hardenberg, Metternich" gestanden und die "drei Städte vor dem monarchistischen Fanatismis jener Tage" bewahrt hatte⁵⁸).

Der weitgereiste Gesandte nahm im Senatskollegium sofort eine Führungsposition ein⁵⁹⁾. Dieses wiederum stärkte die konservative Tendenz: wie selbstverständlich trat am 29. 6. auf althergebrachte Weise wieder die W i t t h e i t zusammen, um den angeblich so erfolgreichen Emissär auf angemessene Weise in der Vaterstadt zu begrüßen, und zwar ungeachtet der Tatsache, daß die Wittheit jenes "Premium darstellte, gegen das die deutlichsten Vorbehalte der Liberalen angemeldet wurden"⁶⁰⁾. Die Auswertung der vorliegenden diplomatischen Ergebnisse stellte eben eine so "bedeutende Frage" dar, daß das Regierungskollegium - bei allem Verständnis für die Spitzfindigkeiten der Gewaltenteilung - "allein nicht entscheiden" konnte⁶¹⁾

Smidt schwor die Wittheit von vornherein darauf ein, einen Vertreter zu den anstehenden Verhandlungen zur Neuordnung der Deutschen Verhältnisse nach Wien zu entsenden, um hier die Zusicherungen zu erhalten, um die man sich bis dahin vergeblich bemüht hatte. Die Person dieses "außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters" konnte nicht zweifelhaft sein. Seine Kompetenzen gingen sogar so weit, daß er dem Senatskollegium die Grundsätze seiner Außenpolitik vorlegen konnte, diese auf eigenen Wunsch als "Instruktion für den von Seiten der Freyen Hansestadt Bremen zu dem Congresse in Wien abgeordneten Herrn Senator Smidt"⁶²⁾ bestätigt bekam und zudem noch den Kreis seiner künftigen Korrespondenten bestimmen konnte⁶³⁾.

Der Gefährdung der Hansestädte und der in Wien zu erwartenden Schwierigkeiten war man sich in-

innerhalb Bremens bewußt geworden: die Tatsache, daß weder eine formelle Einladung noch eine verbindliche Tagesordnung vorlag, war - ein erstes Indiz dafür, daß die Grpßmächte kaum gewillt waren, den norddeutschen "Stadtrepubliken" allzu großen Spielraum zu gewähren, ihren Wünschen und Interessen allzu sehr entgegen zu kommen⁶⁴⁾. Dennoch gab es Grund zu der Annahme, daß sich die hanseatischen Privilegien mit einigem Geschick auch in Wien erfolgreich behaupten ließen. Der Senat ging davon aus, daß dort "auf der Basis des politischen Gleichgewichts" ein völkerrechtliches System etabliert werden sollte, das "der Erhaltung des allgemeinen "riedenszustandes" dienen und verhindern sollte, daß eine einzelne Macht zu einer künftigen Universalmonarchie " wurde. Innerhalb eines solchen Konzepts war ein souveränes Bremen immerhin denkbar⁶⁴⁾.

Konkret wurde der bremische Gesandte angewiesen, vor allem "die Rechte der neutralen deutschen Flagge" zu wahren, insbesondere "bei Stockungen, an denen Deutschland keinen Teil nimmt", die "Handelsvorteile und Begünstigungen, welche die Hansestädte bei auswärtigen Völkern genossen, als Gegenstand des gemeinsamen deutschen Nationalinteresses " darzustellen , an einer Vereinheitlichung von Münze, Maß- und Gewichtssystemen und einem möglichst weitgehenden Abbau der Handelsbeschränkungen mitzuwirken, jedoch gleichzeitig in Ansehung der besonderen Funktion der Hansestädte im gesamtwirtschaftlichen Rahmen Zollpräferenzen für Bremen, Hamburg und Lübeck zu fordern. Schließlich sollte der bremische Vertreter an die "bedeutenden Aufopferungen" , insbesondere die "vielfachen Durchmärsche" erinnern und aus den "zu effektuierenden Zahlungen der fran-

zösischen Gouvernements" etwaige "Vorteile für Bremen zu erhalten suchen"⁶⁵⁾. Das oberste Verhandlungsziel war der Erhalt der bremischen Freiheit und Unabhängigkeit sowie die Wahrung des geographischen Besitzstandes von 1806. Ergänzt wurde dieses durch die Forderung nach einer endgültigen und verbindlichen Abschaffung des Eisflether Zolls, dessen Wiedereinführung den bremischen Außenhandel aufs stärkste in Mitleidenschaft zog⁶⁶⁾. Begründet wurde die hanseatische Sonderstellung mit dem Hinweis auf die unverzichtbaren handelspolitischen Funktionen der "Hansestädte im Rahmen des Gesamtorganismus des zu gründenden Deutschen Bundes.

Von der bereits vorhersehbaren ökonomischen Rolle der bremischen Handelsmetropole innerhalb der künftigen politischen Ordnung von Anbeginn überzeugt, ging der Senat . davon aus, daß sich zwischen den alten Institutionen der Hansestadt und den neu zu schaffenden Organen des Bundes gewisse konstitutionelle Entsprechungen ergeben würden, ja daß Rat und Konvent sich geradezu als Paradigmen für eine größere politische Ordnung anboten, da sie das ständische Prinzip verwirklichten, leicht in föderalistischem Sinne umdeutbar . und historisch bewährt waren und bei alledem noch ein gewisses Zugeständnis an den liberalen Zeitgeist bedeuteten,⁶⁷⁾ ohne jedoch durch allzu große Nähe zur gefährlichen Idee der "Volksouveränität" für die Großmächte inakzeptabel zu werden⁶⁸⁾.

An der Spitze des "Deutschen Reichs" oder "Deutschen Staatenvereins" sollte ein "nach einem anzunehmenden Repräsentationssystem zu ernennender und

fortbestehender Reichs- und Bundesrat" stehen, der in "etwaiger besonderer Abteilung in Verbindung mit dem Direktorium sowohl die Reichsangelegenheiten im Allgemeinen überlegen, beschließen und ausführen helfe als auch das Reichsmilitär weise und die Reichspolizei dirigiere und das Bundesgericht bilde" ⁶⁹⁾: ein mit höchster politischer Autorität begabtes kollegiales Organ, das exekutive und judikative - ja selbst legislative - Funktionen wahrnahm, weder dem Prinzip der "Volksouveränität" noch dem des "Gottesgnadentums" verpflichtet war und damit sehr deutlich die bremische Vorlage verriet. Die Analogien lassen sich noch bis in weitere Details verfolgen. Das "Bundes- oder Reichsdirektorium", das aus dem "Rat" erwuchs, erinnert unheimlich an das Kollegium der Bürgermeister, die ja auch wiederum einen Sonderstatus innerhalb des bremischen "Rats" beanspruchten ⁷⁰⁾, der zu schaffende "Reichstag" an den Bürgerkonvent ⁷¹⁾.

Konkretisiert oder präzisiert wurden diese Vorstellungen nicht. Das lag nicht im Sinne der Instruktion, die lediglich einen Rahmen für Smidts Verhandlungen in Wien abstecken und den bremischen Gesandten zur Mitarbeit an der Bundesverfassung verpflichten wollte ⁷²⁾. Dennoch waren die Vorschläge mehr als eine bloß unverbindliche "Utopie"; sie stellten - nach den diplomatischen Rückschlüssen der ersten Zeit - den ernst zu nehmenden Versuch einer "Vorwärtsstrategie" dar, die den Rat bundespolitisch transzendieren, ideologisch überhöhen und mit dem ausstatten sollten, was er seit 1813 vergeblich erstrebt hatte: einer letztgültigen,

von keiner Seite mehr in Frage zu stellenden
Legitimation, die das durch die selbstvollzogene
Wiedereinsetzung entstandene Stigma ein für alle-
mal vergessen ließ⁷³).

8. Die Modifikation der Verfassung im Sinne der Restauration

a. Der Verlust der Gesamtkonzeption

Zieht man ein **F a z i t** aus der politischen Entwicklung vom November 1813 bis zum Vorabend des Wiener Kongresses, so zeigt sich, daß sich Bremens Stellung in diesem Zeitraum trotz aller Rückschläge langsam zu konsolidieren begann, daß ~~man~~ den bremischen Senat innerhalb und außerhalb der Stadt - ungeachtet der merkwürdigen Umstände seiner Wiedereinsetzung¹⁾ - zumindest tolerierte, wenn nicht gar de facto bereits akzeptierte.

Bevor wir diese Entwicklung zeitlich weiter verfolgen, ist zu klären, in wie weit die erwähnte Konsolidierung auch legislativ spürbar wurde. Waren auf gesetzgeberischem Gebiet ebenfalls restaurative Tendenzen erkennbar? Drückte sich die gerestigte Stellung des Senats auch im Verfassungsrecht der Hansestadt aus, oder liefen beide Entwicklungen zunächst unabhängig nebeneinander her?

Die Fragen werden im einzelnen in den nachfolgenden Kapiteln zu beantworten sein. Es gilt jedoch, sich bereits vorab daran zu erinnern, daß ungeachtet der senatorischen Erklärung vom 16.12. nach wie vor der "**H a u p t b e r i c h t**"²⁾ der am 5.4.1814 ernannten gemeinschaftlichen Deputation zur Debatte stand, da ja eine endgültige Entscheidung über diesen umfassenden Verfassungsentwurf noch nicht gefallen war. Die Akte war auch wohl inhaltlich zu gewichtig, um mit einer simplen Handbewegung vom Tisch gewischt zu werden. Freilich galt bei allen Gesprächen auf Initiative der Bürgerschaft vom 17.2.1815, der sich der Senat vier Wochen später angeschlossen hatte, der Vorbehalt, daß Beschlüsse über grundsätzliche konstitutionelle Änderungen nur vorläufigen Charakter haben sollten, solange nicht das Gesamt-

paket durch gemeinsamen Rats- und Konventsbeschluß bestätigt worden sei.³⁾ "Senat und Bergerschaft fürchteten beide um ihre Rechte. Die Bergerschaft wollte ihre alten überlieferten Rechte, die Rechte der konventsberechtigten Bürger erweitern. Der Senat wollte nicht nur seine Vollmachtigkeit erhalten, sondern seine Regierungsgewalt noch verstärken".⁴⁾

Die Verhandlungen dauerten insgesamt bis 1820.⁵⁾ Über alle prinzipiellen Fragen wurden ausführliche Erklärungen ausgetauscht, ohne daß es zu einer Annäherung der Standpunkte gekommen wäre. Die permanente Diskussion über die Verfassungsreform lief also ständig parallel zur innen- und außenpolitischen Entwicklung und unterlag deren Einflüssen bis hin zum endgültigen Abbruch der Verhandlungen.⁶⁾

Der wichtigste Streitpunkt war von Anfang an die Frage der Trennung des Senats in eine Regierungs- und eine Justizbehörde. Der Kompromißvorschlag des "Hauptberichts", der den Rat grundsätzlich in zwei Lager teilen, beiden Gremien jedoch gestatten wollte, sich bei Beamtenernennungen und Verhandlungen mit der Bergerschaft wie bisher im Rahmen der Mithheit zu vereinigen, scheiterte am Protest des Senats vom 16. Dezember 1814; einer Gewaltenteilung selbst innerhalb der bereits existenten Organe, das heißt ohne jede personelle Veränderung, verweigerte er kategorisch seine Zustimmung. Weiterhin ging der Rat davon aus, daß auch die Legislative seine ausschließliche Prerogative sei, daß es also kein Nachgeben in der Frage der Staatshoheit geben könne.⁷⁾ Er stellte sich damit - wie Duwe bemerkt - "grundsätzlich auf den Standpunkt der alten Verfassung".⁸⁾

Doch damit nicht genug. Unvereinbar waren die Standpunkte auch hinsichtlich der staatsrechtlichen Stellung des Kollegiums der Älterleute, die, auf einen Anspruch aus dem 17. Jahrhundert zurückgreifend, eine Art Zensorenamt in

der Hansestadt erstrebten und das Recht der Beschwerde-
führung gegenüber dem Rat beanspruchten. Weiterhin blieb
umstritten, nach welchem Schlüssel künftige Deputationen
besetzt werden, auf welche Weise "Offizianten" eingestellt,
und ob der Bürgerschaft eine Mitwirkung bei Vertragsabschlüs-
sen mit ausländischen Mächten zugestanden werden sollte: ⁹⁾
Der Rat hatte ja seit 1813 die gesamte Außenpolitik
trotz energischer Proteste des Konvents mehr und mehr unter
seine Regie gebracht.

Es ist einsichtig, daß angesichts dieser Meinungsunter-
schiede der "Hauptbericht", obwohl bereits ein von beiden
Parteien ausgehandelter Kompromiß, in seiner Gesamtheit
nicht durchgesetzt werden konnte und daß die Konzeption
im Laufe der Zeit zwar nicht formal abgelehnt, jedoch
vollständig verwässert beziehungsweise zerredet wurde.
Das schloß jedoch nicht aus, daß man über einzelne, inner-
halb des Verfassungsentwurfes vorgezeichnete Projekte
Einigkeit erzielte und bei allen ideologischen Gegensätzen
Feillösungen erreichte, sobald die generelle politische
Lage dieses gestattete. Es fragt sich nur, ob sich
wenigstens in diesem Bereich die Bürgerschaft gegenüber
dem Rat behaupten konnte oder auf wessen Kosten sonst die
so getroffenen Regelungen gingen.

Die verschärften Bestimmungen zum Bürgerrecht (1814)

In einem Proklam des Senats vom 5. Januar 1814 hieß es, "alle diejenigen, sowohl weiblichen als männlichen Geschlechts, welche sich hieselbst in der Alt-, Neu- und Vorstadt niedergelassen" hatten, ohne bremische Bürger zu sein, sollten binnen vier Wochen erklären, "ob sie das Bürgerrecht gewinnen oder von hier ziehen"¹⁰⁾ wollten. Drei Wochen später - am 23. Januar - verfügte der Rat, daß mit denjenigen, die in Bremen als "Bürger oder Schutzgenossen" bleiben wollten, "die Bedingungen repetiert" würden, unter denen dies möglich sei.¹¹⁾ Am 9. Mai mahnte er nochmals energisch, wer in Bremen Handel treibe, müsse "ohne weiteres in die bürgerlichen Verhältnisse eintreten und die Befugnis dazu sich erworben!"¹²⁾ Am 10. September schließlich wurde die Verwaltung angewiesen, "Haus bey Haus die erforderlichen Erkundigungen einzuziehen" und Nichtbürger ausfindig zu machen, damit die ganze Angelegenheit endsültig zu den gewünschten Abschluß gebracht werden könne.¹³⁾

wem diese dramatische Aktion im einzelnen galt, ging aus den Proklamen direkt nicht hervor; der Begriff der "Schutzgenossen" sowie die Tatsache, daß vor allem Handelsprivilegien berührt waren, deutete für Eingeweihte jedoch bereits in eine bestimmte Richtung. Betroffen waren vor allem jene j ü d i s c h e n Familien, die nach 1810 nach damals geltendem französischen Recht nach Bremen eingewandert waren und sich dort ordnungsgemäß und im vollen Einverständnis mit der damaligen Verwaltung in die Bürgerlisten der Stadt hatten eintragen lassen. Für die französische Administration war dieser Vorgang offenbar selbstverständlich gewesen.¹⁴⁾

Der Senat jedoch spielte die Bürgerrechtsfrage der Zugewanderten noch vor Verabschiedung des "Hauptherichts" zu einem Verfassungsproblem noch, so die nach seiner Auffassung wiederhergestellte alte Konstitution den

Begriff des "jüdischen" Bürgers nicht kannte: das vor-
gebliche Eintreten für die Einhaltung des wiedererstan-
denen Rechts eignete sich vorzüglich, um erstmals die
alte Amtsbefugnis wieder unter Beweis zu stellen und
sich im Kreise der Zünfte und Kaufmannschaft, die beide
ihre angestammten Privilegien gefährdet sahen, erneut
als Ordnungsfaktor in Erinnerung zu rufen.¹⁵⁾

Verfassungsrechtlich jedoch war die Argumentation des
Senats äußerst zweifelhaft. Die "Eintracht" war nämlich,
wenn überhaupt, so bekanntlich nur ex nunc wiederherge-
stellt worden.¹⁶⁾ Zudem wurden das französische Recht und
die französischen Gerichte teilweise erst zum 1. September
1815 durch neue Institutionen ersetzt,¹⁷⁾ und zwar mit
Wirkung eben dieses Datums. Man konnte also juristisch
das einmal erteilte Bürgerrecht nicht einfach kassieren,
obwohl es der Rechtspraxis aus der Zeit vor der franzö-
sischen Okkupation durchaus nicht entsprach. Der Senat,
auf eine vollständige Restauration des "alten Rechts"
schon im Interesse der eigenen Legitimität erpicht,
beschloß, diesen mißlichen Widerspruch möglichst um-
gehend zu beseitigen, freilich ohne allzu tief in die
gefährliche juristische Dimension einzudringen.

Er begann im Frühjahr 1814 scheinbar unsystematisch
mit der Ausweisung Einzelner, deren Papiere unvollstän-
dig waren oder die die Eintragung in die Bürgerlisten
seinerzeit aus irgendeinem Grund versäumt hatten.¹⁸⁾ Von
diesen un-erwarteten Administrativmaßnahmen überrascht
und beunruhigt, beauftragte der Vorstand der israelischen
Gemeinde den bekannten bremischen Anwalt Dr. Schumacher,
beim Senat vorstellig zu werden, um eine prinzipielle
Bestätigung der Einbürgerung zu erlangen. Schumacher
argumentierte in seiner schriftlichen Eingabe einleuch-
tend, die Juden seien "im guten Glauben" gekommen,
hätten im Vertrauen auf das ihnen in Bremen gewährte
Bürgerrecht ihre alten Wohnsitze aufgegeben und würden
in Folge einer russischen und unabsehbaren Zeit heimatlos.¹⁹⁾

Die Gemeinde verlangte weiterhin, "das Recht, hier als Bürger zu leben und unser Bürgerrecht wie andere auf unsere Kinder zu vererben", die Erlaubnis, unbeschadet der verbrieften Privilegien der Ämter und Zünfte, "jegliche Art von Handlungen, Künste, Wissenschaft und Gewerbe" betreiben zu dürfen, das Recht auf freie Religionsausübung und auf die Gründung einer eigenen Schule.²⁰⁾

Es hatte dem Senat gut angestanden, diese Forderungen zu akzeptieren und das bereits verbriefte Bürgerrecht zu bestätigen, zumal die Gemeinde sich zahlenmäßig derart in Grenzen hielt, daß eine Beeinträchtigung der herkömmlichen Wirtschafts- und Sozialstruktur ausgeschlossen erschien.²¹⁾ Doch der Senat setzte wiederum umständlich eine Kommission ein, die sich ausschließlich aus Syndici und Senatoren zusammensetzte und an der die Bürgerschaft nicht beteiligt wurde.²²⁾ Der Bericht Schönes, des Kommissionsvorsitzenden, vom 13. August 1814 gehört zu den seltsamsten Dokumenten der bremischen Verfassungsgeschichte überhaupt. Der Synicus ging auf die juristischen Argumente des Gesuchs gar nicht ein, sondern argumentierte rein pragmatisch. Er kam zu dem wenig einleitenden Schluß, nur wenn auch andernorts die Juden als Bürger akzeptiert würden, könne Bremen ein ähnliches tun. Als "kleiner isolierter Staat" wolle die Wesermetropole jedoch nicht auf eigene Faust vorpreschen.²³⁾

Schönes Vorschläge liefen insgesamt auf einen überaus schnöden "Kompromiß" hinaus. Das Gesuch Schumachers sollte abgelehnt werden; den solchermassen um ihr Bürgerrecht Betrogenen wollte man jedoch konzedieren, noch sechs weitere Jahre in der Hansestadt zu verbleiben, sofern sie nachwiesen, "unter französischer Herrschaft und den damals bestehenden Formen hieselbst aufgenommen zu seyn" und "bestimmte, sie redlich nennende, erlaubte Erwerbszweige" zu betreiben. Im Spätsommer 1820 sollte jedoch unwiderruflich die Aufenthaltsgenehmigung

erlöschen. 24)

Diese wenig humanen und verfassungsrechtlich anfechtbaren Grundsätze erhob nun der Senat am 13.8.1814 in der gleichen Fassung zum bremischen Gesetz: als Datum der Absweisung wurde der 13.8.1820 fixiert.²⁵⁾ (trotz der offenbar beabsichtigten Diskriminierung folgte im September und Oktober eine Flut von Gesuchen, so daß sich der Senat veranlaßt sah, die Bedingungen für den sechs-jährigen Aufenthalt abermals zu verschärfen. Er erließ am 21.12.1814 ein G e s e t z , das jedem Antragsteller die Zahlung einer "Rekognition" von hundertfünfzig bis zweihundertfünfzig Reichstalern auferlegte, für den "Schutz" zusätzlich weitere fünf- und zwanzig bis dreihundert Reichstaler jährlich forderte, die Möglichkeit ausschloß, Grundbesitz, Hypotheken und Schiffsanteilsscheine zu erwerben und selbst den Kleinhandel reglementierte.²⁶⁾

Für einen Staat, der sich seines "Kosmonolitismus" und seiner "demokratischen Traditionen" rühmte,²⁷⁾ war dieses eine absonderliche Rechtspraxis. Selbst das angeblich reaktionäre Preußen hatte bekanntlich schon im Frühjahr 1812 ein Edikt erlassen, das "die in unseren Staaten befindlichen Juden" zu "Einländern und preußischen Staatsbürgern" erhob.²⁸⁾ In Bremen verlief die Entwicklung dagegen genau umgekehrt: wer 1812 noch bremischer Bürger gewesen war, war es 1814 unter Umständen nicht mehr.

Es fragt sich, wer diesen politischen Kurs letztlich verantwortete. Natürlich ist in erster Linie der Senat zu nennen, der die entsprechenden Gesetze entworfen, beraten und verabschiedet hatte. Doch wie stand es mit der B ü r g e r s c h a f t ? Der Konvent protestierte gegen die einseitige Einsetzung der unter Schönes Leitung stehenden Kommission, da er selbst nicht personell beteiligt worden war. Er nahm jedoch zum Inhalt der

Gesetze vom 13.8. und 21.12.1814 überhaupt nicht Stellung. Nach Ausweis der Bürgerkonventsprotokolle des Jahres 1814 stand das Problem nicht einmal auf der Tagesordnung.²⁹⁾ Zur Formulierung des "Hauptberichts" (189), nach der Mitglieder jüdischen Glaubens "weder als Bürger noch als Schatzverwandte auf Lebenszeit" aufgenommen werden sollten, behielt die Bürgerschaft sich "ihre Erklärung noch vor der Hand bevor" (28.7.1815).³⁰⁾ Endlich am 16. Oktober 1818 wurde klar, welchen Standpunkt sie bezogen hatte: "Es können unter keinerlei Art von Bedingungen Juden aufgenommen werden", hieß es in dieser Sitzung lakonisch.³¹⁾

Rat und Bürgerschaft wirkten also in dieser Frage insgeheim zusammen, da beide offenbar um ihre wirtschaftlichen Privilegien fürchteten. Es wird hier sehr deutlich, daß die Bürgerschaft vor allem ihr eigenes Interesse im Auge hatte und nicht zu einer politischen Instanz wurde, die auch die Sache einer Minderheit zu artikulieren bereit war. In der Frage des Bürgerrechts jedenfalls, in der sich eine Profilierung geradezu anboten hätte, erfolgte eine ~~genso~~ stillschweigende wie vollständige Anpassung an den Senat, gefährlich insofern, als schon jetzt die Entwicklung teilweise am Konvent vorbeilief.

c. Militärgesetzgebung und bremische Verfassung 1814-16

Erhebliches verfassungsrechtliches Gewicht hatte auch die **M i l i t ä r g e s e t z g e b u n g** in Bremen in den Jahren 1814 - 16. Der Souveränitätsanspruch und die zunehmenden Bündnisverpflichtungen, schließlich die formelle Aufnahme in den Deutschen Bund machten aus der Sicht von Senat und Bürgerschaft den Wiederaufbau eines Militärwesens notwendig, obwohl dieses Projekt in der Bevölkerung alles andere als beliebt war. Schon einzelne Zeitgenossen fragten sich besorgt, ob die Militärgesetzgebung auf der Basis der "alten Verfassung" zu realisieren sei oder ob durch sie die gewohnte bürgerliche Freiheit auf unzulässige Art und Weise beschränkt werde; ob die Kontinuität des Rechts gewährleistet werde und welche weiteren politischen und konstitutionellen Folgen auf Grund dieser Legislation zu erwarten seien. Die Vorbehalte äußerten sich auf verschiedene Weise, in Traktaten, Eingaben, aber auch in lautstarken Protesten, Subordination und schließlich in einer von neununddreißig Bürgern signierten förmlichen Verfassungsbeschwerde, einem für seine Zeit recht einmaligen Dokument. ³²⁾

Die öffentliche Meinung war also - soweit sie sich aus den schriftlichen Zeitdokumenten rekonstruieren läßt - entschieden gegen die Gesetze, sowohl aus traditionellem Bewußtsein als auch aus praktischen, ³³⁾ von kaufmännischen Erwägungen geprägten Überlegungen. Zwar hatte Bremen auch vor 1810 Bürgerkompanien gekannt, die organisatorisch an die Kirchspiele angelehnt waren. ³⁴⁾ Doch sank die Garnison bald "zu einer reinen Polizeitruppe für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe" herab. "Die Jugend hielt sich dieser Truppe fern. Bis zur französischen Zeit blieb der Grundsatz unangetastet, daß der Stadtsoldat kein Bürger sein und werden durfte." ³⁵⁾ Noch kurz vor dem französischen Einfall waren die "nutzlos gewordenen Befestigungen" geschleift, "die Kanonen und Waffen von den Wällen und aus dem Zeughaus verkauft" worden. ³⁶⁾

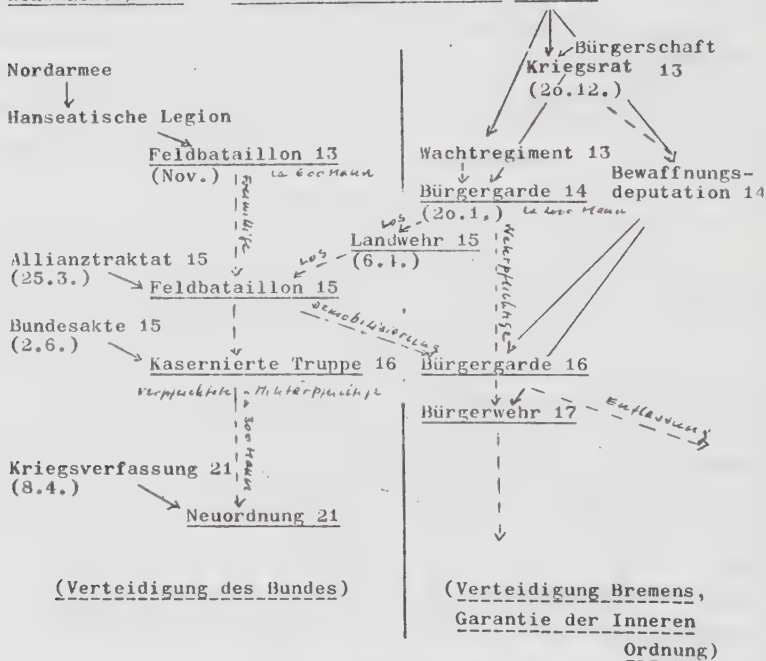
Zu 8.c

Militärgesetzgebung und bremische Verfassung 1814-16

Hohe Mächte/Bund

Bremisches Militärwesen

Senat



(Verteidigung des Bundes)

(Verteidigung Bremens,
Garantie der Inneren
Ordnung)

Erklärung:

Bürgergarde 14 = Bürgergarde im Jahre 1814

----- = Befehl über, Einfluß auf

----- = Übergang in, Ersetzung durch

H. Jansen

Quellen: Dammann, DePorre, Lemelson,
Stackenschmidt,
Verordnungen u. Proclame

d. Die Infragestellung des Kompromisses

Der bremische Senat des Jahres 1814 war nicht einmal kompromißbereit genug, um anzuerkennen, was eine längst vollzogene historische Tatsache war: er wollte auch unter dem Zwang der politischen Verhältnisse nicht eingestehen, daß der Bürgerkonvent inzwischen mehr geworden war als ein bloßes beratendes Gremium, sondern zog sich stur auf den Rechtsstandpunkt der "Eintracht" zurück; auch der Rat der postnapoleonischen Zeit war - seinem Selbstverständnis nach - "souverän". Einer Teilung der Macht des "Honoratiorenstandes" mit dem "Handelsstand" bedurfte es nicht. Zumindest aber brauchte der bereits bestehende Zustand nicht noch unnötigerweise zu beurkundet werden⁵²⁾.

Obwohl der Verfassungsentwurf vom 28.10. gemeinsam von hierzu ausdrücklich legitimierten Vertretern des Senats und der Bürgerschaft ausgehandelt worden war und die Interessen des Senats mehr als angemessen berücksichtigt waren - die Deputation ging "in ihren Vorschlägen zur Gewaltenteilung nicht viel weiter ... als der Senat selbst in seinem Bericht vom Januar 1814"⁵³⁾ -, stieß der Senat am 16.12. mit einem eigenen Gutachten nach, das den mühsam errungen^{en} Kompromiß sogleich wieder in Frage stellte; "Die Prüfung des Gutachtens und dessen Anlagen", so hieß es zunächst, "hat der Senat noch nicht vollendet und kann deshalb über den Inhalt desselben im Allgemeinen oder dessen einzelne Theile seine Meinung gegenwärtig noch nicht abgeben, sondern behält sich die Mittheilung derselben vor"⁵⁴⁾. Der Einspruch folgte jedoch bereits im Nachsatz: "Inzwischen erklärt Ein Hochweiser Rath hiemit ausdrücklich, daß er der Trennung des Senats, so wie solche im § 21 und folgenden der Anlage des des Gutachtens vorgeschlagen ist, und den darauf sich

gründenden Sätzen und Folgerungen nicht beystimmen werde"⁵⁵⁾. Der Senat selbst verwahrte sich mit allem Nachdruck gegen eine Trennung seiner selbst in eine Justiz- und eine Regierungsabteilung. Er war zwar bereit, diese der Form nach zuzugestehen, bestand aber gleichzeitig darauf, daß die Justizsenatoren nicht nur an den Sitzungen der Wittheit teilnehmen, sondern gleichzeitig Anteil an den Regierungs- und Verwaltungsgeschäften haben sollten⁵⁶⁾ da eine faktische Teilung des Senatskollegiums nicht zumutbar sei und die laufenden Staatsgeschäfte hierdurch "unvermeidliche Stockungen würden erleiden müssen". Damit war das ohnehin ausgezehrte Prinzip der Gewaltenteilung⁵⁷⁾ nun vollends zu Grabe getragen. Um seine Auffassung zu unterstreichen, erklärte der Rat noch obendrein, "eine weitere Trennung der Senatsgeschäfte lehne er grundsätzlich ab." ⁵⁸⁾

Weiterhin widersetzte sich der Senat der Ansicht, daß die Souveranität gemeinsam bei Senat und Bürgerschaft liege, wie dieses ausgehandelt und beschlossen worden war, und daß die Bürgerschaft hieraus erwachsende konstitutionelle Rechte geltend machen könnte. Damit war die gesamte, seit 1681 angelaufene Verfassungsentwicklung negiert und im Grunde der Zustand von 1534 wiederhergestellt. ⁵⁹⁾

Ausdrücklich bestritt der Senat das Recht der Älterleute, über die Verfügungen und Erlasse Beschwerde zu führen, was ja ursprünglich als ein bescheidener Ansatz zur Kontrolle der senatorischen Gewalt durch die bürgerliche in den Entwurf vom 28. 10. aufgenommen worden war. Der Senat bestand dagegen auf seinem Ernennungsrecht auch für die den Deputationen nachgeordneten Beamten.⁶⁰⁾

die Bevölkerung war in langen Jahren an das Prinzip der "ewigen Neutralität"³⁷⁾, die der inneren Logik des Stadtstaates zu entsprechen schien, gewöhnt worden und hatte die demonstrative Abrüstung in der Zeit der Gefahr wie selbstverständlich akzeptiert, zeigte sich jedoch durch die hektische und schlecht motivierte Wiedereinführung des Militärs nach Abzug der französischen Garnison aufs höchste beunruhigt und betroffen. "Von alters betrachteten die Bremer", so schrieb J.H.W.Smidt, der Sohn des Bürgermeisters, "den Soldatenstand als ein Gewerbe geschaffen für Leute, welche nichts besseres zu thun wüßten oder thun wollten!"³⁸⁾ Die Erinnerung an die französische Herrschaft verstärkte diesen Eindruck nur noch und verband sich gleichzeitig mit dem Haß auf die "Kon- skription", die Familien auseinandergerissen, wirtschaftliche Not bedeutet und einen Zwang auferlegt hatte, der den Bremern bis dahin völlig unbekannt gewesen war. Man versteht, daß eine neuerliche Beschränkung der bürgerlichen Rechte im Zeichen der "Freiheit" für den Senat mit nicht unerheblichen Risiken belastet war und äußerst behutsames Vorgehen erforderte.³⁹⁾

Der Rat erließ folglich im Jahre 1813 noch keine eigentlichen Gesetze - und wäre hierzu auch verfassungsrechtlich schwerlich in der Lage gewesen -, sondern begnügte sich damit, an die Bevölkerung eindringliche Appelle zu richten, man möge nach Kräften das bremische Feldbatallion unterstützen "im Geiste der Freyheit und für die Freyheit". Dieses war zunächst ein reines Freiwilligenkorps, das Bremens Beitrag zu der von Tettenborn in Hamburg proklamierten hanseatischen Legion darstellte,⁴⁰⁾ die wiederum feil der Nordarmee unter Führung Bernadottes werden sollte. Anfangs ließ es bescheiden, man benötige nicht nur Mannschaften, sondern vor allem auch Spenden an "Gelde und Sachen, starken Hemden und cattunenen Halstüchern".

Am 15.11. - genau eine Woche nach dem ersten Aufruf - wurde der Appell wiederholt.⁴¹⁾ Am 27.11. änderte sich die

ktion des Senats bereits. "Jeder, der"durch keine besonderen Verhältnisse abgehalten wird", so wurde gesagt, müsse "der Hoffnung entsagen, von dem Staate zu irgendeinem Rate anstellt oder befördert zu werden". Bei Freiwilligen hingegen werde "vorzüglich zu passenden Anstellungen und Beförderungen Rücksicht genommen".⁴²⁾ Obwohl auf Initiative der Bürgerschaft (sic) "auf die Eltern der Einzuziehenden eingewirkt" wurde und "Prediger ihren Einfluß geltend machten",⁴³⁾ kam die Werbung nicht in dem erhofften Maße voran. Statt der nötigen 596 Mann, die unter dem Kommandeur Major von Weddig vier reguläre und eine Jägerkompanie bilden sollten, fanden sich nur knapp dreihundert, die bereit waren, dem Ruf des Senats zu folgen. "Auch gingen die freiwilligen Beiträge nicht so zahlreich ein, daß die Ausrüstung gesichert war". Selbst unter dem unmittelbaren Druck von Delius, dem Agenten des preußischen Verwaltungsrates stehend, war der Rat nicht zuletzt im Interesse seiner eigenen Glaubwürdigkeit und Aktionsfähigkeit nunmehr zu energischem Vorgehen gezwungen.⁴⁴⁾ Er entschloß sich zunächst zur Aufnahme einer "gezwungenen Staatsanleihe für die Ausrüstung des Bremer Batallions"⁴⁵⁾ und zur Gründung einer "Bequartierungsdeputation und sonstiger außerordentlicher Maßnahmen",⁴⁶⁾ verfügte dann jedoch plötzlich und für die bremische Bevölkerung außerordentlich überraschend am 20.1.1814 für "alle waffenfähigen Männer, welche in der Stadt und deren Gebiet wohnhaft sind, in dem Alter von 18 bis 45 Jahren einschließlich" die allgemeine Wehrpflicht.⁴⁷⁾

Einen Vorläufer besaß die so geschaffene Bürgergarde in dem bereits am 22.11. aufgestellten Nachtre Regiment.⁴⁸⁾ Das einzelne Bürger auch gegen deren Willen zum Nachtdienst verpflichten konnte. Doch bestand zwischen bloßem Nachtdienst, der überdies zeitlich begrenzt und nur auf einzelne beschränkt blieb, und der formellen Einberufung zum Dienst mit der Waffe ein erheblicher qualitativer Unterschied. Die Bürgergarde, die in paradenmäßiger Anstellung, im Exerzieren, in Schießübungen und Manövern bestanden

und bis zum fünfzigsten Lebensjahr dauern sollten, waren überdies nicht bloß als transitorische Maßnahmen geplant, sondern auf Dauer angelegt. Jedenfalls war das Gesetz vom 20. Januar in keiner Weise zeitlich beschränkt.

Die Bürgergarde ersetzte die alte, ihrer militärischen Aufgaben im Laufe der Zeit vollständig entkleidete Bürgerkompanie⁴⁹⁾ und sollte, wie sich vor allem aus den Verordnungen zum organisatorischen Aufbau ergab, ein fester Bestandteil der öffentlichen Ordnung werden. Zu ihrer Verwaltung wurde eigens ein Kriegsrat geschaffen, der sich zu gleichen Teilen aus Deputierten des Rats und der Bürgerschaft zusammensetzte. Die Aufgabe dieses Gremiums bestand darin, "mit Vorwissen und Genehmigung des Senats die Dispositionen über den Gebrauch der bewaffneten Macht" zu treffen.⁵⁰⁾ Bereits am 10.12. war eine Vorbereitungskommission gebildet worden, die die Bürgerleutnants anhielt, Bewohnerlisten zusammenzustellen. "Auf deren Grundlage entstanden dann drei neue Batallione, mit je drei städtischen und einer ländlichen Kompanie, die nicht mehr an den alten Grenzen, sondern an den in der Franzosenzeit gebildeten Konfationen orientiert waren, so daß je ein Batallion die östliche Altstadt und Vorstadt, die westliche Altstadt und Vorstadt und die Neustadt samt Herrlichkeit, Feerhof und nun auch Werder umfaßte"⁵¹⁾. Später kam noch das sogenannte vierte Batallion hinzu, eine Eliteeinheit, die vor allem die jüngeren Jahrgänge zusammenfaßte und dank besonderer Ausbildung ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft versprach.⁵²⁾

Das bremische Militärwesen war also im Grunde zweigleisig aufgebaut. Das Feldbatallion, zunächst nur aus Freiwilligen bestehend, diente der nationalen Verteidigung und stand im Konfliktfall im Rahmen der hanseatischen Legion zunächst den Verbündeten, später dem Deutschen Bund zur Verfügung. Die Bürgergarde dagegen, die sich ausschließlich aus wehrpflichtigen konstituierte, war eine rein bremische

Angelegenheit, geschaffen zur Verteidigung des "eigenen Herdes", und unterstand zunächst dem Kriegsrat, in letzter Instanz jedoch dem Senat.

Laut Gesetz vom 6.4.1815 sammelte sich nun ein drittes Korps, die Landwehr⁵³⁾, die freilich keine eigene Organisation besaß, sondern dem Feldbatallion und damit der hanseatischen Legion zugeordnet wurde. Der Anlaß zur Gründung der Landwehr ergab sich unmittelbar aus außenpolitischen Notwendigkeiten. In anbetracht der Rückkehr Napoleons war Bremen am 25.3.1815 dem am ersten März zwischen den vier Großmächten geschlossenen Allianztraktat beigetreten und hatte die hieraus resultierenden militärischen Verpflichtungen zu erfüllen. Zwar erhielten die Hansestädte später befristete Subsidienzahlungen aus englischer Kasse; doch reichten diese nicht aus, um das sich nur schwerfällig entwickelnde Feldbatallion auf die erforderliche Sollstärke zu bringen.⁵⁴⁾

Der Senat, von seinem in Wien tätigen diplomatischen Vertreter nachdrücklich zur Bündnis- und Vertragstreue ermahnt, verkündete in Bremen in Smidtschen Worten, es bestehe "für diese Stadt als einen Theil des Deutschen Staaten - Bundes" die zwingende Notwendigkeit, "zu den Vertheidigungs - Maaßregeln für das deutsche Vaterland, welche von allen Ständen desselben ergriffen worden" einen entscheidenden Beitrag zu leisten⁵⁵⁾ konkret bedeutete das, daß ungeachtet der über den generellen Kurs der Außenpolitik bestehenden Meinungsunterschiede am 5.4. vom Senat bündig die "Grundsätze einer in Stadt und Gebiet einzuführenden Landwehrpflichtigkeit" verkündet wurden.⁵⁶⁾

Landwehrpflichtig waren generell alle Bürger vom 18. bis 50. Lebensjahr, mit Ausnahme freilich der Senatoren, Syndici, Prediger, Lehrer und gewisser Beamter. Aus der großen Masse der Landwehrpflichtigen wurden durch Losentscheid jedoch nur wenige wirklich gezogen, ebenso viele, wie notwendig waren, um das unterbesetzte Feldbatallion

entsprechend zu ergänzen und marschfähig zu machen.

Die Dienstzeit betrug maximal drei Jahre. Nach Rückkehr des Kontingents sollte jener Teil, der sich aus Landwehrpflichtigen zusammensetzte, "sodort wieder in die Bürgergarde zurückkehren". 57)

Diese legislative Praxis entsprach durchaus nicht dem bereits geschilderten Rechtsempfinden der Bürger. Insbesondere die Landwehrordnung barg harten und Ungerechtigkeiten, die von den Betroffenen nicht ohne Murren hingenommen wurden, zumal für die längere Abwesenheit von Haus und Hof und die unmittelbare Verwicklung in kriegerische Auseinandersetzungen, die immer nur eine durchs los ermittelte Minderheit trafen, keine Entschädigung gezahlt und kein sozialer Ausgleich geschaffen wurde. Die betroffenen Jahrgänge hielten es aus diesen Gründen durchaus nicht für ehrenrührig und unpatriotisch, sich mit allen möglichen Tricks dem Waffendienst zu entziehen, so daß der Senat sich zur Androhung drakonischer Strafen gezwungen sah. Wehrunwillige und Drückeberger sollten - so wurde verfügt - "das Bürger- und Einwohnerrechts verlustig seyn, auch im Betretungsfalle gefänglich eingezogen" werden, alles "unter Vorbehalt etwaiger Maaßregeln gegen das Vermögen der Ausgetretenen". 58)

Zu einem permanenten Ärgernis entwickelte sich, wie zu vermuten war, die Bürgergarde. Bedenklich war vor allem, daß durch sie ein schwerwiegendes Moment der Unsicherheit in das konstitutionelle Leben getragen wurde. Die "Bestrafung der Wehrmänner wegen Weigerung sich zu stellen" 59) nahm einen Umfang an, der erschreckend wirkte. Wie sollte auch ein Kaufmann, nach einer längeren Geschäftsreise arretiert, weil er diverse Appelle verpaßt hatte, sein so begangenes "Unrecht" wirklich einsehen, da er sich doch auf seine "bürgerliche Freiheit" zu berufen können glaubte? Wer wollte sich angesichts der durchaus friedlichen Verhältnisse dem Urteil des von der Kriegskommission eingesetzten Kriegsgerichts beugen, da die Jurisdiktion doch

seit Jahrhunderten ein eifersüchtig gehütetes Privileg des Rates gewesen war? Weshalb sollte sich ein kampferfahrener Offizier der Freiwilligenkorps vom 1813, nunmehr als Gemeiner gezogen, dem stumpfsinnigen Drill unfähiger Bürgerleutnants in der Etappe unterwerfen? 60)

Konkret richtete sich der Zorn der Bürger gegen die **K r i e g s a r t i k e l**⁶¹⁾ vom 12.5.1814, eine Art Disziplinarordnung für die Bürgerwehr, die ungewohnte Härten barg. Bereits der einfache Offizier konnte über die Einberufenen Hausarrest und Strafdienst verhängen (§ 2), der Kompaniechef auf Gefängnis bis zu 24 Stunden erkennen (§ 3), das Kriegsgericht, vom Kriegsrat ernannt, Strafdienste und Gefängnis bis zu vier Wochen aussprechen (§ 4, § 42). Die außerhalb der zivilen Gerichtsbarkeit verhängten Sanktionen kannten weiterhin den öffentlichen Verweis, die Degradierung und die Kassation. Mit den "höchsten Graden" der von den Gesetzen angedrohten Strafen wurden "Zusammenrottung und Einverständnis mit äußeren und inneren Feinden" geahndet (§ 23). Wer zum Kreis dieser zählte, bestimmte gleichwohl souverän das Kriegsgericht; worin das Einverständnis bestand, war nirgends festgelegt. Noch bedenklicher freilich stimmte die Tatsache, daß der Kriegsrat ermächtigt wurde, die Disziplinargesetze von sich aus auszulegen, ja hierzu Zusätze und Erläuterungen zu formulieren. Er erhielt hierdurch als sunalterne Exekutivbehörde plötzlich gesetzgebende Funktionen, was selbst mit der sehr großzügigen und offenen bremischen Verfassung des Jahres 1814 nicht ohne weiteres in Einklang zu bringen war.

Es hätte nahegelegen, daß die B ü r g e r s c h a f t sich zum Hüter der Konstitution und zum Sprecher der Unzufriedenen aufgeschwungen und damit jene Kontrollfunktionen wahrgenommen hätte, die ihr selbst aus "alte Recht" nahelegten. Doch zu weit in die Vorbereitungen zur militärgesetzgebend verstrickt und an der Bewaffnungsdeputation partizipativ beteiligt, schwieg sie zu den

Vorgängen und versäumte es damit abermals, eine Basis für die Durchsetzung ihrer sehr viel weiter gesteckten konstitutionellen Ziele zu gewinnen. ⁶²⁾

Wie schwer das Problem auf der Bevölkerung lastete, wird dadurch deutlich, daß sich spontan eine Gruppe von Bürgern unter der Führung des Kaufmanns Arnold Schröder zusammenfand, die auf eigene Initiative am 2.7. beim Senat eine wohl-fundierte **V e r f a s s u n g s b e - s c h w e r d e** vorlegte.⁶³⁾ Diese lief in ihrem Kern darauf hinaus, daß die Kriegsartikel in sofern völlig gegenstandlos seien, als sie nicht vom Rat, sondern von der Regierungskommission beraten und verabschiedet worden seien, was ein eklatanter Verstoß gegen die "alte Verfassung" war, die ja von dem Grundsatz der "Vollmächtigkeit" des Rates nie abgegangen war. Speziell empörte sich die Aktion über die "Übertragung der selbst der Kommission nicht übertragenen gesetzgebenden Gewalt an diese, wiederum untergeordnete, speciell - executive Behörde, die doch nur als das Organ der Mittheilung und der Verwaltung dieses Zweigs des öffentlichen Dienstes angeordnet wurde".

Sie sah durch diesen schwerwiegenden Verstoß die Grundlagen der bürgerlichen Existenz und des bremischen Staatswesens bedroht. "Während unsere Constitution mit angelegentlichster Sorgfalt die Gerichte und Behörden bezeichnet, denen die Disposition über die persönliche Freiheit des Bürgers überlassen wird, enthalten der 2. und 3. Artikel für die Offiziere und Postenkommandanten, welche letztere oft einfache Dienstmannen sind, Ermächtigungen, die unsere bestehenden Gesetze wesentlich derogieren." Wenn "gerade über die "persönlichsten Rechte des Bürgers" verfügt und Ermächtigungen erteilt würden, "deren Ausübung auf seine Erwerbsgeschäfte und häuslichen Verhältnisse von unabweichendem Einfluß" seien, werde der Stadtstaat nicht forbestehen können.⁶⁴⁾

Die Verfassungsbeschwerde war theoretisch nicht zu

wiederlegen, da sich die Argumentation geflissentlich auf die "alte Verfassung" stützte, die nach Auffassung des Senats ja voll wieder hergestellt und Grundlage seiner eigenen Legitimation war. Die Dualität von Senat und Bürgerschaft auf der einen⁶⁵⁾ und der nicht konstitutionskonformen Regierungskommission auf der anderen war zudem ein Faktum, das schwerlich zu leugnen war. Letzte Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verfahrens, vermehrt dessen das Militärwesen eingeführt wurde, ließen sich damit nicht ausräumen; zumindest aber blieb ein Rest an Unsicherheit und Unbehagen. 65)

Dieses war einer der wesentlichen Gründe dafür, daß es dem Bürger auch im Laufe der Jahre nicht gelang, eine positive Einstellung zum bremischen Militärwesen zu gewinnen, ja sich mit dessen Vorhandensein auch nur abzufinden. "Mangelndes Verstandnis für Subordination" (Lemelson), Verfehlungen aller Art und eine sprichwörtliche Disziplinlosigkeit innerhalb der Truppe galten insbesondere in den Schichten, die im zivilen Leben Bedeutung hatten, als Kavaliersdelikte. Die Offiziere bis hin zu den Korpskommandeuren wurden hierdurch⁶⁶⁾ nicht selten zur Verweilung und Resignation getrieben.

Anschaulich beschrieb Delrich, der Chef des 2. Batallions, diese Lage bereits im Oktober 1814 in einem Brief an Johann Smidt! "Sie werden nicht ohne Teilnahme hören", so hieß es, "daß der Rausch, welchen die erste Begeisterung erzeugte, verflogen ist und wenn wir fortfahren, wie jetzt der Infanz gemacht ist, so sind wir unserem seligen Ende nahe. Im allgemeinen geht man von dem Gedanken aus, die ganze Einrichtung sei jetzt zwecklos und macht daher die Waffenübung lächerlich. Die Dienstvergehen werden so zahlreich, daß man nicht dagegen strafen kann, und die Officiere müssen den rühmlichen Lifer verlieren, wenn sie von der Willkur der Leute abhängen. Soll sich die ganze Kompanie versammeln, so kommt ungefähr die Hälfte". Der Kompaniechef weiter: "Der Verfall unserer Bürgergarde

kommt von Oben herab. Die Vornehmen mit einzelnen Ausnahmen sind unsere heftigsten Gegner. Sie wollen keine Subordination anerkennen. Die Überreste von Eiern sind größtentheils bei dem geringen Mann. Diejenigen welche sich dem Dienst entzogen hatten oder noch entziehen wollten, gesellten sich zu den Unzufriedenen und Spöttern". 63)

Angesichts der Mißerfolge, des Ärgers, ja des anhaltenden Widerstandes innerhalb der Bevölkerung stellt sich die grundsätzliche Frage, weshalb überhaupt nach 1813 ein eigenständiges bremisches Militärwesen geschaffen wurde. War es notwendig zur Verteidigung der Stadt oder blieb es bloßes Renommierinstrument? Direkte militärische Aktionen drohten doch zumindest nach 1815 nicht mehr. Im übrigen war Bremen - wie die Vergangenheit lehrte - gegenüber massiven Vorstößen der Landheere neuen Typs ohnehin hilflos. Was also waren die **M o t i v e** für die Militärgesetzgebung in den Jahren 1814 bis 16?

Zieht man die Summe aus den Erklärungen des Kriegsrats, den Senats- und Bürgerschaftsprotokollen sowie der diplomatischen Korrespondenz, so zeigt sich folgendes:

1. Alle Gremien - einschließlich der Bürgerschaft - waren bemüht, sich deutlich von der vor 1810 praktizierten Neutralitätspolitik zu distanzieren und durch den raschen und entschlossenen Aufbau einer Militärorganisation den Nachweis nationaler Zuverlässigkeit zu erbringen. Feldbatallion und Bürgergarde hatten aus dieser Sicht also eher eine außen- und verfassungspolitische Bedeutung als einen streng militärischen Sinn. Der Zusammenhang ergibt sich aus allen oben genannten Quellen, ferner aus einer Denkschrift Johann Smidts und - in Andeutungen - aus der öffentlichen Erklärung des Kriegsrates vom 20.1.⁶⁹⁾ "Jetzt aber ziemt es keinem deutschen Staate, so klein er sei, die eigene Freyheit von anderen sich schirmen zu lassen", hieß es in Anlehnung an die Forderungen der Nordarmee, die nunmehr zu bremischen Karolen umgedeutet wurden. "Die Vertheidigung des eigenen

vaterländischen Heerdes nur besoldeten anzuvertrauen, die persönlichste aller Pflichten nur um bequemen Erwerbswillen Stellvertretern für Geld aufzuerlegen", war nach Meinung des Kriegsrates völlig undenkbar, "seitdem unser Staat, eine freie Hansestadt genannt, ein Glied des erwürdigen deutschen Völkerbundes geworden ist". 70)

Noch bevor irgendein bremisches Korps ausgerüstet und bewaffnet war, erläuterte Johann Smidt, einer der Initiatoren der Militärgesetzgebung, das Projekt geschickt im alliierten Hauptquartier dar und bewies damit Bremens Abkehr von der nunmehr aus dem Gedächtnis zu tilgenden Neutralitätspolitik. Perthes und Sieveking, Smidts Begleiter, wußten übereinstimmend zu berichten, daß dieses Vorgehen insbesondere in Preußen nicht ohne Wirkung blieb und dort letzte Zweifel an Bremens Bündnistreue ausräumte.⁷¹⁾

Vor diesem Hintergrund kamen die ersten Zusicherungen für die Unabhängigkeit der Hansestädte zustande, namentlich die bereits erwähnten preußischen und österreichischen Schreiben vom 8. Januar, die auf die von Smidt in die Debatte gebrachte Militärgesetzgebung unüberhörbar Bezug nahmen: der preußische König verlangte, daß die "Anstalten, welche sie im ächt vaterländischen Sinne gegen den gemeinsamen Feind" treffen, tatkräftig fortgesetzt würden; von österreichischer Seite erwartete man "kraftvollen Widerstand gegen den gemeinsamen Feind".⁷²⁾ Die Unabhängigkeit war also - wie Smidt richtig vermutet hatte - nur um den Preis eines Verteidigungsbeitrages zum Bündnis zu haben. Die Militärgesetzgebung stellte damit quasi eine Grenzbedingung für die bremische Souveränität im Rahmen einer neuzuschaffenden politischen Ordnung dar.

2. Geht man der speziellen Funktion der einzelnen Korps nach, so zeigt sich, daß deren Schaffung durchaus

unterschiedliche Motive zugrunde lagen.

Die deutlichste propagandistische Wirkung im Sinne der von Bremens Diplomatie gemachten Zusicherungen versprach das Feldbattalion. Nach seiner Ausrüstung im Februar 1814 sofort der hanseatischen Legion unterstellt, wurde es dem zweiten Korps der Nordarmee angegliedert, rückte mit diesem bis nach Lüttich und Brüssel vor und leistete damit einen echten militärischen Beitrag in dem von den Alliierten gesteckten Rahmen. ⁷³⁾

Welch gewichtige politische Bedeutung das Feldbattalion darüberhinaus für Bremen hatte, zeigt die Tatsache, daß man das Battallion - auf Wunsch der Bürgerschaft - auch nach Abschluß des Feldzuges bestehen ließ. Mit Hilfe von Besoldeten und zum Teil im Ausland Angeworbenen auf einer Minimalstärke von knapp 300 Mann gehalten, behielt die Truppe ihren Namen, galt formell weiterhin als Freiwilligenkorps der hanseatischen Legion und wurde in Bremen kaserniert. ⁷⁴⁾ Die Hansestadt leistete damit einen permanenten und den Vorschriften entsprechenden Verteidigungsbeitrag zum Bund, dessen Satzung jedem Mitglied auferlegte, "sowohl ganz Deutschland als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen" und "sämtliche unter dem Bunde begriffenen Besitzungen" zu garantieren. Volle sieben Jahre, bis zum Abschluß der Bundeskriegsverfassung am 3.4.1821, die die Verteidigungslasten im einzelnen präziserte, war das Feldbattalion ausreichend, um der Form nach Bremens Bundesverpflichtungen zu erfüllen und in Frankfurt den Souveränitätsanspruch zu untermauern. ⁷⁵⁾

3. Eine ganz andere Bedeutung als das Feldbattalion hatte die Bürgergarde. Diese rückte - mit Ausnahme der wenigen Landwehrpflichtigen, die gezwungenermaßen zeitweilig an das Feldbattalion überstellt wurden - niemals aus, sondern blieb ständig in Bremen stationiert. Ihre Aufgabe bestand darin, "die Streitfähigkeit überhaupt und dadurch den Geist der Vaterlandsliebe und Ehre

aufrechtzuerhalten" und gleichzeitig "die Ruhe im Inneren" dort zu garantieren, wo "zur Aufrechterhaltung derselben die gewöhnlichen Anstalten nicht hinreichen sollten".⁷⁶⁾ Die Bürgergarde diente also zur Verteidigung Bremens, nicht des Bundes, und ihr kam zusätzlich erweiterte Polizeifunktion zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung innerhalb der Stadt zu. Die Verwaltungs- und Befehlsstruktur zeigt, daß dem Kriegsrat beziehungsweise der Bewaffnungsdeputation, in der ohnehin fünfzig Prozent Senatoren saßen, die Verfügung über das Korps nur im Einvernehmen mit dem Senat möglich war. Ab März 1817 konnte der Senat sogar unmittelbar über zwei, in dringenden Fällen über vier Kompanien verfügen; er mußte nur innerhalb von drei Tagen den Konvent informieren, der diesen Tatbestand zur Kenntnis nahm, ohne dagegen etwas ausrichten zu können.

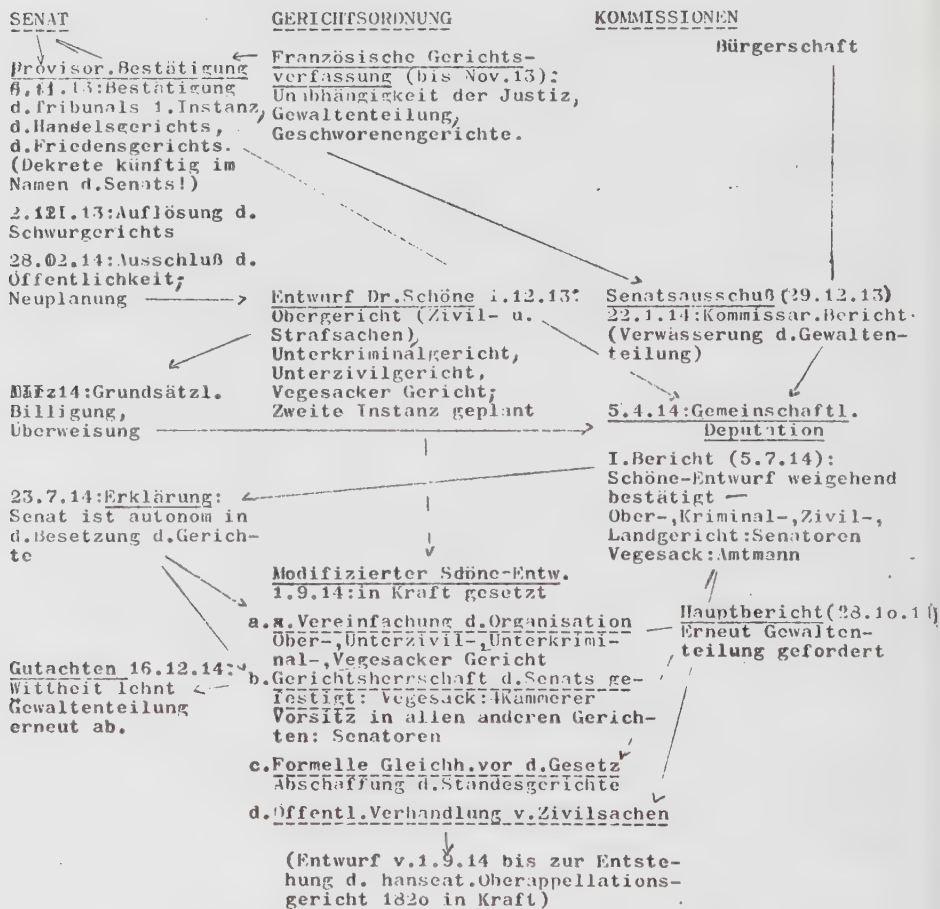
Es ist einsichtig, daß die Bürgergarde auf diese Weise letztlich zu einem Instrument in der Hand des Senats wurde, systemstabilisierend wirkte und solche Reformen zu verhindern half, die nicht im Interesse des Rats lagen beziehungsweise von ihm nicht gebilligt wurden.

d. Restauration und Gerichtsverfassung

Bei allen berechtigten Klagen, die die Bremer in den Jahren 1810 - 13 über die Zerstörung des Handels, den Verfall der Wirtschaftskraft und die Beschränkung der persönlichen Freiheit führten, bestanden einzelne Bürger darauf, daß die ⁷⁷⁾französische Verwaltung auch ihre guten Seiten gehabt habe. Als eine ganz wesentliche Errungenschaft galt die f r a n z ö s i s c h e G e r i c h t s - o r d n u n g, die von der Praxis der "Eintracht" weit abrückte und nach außerordentlich modernen Gesichtspunkten aufgebaut war. Die Judikative war, als dritte Gewalt erstmals von der Legislative und Exekutive konsequent getrennt, zu einer selbständigen Organisation geworden. Ihre Administration war vereinfacht: die diversen Standesprivilegien fielen fort. Die wichtigsten Gerichte nach 1810 waren das Handels- und Friedensgericht (Tribunal 1. Ordnung), das Schwurgericht und der Kassationshof, die beiden letzteren typisch französische Einrichtungen, deren revolutionärer Ursprung nicht zu verleugnen war. Das Schwurgericht führte in Bremen Anklagekammer und Geschworene ein, die der alten statutarischen, ausschließlich auf den Rat bezogenen Rechtsnorm völlig zuwider liefen. Der Kassationshof bildete ebenso wie sein französisches Vorbild aus dem Jahre 1790 die höchste Instanz, die alle von den unteren und mittleren Gerichten ausgesprochenen Urteile annullieren konnte und damit ein wichtiges zusätzliches ⁷⁸⁾Rechtsmittel darstellte.

Es versteht sich, daß der Senat dieses System nicht gutheißen konnte und die Entwicklung im Justizwesen der Hansestadt um einige Jahre zurückschrauben mußte, um die Wiederherstellung der "alten Verfassung" glaubhaft zu machen, und seine eigene auf die Doppelherrschaft über Justiz und Verwaltung gegründete Macht konsolidieren zu können. Doch galt es, möglichst Konflikte

Zu 6.d.: Die Restauration der Gerichtsverfassung (1813 -1814)



H. Jansen

Quellen: Verordnungen u. Proclame
2-E.12.a.
20q.10.C.3.c.
Hiemsch

mit der Bürgerschaft zu vermeiden, die die auf der Hand liegenden Vorteile der Gewaltenteilung inzwischen erkannt und deren Verteidigung auf ihre Fahne geschrieben hatte. Die Aufgabe, "das völlig veränderte Staatswesen in seine alten Bahnen zurückzuführen", ließ sich aus diesem Grunde "nicht von einem auf den andern Tag lösen" und erforderte ebenso wie die Einführung der Bürgergarde hohes taktisches Geschick.⁷⁹⁾

Zunächst schien der Senat selbst unsicher und beauftragte die Herren Tidemann, Droste, Castendyk und Post, umgehend zu eruieren, "nach welchen Gesetzen künftig zu richten sey, welche Prozeßordnung künftig eintreten solle" und "wie diejenigen Sachen zu behandeln seyen, in welchen noch nicht, oder in welchen bereits interlocutorisch gesprochen worden".⁸⁰⁾ Gleichzeitig bestätigte er am 6.11. provisorisch die bestehende französische Gerichtsordnung mit dem Vorbehalt, daß "die Dekrete im Namen des Senats" zu verkünden seien.⁸¹⁾

Ähnlich wie in den übrigen Hansestädten ging man von vornherein davon aus, daß eine grundsätzliche Revision der Gerichtsverfassung und Prozeßordnung ohnehin anstehe, sich Teilreformen also nicht lohnten. Bestärkt wurde der Senat in seiner restaurativen Haltung von Thornton, dem englischen Gesandten beim König von Schweden, der gegen Ende November die Aufhebung der Weserblockade verkündete, als Gegenleistung jedoch forderte, "man möge nun anhängig werdende Rechtssachen von Engländern nach altem Recht entscheiden", da die französischen Gesetze Untertanen der britischen Krone offen diskriminierten.⁸²⁾

Ein willkommenerer Vorwand für die Beseitigung des französischen Rechtssystems ließ sich kaum ausmalen. Dennoch taktierte der Senat weiterhin mit größter Vorsicht.

Er bestätigte zunächst am 22.11. noch einmal "alle

früheren Polizeyverordnungen und Reglements⁸³⁾ hob jedoch - was sehr viel tiefergreifende Folgen hatte - am 2.12. das gesamte Schwurgerichtswesen auf. Das Tribunal 1. Instanz wurde angewiesen, "alle in der hiesigen Stadt und deren Gebiet sich ereignete oder ereignende Criminalfälle" an sich zu ziehen, ohne jedoch an die Formen des Schwurgerichts "in Hinsicht einer Anklagekammer und einer Zuziehung von Geschworenen gebunden zu seyn".⁸⁴⁾ Mit dem gleichen Federstrich verschwand der Kassationshof, eine Institution, die selbst in konservativen Staaten wie Österreich, Preußen, Bayern und Hessen als unverdächtig galt. In Bremen hielt man dagegen statt der Kassationsbeschwerde die Möglichkeit des Rekurses an den Sitzenden Rat für ausreichend, da man den Senat nicht unnötigen Kontrollen durch eine unabhängige Einrichtung unterwerfen wollte. Die Öffentlichkeit bei der Hauptverhandlung wurde am 28.2.1814 abgeschafft und stattdessen "das alte schriftliche und geheime Verfahren ohne Bedenken wiedereingeführt". Das war - wie Hiemisch urteilt - "eine der ersten deutlichen Absagen an die französische Rechtspflege, wie sie bald darauf in der Gerichtsordnung von 1814 noch stärker zum Ausdruck kommen sollte".⁸⁵⁾

Um die am 6.11.1813 vorläufig bestätigten französischen Gerichte möglichst rasch und nachhaltig auszuschalten, mußte der Senat einen kompletten Alternativplan vorlegen, Er beauftragte mit dessen Abfassung seinen Syndikus Dr. Schöne, der bereits am 1.12. mit seinen Vorschlägen reüssierte. Der S c h ö n e - E n t w u r f sah die Einrichtung eines Obergerichts für Straf- und Zivilsachen, eines Unterzivil- und Unterkriminalgerichts, eines Vegesacker Gerichts und eines Landgerichts vor, welches letztere jedoch bald fallen gelassen werden sollte. Weiterhin war unter Beibehaltung französischer Rechtsvorstellungen an ein Gericht zweiter Instanz gedacht.⁸⁶⁾

Der Plan bedeutete eine Vereinfachung der Organisation gegenüber dem Zustand vor 1810 und das Verschwinden der alten Standes- und Sondergerichtsbarkeiten, war jedoch - legt man immanente Gesichtspunkte zu Grunde - keine spürbare Verbesserung gegenüber dem noch bestehenden französischen System. Angreifbar waren vor allem die Besetzungsvorschläge, da mit Ausnahme des zu kassierenden Landgerichts alle anderen Institutionen mit Senatoren beziehungsweise Bürgermeistern als Vorsitzenden besetzt werden sollten.⁸⁷⁾

Wie kaum anders zu erwarten, billigte die Wittheit den Schöne-Plan unverzüglich und überwies ihn an den am 29.12.konstituierten Senatsausschuß, der im Rahmen seines "kommissarischen Berichts" seine Zustimmung erteilte. Der Ausschuß konzedierte widerstrebend die Notwendigkeit der Trennung von Justiz und Verwaltung, glaubte jedoch, dieses Problem in rein formalistischem Sinne, durch zeitweilige Aufgliederung des Senats in zwei Abteilungen, unterlaufen zu können.⁸⁸⁾

Die Wittheit befaßte sich noch einmal ausführlich im März mit dem Gesamtkomplex und sandte die Vorlage sodann ohne weitere Änderungswünsche an die aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft bestehende gemeinschaftliche Deputation, die am 5.4.1814 ihre Arbeit aufnahm und zu dem Schöne - Plan in ihren Berichten vom 5.7. und 24.10. Stellung nahm. "Die prompte Zustimmung zu dem neuen Gesetz ist nicht weiter erstaunlich. Denn die Grundzüge der früheren Gerichtsverfassung und Prozessordnung waren in ihm beibehalten worden."⁸⁹⁾

Ein von der gemeinschaftlichen Deputation erarbeiteter Vorschlag zur Besetzung der Gerichte (Bericht vom 2.7.) löste, obwohl er sich weitgehend an die Altarrangliste

anlehnte und die Rechte des Senats keineswegs beschnitt,
sofort eine heftige Reaktion aus.⁹¹⁾ Der Rat bestand am
23.7. nun seinerseits darauf, im Rahmen seiner durch die
"Eintracht" gegebenen Kompetenzen die Besetzung nach
eigenem Gutdünken und ohne Mitwirkung von dritter Seite
vornehmen zu können. Er zeigt damit "seine wahre, der
Bildung eines ständigen Justizsenates nicht günstige
Meinung" und stellte den Sinn einer ernstgemeinten
Verfassungsreform praktisch schon jetzt in Frage.
Dennoch einigten sich Senat und gemeinschaftliche De-
putation, in der der Senat ja wiederum maßgeblich ver-
treten war, darauf, die neue Gerichtsordnung am 1.9.
in Kraft treten zu lassen.⁹²⁾ Die Deputation nahm dann am
28.10. in ihrem Hauptbericht noch einmal den Versuch auf,
einen selbständigen Justizsenat zu begründen, doch
wurde dieser Vorschlag von der Wittheit am 16.12.
wiederum entschieden zurückgewiesen.⁹³⁾ Der Zeitpunkt war
ohnehin verfehlt. Der modifizierte Schöne - Entwurf,
nunmehr G e r i c h t s o r d n u n g genannt, war
seit September 1814 in Kraft und sollte volle sechs
Jahre bis zur Gründung des gemeinschaftlichen Ober-
appellationsgerichts überdauern.⁹⁴⁾

Das Gesetz schuf vollendete Tatsachen. Während sich die
Diskussion über Wert und Unwert der Gewaltenteilung
und die möglichen Modalitäten ihrer Verwirklichung bis
zum Jahre 1820 hinschleppten, wurden die Gerichte auf
Grund der Ordnung vom 1.9. praktisch vollständig vom
Senat beherrscht. "Das Obergericht blieb mit den beiden
im Eide sitzenden Senatsquartieren besetzt, während sich
das Unterzivil- und Landgericht aus einem Senator als
ständigem Stadtrichter und den jeweiligen Gohgrafen,
das Unterkriminalgericht aus den vier Kammerern zusam-
mensetzte und in Vegesack der neu zum Regierungsbeamten
ernannte Amtmann auch als Richter für die untere Zivil-
und Strafrechtspflege fungierte".⁹⁵⁾

Trotz der Festigung der Gerichtsherrschaft des Senats
wurde jedoch der Zustand von 1810 nicht vollständig

restauriert, sondern es blieben Spuren liberalen französischen Geistes erhalten. Zunächst ist die Übersichtlichkeit der Organisation und das Verschwinden der diversen Sondergerichte, die vor der französischen Zeit vor allem im Landgebiet floriert hatten, hervorzuheben. Bremens Justiz war klar in zwei Obergerichte für Zivil- und Strafsachen mit entsprechenden nachgeordneten Behörden gegliedert, also nach sachlichen, nicht nach geographischen Gesichtspunkten geordnet, wobei allerdings das Vegesacker Gericht eine Ausnahme machte. ⁹⁶⁾

Noch wichtiger freilich war, daß die von der französischen Verwaltung eingeführte grundsätzliche Gleichheit vor dem Gesetz bestehen blieb. Nieder-, Gast- und Gohgerichte wurden aufgelöst; die "Klasse", der Kläger oder Beklagter angehörte, sollte ebenso bedeutungslos bleiben wie die Tatsache, ob dieser ⁹⁷⁾ im Stadt- oder Landgebiet seinen Wohnsitz hatte. Selbst die Städtprivilegien des Senats vor Gericht, von Johann Smidt noch zu Beginn des Jahres 1814 als "ehrenvolle Ausnahme in Ansehung des Gerichtsstandes" ⁹⁸⁾ verteidigt, wurden infolge nachdrücklicher Proteste der Bürgerschaft beseitigt. Zwar schaffte man zusammen mit den Schwurgerichten das Prinzip der Öffentlichkeit für den Strafprozeß ab, doch blieb dieses zumindest in Zivilsachen erhalten, womit eine gewisse Transparenz wenigstens in diesem Bereich gewährleistet war.

Es ließen sich also in der Tat begrenzte Reformen durchführen, sofern die Bürgerschaft sich entschloß, die gegebenen konstitutionellen Möglichkeiten benützt zu nutzen. In diesem Falle freilich kam der von bürgerlicher Seite beherrschten gemeinschaftlichen Deputation zu Gute, daß der Senat einen weiteren Eklat, wie er sich am 25.3. abgespielt hatte, ⁹⁹⁾ aus außenpolitischen Rücksichten fürchtete und sich im Hinblick auf die geplante Errichtung des hanseatischen Oberappellationsgerichts nicht allzu weit von der liberaleren Rechtspraxis der

Schwesterstädte entfernen dürfte.¹⁰⁰⁾

e. Das Ratsmannswahlgesetz vom 22.3.1816

Am 22. März 1816 wurde in Bremen ein Gesetz publiziert, das völlig aus dem üblichen Rahmen zu fallen schien, das R a t s m a n n s w a h l s t a t u t. In diesem verzichtete der Senat, in vollem Widerspruch zu seiner bisherigen politischen Praxis, auf eines seiner ältesten konstitutionellen Rechte, das in der "Älten Eintracht" verbrieftes uneingeschränktes Recht der Selbsterkennung.¹⁰¹⁾ Fast vier Jahrhunderte lang hatte der Rat souverän und ohne Mitwirkung der Bürgerschaft entschieden, wen er zum Ratsmann bestimmen wollte, wenn durch Abgang einer der auf Lebenszeit gewählten vier Bürgermeister und vierundzwanzig Senatoren in seinen Reihen eine Lücke entstanden war. "Zum Beweis seines besonderen Vertrauens zu seinen Mithürgern" bot er nunmehr am 22. September 1816 an, dieses tief in der bremischen Tradition verwurzelte Recht freiwillig zu beschränken.¹⁰²⁾

Der Vor-schlag hatte eine umso größere Wirkung auf die Öffentlichkeit als der Konvent sich in seinen Sitzungen vom 17.2. und 23.6. noch ausdrücklich mit diesem Privileg des Rates abgefunden und es bestätigt hatte; es erschien unangreifbar und nur durch einen revolutionären Akt aus der Welt zu schaffen, woran der Bürgerschaft indessen nicht gelegen war.¹⁰³⁾

Umso mehr fragt es sich, welche motive den Rat zu seiner dramatischen Kehrtwendung veranlaßten. Stand dahinter ein politischer Sinneswandel oder nur wieder Strategie und Taktik? Die Initiatoren des Gesetzes behaupteten mit allem Nachdruck das erstere. Die Voten zum Senat müßten "auf eine zweckmäßigere, der gegenwärtigen Lage und den jetzigen Verhältnissen des Staates entsprechende Weise" durchgeführt werden, nicht es in der Überwindung.¹⁰⁴⁾ Der Rat wolle künftig "ohne unbedingte Rücksicht" auf einzelne, ihm durch die bisherige Verfassung garantierte Rechte verfahren, denn es sollte nunmehr, das erreichte "durch Verstärkung des gegenseitigen

Vertrauens zwisch^{en} Rath und Bürgerschaft für eine lange Zukunft zu befestigen". Es gehe nicht an, daß sich "beide wechselseitig mehr oder minder als Parteyen" betrachteten, da es doch keine wirklich unüberbrückbaren Interessensgegensätze gebe. ¹⁰⁵⁾

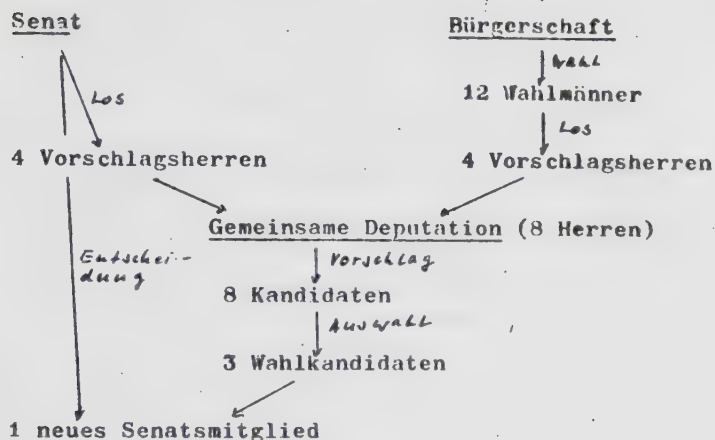
Ein Blick auf die allgemeine politische Lage verrät, daß das Angebot - sicher nicht zufällig - in eine Phase der äußeren Konsolidierung des bremischen Staates fiel. Die Souveranität war erst wenige Wochen vorher, am 3. Juni 1815, durch die Bundesakte in aller Form bestätigt, die Autorität des Senats durch dessens Anerkennung auf europäischer Ebene auch intern gefestigt worden. ¹⁰⁶⁾ Er konnte nunmehr darauf verzichten, stets auf die Alliierten zu blicken, um deren Beifall für seine innenpolitische Aktivität sicher zu sein. Nur: wurde der erweiterte Spielraum auch tatsächlich konsequent genutzt, um die liberalen Versprechen vom 6.11.1813 einzulösen, oder war die gesamte Initiative wiederum nichts anderes als der Versuch, sich geschickt ein Alibi zu verschaffen?

Eine Analyse des I n h a l t s des mit großem Aufwand verkündeten Ratsmannswahlstatuts stimmt skeptisch. ¹⁰⁷⁾ Zwar sollten sich anders als bislang Senat und Bürgerschaft versammeln, wenn die Wahl eines neuen Senators anstand. Doch die komplizierte nachfolgende Prozedur war nichts als eine Verschleierung des wenig demokratischen Charakters der eigentlichen Ratsmannswahl.

Der Senat zeigte zunächst an, ob ein "Studierter oder Nichtstudierter" zu wählen sei, eine Formel die lange Zeit strittig und - wie sich zeigen wird - nicht ohne politische Brisanz war. Er löste sodann aus seiner Mitte vier Vorschlagsherren aus, während die Bürgerschaft in geheimer Wahl zunächst zwölf Bürger bestimmte, die dann ebenfalls durch Losentscheid auf vier reduziert wurden. Beide Viererzweigen vereinigten sich jetzt zu einer

Zu **B. 1.**

Das Ratsmannswahlgesetz vom 22.3.1816



Voraussetzungen für das passive Wahlrecht zum Senat:

1. Alter zwischen 25 und 30 Jahren
2. Bremisches Bürgerrecht
3. Wohnsitz in der Regel seit 2 Jahren in Bremen
(Bei Neubürgern seit 5 Jahren)
4. Keine Verwandtschaft 1. Grades mit aktiven Senatoren
5. In der Regel gleicher Stand wie das ausgeschiedene Mitglied ("Studierte" meist für juristische Aufgaben, "Nicht-Studierte"- meist Großkaufleute - für die übrigen Belange)

L. Jansen

Quellen: 2-E.12.i.2.a.,

Verordnungen und Proclame 1816,
Duwe, Müller.

paritatisch besetzten Deputation der acht Wahlmänner, die sich in Konklave begaben, um nach streng festgelegtem Ritual die Vorwahl vorzunehmen. Jeder der acht hatte einen Kandidatenvorschlag, so daß sich maximal eine Liste von acht Anwärtern ergab, die nach hinlänglicher Beratung und wiederholter Abstimmung schließlich auf drei Vorschläge beschränkt wurde. 108)

Jeder der drei Wahlkandidaten benötigte eine einfache Mehrheit, also fünf Stimmen. An formalen Voraussetzungen wurde gefordert, daß er zwischen fünfundzwanzig und sechzig Jahren alt und bremischer Bürger war, der als geborener Bremer mindestens zwei, als zugezogener mindestens fünf Jahre hier seinen Wohnsitz gehabt hatte und unbescholten war. Verwandschaftliche Beziehungen ersten Grades zu den im Amt befindlichen Senatoren schlossen von der Wahl aus, weitere Verwandschaftsgrade, die nach dem Statut von 1433 ebenfalls disqualifizierten, wurden nunmehr mit der Maßgabe zugelassen, daß die Betroffenen nicht nur die einfache Mehrheit von fünf Stimmen, sondern die Zustimmung von sechs der acht Wahlmänner erlangten. 109)

Waren auf dieser Ebene Senatoren und bürgerliche Deputierte noch gleichberechtigt an der Wahl beteiligt, so ging die so erstellte Dreierliste direkt an den Rat, der unter völligem Ausschluß der Kommission nunmehr allein die letzte Entscheidung traf, da "vermöge seiner vollständigen Kunde der jedesmaligen Lage der Umstände, der Personen und der Geschäfte nur er es hinreichend zu beurtheilen verstet, welche Rücke an Einsichten, Kenntnissen und Fähigkeiten durch die jedesmalige Vakanz in seiner Mitte entstanden ist." 100)

Der so Gewählte mußte das Amt unter allen Umständen akzentieren, es sei denn, daß er nachweislich krank, in bedrückenden finanziellen Schwierigkeiten oder älter als fünfundfünfzig Jahre war, da sonst der Entzug de.

Bürgerrechts und der Aufenthaltserlaubnis drohte. Der Passus, gegen den sich die Bürgerschaft lange Zeit vergeblich wehrte, bot dem Rat die Handhabe, die fähigsten und engagierten Sprecher des Konvents dadurch mundtot zu machen, daß er sie in die eigenen Reihen berief. ¹¹¹⁾

Rechnet man die Stimmenverteilung einmal numerisch durch, so zeigt sich, daß "eines hochedlen Raths zu Bremen freiwillige Selbstbeschränkung" (Nieder-Elbischer Merkur) im wesentlichen formaler, nicht praktisch-politischer Natur war. Duwe kommentiert das neue Gesetz denn auch folgendermaßen: "Die Teilnahme der Bürgerschaft war auf die Beteiligung an der Wahl von drei Kandidaten beschränkt, aus denen der Senat den Senator selbst wählte. Es war nur eine sehr begrenzte Mitbeteiligung der Bürgerschaft, durch die der Senat nur formell sein unbestrittenes Selbstergänzungsrecht aufgegeben hatte, denn wenn der Senat unter sich einig war, so genügte die Zustimmung eines einzigen der vier bürgerlichen Vorschlagsherren, um den von ihm in Aussicht Genommenen auf die Dreierliste zu bringen und damit seine Wahl zu sichern". ¹¹²⁾

Es ist zu ergänzen, daß der Rat nach wie vor uneingeschränkt das Einladungsrecht zum Konvent wahrnahm, also praktisch einladen konnte, wen er wollte und hierdurch noch eine weitere Möglichkeit der Manipulation besaß. Ein versteckter Zensus war zudem die Formel "Studierter oder Nichtstudierter", über die Senat und Bürgerschaft in den Sitzungen vom 13.10., 17.11., 22.12.1855, 5.1. 22.5.1856 ¹¹³⁾ erregte Debatten führten. Aus diesen ergab sich schließlich, daß ein neu eintretendes Senatsmitglied "in Gemäßheit der gesetzlichen Bestimmungen" dem gleichen Stand wie sein Vorgänger anzugehören hatte. "Studierte" waren überwiegend Juristen, deren Sachverstand für die Justizverwaltung und Rechtspflege benötigt wurde, "Nichtstudierte" in der Regel Großkaufleute, die sich neben der allgemeinen Verwaltung der Außenhandelspolitik widmeten. Freilich wurde die Kompetenz-

aufteilung nicht pedantisch gehandhabt; gerade Großkaufleute wurden unter anderem zur Besetzung der Handelsgerichte herangezogen. Doch befähigte die Formel den Senat, von vornherein festzulegen, welcher Richtung der neuwählende Ratsmann anzugehören hatte, wodurch Mitglieder der unteren sozialen Schichten praktisch keine Chancen hatten.

Auf der andern Seite geriet die Tatsache, daß rein theoretisch jeder unbescholtene Bürger, der die Voraussetzungen erfüllte, fortan zu senatorischen Ehren gelangen konnte, dem tatsächlichen, in sich nach wie vor geschlossenen Block der Senatoren zu erheblichem Vorteil. Es erschien nunmehr plausibel, daß die Ratsherren die finanzielle Belastung ihrer Stellung nicht mehr wesentlich aus eigener Tasche tragen konnten, unterstützt nur durch die unregelmäßigen und prekären Einkünfte aus den mit dem Amte verbundenen Gefallen, Sporteln und Naturalleistungen. Folglich wurden im Zusammenhang mit dem Ratsmannswahlstatut prompt feste **S e n a t o r e n g e h ä l t e r** vereinbart, die so bemessen waren, daß Ratsmitglieder künftig auf Lebenszeit finanziell unabhängig und jeglicher materieller Sorgen ledig waren, was sich übrigens auch auf den engeren Kreis ihrer Familien bezog. Gerade für die Kaufleute im Senatsstand, die bis dahin die nicht unerheblichen Risiken des Fernhandels zu tragen hatten, war dies ein unerhörter Vorteil.¹¹⁵⁾

Zudem war das strikte Verbot, Verwandte in den Rat zu wählen, das die Bildung eines städtischen Patriziats hatte verhindern sollen, gelockert; der Wahl "bisher gesetzlich oder observanzmäßig verbotenen Verwandschaftsgrade, nemlich des Oheims und Neffen, zweyer Brüder Kinder, zweyer Schwester Kinder oder Schwester und Brüder Kinder" standen jetzt keine prinzipiellen Hindernisse mehr im Wege.¹¹⁶⁾ Beide Maßnahmen zusammengekommen, die Verbeamtung des Senats und die erweiterten Möglich-

keiten des Nenotismus bewirkten, daß sich der Rat
nunmehr auch im soziologischen Sinne als Führungs-
schicht etablieren konnte: eine "Modification" der
"alten Verfassung" - wenn auch keine "provisorische"-
war also tatsächlich zustande gekommen.

9. Die Einflüsse des Deutschen Bundes bis zu
den Wiener Ministerialkonferenzen 1820

a. Bremen, der Pariser Friede und das Allianztraktat

Wurde in der Darstellung des Verfassungsrechts zeitlich bereits weit vorgegriffen, so ist nunmehr nach den Hintergründen zu fragen, insbesondere nach den Einflüssen die die Bundespolitik auf die innere Entwicklung des Stadtstaates ausübte. Doch waren Bündnisse und Bund überhaupt relevant, wenn es um das Verfassungsleben des souveränen bremischen Staates ging? Es gab selbst im Kreise des Senats Formalisten, die dieses verneinten, die den Wortlaut der Bundesakte verabsolutierten und glaubten, die Innen- und Verfassungspolitik von der deutschen Politik säuberlich trennen zu können. Doch zerrann diese Vorstellung bald zur Illusion: Der Realitätsgehalt des Deutschen Bundes war zu hoch, die in seinem Rahmen gebannte politische Macht der Großmächte zu massiv, als daß sich deren Einfluß auch auf den inneren, konstitutionellen Bereich des bremischen Kleinstaates auf die Dauer verleugnen ließ.¹⁾

Der notwendige Lernprozeß setzte bereits bei der Beurteilung des ersten P a r i s e r F r i e d e n s (30.5.1814) ein²⁾, noch bevor der Deutsche Bund überhaupt entstanden war. Zunächst in rein formaljuristischem Denken befangen, erkannte der Senat überhaupt nicht die politische Bedeutung, die dieses Abkommen auch für die Hansestadt Bremen haben konnte, da dieses ja - dem Wortlaut nach - auf die Großmächte, auf Frankreich auf der einen und Preußen, Rußland und England auf der anderen Seite, beschränkt

zu sein schien. Es sollte, wie es hieß, "der langen Aufregung Europas und dem Unglück der Völker durch einen dauerhaften Frieden, der auf eine gerechte Verteilung der Kräfte unter den Mächten gegründet ist, ein Ende" gemacht werden. Das betraf vor allem Frankreich, das im wesentlichen auf die Grenzen von 1792 zurückgeworfen wurde, England, das seine Interessen am Niederrhein, sowie in Malta und Tobago wahrnahm, sowie die übrigen großen. (3)

Freilich verrät ein genaueres Studium des Vertragstextes, daß sich der Inhalt des Abkommens durchaus nicht ausschließlich auf die Stellung der vier (später fünf) Signatarmächte beschränkte, sondern gerade auch für die Kleinstaaten bedeutsam werden konnte. Im Artikel 6 hieß es, die deutschen Staaten sollten "unabhängig und durch ein föderatives Band vereint" sein ("seront independents et unis par un lien federatif");⁴⁾ womit die spätere Form des Deutschen Bundes im Grundsatz bereits vorweggenommen und das Wiedererstehen der freien Städte völkerrechtlich präjudiziert war.

Diese für Bremen durchaus positiven Aspekte gingen in den hektischen Vorbereitungen für den Kongreß, sowie der politischen und administrativen Tagesarbeit zunächst völlig unter, was umso merkwürdiger ist, als der Senat bislang bemüht schien, auch die geringsten Möglichkeiten zur Sicherung von Bremens Unabhängigkeit voll auszuschöpfen. Erst im Dezember 1815 wurde Smidt, offenbar von Senator Hach aus Lübeck informiert, auf den für die Hansestädte wichtigen Artikel und die Möglichkeit des Beitritts aufmerksam und berichtete nach Bremen, man möge sich dort schleunigst den bereits im Druck vorliegenden Klüberschen Vertragstext beschaffen und diesen einer raschen und sorgfältigen Analyse unterziehen. (5)

Während in Lübeck das Akzessionsverfahren bereits im Dezember in Gang gesetzt wurde, ließ man in Bremen

Zu 9.a.

Bremen, der Pariser Frieden und das Allianztraktat

Verfassungswirklichkeit

Bund/Alliierte

Bremische Innenpolitik

30.5.1814

Erster Pariser Frieden

Möglichkeiten nicht
genutzt

ohne Folgen

25.3.1815

Allianztraktat

Akzession ermöglicht
Anerkennung des Stadt-
staates auf internat.
Ebene

Ratifikationsverfahren
führt zum Verfassungs-
streit

- Beizitt durch Senat
(27.4.)
- Konvent erhebt Anspruch
auf Ratifikationsrecht
- Lehnt Bewilligung der
Folgekosten ab.
(Corps von ca. 1.000
Mann)

Juli 1815
Subsidienvertrag
mit England löst
Kostenfrage

18.8.1815:
Bürgerkonvent be-
kommt Kompetenzen in
der Außenpolitik-
Das Ratifikationsin-
strument soll künftig
"namens Rath und Bür-
gerschaft" behandelt werden

n.Jansen

Quelle: 2-M.3.a.4.
2-G.7.B.7.

die Dinge aber auch im Frühjahr 1816 noch auf sich beruhen. Auch Smidts wiederholtes Drängen vermochte das Ratskollegium nicht zur Eile zu bewegen. Am 24. Juli schließlich schrieb Smidt aus Frankfurt, das bremische Zögern stoße bei den Vertretern der Großmächte auf wachsendes Mißbehagen und Unverständnis. "Ich konnte das hier", so heißt es, "mit Clansarty, Wessenberg, Humboldt und von Anstedt brevi manu in Ordnung bringen und es wäre auch noch Zeit dazu (zur Akzession d. Verf.), vielleicht in vier bis sechs Wochen nicht mehr". 6)

Anders als der Pariser Frieden war das A l l i a n z - t r a k t a t vom 25.3.1815 von vornherein eine Herausforderung für die Hanseaten. Ursprünglich nur von Österreich, Preußen, England und Rußland unterzeichnet, lud das Abkommen, das das Bündnis von Chaumont gegen Napoleon erneuerte, alle souveränen Staaten Europas zum Beitritt ein. Damit war die grundsätzliche Frage gestellt, ob die Hansestädte die von ihnen bislang theoretisch beanspruchte Rolle von selbständigen Staaten auch de facto bereit waren zu spielen und sich in der Lage sahen, die hieraus erwachsenden finanziellen Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Der Beitritt zum Bündnis mußte mit der Stellung eines eigenen militärischen Kontingents von dreitausend Mann erkaufte werden, deren Kosten die durch Krieg, Kontinentalsperre und Einquartierungen wirtschaftlich stark geschädigten Städte schwer belasten mußten. 7)

Im Gegensatz zu der lange hinausgezögerten Akzession zum Pariser Frieden, mit der keinerlei Auflagen verbunden waren, fand der Beitritt zur Konvention jedoch sofort die Billigung der Senate: zumindest in Bremen war man überzeugt, daß die Unterschrift unter ein Dokument von internationalem Rang die Stadt deutlich als Subjekt des Völkerrechts ausweisen und ihre konstitutionellen Ansprüche untermauern würde. 8)

Als Ratifikationsstermin schlug Smidt in einem auf einen Zettel gekritzelten Antrag den 2. Juni vor, "der zugleich der Geburtstag des Königs von England ist, also sogleich eine Artigkeit involviert, wodurch man zu erkennen gibt, daß man gerade an diesem Tag an ihn gedacht habe". (9)

Freilich gab es Schwierigkeiten mit der Bürgerschaft, die derweil die Einsicht gewonnen hatte, daß der Vertrag zwar Bremen im Rahmen eines späteren Deutschen Bundes nützen, jedoch gleichzeitig innenpolitisch wiederum den Senat auf Kosten ihrer selbst stärken werde; der Senat würde als alleiniger Träger bremischer Souveränität fungieren und den Lohn für eine Außenpolitik einstreichen, deren Lasten - die Stellung des Kontingents von ca. tausend Mann - von den Konventsmitgliedern zu tragen wären. Dennoch mochte sich die Bürgerschaft aus Sorge um das Gemeinwohl den Akzessionsbestrebungen nicht vollständig verschließen. Sie fand schließlich einen Ausweg, in dem sie ihre Zustimmung unter der Bedingung gab, "daß der Vertrag von zwei Deputierten der Bürgerschaft (Christian Focke und Johann Friedrich Abegg) unterzeichnet werde"; d.h. das Abkommen sollte von beiden Parteien, von Senat und Bürgerschaft, unterschrieben werden. (10)

Der Senat jedoch nahm wohl die Zustimmung, nicht aber die mit ihr verbundenen Auflagen zur Kenntnis und ließ die Ratifikationsurkunde unbedenklich allein von dem geschäftsführenden Bürgermeister ausfertigen. "Da die ehrliebende Bürgerschaft gegen den Inhalt des ihr heute mitgetheilten Akzessionstraktats nicht das mindeste erinnert hat, so wird der Senat hinsichtlich der unter solchen Umständen erforderlichen Ratifikation diese auf die übliche Weise vollziehen." (11)

Der offizielle Beitritt Bremens wie auch Hamburgs, Lübecks und der übrigen Kleinstaaten erfolgte am

27. April 1815. Im gleichen Jahr unterschrieben Baden, Bayern, Danmark, die Niederlande, Portugal, Sachsen, Sardinien, Frankreich, Hannover, Hessen-Darmstadt, die Schweiz, Spanien und Württemberg. Bremen, vertreten durch seinen Rat, befand sich damit erstmals in der Gesellschaft der etablierten Staaten Europas.

Für die Bürgerschaft war der Vorgang insofern ernüchternd, als nun nicht mehr zu übersehen war, welche Wirkungen die vom Senat wie selbstverständlich wahrgenommenen außenpolitischen Kompetenzen für die Verschiebung des Gleichgewichtes innerhalb Bremens hatten. Der Konvent spielte folglich die Ratifikationsfrage zu einem Prinzipienfall hoch, um endlich einmal die in Bewegung geratenen Fronten zum Senat neu abzustecken. Er äußerte am 14. Juli in einer scharfen Erklärung sein "lebhaftes Mißfallen" und erinnerte daran, daß die Zustimmung zur Ratifikation des Beitrittsabkommens, deutlich an die Bedingung der Gegenzeichnung geknüpft, von seinem Standpunkt als gegenstandslos betrachtet werde. Die Bürgerschaft würde berechtigt sein, die "im Accessionstraktat enthaltenen Verbindlichkeiten ihrer Seite" als nichtig zu betrachten, da der Rat bei der Ratifikation verfassungswidrig vorgegangen sei. Es sei im Sinne der alten Konstitution sogar üblich, daß bei wichtigen Staatsverträgen die Bürgerschaft schon in der Beratungsphase herangezogen werde. "Es ist dieses namentlich der Fall bey dem 1654 am 28. November zu Stade geschlossenen Vergleich und dem 1666 am 15. November zu Hahnenhausen geschlossenen Frieden der Fall gewesen und da, wo dieses aber nicht stattfand, wurde in den gleichen Aktenstücken doch wenigstens namentlich der Bürgerschaft gedacht".¹²⁾ Weitere Exempel folgten.

Da der Rat zweifellos seit alters bestehende Rechte angetastet hatte, befand er sich bei seiner Rechtfertigung in einer nicht eben glücklichen Lage. "Es ist

über den Inhalt des gedachten Accessionsvertrages mit der Ehrliebenden Bürgerschaft sorgfältig, namentlich am 30. März, 1. Mai und 5. Mai conferiert". bekundete die Wittheit am 13. August, "es ist daher so, als habe die Bürgerschaft selbst den Inhalt mit dem Senat überlegt". Weiterhin heißt es spitzfindig: "So unstreitig das Recht der Ehrliebenden Bürgerschaft ist, die Ratifikation des Vertrages zu genehmigen", so habe sie jedoch "mit dem Ratifikationsinstrument ~~4~~ nichts zu thun". Der "Akt der Ausfertigung" sei ein "unstreitiger Ausfluß der vollziehenden Gewalt" und daher eine "Regierungsangelegenheit". 13)

In der Erkenntnis, daß er den eingeschlagenen Weg nicht unbehelligt werde fortsetzen können, lenkte der Rat jedoch schließlich ein und beschied, "daß er künftig in allen Fällen, wo es des Consenses der Bürgerschaft bedarf, das Ratifikations-Instrument namens Rath und Bürgerschaft" handhaben wolle. 14)

Die Lösung der mit dem Beitritt zur Konvention verbundenen konstitutionellen Probleme bedeutete freilich keineswegs, daß auch die heikle finanzielle Frage bereinigt war. Es blieb nämlich zweifelhaft, wie sich die Bürgerschaft verhalten würde, wenn das Problem der Heereskosten an sie herangetragen würde, da sie dem zugrunde liegenden Vertrag wegen der bestehenden Formulierer nach wie vor ablehnend, zumindest aber skeptische gegenüber stünd.

Der Senat war also noch immer in Schwierigkeiten. Er war mit dem Accessionsgesetz internationale Verpflichtungen eingegangen, deren Realisierung infolge des in Bremens heraufbeschworenen Verfassungsstreits in Frage stand. Der Ausweg, der sich schließlich aus dieser Klemme fand, ist erstaunlich, doch nicht untypisch für das Improvisationsvermögen ⁿ ~~und~~ Verhandlungsgeschick,

die an dieser Stelle nicht zum ersten Mal auftauchen.

Die drei Senate von Hamburg, Lübeck und Bremen, die gemeinsam die Kosten aufzubringen hatten, kamen überein, den Hamburger Sieveking, der als Offizier und aufgrund seiner persönlichen Verbindungen nach Großbritannien für diese Aufgabe prädestiniert erschien, in Wellingtons Hauptquartier zu schicken, um auf diesem Wege einen Subsidienvvertrag mit den Briten auszuhandeln. Ein solcher Vertrag kam auch im Juli 1815 in Paris tatsächlich zustande. Sein kurzer und prägnanter Inhalt lautete: "His Britannic Majesty engages to pay to the Free Hanse Towns a Subsidiary of 11 pounds 2 shillings per Man for the Service of the year, ending on the first of April 1816 to the number of 3000 men". §5)

Über die Motive dieser einseitigen Hilfeleistung hieß es: "The Prince Regent, acting in the Name and on the Behalf of His Majesty the King of Great Britain and Ireland (is) desirous as far as may be to assist the Free Hanse Towns in order to enable them to make the exertions necessary to carry into execution their engagements" §6). Die Solidarität der britischen Krone mit den Senaten der Hansestädte, durch Sieveking's Coup zustande gekommen, befreite den Bremer Rat von der Notwendigkeit, sich in der lästigen Truppenfrage mit der Bürgerschaft weiter auseinanderzusetzen zu müssen und löste den Verlassungsstreit mit Hilfe eines fiskalischen Eingriffs von außen her. Die finanzielle Unabhängigkeit bedeutete weiterhin, daß der Senat, dank ausländischer Unterstützung, weiteren Spielraum in der Innenpolitik gewann,

Gewiß blieb das Eingreifen Englands eine Episode, freilich eine solche, die - bereits ganz am An-

fang der bremischen Außenpolitik stehend - sowohl die unverhohlenen Großmachtsinteressen an den konstitutionellen Problemen des Stadtstaates als auch die besondere Skrupellosigkeit des eigenen Senats bei deren Lösung nachwies.¹⁷⁾

b. Die Bedeutung der Kongressergebnisse für
die Hansestadt

Betrachtet man das Ergebnis des Wiener Kongresses, die Deutsche Bundesakte vom 8.6.1815, so zeigt sich, daß diese den Wünschen des bremischen Senats in geradezu erstaunlichem Maße entgegenkam:¹⁸⁾

- Bremens Freiheit und Unabhängigkeit wurde garantiert und schien damit über jeden Zweifel erhaben,
- die Stellung des Senats als rechtmäßige politische Autorität wurde akzeptiert, das Stigma der "Neutralitätspolitik" von 1806 schien vergessen,
- gegen die traditionelle bremische Staatsform der "Republik" wurde von keiner Seite Einspruch erhoben.

Bereits in der Präambel der Bundesakte war - gleichberechtigt, parallel und wertfrei - von den "souveränen Fürsten und freien Städten" die Rede.¹⁹⁾ Gemäß Artikel 1 der allgemeinen Bestimmungen der Bundesakte erlangten die Hansestädte sodann den Status von "souveränen Staaten", deren Stellung im Rahmen des Deutschen Bundes sich de jure praktisch in keiner Weise von den übrigen Mitgliedsstaaten unterschied. "Sie standen in dem gleichen Verhältnis zum höchsten politischen Organ des Bundes wie alle anderen Staaten," so urteilt Duwe, freilich "ausgenommen Österreich, das den Bundespräsidialgesandten stellte."²⁰⁾ Laut Artikel 5 erhielten Hamburg, Bremen und Lübeck gemeinsam mit Frankfurt nämlich sogar eine von insgesamt sieben Stimmen im Rat, der engeren Bundesversammlung, während sie im Plenum einzeln votieren konnten²¹⁾.

Es ist zu ergänzen, daß die Bundesakte Teil der Kongressakte war und die Selbständigkeit der freien Städte damit nicht nur im Deutschen Bund sondern auch im europäischen Rahmen verankert war. Genau das war von Bremen von Anfang an erstrebt worden. Die Mission Smidts war unter diesem Aspekt ein voller Erfolg, der die mit der Reise ins alliierte Hauptquartier im Dezember 1814 begonnene Politik zum Abschluß brachte ²²⁾. Smidt selbst kommentierte: "Wir erhalten eine so vollkommen begründete und gesicherte politische Situation, wie wir sie noch nie gehabt, und ich denke daher, wenn irgend jemand alle Ursache hat, mit dem Ausgang dieses Congresses zufrieden zu seyn, so sind es die Freyen deutschen Städte. Das sieht und fühlt man auch allenthalben und man gratuliert mir, wohin ich komme" ²³⁾.

War diese nachgerade euphorische Einschätzung der Kongreßergebnisse, die in Bremen die Runde machte, nun tatsächlich gerechtfertigt oder stellte sie wiederum nichts als einen Zweckoptimismus dar, der ein ganz bestimmtes politisch-ideologisches Ziel verfolgte?

Wie bereits erwähnt, konnte der Senat als solcher mit dem Resultat der Wiener Verhandlungen durchaus zufrieden sein, denn die Bundesakte bestätigte nicht nur Bremen in seinem Selbstverständnis als souveräner Staat, sie bestärkte gleichzeitig den Senat in seinem Standespolitischen Selbstverständnis und inspirierte dessen Bedürfnis, dieses in entsprechender Form publik zu machen und innerepolitisch zu Buche schlagen zu lassen. Faktisch spielte der vielbeschäftigte bremische Gesandte in Wien aber durchaus nicht die souverän-überlegene Rolle, in die er sich von der bremischen Publizistik hinein-stilisieren ließ: der Kongress begann mit der

Beratung der Mächtigen ²⁴⁾ und die wichtigsten, die allgemeinen Grundsätze betreffenden Vorentscheidungen wurden von einem Komitee getroffen, in dem nur Österreich, Preußen, Hannover, Bayern und Württemberg vertreten waren und auf das die Hanseaten praktisch keinerlei Einfluß geltend machen konnten. ²⁵⁾

Zwar ist unbestritten, daß Smidt gerade im Kreise der Vertreter der Kleinstaaten über hohes Ansehen verfügte: er wirkte in verschiedenen Kommissionen mit, erarbeitete mit Baron Plessen aus Mecklenburg-Schwerin, dem Kurhessen Graf Keller, Berg aus Lippe-Waldeck und Minkwitz aus Sachsen-Gotha die militärpolitischen Aspekte des Bundes, redigierte gemeinsam mit den Hannoveranern Berg und Martens den Text der Bundesakte und tat sich durch verschiedene Memoranden und Gutachten zur Verfassungsfrage und den Problemen der Flußschifffahrt hervor ²⁶⁾. Doch letztlich beruhte der diplomatische Erfolg, die durch Bundesakte und Wiener Kongreßakte verfassungsmäßig abgesicherte Unabhängigkeit der Hansestädte, wesentlich auf der Tatsache, daß sich Bremens politisches Programm "mit dem der übrigen Kleinstaaten deckte und in vielem Metternichs Politik entgegen kam" ²⁷⁾; der Gegensatz zu Preußen, das Mißtrauen gegen seine Ausbreitung in Norddeutschland, der Erhalt des Partikularismus im Rahmen eines von Österreich geführten Bundes waren die wesentlichen Punkte, in denen hanseatische und österreichische Interessen übereinstimmten.

Die recht ephemere Konstellation konnte sich jedoch kurzfristig ändern und es blieb abzuwarten, ob die Großmächte bereit waren, auch in diesem Falle den Deutschen Bund zu respektieren. Ihre politisch-militärische Überlegenheit bot ihnen - was Smidt nicht sah, vielleicht auch nicht sehen wollte - jederzeit die Möglichkeit, die Hansestädte unter Druck zu setzen,

wobei die Skala der Möglichkeiten von wirtschaftlichen Sanktionen über die direkte politische Einflußnahme - beispielsweise auf die mißliebige bremische Presse, das suspekte Vereinswesen oder die liberalen bremischen Kirchen - bis hin zur militärischen Intervention oder der Drohung mit einer solchen reichte.

Völlig unbefriedigend war das Verhandlungsergebnis in der Frage der wirtschaftlichen Sicherung des Stadtstaates. Obwohl die bremische Selbständigkeit nach der "Instruktion" ja gerade durch die merkantilen Sachzwänge hatte begründet werden sollen, gelang es Smidt noch nicht einmal, in Wien die Abschaffung des Elsflether Zolls zu bewirken, der Bremens Überseehandel abschnürte und verhinderte, daß die Hansestadt jene Stellung im Deutschen Bund erringen konnte, die den neuen politischen Status auch ökonomisch rechtfertigte und auf Dauer absicherte²⁸⁾.

Nicht minder gefährlich war das Fehlen eines Reichsgerichts²⁹⁾, auf dessen Errichtung Smidt bestanden hatte, da eine solche Institution die Rechtsposition der mindermächtigen Staaten gegenüber den Großmächten entscheidend gestärkt und gefestigt hätte. Doch eben mit diesen Vorschlägen drang er in Wien nicht durch. Zwar konzedierte man den Hansestädten die Errichtung eines gemeinsamen Oberappellationsgerichts (Artikel 12), gleichwohl hatte ein solches nie das Gewicht eines Reichsgerichts; seine Gründung war zudem in sofern problematisch, als sie ein gemeinsames Vorgehen der Städte voraussetzte, für welches infolge verschiedener Querelen und Empfindlichkeiten derzeit noch keine Grundlage bestand³⁰⁾.

Die Einstellung der B ü r g e r s c h a f t zu den Kongreßergebnissen war zwiespaltig.³¹⁾ Das von der Kaufmannschaft beherrschte Gremium³²⁾ begrüßte die Selbständigkeit der Hansestadt, da diese die Voraussetzung für ein Gedeihen des "Handels en gros" bildete und ein freies Bremen eine günstige Plattform für die sich immer mehr zuspitzende Auseinandersetzung mit der-den Freihandel bekämpfenden - süddeutschen Industrie zu werden versprach³³⁾. Doch waren ja gerade die handelspolitischen Belange, auf die es dem Konvent letztlich ankam, in der Bundesakte nicht hinreichend berücksichtigt worden³⁴⁾. Im übrigen verstanden die Vertreter der Bürgerschaft sehr wohl, daß die Ergebnisse von Wien eine entscheidende innenpolitische Stärkung des Rates bedeuten mußten, jenes Gremiums also, mit dem sie sich in der Verfassungsfrage unlangst angelegt hatten und dessen, durch die "alte Verfassung" begründete, Legitimität sie bis dahin prinzipiell in Frage gestellt hatten³⁵⁾. Aus diesem Dilemma fand sich nur schwer ein Ausweg: es schien, daß die Freiheit und Unabhängigkeit der Hansestadt eben nur um den Preis des Erhalts eines reaktionären Senats in seiner bisherigen Machtfülle und eines Stillstands in der Verfassungsentwicklung zu haben war.

Der Bürgerschaft blieb unter diesen Umständen keine andere Wahl, als die Kongreßergebnisse im Grundsatz ohne Abstriche zu akzeptieren, bei der Ratifikation am 8.8. jedoch gleichzeitig und nachdrücklich die Beseitigung der Zollschränken und die Errichtung eines Bundesgerichts zu fordern, ohne welches "die Verhältnisse der Obrigkeit gegen den Staatsbürger und ebenso umgekehrt des Staatsbürgers gegen die Regierungen im deutschen Staate nicht

können gesichert seyn"³⁶⁾.

Die breite Öffentlichkeit nahm von den Wiener Ereignissen kaum oder garnicht Notiz, denn die unteren Stände versprachen sich von der völkerrechtlichen Aufwertung der Hansestadt, die durch die Ratifikation der Kongreßakte vom 9.6. noch einmal unterstrichen wurde³⁷⁾, für ihre eigene wirtschaftliche und politische Lage keinerlei entscheidende Vorteile³⁸⁾: zu Smidts nicht geringer Enttäuschung lehnten es sogar die Stadtgemeinden kategorisch ab, den Tag der Eröffnung der Bundesversammlung durch eine Feier zu begehen und dabei die Bundesakte von den Kanzeln erläutern zu lassen,³⁹⁾ Die Skepsis, die man diesem, hinter den liberalen Erwartungen von 1813 weit zurückbleibenden Dokument entgegenbrachte, war in der bremischen Bevölkerung bereits zu groß⁴⁰⁾.

c. Bremen und der Deutsche Bund bis zu den Karls-
bader Beschlüssen (1816-1819)

Vom Standpunkt der bremischen bzw. der senatorischen Interessen ging es bei der Vertretung der Hansestadt in Frankfurt vor allem um die Sicherung und Bestätigung der Kongreßergebnisse, d.h. um die Ausfüllung der Souveränität, was eine gewisse Solidarität unter den vier freien Städten voraussetzte, da diese die siebzehnte Stimme im Rat nur gemeinsam wahrnehmen konnten, und um die Festigung von Bremens ökonomischem und handelspolitischem Status, namentlich um die Abschaffung des Elsflether Zolls⁴⁴⁾.

In der S e k u n d ä r l i t e r a t u r wird Smidts diplomatisches Wirken in den Jahren 1816 bis 1819 durchweg positiv beurteilt, z.T. sogar mit allerhöchstem Lob bedacht⁴³⁾: man preist die Detailkenntnisse des bremischen Gesandten, seinen unermüdlichen Einsatz⁴³⁾, seine vielfältigen Verbindungen, sein überaus geschicktes Auftreten, sein Profil als deutscher und hanseatischer Staatsmann, den Weitblick, den er in den entscheidenden politischen Fragen entwickelte⁴⁴⁾. "Der Elsflether Zoll, die Freiheit der Ströme, die Bekämpfung der Barbaresken, die ihm schon während des Feldzugs beschäftigt hatte, die militärische Organisation Deutschlands, die Frage der Stellung der Juden im neuen Deutschland, das Postwesen, die Beziehungen der einzelnen deutschen Staaten zueinander und zu den europäischen Mächten nahmen" - so v. Bippen - "seine Aufmerksamkeit in Anspruch, während er zugleich die heimischen Angelegenheiten, vor allem die Verhandlungen über die bremische Verfassung beständig im Auge behielt"⁴⁵⁾

In v e r f a s s u n g s geschichtlichem Zusammenhang ist vor allem die Frage zu beantworten, ob es dem hanseatischen Vertreter beim Deutschen Bund in Verbindung mit dem heimischen Senat gelang, die bremische Konstitution im Umfeld überlegener politischer und militärischer Macht und angesichts der restaurativen Interessen der Großmächte soweit intakt zu halten, daß dem Bürger auch tatsächlich jene Rechte zuteil wurden, die ihm die - noch so fragwürdige und verbesserungswürdige - bremische Verfassung ausdrücklich verhieß. Konnte der Bürger tatsächlich darauf vertrauen, daß seine ihm gewährte bescheidene "Freiheit" von der bremischen Obrigkeit gegenüber möglichen Übergriffen von außen verteidigt und geschützt wurde, oder mußte er damit rechnen, daß sich der Senat im Sinne der "Staatsräson" schließlich auf seine Kosten mit den Vertretern der "alten Mächte" arrangierte? (46)

Es sei vorangeschickt, daß sich die Beziehungen der H a n s e s t ä d t e untereinander in Frankfurt seit 1816 ständig verschlechterten, obwohl eine gewisse Gemeinsamkeit des Vorgehens in anbetracht der ständigen politischen Gefährdung im höchsten Grade notwendig gewesen wäre⁽⁴⁷⁾. Auch Smidt, dem "politisch gewandtesten und erfahrensten Vertreter der Städte" ⁽⁴⁸⁾, gelang es nicht, die Kluft zu überbrücken, da ihn sein Ehrgeiz dazu verleitete, seine "diplomatische Tätigkeit der letzten Jahre gern mit der ersten Stimmführung bei der Eröffnung der Bundesversammlung krönen" zu wollen⁽⁴⁹⁾, ein versteckter Führungsanspruch, der von Lübeck und Hamburg energisch zurückgewiesen wurde und den Auftakt für eine endlose Reihe unerfreulicher und gefährlicher Querelen bildete. Die Hansestädte waren also von Anfang an uneins und den Angriffen ihrer Gegner damit umso schutzloser ausgeliefert⁽⁵⁰⁾.

Die politischen Folgen der Animosität der hanseatischen Vertreter waren erheblich und haben direkten Bezug zur Verfassungswirklichkeit. Denken wir einmal an die Projekte, die infolge der Spannungen nicht durchgeführt, verschleppt oder zerredet wurden. Hierzu zählt das hanseatische Oberappellationsgericht, das erst nach unendlichen Schwierigkeiten im Jahre 1320 etabliert wurde, obwohl die Möglichkeit zur Errichtung des Gerichts, im Paragraph 12 der Bundesakte als ausgesprochene Konzession an die Hansestädte festgelegt, schon seit Ende 1815 bestand:⁵¹⁾ die Frage des Gerichts dritter Ordnung war insofern verfassungsrechtlich von erheblichem Gewicht, als das Fehlen dieser Institution innerhalb der Städte bedeutete, daß die höchst juristische Instanz außerhalb dieser - d.h. in einem nicht-republikanischen Staatswesen - angesiedelt zu werden drohte.

Die Versuche, handelspolitisch eine gemeinsame Linie zu finden, scheiterten vollständig und muten im Nachhinein geradezu grotesk an. Smidt bekam keine Schützenhilfe in seinem Bestreben, den Eisletner Zoll zu beseitigen, der - bereits einmal abgeschafft - seit 1813 von Oldenburg stillschweigend wieder erhoben wurde, ohne daß dafür eine gesicherte Rechtsbasis bestand.⁵²⁾

Schlimmer noch: die Schiffe der drei selbständigen Hafenstädte wurden in zunehmendem Maße von den Raubstaaten Tunis, Tripolis, Algier und Marokko geplündert, sobald sie die Straße von Gibraltar passiert hatten, ohne daß ihnen eine Kriegsflotte Schutz gewähren konnte. Der gesamte Mittelmeerhandel drohte deshalb zeitweilig zu erliegen.⁵³⁾ Es hatte nahegelegen, das Problem, das die drei Schwesterstädte gleichermaßen betraf, und an ihren Lebensnerv rührte, gemeinsam anzugehen. Dieses wurde mehrfach versucht, doch infolge hanseatischer Empfindlichkeiten, die immer dann am größten wurden, wenn Fragen der eigenen "Souveränität" berührt waren, kam eine Einigung nicht zustande. Stattdessen arbeitete man diplomatisch eher gegeneinander als miteinander.⁵⁴⁾

Derweil braute sich in Frankfurt, Berlin und Wien ein Unheil zusammen, das Bremen im Rahmen des Bundes auf erschreckende Weise isolierte, außen- und innenpolitisch verunsicherte und schließlich bis auf die Verfassungswirklichkeit durchschlug: der *P r e s s e s t r e i t*⁵⁵⁾. Unter dem Schutze der bremischen Pressefreiheit war die "Bremer Zeitung", ein profiliertes liberales Blatt, gegen die österreichisch-preußische Annäherung zu Felde gezogen, da sie unterstellte, daß diese gegen den Bund und gegen die Kleinstaaten gerichtet sei. Die Zensoren in Wien und Berlin beobachteten daraufhin die politische Berichterstattung des bremischen Blattes seit Beginn des Jahres 1817 mit wachsendem Mißtrauen; Smidt sah sich ab Mitte des Jahres dem Druck der preußischen und österreichischen Gesandten ausgesetzt, die das Treiben der "Bremer Zeitung" beendet zu sehen wünschten und für den Gedanken der bremischen Pressefreiheit als solcher nur wenig Verständnis zeigten. Da Smidt den ihm vertrauten Chefredakteur des Blattes, einen Dr. Bercht zunächst deckte und überdies die Eigentumsverhältnisse der Zeitung nicht ganz durchsichtig waren, verdichtete sich in Wien und Berlin zu Unrecht der Verdacht, Smidt sei der "eigentliche Leiter der Zeitung". Der Senat, durch Proteste von auswärts aufgeschreckt und von Smidt vor möglichen diplomatischen Komplikationen gewarnt, wünschte einen gemäßigten Kurs des Blattes, mußte jedoch feststellen, daß die bremische Verfassung keinerlei Handhabe bot, den eigenwilligen und engagierten Redakteur mundtot zu machen.⁵⁶⁾

Der Senat konnte wohl indirekt seinen Einfluß geltend machen und an Bercht appellieren; er konnte mit einem Gerichtsverfahren, ja mit Kündigung drohen, jedoch nicht selbst unmittelbar in die redaktionelle Arbeit der Zeitung

einreifen, denn eine Zensur war in Bremen seit Generationen unbekannt.⁵⁷⁾ Sie war seit dem Dreißigjährigen Krieg vom Senat praktisch nicht mehr angewandt worden und im "Hauptbericht der gemeinschaftlichen Deputation" vom Oktober 1814 bis zur grundsätzlichen Regelung durch ein "Rahmengesetz" des Bundes ausgeklammert und ausgesetzt worden.⁵⁸⁾

Die "Bremer Zeitung" setzte in Anbetracht dieser eindeutigen Sachlage und trotz der eindringlichen Warnungen im Frühjahr 1818 ihre Kampagne gegen den "österreichischen Beobachter" unbekümmert fort und trieb die Dinge im April des Jahres mit der Veröffentlichung eines Berliner Korrespondenzartikels auf die Spitze. In der Ausgabe vom 21.4.1818 wurde kess die Möglichkeit eines "neuen Krieges" unter veränderten Bedingungen und die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung und unter Ausschluß Österreichs diskutiert, sowie angeregt, Österreich das Präsidium im Bundestage streitig zu machen.⁵⁹⁾ Der Artikel "platzte mitten in die Verhandlungen über die Grundzüge des deutschen Militär- und Verteidigungswesens hinein und stieß damit an die wundeste Stelle des Bundes, nämlich die schlecht verdeckte Nebenbuhlerschaft zwischen Österreich und Preußen".⁶⁰⁾

Ein solches Vorgehen war nun alles andere als geschickt und brachte den Senat tatsächlich in einige Verlegenheit, der freilich keinerlei Anlaß zu einer grundsätzlichen politischen Kehrtwendung bot: die im "alten Recht" angelegte Pressefreiheit der "Republik" bedingte von vornherein gewisse Spannungen zu den konservativen Mächten und setzte ein bestimmtes Maß an Konfliktbereitschaft von vornherein voraus. Statt die Dinge jedpch mit einiger Gelassenheit zu betrachten und die konstitutionelle Problematik des Falles auch

in Frankfurt deutlich zu machen, setzte die Wittheit am 24.4.1818 völlig überstürzt durch Dekret - d.h. ohne jede Mitwirkung des Bürgerkonvents - in Bremen die Pressezensur durch, was vom Verfahren her einen Verfassungsbruch, von der Sache her ein deutliches Abrücken von dem gerade vom Senat bis dahin stets hochgehaltenen "alten Recht" bedeutete.⁶¹⁾ Die "Bremer Zeitung" wurde mundtot gemacht und auf die übliche "Berichterstattung gesellschaftlicher Belanglosigkeiten reduziert, wovon sie sich über Jahrzehnte nicht mehr erholte⁶²⁾; dem politischen Druck der Großmächte war schon beim ersten Ansturm nachgegeben, mit dem Verzicht auf die Pressefreiheit verschwand eines der wesentlichsten Merkmale des öffentlichen Lebens der Hansestadt, überhaupt.

Für den Verlust an liberaler Substanz, die unbedenkliche Preisgabe individueller bürgerlicher Freiheit gibt es in diesen Jahren eine Fülle von Beispielen. Hatte der Senat Pastor Dräseke im Jahre 1816 zu seiner freirepublikanischen Gesinnung und seinem mutigen Eintreten für die Belange der Stadtrepublik noch beglückwünscht - "Wir sagen ihm dafür unseren verbindlichen Dank und wir begleiten diesen mit dem lebhaften Wunsche, daß der Allmächtige Geber alles Guten fernerhin wie bisher ihre Vorträge segnen ... möge" ⁶³⁾; hieß es am 14.6. -, so waren ein Hinweis Smidts aus Wien sowie eine am 24.12.1819 von Hamburg aus übergebene Protestnote Österreichs, Preußens und Hannovers für den "at Grund genug, den unbequemen Prediger von St. Ansgarii ungeachtet seiner Verdienste um die Stadt bedenkenlos fallen zu lassen".

Zensurbehörde und Senatsvertretung beschlossen noch am 29.1., daß es "mit einer Verwarnung nicht genug

sey, sondern ein ernsthaftes Verfahren gegen Hrn. Pastor Draseke eingeschlagen werden müßte". Der Senat schließlich zitierte Draseke persönlich und gebot ihm, "alles Ernstes von jetzt an, mit der größten Wachsamkeit und Sorgfalt, sich ähnlicher Vorträge gänzlich zu enthalten und, wenn ihm seine eigene Ruhe und das Glück Bremens am Herzen liege, alle politischen Beziehungen aus seinen Kanzelreden wegzweisen," "Schon bei geringsten politischen Äußerungen oder Andeutungen werde er sich "nebst andern nachtheiligen Folgen auch des bremischen Bürgerrechts und der Stadtwohnung verlustig machen". Weiterhin erzwang der Senat ein komplettes Schuldanerkenntnis; Draseke war damit moralisch vernichtet, der traditionell liberale Geist der bremischen Kirche durch das statuierte Exempel unterdrückt.⁶⁴⁾

Ähnliches wiederholte sich auf anderer Ebene: der infolge seines allzu engagierten sozialen Einsatzes mißliebig gewordene "Frauenverein" wurde am 21. 2. 1818 zur Selbstauflösung gezwungen; die Demokratisierungsversuche innerhalb des "Hauses Seefahrt" unterband die Obrigkeit kurzerhand dadurch, daß sie drohte, einen eigenen Vertreter an die Spitze des Hauses zu stellen, falls die Satzung geändert und der Kaufmannschaft innerhalb der Institution die Führung strittig gemacht werden sollte: zu Beginn des Jahres 1819 war man schließlich froh, daß alles beim alten blieb, daß die Entwicklung nicht noch auf den Stand von 1545 zurückgeschraubt wurden, womit Senatssyndikus Dr. Gröning gedroht hatte^{64a)}.

Die Karlsbader Beschlüsse (August 1819), "der Höhepunkt des metternichschen und zugleich des österreichischen Einflusses im Deutschen Band" (Theodor Schieder), standen offenbar in engem Zusammenhang mit dem Pressekampf und vollendeten in Bremen nur, was durch diesen bereits vorgezeichnet war. "Es ist wohl kaum zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die beiden deutschen

Großmächte, die ja die treibenden Kräfte in Karlsbad waren, dabei besonders Bremen im Auge hatten. Ihnen waren die Artikel der Bremer Zeitung, die im Jahre vorher ihren Zorn gereizt hatten, noch in allzu deutlicher Erinnerung.⁶⁵⁾ Das Urteil H. v. Idemanns laßt sich anhand der bremischen Offizialkorrespondenz im einzelnen belegen: "Die zügellose Freiheit unserer Zeitungschreiber und Journalisten, die protegiert werden von den kleinen Souveränen und von der Stadt Bremen" spielten nach Smidt als Motiv in Karlsbad eine entscheidende Rolle.⁶⁶⁾

Es entsprach dem "Geist" dieser Versammlung, daß die Vertreter der Stadtrepubliken unter Vorgabe fadenscheiniger Gründe über die wahren Intentionen der geheimgehaltenen Konferenzen getäuscht und vollständig überfahren wurden. Während Preußen den Höfen der monarchischen Staaten durch seine Gesandtschaften Mitteilung machte, übergingen die Großmächte die souveränen Städte mutwillig und geflissentlich, ja sie informierten auch deren in Frankfurt weilende Vertreter erst im allerletzten Augenblick, nämlich am 15. September 1819, am Vorabend der Bekanntgabe der bereits im Wortlaut vorliegenden Texte.⁶⁷⁾

Während Smidt im Prinzip noch immer von der Gleichstellung der einzelnen Bundesmitglieder ausging, präsentierte Buol den konsternierten Hanseaten kurzerhand und ultimativ die **F o r d e r u n g e n** des österreichischen Hofes. Diese liefen darauf hinaus, daß die Gesandten der Städte den bereits fertigen Entschlüssen unverzüglich - d.h. ohne Rücksprache mit ihren Regierungen - zuzustimmen hatten. Im Weigerungsfalle - so hatte Metternich formuliert - würden die Städte zeigen, "daß Monarchien und Republiken in dem nämlichen Bunde nicht nebeneinander bestehen könnten und dabei möchten Sie eher zu kurz kommen als die anderen"⁶⁸⁾

Die wenig verhohlene Drohung ließ den Repräsentanten Hamburgs, Lübecks und Bremens keine andere Wahl, als

der Vorlage zuzustimmen, wenn auch widerstrebend und mit größten Vorbehalten. Doch während das verlangte einmütige Votum von der Versammlung registriert wurde, versanken sie daran geknüpften Bedingungen "in eine tief geheime Registrande"; Buol hatte verlangt, das Protokoll "zur Erhöhung des zu machenden Eindrucks" von jeglichen Bemerkungen und Kommentaren freizuhalten.⁶⁹⁾

Smidt berichtete über die Beschlüsse vom 20. September und deren Hintergründe bereits einen Tag später in verschlüsselter Form und brachte damit die innerbremsische Diskussion in Gang.⁷⁰⁾ Der Eindruck, den er im Kreise seiner vom Gang der Ereignisse vollständig überraschten Amtskollegen erzählte, "war im allgemeinen ein recht trüber und erweckte bange Sorgen für die Zukunft".⁷¹⁾ Völlig geschlagen war nicht nur die Bürgerschaft, deren erweiterte konstitutionelle Rechte Metternich ausdrücklich zum Anlaß für den Coup gegen die Hansestädte genommen hatte.⁷²⁾ Eine deutliche Niederlage erlitten auch jene Senatsmitglieder, die wie Gröning, Gildemeister, Horn und Noltenius eine liberalere Richtung vertreten hatten, der Presse eine gewisse Selbständigkeit gewähren wollten, die Zensur nur lasch handhabten und die Verfassungsreform grundsätzlich begrüßten.⁷³⁾

Die Reaktion um Senator A.O. Tidemann, durch den Gang der Dinge gestärkt, formierte sich bereits in der Senatssitzung vom 29. September - keine vierzehn Tage nach den Frankfurter Beschlüssen - und stieß mit einem Vorschlag zur vollständigen Abschaffung der bremischen Presse vor.⁷⁴⁾ Sie wurde jedoch zunächst noch abgewiesen. "Nichts scheint", so schrieb der Senatssyndikus am 30. September an Smidt, "gerade jetzt richtiger zu sein, als die öffentliche Meinung durch alle gegen sie gesprochenen Bedrohungen nicht verletzt und uns gleichgültig zu halten, nichts unsere Lage so gefährlich, als diese jetzt zu vernachlässigen oder gegen uns zu wirken zu wollen".⁷⁵⁾

d. Die Wiener Schlußakte (15.5.1820) und deren
konstitutionelle Bedeutung

Waren die Karlsbader Beschlüsse in ihren Auswirkungen auf die Einzelstaaten bereits schwierig genug zu erfassen, so herrscht über die Bedeutung der **Wiener Schlußakte** vom 15. Mai 1820, das Ergebnis der Wiener Ministerialkonferenzen, noch größere Verwirrung.⁷⁶⁾ Nach F. Hartung brachte die Akte eine "Verstärkung der Bundesgewalt gegenüber den Einzelstaaten."⁷⁷⁾ Das Metternichsche System wollte zwar "keine feste politische Organisation der deutschen Staaten, keine Zentralgewalt über ihnen", versuchte aber trotzdem, "die Staaten in ihrer inneren Entwicklung zu beherrschen".⁷⁸⁾ Anders heißt es bei Schieder: "Das war nicht der volle Sieg der Restauration, sondern eher die Umschreibung des Status, wie ihn die süddeutschen Staaten aufwiesen und nachdrücklich verteidigten".⁷⁹⁾ Nach Festerling gar enthielt die Wiener Schlußakte "für die freien Städte keine bedeutenden Ergebnisse".⁸⁰⁾

Das letztere Urteil kann angesichts des heute verfügbaren Materials nicht mehr voll überzeugen.⁸¹⁾ Senats- und Bürgerkonventsprotokolle belegen eindeutig, daß die Schlußakte - anders als das Gros der Staats- und völkerrechtlichen Abkommen des Bundes - in Bremen sehr früh Beachtung fand und verfassungsrechtlich relevant wurde.⁸²⁾ Der Vertrag wurde bereits am 16. Juni 1820, fast auf den Tag genau vier Wochen nach seiner Entstehung, im Rat behandelt, überstürzt ratifiziert, zum bremischen Gesetz erklärt und drei Tage später veröffentlicht.⁸³⁾ Die Bürgerschaft erhielt den Text der Vorlage - wie so häufig bei wichtigen Entscheidungssachen - erst am Vorabend der Beschlußfassung durch den Senat, viel zu spät also, um sich mit dem umfangreichen Papier überhaupt angemessen vertraut zu machen. An eine Teilnahme an dem Entscheidungsprozeß war folglich wiederum nicht zu denken.⁸⁴⁾

FUNFTER TEIL:

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK: VERFASSUNGS-
RECHT UND -WIRKLICHKEIT ZU BEGINN DER
ZWANZIGER JAHRE

Die auf dem nachfolgenden Konvent, am 28. Juli, fällige Aussprache verhinderte der Senatssyndikus geschickt dadurch, daß er in Form eines mehrstündigen Referats eine Dokumentation mit anschließender Erklärung zur bremischen Verfassungsfrage vorlegte und die Bürgerschaft mit der Auflage entließ, sich zur Prüfung der Vorschläge an einer neuen gemeinschaftlichen Deputation zu beteiligen, "in welcher jedes Mißverständnis auf dem kürzesten Wege gehoben und nach Feststellung der Grund-Principien deren Anwendung auf die einzelnen Bestimmungen des neuen Verfassungswerkes mit größter Konsequenz festgesetzt" werden sollte. 85)

Über die in der Erklärung vom 28. Juli selbst enthaltenen Grundgedanken und deren engen Zusammenhang mit der Wiener Schlussakte wird an späterer Stelle zu berichten sein. Wenden wir uns zunächst der Entstehung der Wiener Akte zu, die als solche für die protokollbewußte bremische Diplomatie nicht ohne Bedeutung war.

Zunächst schien es, als solle Smidt wie 1814/15 die freien Städte in Wien vertreten, da Danz und Gries absagten und der Lübecker Senatssyndikus Gütschow, erst kurz beim Bund akkreditiert, nicht über die nötige Erfahrung verfügte. In einem am 3. November 1813 im Senat verlesenen Schreiben aus Lübeck hieß es jedoch, "man wünsche in Wien keine Vertreter der Bundesversammlung, sondern nur wirkliche Regierungsmitglieder als Teilnehmer an der Konferenz. Diesem Wunsch sei man in Lübeck nachgekommen. Senator Hachnabe sich bereit gefunden, die Reise nach Wien zu unternehmen" 86). Der Vorgang deutete nach Festerling darauf hin, daß die diplomatischen Einflüsse in Hamburg, die von den dortigen österreichischen Gesandtsführern ausgeübt wurden, "direkt gegen den bremischen Senator gerichtet waren. Letzterem war die

ausgerechnet haben, daß Einwände gegen Smidt in Hamburg und vielleicht auch in Lübeck eine seinen Wünschen günstige Stimmung unterstützen würden". 87)

Da sich die Senate in Hamburg und Lübeck in ihrer Mehrheit wiederum einig waren und die Kandidatur Hachs unterstützten, sah man sich in Bremen gezwungen, trotz erheblicher Vorbehalte gegen Hachs fachliche Kompetenz auf den Vorschlag einzugehen und dem Lübecker auch die bremische Zustimmung zu geben. Gleichzeitig jedoch sandte der Senat Smidt als eigenen Partikulargesandten nach Wien in der Hoffnung, daß er zu gegebener Zeit Hach wenigstens werde vertreten können.⁸⁸⁾ Doch die Hoffnung trog: Hamburg und Österreich erhoben vor Orte prinzipielle Einwände; Metternich erklärte Smidt zudem im Gespräch mit anderen praktisch zur persona non grata, so daß dem nur unzulänglich Legitimierten und von jeden offiziellen Verhandlungen Ausgeschlossenen nicht einmal die Möglichkeit blieb, unterhalb der offiziellen Ebene tätig zu werden.⁸⁹⁾ Die Wiener Mission des Winter 1819/20 gestaltete sich somit zu einem Fehlschlag, zumal nicht nur der bremische Bevollmächtigte selbst, sondern auch der Senat, der Initiator des mißglückten Unternehmens, brüskiert wurde. 90)

Es kam wie von Anfang an in Bremen erwartet: Hach wurde zwar höflich empfangen, gab auf Hamburgische Initiative eine Reihe von Erklärungen zur Handelsfreiheit der vier Städte ab, vermochte jedoch in der Sache nichts auszurichten. Die Schlußakte wurde ohne ihn formuliert. Die Hansestädte, untereinander zerstritten, ohne gemeinsame Plattform und auf Grund der Vorkommnisse des vergangenen Jahres in Wien ohnehin suspekt, fanden kaum mehr Gehör, als im September 1819, als in Frankfurt die Ratifikation der Karlsbader Beschlüsse auf der Tagesordnung stand.⁹¹⁾

So sehr der Senat diese bereits seit langem befürchtete, keineswegs seinen Vorstellungen entsprechende Entwicklung bedauerte, und die Art und Weise mißbilligte, in der sein Vertreter dank hamburgischer "Isolierungssucht" in Wien ausgeboet worden war, so klar erkannte er andererseits die immense Staats- und verfassungsmäßige Bedeutung des Abkommens vom 15. Mai und die Möglichkeiten zur Konsolidierung, die in dem von Metternichschem Geist geprägten Vertrag verborgen waren. 92)

Wiederum offenbarte sich des Senats' Janusköpfigkeit: nach außen hin "republikanisch", verschmähte er - wie im November 1813, im Frühjahr und Sommer 1814 und im Juli 1815 - keineswegs die Hilfe und Unterstützung des anciens régimes, wenn es um die Sicherung der von ihm gehaltenen Positionen ging. 93)

Die Schlußakte brachte zwar "in vielen Bestimmungen eine Verstärkung der Bundesgewalt", die Unauflösbarkeit des Bundes, weitere Möglichkeiten zur Realisierung von dessen Schiedsrichterstellung und schließlich die Grundzüge einer dauernden Exekutionsordnung, die praktisch das konstitutionelle Leben der Kompetenz des Bundes unterstellte, und eine enge zunehmende Minderung der Souveränitätsrechte der Einzelstaaten beinhaltete.⁹⁴⁾ Doch gab die Schlußakte dem Bremer Senat andererseits ein bedeutsames innenpolitisches Druckmittel an die Hand, mit dem sich ein Wohlverhalten der Bürgerschaft erzwingen ließ; die Drohung nämlich, daß falls eine Exekution infolge unsicherer politischer Zustände erfolgen sollte, die liberalen Widersacher des Senats im Rahmen der Bundesgesetze hierfür die volle Verantwortung zu tragen hätten. 95)

Konkrete Rückwirkungen für Bremen ergaben sich aus den Artikeln 57 und 59. Es heißt hier, der Bund be-

stehe "mit Ausnahme der freien Städte aus souveränen Fürsten" (sic) und es müsse "des hierdurch gegebenen Grundbegriffs zufolge die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staates vereinigt bleiben" (sic). Der Souverän könne ohnehin nur "in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden".⁹⁶⁾ Direkt auf Bremen schien die folgende Formulierung gemünzt: "Wo die Öffentlichkeit landständischer Verhandlungen durch die Verfassung gestattet" sei, müsse "durch die Geschäftsordnung dafür gesorgt werden, daß die gesetzlichen Grenzen der freien Äußerung weder bei den Verhandlungen selbst, noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck, auf eine die Ruhe des einzelnen Bundesstaates oder des gesamten Deutschlands gefährdende Weise überschritten" würden.⁹⁷⁾

Wer die Motive der seit 1813 andauernden Verfassungsdiskussion kannte, verstand sofort, da diese Artikel dem Senat jene Legitimation verschafften, die er - ob zugegebenermaßen oder nicht - im Grunde erstrebt hatte, seit an der Weser im Namen Montesquieus radikale politische Fragen gestellt wurden.⁹⁸⁾ Die praktischen Folgen waren: der Rat konnte sich künftig auf Grund des Vertragstextes wieder als Analogon zu den "souveränen Fürsten" verstehen.⁹⁹⁾ Die Verfassungsverhandlungen wurden laut Artikel 59 de facto beendet beziehungsweise in völlig ungefährliche Bahnen gelenkt, der konstitutionelle Zustand, der vor 1813 geherrscht hatte, endgültig restauriert. Von der "Notwendigkeit der Modifikation" war künftig nicht mehr die Rede; ohnehin war ja durch die Wiener Schlußakte ^{fast} genau jener Entwicklungszustand erfaßt und fixiert, den auf lokaler Ebene die "Neue Eintracht" von 1534 bezeichnete.

10. Die letzten konstitutionellen Projekte und der endgültige Abbruch der Verfassungsverhandlungen 1820

a. Kleinere Reformen 1816/17

Es gilt, die Verfassungsrechtliche Entwicklung der Jahre 1817 bis 1820 nachzutragen, jener Zeit, die auf das Ratsmannswahlstatut folgte und die außenpolitisch mit der Epoche zwischen dem Pressestreit und den Ministerialkonferenzen zusammenfiel. Der Zeitraum ist in sich geschlossen, sein Anfangs- und Endpunkt durch äußere wie innere Ereignisse scharf markiert; doch wirklich einschneidende konstitutionelle Neuerungen sind rarer als in dem vorangegangenen Zeitraum, in dem bereits die Weichen für die künftige Entwicklung gestellt wurden.¹⁾

Zu nennen sind drei kleinere konstitutionelle Änderungen. Am 30.5.1816 bestätigte der Senat die französische Zivilstandsordnung, wodurch nunmehr die Standesämter unwiderruflich zu staatlichen Institutionen erklärt wurden.²⁾ Da die kirchlichen Listen den Anforderungen der Zeit nicht mehr genügten, so hieß es, sei es aus staats- und zivilrechtlichen Gründen unerlässlich, "ungeachtet der Abneigung gegen die während der Zeit fremder Unterdrückung aufgedrungenen Einrichtungen" die "von einem bürgerlichen Beamten über Geburten, Ehen und Todesfälle zu führenden Register" unverändert beizubehalten.³⁾ Ein Jahr zuvor, am 29.8.1815, hatten Senat und Bürgerschaft sich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung noch vor diesem Schritt gescheut und das besagte französische Gesetz nur als Übergangslösung akzeptiert.⁴⁾ Nunmehr wurde der ursprüngliche Text jedoch mit nur unbedeutenden redaktionellen Änderungen endgültig übernommen; die Gefahr, daß hierdurch die nach offizieller Lesart rechtlich nicht existente Zeit der französischen Verwaltung aufgewertet werden konnte, war offensichtlich nicht mehr gegeben.

Weiterhin wurde am 31.01.1816 die im kommissarischen Bericht geforderte Generalkassae verwirklicht⁵⁾, die den bislang aus einer "Kiederkasse" als Hauptkasse

und einer Vielzahl chaotisch organisierter Separat-
kassen bestehenden Fiskus unter die Kontrolle der Finanz-
deputation brachte.⁶⁾ In der neuen Einrichtung wurden
alle Einnahmen und Ausgaben, mit Ausnahme jener der
Kirchen, Schulen und milden Stiftungen, zusammengefaßt,
klare Kompetenzabgrenzungen geschaffen und mithin ein
Angriffspunkt beseitigt, auf den sich bislang allzu
häufig die öffentliche Kritik gerichtet hatte. Die
Neuform war ebenso wie die Bestätigung der Zivilstands-
ordnung technokratisch, nicht politisch und im Sinne
der angestrebten Stabilisierung des bestehenden Regie-
rungs- und Verwaltungssystems ein notwendiger, im Grunde
schon zu lange hinausgezögerter Schritt.

Die Generalkasse wurde von einem festbesoldeten Ein-
nehmer verwaltet, eine Einrichtung, die wie so viele
aus der Franzosenzeit übernommen wurde. Ein jährliches
Budget bestimmte die Verwendung der ordentlichen und
vorherzusehenden Einnahmen und Ausgaben des Staates.
Es wurde durch gemeinsamen Beschluß des Senats und der
Bürgerschaft bestätigt. Jede Zahlung aus der General-
kasse erfolgte nur auf Anweisung und Rechnungsablage.⁷⁾
- Selbstverständlichkeiten, deren späte Realisierung
andeutet, wie unfertig das bremische Staatswesen
noch in der Phase der Neugründung gewesen war. Zu fragen
wäre, was zu geschehen hatte, wenn der obligate ge-
meinsamen Rats- und Bürgerschaftsbeschluß einmal nicht
wie gefordert zustande kam. Da es keine unabhängige
Judikative im Sinne der Gewaltenteilung gab, existierte
auch kein neutrales Gremium als Schiedsgericht. Die Ver-
fassung selbst traf für den Konfliktfall, der offen-
sichtlich nicht einseitig war, keinerlei Vorsonne.⁸⁾

Schließlich wurde durch Dekret vom 15.3.1817 eine ad-
ministrative Neuordnung des Landes erchielet
verfügt.⁹⁾ Dieses war seit alters in vier Teile eingeteilt
gewesen, in denen die Gerichte in Analogie zu den
Landesgerichten bestanden. Die Verwaltung des Landes

Verwaltungshoheit innehatten. Durch die Schönesche Justizordnung vom 1.9.1811, die die Aufhebung der bisherigen Landgerichte nach sich zog, wurden die Stellung der Gohgrafen soweit ausgedehnt, daß die bisherigen Gohs nunmehr aufgelöst werden konnten.¹⁰⁾

Das Landgebiet wurde jetzt nach geographischen Gesichtspunkten im wesentlichen in zwei Verwaltungsbezirke unterteilt, über die zwei Ratsmitglieder direkt die Oberaufsicht führten, einer rechts, der andere links der Weser.¹¹⁾

Möglichkeiten politischer Mitwirkung, wie sie die Stadtbevölkerung besaß, waren mit der Reform nicht verbunden;¹²⁾ die Landbevölkerung blieb hiervon auch weiterhin ausgeschlossen. Welche Gefahren dies barg, hatte zwei Jahre zuvor die Landwehrordnung demonstriert. Als die Proteste der Stadtbevölkerung gegen diese ein solches Ausmaß angenommen hatten, daß sich der Rat zum Einlenken veranlaßt sah, verfügte er kurzerhand, jene Ordnung solle "vorzüglich für das Landgebiet" gelten;¹³⁾ In späteren Proklamen war dann im Zusammenhang mit der Landwehrordnung einfachheitshalber ausschließlich vom Landgebiet die Rede;¹⁴⁾ dessen Bewohner infolge fehlender Repräsentation ihre Einwände nicht zur Geltung bringen konnten.

b. Die Neuordnung des Bürgerkonvents (14.12.1818)

Anders als die kleineren Reformen der Jahre 1816/17 war die am 14. Dezember 1818 erlassene O r d n u n g d e s B ü r g e r k o n v e n t s¹⁵⁾ ein wirkliches politisches Novum; die Neuordnung beseitigte die seit dem 17. Jahrhundert bestehende Aufteilung der Bürgerschaft in vier Quartiere. Statt der getrennten Sitzungen wurde nunmehr "die gemeinsame Beratung und Beschlußfassung der ganzen Körperschaft" eingeführt.¹⁶⁾ Für von Bippen bedeutete das bereits einen "bedeutenden Fortschritt, der den unerwarteten Erfolg hatte, das große Gewicht, das die Älterleute durch übereinstimmende Voten in jedem der vier Quartiere ausgeübt hatten, zu vermindern, jedenfalls anderen Mitgliedern die Geltungsmachung ihrer Ansichten in der Bürgerschaft zu erleichtern".¹⁷⁾

In ähnlichem Sinne äußert sich auch Duwe. Bis zum Jahre 1818 waren, so schreibt er, "oftmals nur so wenige Bürger bei den wichtigen Beratungen erschienen, daß die Anträge unmöglich eingehend durchgesprochen und ein ordentlicher Bürgerbeschluß nicht erwartet werden konnte". Um dem Konvent größeres Gewicht zu geben, einigte man sich auf eine Neuordnung, "nach der ein Teil der Konventsbürger verpflichtet war, zu erscheinen und ein Beschluß nur gefaßt werden konnte, wenn eine bestimmte Anzahl von Konventsbürgern anwesend war".¹⁸⁾

Um die Funktion des Gesetzes vom 14.12. für das Verfassungsleben im einzelnen zu untersuchen, gilt es, die Aussagen von Duwe und von von Bippen weiter zu hinterfragen. Vor allem schälen sich zwei Fragenkomplexe heraus: - zu klären ist, weshalb in einer Zeit historischer Entscheidungen, in der wie kaum je zuvor der politische Status der Hansestadt auf dem Spiel stand, der Konventsbesuch derart nachließ, daß dieses nicht nur der Bürgerschaft, sondern selbst dem Rat Kopfzerbrechen bereitete.

Dem Konvent lag doch ganz offensichtlich daran, seine konstitutionellen Rechte zu erweitern. Weshalb also dann dieses Desinteresse?

-Weiter ist zu fragen, auf welche Weise sich die vier Quartiere zu einem gemeinsamen Gremium vereinigten. Geschah dieses durch bloße Addition, wurden in den Kirchspielen Vertreter für den Konvent neuer Prägung gewählt-beziehungsweise bestimmt-und wer repräsentierte die Gesamtheit der bremischen Bürger künftig überhaupt?

Das Problem des nachlassenden K o n v e n t s b e -
s u c h s erklärt sich bereits aus den Sachprogrammen,
die diesem im Jahre 1815 vom Rat zur Behandlung vorge-
legt wurden.¹⁹⁾ Die Themenliste bestätigt, daß der Senat
souverän die Außenpolitik beherrschte und die Bürger-
schaft damit von wichtigen Entscheidungen a priori aus-
geschlossen war. Die Enttäuschung und Ernüchterung der
Konventsbürger wuchs folglich in dem gleichen Maße,
in dem sich Bremen außenpolitisch emanzipierte; ja
gerade während die Hansestadt in Wien Brief und Siegel
auf ihre staatliche Unabhängigkeit erhielt, zeigte der
mit Langweiligkeiten und Banalitäten abgespeiste Kon-
vent die ersten bedenklichen Auflösungserscheinungen.²⁰⁾

Einzelne Zahlen liegen nicht vor, da in den Protokollen
wohl der Verlauf, die Dauer und der Vorsitz, jedoch nicht
die Anwesenheit festgehalten wurde.²¹⁾ Doch kommt man den
Relationen dadurch auf die Spur, daß der Rat nunmehr
eine Gesamtteilnehmerzahl von sechzig Personen für
wünschenswert erklärte, wobei die Ziffer später auf
fünzig reduziert wurde.²²⁾ Da dieses deutlich als Reform-
z i e l angestrebt wurde, wird die tatsächliche Teil-
nehmerzahl meist ganz erheblich darunter gelegen haben;
die Delegierten erschienen einfach nicht mehr, wenn über
Fragen wie Gassenreinigung und Straßenbeleuchtung,
Steuer- und Mietsachen, Rekrutierungsangelegenheiten
und einzelne Paragraphen des ohnehin in cumulo abge-
lehnten Hauptberichts beraten werden sollte, während

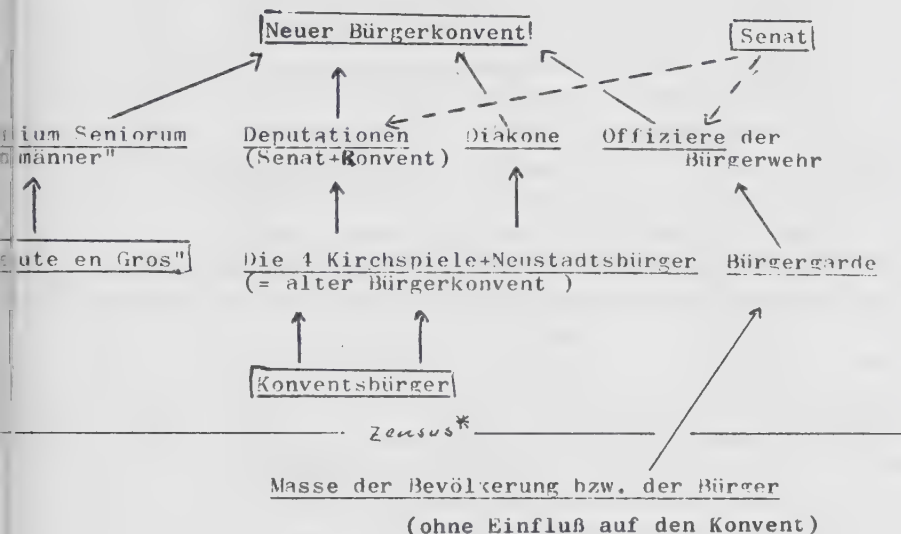
wichtigere Themen und Entscheidungen allein dem Rat vorbehalten blieben. Dieses führte dazu, daß die Bürgerschaftssitzungen, immer weniger besucht, mehr und mehr zur Farce wurden, was auch der Öffentlichkeit nicht lange verborgen bleiben konnte.

Der bedrohliche Verfall des Konvents war nun auch für den Senat nicht ungefährlich, war er doch nichts anderes als die langsame Aushöhlung der Verfassung von innen her, die Infragestellung jener Ordnung, für die sich der Rat bei den Alliierten öffentlich verbürgt hatte. Eine politische Krise der Stadtrepublik wäre mithin genau das gewesen, wovon Johann Smut in seinen Berichten aus Wien und Frankfurt mit allem Nachdruck gewarnt hatte: eine Bankrotterklärung des gesamten politischen Systems der Hansestadt. Diese 1815/16 latent vorhandene Gefahr, die sich paradoxerweise gerade aus der übermäßig angewachsenen Stärke des Rats ergab, erklärt im Prinzip die bislang völlig unbekannte Sorge des Senats um das Wohlergehen seines Gegenspielers.²³⁾

Am 17.11.1815 trug die Bürgerschaft noch einmal ihr dringliches Anliegen vor, daß sie sich "auf den Conventen künftig hin gemeinsam versammle und gemeinsam ohne in Abtheilungen zu gehen, berathe und Beschlüsse fasse".²⁴⁾ Das Ansinnen war bislang kategorisch abgelehnt worden. Ein Jahr später antwortete der Rat plötzlich zustimmend; und zwar fast ohne jede Auflage. "Er erklärt sich einverstanden, nach Maßgabe der weiteren Erklärung vom 1. November 1816", hieß es bündig. Letztere sah lediglich eine Art Geschäftsordnung vor, in der nunmehr der Begriff der Beschlußfähigkeit eingeführt wurde: gleichzeitig wurde dem neuen Konvent das Recht der Antragstellung konzedierte, das er formell bis dahin nicht gehabt hatte. Die Voraussetzungen für eine effektivere parlamentarische Arbeit waren damit wesentlich verbessert.²⁵⁾

Zu 10.b.

Die neue Ordnung des Bürgerkonvents (14.12.1818)



* Konventsfähig waren (seit 1.11.1816):

1. Graduierte Gelehrte (Doch keine Schullehrer)
2. Das Kollegium der Älterleute
3. Diakone und Bauherren
4. Battallions- u. Kompagniechefs der Bürgergarde
5. Bürger mit 3.000 Rthlr. Vermögen (Nachgewiesen!)
und großem Bürgerrecht (Volle Handlungsfreiheit)
6. Bürger mit 6.000 Rthlr. Vermögen (Nachgewiesen!)
und kleinem Bürgerrecht
7. 10 Zunftgenossen pro Quartier (Insgesamt also 40)
ausgeschlossen in jedem Fall: Beamte, Lehrer, Prediger

Quelle: Nur 2-4.12.1.1.1.1.

Zeichen:

- > entsendet Mitglieder
-----> bestimmt Auswahl

Die entscheidende Frage ist jedoch, ob damit auch gleichzeitig eine *q u a l i t a t i v e V e r b e s - s e r u n g* des Konvents als Institution verbunden war, oder ob die intendierte Reform letztlich auf Umwegen wieder nur dem Rat zugute kam. Mit anderen Worten: w e n n sich der Konvent aus seiner Erstarrung lösen und das Odium der "Notabelnversammlung" ablegen wollte, mußte zwangsläufig eine neue Art der Repräsentation gefunden werden, die die Basis der Bürgervertretung verbreiterte und auch die Bewohner des Landgebiets nicht völlig ausschloß.²⁶⁾ Die seit 1813 erhobene Forderung nach erweiterten konstitutionellen Rechten ließ sich, sollte sie kein bloßer Selbstzweck sein, anders weder begründen noch rechtfertigen. Zugespitzt lautete die Frage also: sollten die Ursachen der Misere oder nur deren Symptome beseitigt werden?

Bemerkenswerterweise bestimmte das Gesetz vom 14.12. zunächst die Anwesenheitspflicht. "Die Dauer der Verpflichtung der dazu zu wählenden Personen auf den Conventen zu erscheinen, ist auf zwey Jahre festgesetzt; diese Dauer findet auch dann Statt, wenn ein Mitglied aus der Deputation, oder den Officien, wovon er gewählt worden ist, früher austreten sollte".²⁷⁾

Die *Z u s a m m e n s e t z u n g* der neuen Bürgerschaft wurde nicht etwa durch Wahlen innerhalb der bisherigen Kirchspiele bestimmt, auch nicht durch eine Vereinigung der alten Teilversammlungen, sondern sie regelte sich folgendermaßen. Es sollten

- "von dem Collegio Seniorum jedesmal die Hälfte seiner Mitglieder,
- von allen feststehenden Deputationen, die aus vier bis sechs Mitgliedern besthen, Einer, und die aus mehreren bestehen, der vierte Theil,
- von den Diaconen, insofern sie überhaupt zur Categorie der bisher zum Convent geladenen Personen gehören, der vierte Theil

„und von den Offizieren der Bürgerwehr, unter gleicher Voraussetzung acht erscheinen müssen“. ²⁸⁾

Die Ernennung der Konventsmitglieder blieb "den bürgerlichen Officien und feststehenden Deputationen in den dazu respektive von den Vorsitzenden Mitgliedern oder der vorstehenden Behörde zu bestimmenden Versammlungen" überlassen. Für die neueingeführte Beschlußfähigkeit war "die Gegenwart von wenigstens fünfzig Bürgern bey der Eröffnung des Convents" erforderlich. ²⁹⁾

Die Quellenauszüge demonstrieren, wie kompliziert und schwer überschaubar das gesamte Verfahren war. Es sei hinzugefügt, daß das Gesetz von 14.12. überhaupt nur dann voll verständlich ist, wenn man die vorangegangenen Verfügungen und Absprachen die zum Teil nur aus Protokollnotizen bestehen, zu seiner Interpretation mit heranzieht, denn diese wurden bereits im Hinblick auf die zu erlassende Konventsordnung konzipiert. Doch noch einmal: wer genau war künftig im Konvent vertreten?

Wie bislang rangierte an erster Stelle das *Collegium Seniorum*. Diese Versammlung der Ältermänner, die die Hälfte ihrer Mitglieder entsandte, bestand laut Senatsbeschluß vom 1.1.1816 selbst aus sechzehn Vollmitgliedern, denen ein Konsulent und ein wissenschaftlicher Berater (Gelehrter^h) beigeordnet waren. Die Hälfte der Vollmitglieder wiederum waren Personen, die "aufs wenigste fünf Jahre Handel en gros" getrieben hatten. Über die restlichen acht Ältermänner finden sich keine präzisen Angaben; offensichtlich waren diese Konventsbürger, die nicht unbedingt dem Stand der Großkauleute anzugehören brauchten. Die Wahl zum Kollegium erfolgte in Analogie zur Ratsmannswahl: ein aus Vertretern des Kollegiums und der Bürgerschaft konstituiertes gemeinsames Gremium nahm die Vorwahl dreier Kandidaten vor, von denen dann einer endgültig

nur von den amtierenden Ältermännern bestätigt wurde. ³⁰⁾
Trotz dieser Öffnung des Kollegiums behielten die
Großkaufleute also weiterhin die Oberhand. Auch künftig
waren die Ältermänner die Standeshöchsten innerhalb der
Bürgerschaft und kraft Amtes deren Sprecher.

Das Gros der Konventsmitglieder stammte allerdings
aus den verschiedenen *D e p u t a t i o n e n*, von
denen es 1818 insgesamt achtzehn an der Zahl gab (das
Collegium Seniorum, das formal den Status einer Depu-
tation besaß, eingerechnet).³¹⁾ Die Deputationen waren
mit ganz seltenen Ausnahmen nun gemeinsame Ausschüsse
aus Senat und Bürgerschaft. Der Anteil an Senatsmit-
gliedern wurde meist umso höher angesetzt, je wichtiger
die Deputationen angesehen wurden.³²⁾ Die bürgerlichen Mit-
glieder konnten zwar nach wie vor von den noch existenten
vier Quartieren vorgeschlagen werden, berufen wurden sie
jedoch letztlich vom Senat. Auf diesem Umweg behielt der
Rat praktisch sein formell aufgegebenes Einladungsrecht
bei; er bestimmte sowohl die meisten Deputationsmit-
glieder als auch mit Hilfe dieser, durch die Wahl inner-
halb der Gremien, die Mitglieder des neuen Konvents.

Während die wenigen Konventsmitglieder aus den Reihen
der *D i a k o n e* offenbar direkt von den vier Kirch-
spielen, in denen sie beheimatet waren, entsandt wur-
den, hatte bei den *O f f i z i e r e n* der Bürgerwehr,
der vierten Gruppe innerhalb des Konvents, wieder deut-
lich der Senat seine Hand im Spiel. Die Offiziere wurden
zwar von den Mitgliedern der Bürgergarde gewählt, je-
doch war dieses keine direkte Wahl, sondern eine Aus-
wahl aus zwei vom Kriegsrat präsentierten Kandidaten.
Der Kriegsrat wiederum war, wie wir sahen, vom Senat be-
herrscht. ³³⁾

Alle Mitglieder der Bürgerschaft, auch die Offiziere,
mußten darüberhinaus notwendig der gesellschaftlichen
Schicht angehören, die mit dem Begriff des Konvents-

bürgertums bezeichnet war, also einem gewissen Zensus genügen. Nach 1813 noch relativ schwer zu definieren, bildete der Zensus damals nur einen losen und unverbindlichen Rahmen, da der Rat infolge des Einladungsrechts die Mitglieder ja ohnehin bestimmte und keiner starren Regeln bedurfte. Im Vorgriff auf die neue Bürgerkonventsordnung war jedoch die Bezeichnung "Konventsbürger" am 1.11.1816 präzisiert worden.

Konventsbürger waren:

- graduierte Gelehrte weltlichen Standes mit Ausnahme der Schullehrer,
- die Mitglieder des Kollegiums der Älterleute,
- Diakone und Bauherren,
- Bataillonskommandeure und Kompanieshefs der Bürgergarde,
- alle Bürger mit einem Vermögen von mehr als dreitausend Reichstalern, die daneben das große Bürgerrecht mit voller Handlungsfreiheit besaßen,
- Bürger mit einem Vermögen von sechstausend Reichstalern in Verbindung mit dem kleinen Bürgerrecht,
- mindestens zehn Zunftgenossen pro Quartier.

Wenn diese Anzahl auf Grund der obigen Bedingungen nicht erreicht wurde, so ergänzte der Senat "die an jener Zahl von zehn fehlenden nach seiner Auswahl aus den Amts- und ²Sozietätsmitgliedern." 34)

Ein Vergleich des neuen Bürgerkonvents mit jenem der Jahre 1814 bis 1816 zeigt, daß sich wohl die Organisationsstruktur geändert hatte; von einer Öffnung des Konvents zu den unteren und mittleren Ständen konnte jedoch nicht die Rede sein: die Bürgerschaft war und blieb eine Ständeversammlung, die die durch Vermögen oder Bildung Privilegierten vertrat, nicht aber die Gesamtheit der Bürger. Der wesentliche Unterschied zu früher bestand darin, daß der Konvent, nunmehr in feste institutionelle Formen gepreßt, in jedem Fall "funktionierte", selbst dann, wenn den neuen Mitgliedern dieses infolge ihrer Einsicht in die Nutz- und Machtlosigkeit ihrer

Vertretung nicht mehr länger wünschenswert erscheinen sollte;

c. Die Errichtung des gemeinsamen hanseatischen
Oberappellationsgerichts (13.11.1820)

Nach dem Inkrafttreten der neuen Ordnung des Bürgerkonvents vergingen weitere zwei Jahre bis die letzte größere verfassungsrechtliche Änderung im Zuge der nach 1813 eingeleiteten Reformen ^{wirksam} wurde. Am 13. November 1813 wurde in Lübeck das gemeinsame hanseatische O b e r - a p p e l l a t i o n s g e r i c h t ³⁵⁾ eröffnet, dessen Errichtung den vier freien Städten bereits fünf Jahre früher, im Artikel zwölf der Bundesakte, konzediert worden war. In unserem Zusammenhang interessiert nun nicht so sehr das Gericht als solches, das ja ohnehin außerhalb des bremischen Hoheitsgebiets ansässig war, sondern die verfassungsrechtliche Auswirkung auf die politischen Institutionen innerhalb der Wesermetropole. Diese sind trotz des räumlichen Abstands des obersten Gerichts unverkennbar und äußerlich bereits den bremischen Gesetzestexten zu entnehmen: In den "Verordnungen und Proclamen" des Senats war die Öffentlichkeit schon ^{am 17.7.} auf die neue Institution hingewiesen worden; am 6.11. wurde deren Einsetzung verkündet, am 9.11. die Ordnung des Oberappellationsgerichts, die mit Wirkung vom 13.11. auch zum bremischen Gesetz erhoben wurde. ³⁶⁾

Betrachtet man zunächst den i n s t i t u t i o n e l - l e n Aspekt, ³⁷⁾ so zeigt sich, daß das Oberappellationsgericht Bremen aus einem doppelten Dilemma befreite. In dem die Stadt sich am 6. August 1806 "plötzlich wie die anderen Mitglieder des Reichs im Besitz der vollen Souveranität" ³⁸⁾ fand, ging nach Auflösung der Reichsgerichte auch die höchste richterliche Autorität an Bremen selbst über, das jedoch nur über die bisherigen Unter- und Obergerichte, nicht jedoch über ein nunmehr notwendig gewordenes Gericht dritter Ordnung verfügte; Bremen war also ebenso wie die Schwesterstädte auf seine neue Rolle nicht ausreichend vorbereitet und als Staat zu klein, um sofort aus eigener Kraft eine dritte Instanz zu schaffen. Es entstand deshalb im Justizwesen ein Vakuum, das der Senat als judikatives Organ nur

unzureichend auffüllte, wodurch ein gefährlicher Sog auf die Anrainerstaaten ausgeübt wurde, die nichts mehr wünschten, als diese Lücke zu schließen. Dieses galt einmal ganz allgemein, dann aber speziell für Preußen, das mit der Schaffung des alliierten Verwaltungsrates ohnehin Anlaß zu mancherlei Spekulationen geliefert hatte: "Bremen befürchtete, Preußen wolle plötzlich zugreifen, und sich in den Besitz der Jurisdiktion über die mindermächtigen Reichsstädte setzen",³⁹⁾ um damit seinen Forderungen nach einem "Nordischen Bund", der von den Hansestädten abgelehnt worden war, Nachdruck zu verleihen.

Nachdem die Gefahr 1815 fürs erste gebannt und den vier Städten in Wien die Errichtung eines höchsten Gerichtshofes gestattet worden war,⁴⁰⁾ ergab sich nun eine zweite Problematik, die die erste überlagerte. Da die untereinander zerstrittenen Stadtrepubliken sich über den Aufbau der Appellationsinstanz nicht einigen konnten, und das seinerzeit von ihnen selbst entworfene Projekt immer weiter hinauszögerten,⁴¹⁾ gerieten sie seit der Jahreswende 1816/17 in den Verdacht, die Bundesverfassung nicht hinreichend zu respektieren, was besonders für Bremen schmerzlich war, das die Verzögerung selbst nicht verschuldete, zum andern aber infolge des Pressestreits ohnehin in die Schußlinie der Großmächte geraten war.⁴²⁾

Der "Rheinische Merkur" machte den Anfang und polemisierte ab September 1816 wegen des Artikels zwölf der Bundesakte heftig gegen die Städte; der österreichische Präsidialgesandte Graf Buol monierte dann in der zweiten Sitzung des Bundestages am 11. November 1816 offiziell, daß das hanseatische Oberappellationsgericht noch immer nicht eingerichtet sei und am 16. Juni 1817 schließlich, während der Verhandlungen über die Einrichtung einer Austrägalinstanz, beschloß die Frankfurter Versammlung mit einem Seitenhieb auf die Hanseaten, da alle Mitglieder "ein Eignes oder gemeinschaft-

liches Gericht dritter Instanz haben müssen", könne auch jeder Staat vom Bundestag mit der Schlichtung von Bundesstreitigkeiten beauftragt werden, was die Städte in peinlichen Zugzwang versetzte. Sie waren plötzlich nicht mehr in der Lage, die ihnen vom Bund gestellten Aufgaben wahrzunehmen.⁴³⁾

Ein weiterer Antrag, über den Johann Smidt am 24.6.1817 in höchster Besorgnis nach Bremen berichtete, war ein noch härterer Schlag. Die Vorlage bemängelte, daß das Gericht, "welches in Gemäßheit der vor zwei Jahren abgeschlossenen Bundesakte" längst in Betrieb sein sollte, "notorisch noch nicht existiere" und daß dieses "durch kein anderes Surrogat namentlich nicht durch bloße Aktenverschickung an Universitäten zu ersetzen sey". Smidt resignierend: "Nunmehr werden die Städte am Ende genöthigt, dasjenige zu thun, was sie als Ehre, Auszeichnung und eigenen Vortheil in Wien selbst begehrt".⁴⁴⁾

In diesem Sinne bedeutete das Oberappellationsgericht, daß sich Bremen endlich von gefährlichem Ballast befreite, der die aussenpolitische Handlungsfreiheit letztlich kaum weniger als der Pressestreit beeinträchtigt hatte und daß es - wie ursprünglich geplant - die Gefahr der Rechtsaufsicht durch Dritte bannte. Bei einer engen verfassungsrechtlichen Interpretation, wie sie von Hamburg in den Jahren 1815 bis 1817 vertreten wurde,⁴⁵⁾ war nicht zu leugnen, daß der Senat einen Teil seiner Kompetenzen verlor, jedenfalls nicht mehr völlig souverän neben der Administration auch die Justiz beherrschte. Aus einer großzügigeren Perspektive, betrachte wie sie sich in Lübeck, Frankfurt und Bremen zeigte, wurde dieses jedoch aufgewogen durch den gemeinsamen Souveränitätszuwachs der Republiken, die nunmehr jene Entwicklung zum Abschluß brachten, die "aus einem Kommuniwesen allmählich einen Staat gemacht hatte".⁴⁶⁾

Für die B ü r g e r s c h a f t ⁴⁷⁾ bedeutete das Oberappellationsgericht, daß eine ihrer ältesten und dringlichsten Forderungen sich in allerersten Ansätzen zu realisieren begann: auf der obersten Ebene, die von den freien Städten gemeinsam gebildet wurde, waren nunmehr Justiz und Verwaltung endlich getrennt, d.h. hier konnte der Senat nicht mehr in einer Person gleichzeitig als Kläger bzw. Beklagter und Richter auftreten. Rein theoretisch erhielt der Bürger hierdurch wiederum einen gewissen Rechtsschutz gegenüber der Obrigkeit⁴⁸⁾. Praktisch war es indessen so, daß der überwiegende Teil der Zivilprozesse durch die in der Schöningschen Gerichtsordnung vom 1.9.1814 festgelegten Ober- und Untergerichte abgewickelt wurde, durch Institutionen also, die zwischen Richter und Staatsanwalt keinen Unterschied machten. Die Anrufung des höchsten hanseatischen Gerichts war überdies durch den komplizierten Instanzenweg erschwert und mit erheblichen Kosten verbunden.

Gewiß bot der Modus der K o n s t i t u i e r u n g des Oberappellationsgerichts eine gewisse Garantie für die die Unabhängigkeit dieser Instanz. Für Bremen galt, daß die gleichen Verwandtschaftsgrade, die die Wahl in den Senat ausschlossen, auch eine Wahl ins oberste hanseatische Gericht unmöglich machten. Im übrigen wurde der Präsident von allen vier Städten gemeinsam gewählt, jede Stadt bestimmte einzeln weiterhin je einen Gerichtsrat und zwei weitere Räte wurden abwechselnd von Bremen und Frankfurt beziehungsweise Hamburg und Lübeck ernannt.⁴⁹⁾ Die unterschiedliche Interessenslage der Hansestädte wirkte damit als Schutzmechanismus gegen unangebrachte Vetternwirtschaft und möglichen politischen Druck einzelner städtischer Organe auf die höchste Justizbehörde. Nach der zunächst vorläufigen Gerichtsordnung von 1820, die 1823 und 1824 bestätigt wurde, wurden die Richter ebenso wie die Senatoren der vier Städte auf Lebenszeit gewählt und bildeten damit auch von ihrer persönlichen Stellung her deutlich ein Gegengewicht zu den bislang völlig autonom

herrschenden Ratsmitgliedern. Die Städte übten in jährlichem Wechsel die Rechtsaufsicht aus, konnten doch keinerlei Weisungen an das Gericht selbst erteilen⁵⁰⁾. Von hier also war eine Beeinträchtigung der dritten Instanz nicht zu befürchten.

Doch wurde die praktische Wirksamkeit des Gerichts durch einen völlig anderen Mangel in Frage gestellt. Die eifersüchtig auf den Erhalt ihrer Privilegien bedachten - und in diesem Punkt bei allen sonstigen Meinungsverschiedenheiten durchaus einigen - Senate von Hamburg, Bremen und Lübeck hielten die **Z u s t ä n d i g k e i t** des Oberappellationsgerichts von vornherein kleinlich in engen Grenzen⁵¹⁾. Rein theoretisch erstreckte sich der Kompetenzbereich der Dritten Instanz zwar in Zivilsachen auf grundsätzlich alle Streitigkeiten; nur konnten diese nicht aufgrund der Gerichtsordnung des Oberappellationsgerichts selbst, sondern nur aufgrund der besonderen Gerichtsordnung jeder einzelnen Hansestadt dorthin gelangen, wobei die bremische Gerichtsverfassung bewußt Barrieren in Form eines komplizierten bürokratischen Rituals und horrender Prozeßkosten errichtete. Nur "Nichtigkeitsbeschwerden gegen Erkenntnisse der Obergerichte und einfache Beschwerden gegen Richter" waren an keine bedeutende Appellationssumme geknüpft, alle übrigen Regresse brachten eine oft unzumutbare finanzielle Belastung mit sich⁵²⁾. In Strafsachen konnte "nur gegen Entscheidungen der Obergerichte in erster Instanz das Rechtsmittel der weiteren Verteidigung eingelegt werden, und zwar auch nur entsprechend den besonderen Gerichtsverfassungen der Städte". Weiterhin hätte es bei einer "durch die Bestimmungen über Wahl und Fähigkeit verbürgten Qualität des Gerichts" durchaus nahegelegen, "es einheitlich für bestimmte Rechtssachen aller Städte für zuständig zu erklären". Das geschah jedoch nicht, im Gegenteil **blieb** auch hier "der Föderalismus reine Blüten".⁵³⁾

Die Schaffung einer von ihm selbst unabhängigen obersten Justizbehörde unter Beibehaltung der Verflechtung der unteren und mittleren Instanzen mit der Verwaltung

bedeutete also für den Rat kein großes Opfer, sondern nur die Preisgabe von ohnehin unhaltbar gewordenen Positionen, die nicht nur die Kritik der eigenen Bürgerschaft, sondern selbst der Großmächte und des Deutschen Bundes auf sich gezogen hatte.

Es sei hinzugefügt, daß dieses die Politik Johann Smidts war. Smidt selbst hatte das Oberappellationsgericht zwar nicht konzipiert - der Gedanke stammte von Schöne,⁵⁴⁾ der ihn dem Rat am 13. Juni 1806 erstmals vortrug - er griff ihn aber sofort auf und erkannte dessen Wichtigkeit. Smidt erläuterte das Projekt erstmals dem hamburgischen Syndikus Doormann und dem Lübeckischen Syndikus Curtius auf einer im August 1806 in Lübeck ⁵⁵⁾ abgehaltenen Konferenz und er sorgte dafür, daß dieses in einem vom 15. Oktober 1806 datierten Gutachten der Vertreter der drei Hansestädte Beachtung fand.⁵⁶⁾ Nach 1813 kam Smidt sofort auf das Oberappellationsgericht zurück und versuchte bereits bei seiner Reise ins alliierte Hauptquartier, hierfür zu werben. Am 29. Juni 1814 vermerkt das Wittheitsprotokoll, Senator Smidt wünsche dringend eine "Instruktion in Betreff eines zu errichtenden Oberappellationsgerichts in Parteysachen ..., um nicht unter Hannover zu kommen"⁵⁷⁾, wodurch im Senat eine anhaltende ^{3. u.} bis zum Jahresende erstreckende Diskussion über diese Frage ausgelöst wurde.⁵⁸⁾ Die Aufnahme des Artikels 12 in die Bundesakte war vor allem wiederum dem bremischen Gesandten zu danken,⁵⁹⁾ der sich in den Jahren 1817 und 1819 erfolgreich für die Durchführung des Artikels einsetzte und letztlich wesentlich dazu beitrug, den anhaltenden Widerstand Hamburgs zu überwinden.⁶⁰⁾

d. Das Jahr 1820 und der Abbruch der Verfassungsverhandlungen

Das J a h r 1 8 2 0 stellt in mehrfacher Hinsicht einen Einschnitt dar. Faßt man die wesentlichen politischen, verfassungsgeschichtlichen und wirtschaftlichen Fakten in einer Synopse zusammen, so zeigt sich, daß sich die Ereignisse an zwei Polen konzentrierten. Der erste ist die Zeit um 1814/15, in der durch den Hauptbericht die Grundlage für die Verfassungsdiskussion in Bremen gelegt wurde. Gleichzeitig ist eine erste, vorläufige Festigung der Senatsherrschaft zu beobachten, gekennzeichnet durch die Verabschiedung einer neuen Rechtsordnung, den Aufbau eines auch innenpolitisch relevanten Militärwesens und die von standespolitischen Interessen gekennzeichnete Regelung der Bürgerrechts-⁶¹⁾ fra e.

Während die Zeit von 1815 bis 1819 mit Ausnahme des Ratsmannswahlstatuts und der Bürgerkonventsordnung, die aber beide noch in der vorangegangenen Epoche wurzeln, relativ unergiebig ist, bildet das Jahr 1820 deutlich den zweiten Pol.

Am 8. Mai 1820 wurde nach jahrelangen Verhandlungen der E l s f l e t h e r Z o l l beseitigt, womit nachgeholt wurde, was Johann Smidt auf dem Wiener Kongress trotz großer Anstrengungen nicht gelungen war.⁶²⁾ Der Abbau der Zollschranken bedeutete, daß eine wichtige Voraussetzung für den Ausbau des Überseehandels geschaffen war, was in der Folgezeit zu einer erheblichen Stärkung des Kaufmannsstandes führte, deren innenpolitische Konsequenzen nicht zu verkennen sind. Ob der wirtschaftliche Aufschwung der dreißiger und vierziger Jahre, der hiermit zweifellos im Zusammenhang stand, freilich den Bürgern selbst zum Vorteil gedieh oder ob der Nutzen letztlich nur der dünnen, vom Außenhandel geprägten Oberschicht zugute kam, ist eine andere Frage,⁶³⁾ die in diesem Zusammenhang nicht zu beantworten ist.

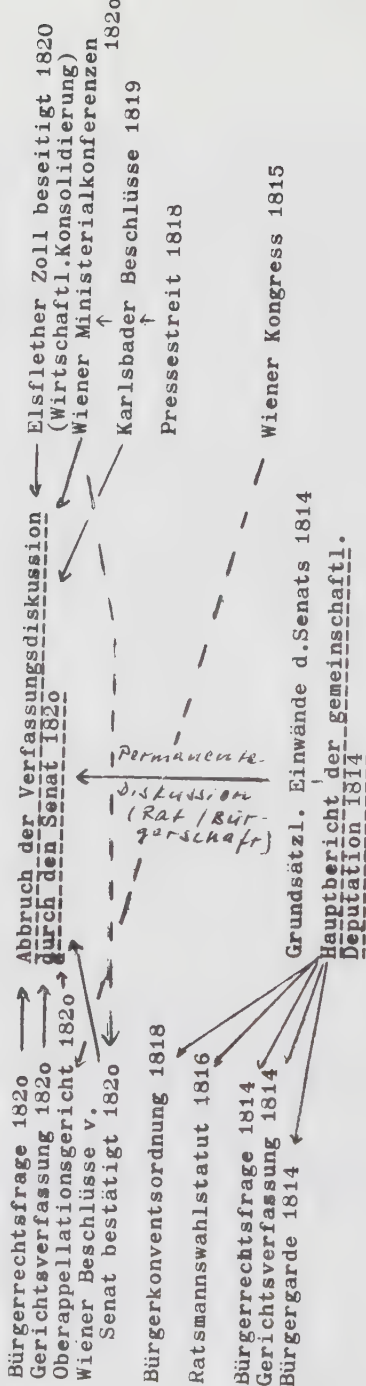
Zu 10. d.

Das Jahr 1820 und der Abbruch der Verfassungsverhandlungen

Einzelne "Reformen"

Verfassungsverhandlungen

Außenpol. Einflüsse



Quellen: Verordnungen und Proclame
Hiemsch
Festerling

H. Jansen

Drei Monate später - am 13. August - wurden die unrühmlichen, genau sechs Jahre früher gefaßten Beschlüsse zum Bürgerrecht wirksam. Die jüdischen Einwohner, deren kaufmännische Erfolge, errungen trotz der diversen Auflagen und Schikanen der Gesetze vom August und Dezember 1814, im Schütting, dem Haus der eingewesenen Bremer Kaufmannschaft, Neid und Mißgunst hervorgerufen hatten, wurden praktisch vollständig aus Handel und Gewerbe ausgeschaltet.⁶⁴ Ungeachtet ihres vor 1813 verbrieften Bürgerrechts duldeten sie "von jetzt an hier bloß als Fremde, nach den für die Behandlung von Fremden überhaupt bestehenden Grundsätzen" und entzog ihnen bei abgelaufenen "Aufenthaltserlaubniskarten" schlicht "Wohnung oder Zimmer".⁶⁵ Dieses Vorgehen des "liberalen" Freistaates, das selbst in den reaktionärsten Bundesstaaten seinesgleichen suchte, zeigt bereits deutlich, daß die im "Hauptbericht" formulierten allgemeinen Menschenrechte offensichtlich sehr restriktiv ausgelegt wurden.

Am 9.11. schließlich - am gleichen Tage, da das Oberappellationsgericht seine Arbeit aufnahm - trat in Bremen eine ergänzende Gerichtsordnung in Kraft, die der neuen Organisation der Justiz Rechnung trug und den künftig geltenden Instanzenweg bezeichnete.⁶⁶ Zur Entlastung des höchsten hanseatischen Gerichts wurde innerhalb des bremischen Obergerichts eine Zwischenrevisionsinstanz eingerichtet. In unserem Zusammenhang interessiert neben dem institutionellen Aspekt, daß man die neue Gerichtsordnung zum Anlaß nahm, um eine "über- raschende Ergänzung" einzufügen, die "mit Recht als Zeichen für die wachsende Stärke der bremischen Verwaltung angesehen worden ist".⁶⁷ Die Verwaltungsbehörden in Stadt und Land konnten künftig in gewissen Bereichen - bei Deich-, Wege- und Abwässerungssachen, Grenzstreitigkeiten, Servituten etc. - wieder uneingeschränkt Anordnungen treffen und diese ebenfalls selbst vollstrecken. Während auf der obersten Ebene also eine gewisse Teilung

zwischen Exekutive und Judikative eingeführt wurde, verlief die Tendenz auf der untersten Ebene in genau entgegengesetzter Richtung. Bemerkenswerter Weise vollzog sich diese Wendung zunächst wieder im Landgebiet, dessen Bewohner ja ohnehin die geringsten konstitutionellen Rechte besaßen.

Wichtiger noch als die drei erstgenannten Verfügungen war der vollständige und unvermittelte **A b b r u c h** der gesamten, seit der Erstellung des Hauptberichts⁶⁸⁾ andauernden **V e r f a s s u n g s v e r h a n d l u n g e n** am 28. Juli 1820, der in Verbindung mit den übrigen Maßnahmen des gleichen Jahres in der Tat epochemachend wirkte: durch diesen Schritt wurde dem umfangreichen Verfassungsentwurf von 1814 plötzlich der Boden entzogen. Die gesamten seit nicht weniger als sechs Jahren andauernden Verhandlungen zwischen Senat und Bürgerschaft, deren Teilergebnisse 1818 bereits der Öffentlichkeit vorlagen,⁶⁹⁾ wurden vom Senat ohne weitere Erklärung plötzlich abgebrochen, die bereits erzielten Resultate für nichtig erklärt, sofern diese nicht ausdrücklichen Vertragscharakter hatten, denn über den "Hauptbericht" war ja rein formal stets als "Paket" verhandelt worden.

Das **t a k t i s c h e** Vorgehen des Rats entsprach einem bereits 1814 bewährten Schema. Die Verhandlungen, ursprünglich von Tettenbron als Bedingung für die Restauration verfügt und anschließend⁷⁰⁾ unter dem Zwang der Verhältnisse fortgesetzt, wurden dadurch unterlaufen, daß der Rat einfach völlig neue, für die Bürgerschaft unannehmbare Forderungen stellte, die kaum den zeitlichen Aufwand einer Diskussion lohnten. Der Senat verließ also einfach die bereits erreichte gemeinsame Plattform und veröffentlichte eine nicht mit der Bürgerschaft abgestimmte Erklärung, die alles vorher Gesagte in Frage stellte und - wie von Bippen schreibt - "das schon tief gesunkene Interesse an den konstitutionellen Verhandlungen"⁷¹⁾ endgültig paralyisierte. Weitere Beratungen zur Verfassungsreform fanden nach der Erklärung kaum noch statt. In Jahren 1824 und 1827 sind dann teils von der Bürgerschaft teils vom Senat einige in den Verfassungsverhandlungen vorgekommene Gegenstände gelegentlich wieder

angeregt worden".⁷²⁾ Eine Einigung kam jedoch nicht mehr zustande und auch Beschlüsse wurden nicht mehr gefaßt. De facto war die Verfassungsdiskussion also Mitte 1820 gestorben.

Die D e k l a r a t i o n vom 28.7. sah die Einsetzung einer neuen gemeinschaftlichen Deputation und die Erstellung einer neuen Konstitutionsakte vor, die den bereits in allen Einzelheiten ausdiskutierten "Hauptbericht" noch einmal durch eine völlig neue Vorlage ersetzen sollte, womit die Entwicklung plötzlich um ein halbes Jahrzehnt zurückgeschraubt wurde.⁷³⁾ Ausgeklammert wurden von vornherein alle politisch brisanten Themen:

- "die Bestimmungen über die Repräsentation des Gebiets,
- die Bestimmungen über die Pressfreiheit,
- die Bestimmungen über die Form der Conventsberathungen in den Plenarversammlungen,
- die Bestimmungen über die Zulassung der Juden,
- die Bestimmungen über die Errichtung eines künftigen Handelsgerichts".⁷⁴⁾

Auf keinen Fall sollte auch über die Trennung von Justiz und Verwaltung, die Ausübung der Hoheits- und Regierungsgewalt und die Art und Weise der Berufung bürgerlicher Deputationsmitglieder gesprochen werden, da die Senatsmeinung hierzu schon feststand und bei Verletzung der bisherigen "ununstößlich richtigen Grundsatz - Prinzipien" der Senat abermals "den Beitritt versagen" müsse.⁷⁵⁾

Es fragt sich, was dem Senat die M a c h t gab, die konstitutionelle Entwicklung mittels eines solchen Handstreichs auf längst verlassene Positionen zurückzuführen. Bisher hatte er es nicht gewagt, seine reaktionäre Haltung so offen zu erkennen zu geben. Es mußten also seit 1814 Veränderungen eingetreten sein, die die autorische Position derart gestärkt hatten, daß dem Rat die Meinung der Bürgerschaft und der Öffentlichkeit

gleichgültig sein konnte . Es bieten sich zur Erklärung zwei Thesen an. Als erstes sind die bereits eingangs genannten Fakten zu nennen: die ökonomische Sicherung durch Aufhebung des Zolls, die brutale Ausschaltung unliebsamer Konkurrenz durch das neugefaßte Bürgerrecht, die rechtliche Absicherung des Erreichten durch die neue Gerichtsordnung. Dieses waren Symptome der Konsolidierung des herrschenden gesellschaftlichen Systems, die, erstmals in den Jahren 1814/15 erkennbar, um 1820 .

in noch stärkerem Maße auftraten.

Plausibler noch erscheint eine zweite Erklärung, die auf einer bislang wenig beachteten Tatsache beruht. Am 19.6.1820, fünf Wochen vor dem Abbruch der Verfassungsverhandlungen, war in den Verordnungen und Proklamen des Senats der volle Wortlaut der Wiener Schlußakte veröffentlicht worden, die sich der Rat zuvor durch Beschluß vom 16. und 19.Juni zu eigen gemacht und bestätigt hatte - eine in Bremen für Bundesgesetze durchaus unübliche Prozedur.⁷⁶⁾ Die überraschte Bürgerschaft erfuhr somit von offizieller Seite, daß die "Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung" allein dem Senat zustehe, daß bei Verfassungsverhandlungen "die gesetzlichen Grenzen der freien Äußerung" einzuhalten seien und daß "im Falle einer Widergesetzlichkeit der Unterthanen gegen die Regierung" , die allein verantwortlich sei, eines "offenen Aufruhrs oder gefährlicher Bewegungen" unverzüglich mit einer Bundesexekution zu rechnen sei,⁷⁷⁾ und zwar sowohl auf Anforderung des Senats als auch ohne dessen ausdrücklichen Wunsch. Im Schatten dieser Drohungen war die Konzeption einer Verfassung, die mehr forderte als das im Deutschen Bund übliche Maß an Freiheit, bereits von vornherein eine Utopie. Der Abbruch der Verfassungsverhandlungen war in der Situation um 1820 so folgerichtig, daß es sich auch für die bitter enttäuschte Bürgerschaft nicht lohnte, hiergegen Sturm zu laufen.

FÜNFTER TEIL:

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK: VERFASSUNGS-
RECHT UND -WIRKLICHKEIT ZU BEGINN DER
ZWANZIGER JAHRE

11. Die zunehmende Ambivalenz der wiederherge-
stellten Verfassung und die Verschleierung der
wahren Machtverhältnisse

Nach Abbruch der Verfassungsdiskussion und Ablehnung des "Hauptberichts" der gemeinschaftlichen Deputation taten sich sofort in voller Schärfe jene Gegensätze wieder auf, die, im Kurtzrock-schen Vergleich von 1681 aktenkundig geworden ¹⁾, das Verfassungsleben der Hansestadt seit alters beherrscht und paralysiert hatten: da der Kompromiß von 1814 gescheitert war, besaß Bremen wiederum kein einheitliches, sondern nur ein ambivalentes Verfassungsrecht, das im Grunde den Namen "Konstitution" nicht verdiente, da es keine allgemeine Anerkennung, auch keine generelle, sich auf alle Teile der Bürgerschaft gleichermaßen erstreckende Gültigkeit beanspruchen konnte ²⁾.

Außenpolitisch voll rehabilitiert und mittels der siebzehnten Stimme sowie der "passiven Assistenz" zumindest indirekt auch im Deutschen Bund vertreten ³⁾, hielt der S e n a t mit größter Entschiedenheit am "alten Recht" als der Grundlage seiner Legitimation fest und sah, von den Großmächten bestärkt, keinerlei Veranlassung mehr, von den bewährten Grundsätzen der Ratsstatute von 1433 und 1534 irgendwelche Abstriche zu machen ⁴⁾. Der Vorschlag Heinekens vom 21.6.1820, einen "Antrag auf Ernennung einer gemeinschaftlichen Deputation zur Abfassung und Vorlegung einer ergänzenden Konstitutionsakte" zu stellen, "über welchen Rath und Bürgerschaft" zu dem noch "das Ganze annehmend oder verwerfend, sich zu erklären haben würden" ⁵⁾, kann nur als taktisches Manöver gewertet werden, das den Konvent erneut in jahrelange fruchtlose Diskussionen verwickeln sollte, ohne daß de facto Entscheidendes geändert wurde oder auch nur eine entsprechende Perspektive vorhanden war;

alle strittigen Fragen waren ohnehin von jeder Diskussion ausgenommen, über die Hoheit des Rats ließ dieser nicht mit sich rechten, Gewaltenteilung und Kontrolle der politischen Macht waren als Verhandlungsthemen seit dem Beschluß der Wittheit vom 19. Juli 1820 nachgerade tabu ⁶⁾.

Angesichts der Unbeugsamkeit des Rates zog sich die Kaufmannschaft ebenfalls auf ihre historisch begründeten und vom Rat nicht zu widerlegenden Rechte und Privilegien zurück und behauptete diese mit größter Hartnäckigkeit. Erneut wurden die "competierenden bürgerlichen Jura, Privilegia und Befugnisse" sowie die "besonderen Gesetze des wohlloblichen Collegii" beschworen und demonstrativ ins Zentrum des Ältermannseides gerückt ⁷⁾. Die Mitglieder des Kollegium verpflichteten sich weiterhin, jedem Bürger gegenüber der Obrigkeit Beistand zu gewähren, wenn dieser "wegen beglaubter Benachteiligung in seinen bürgerlichen oder kaufmännischen Gerechtsamen des Collegii Rath und Beyhülfe" begehren sollte ⁸⁾.

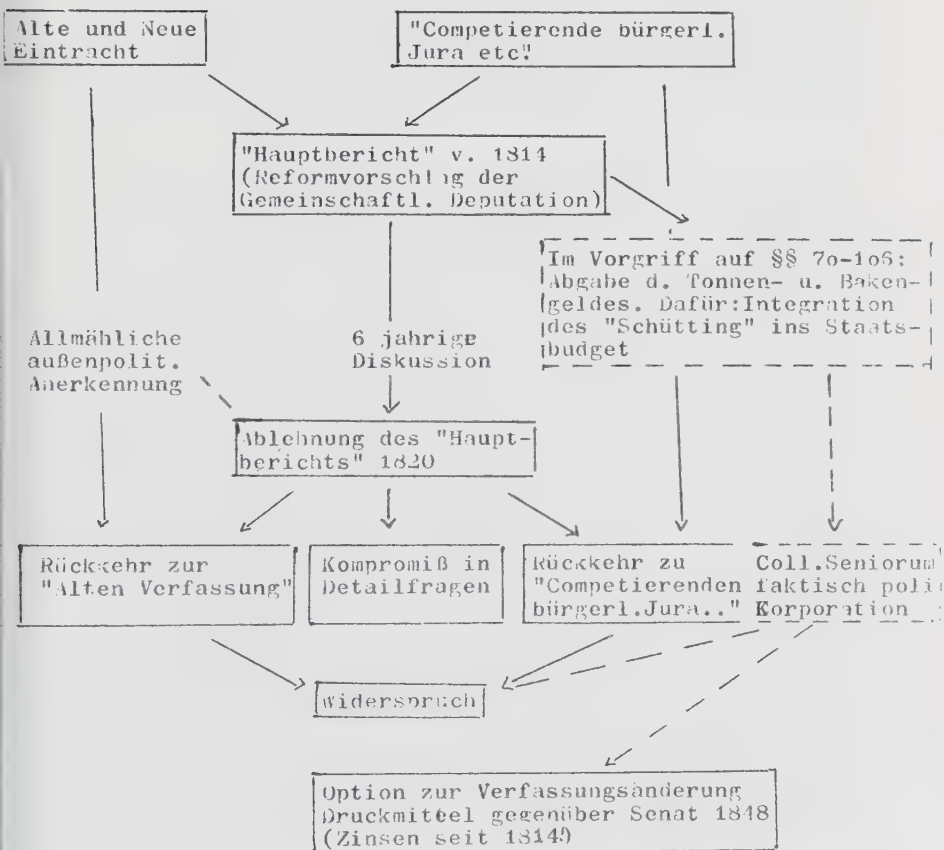
Der Senat dagegen fand, wie 1814/15, auch in den zwanziger und dreißiger Jahren die volle Unterstützung der Zünfte, in denen die einzelnen Ratsherren ohnedies als Morgensprachsherren die oberste Verwaltungsspitze bildeten und damit direkten Einfluß auf die Basis nehmen konnten ¹⁰⁾. Die "Societäten" erkannten sehr genau, daß sie ihre weitreichenden, sowohl von der Kaufmannschaft als auch von den Bönhasen und Unzünftigen kritisierten Privilegien nur mit Hilfe der Obrigkeit und der "alten Verfassung" aufrechterhalten konnten, und bekannten sich deshalb zu der letzteren ohne jeden Vorbehalt ¹¹⁾.

"Tafel" und "Eintracht" waren schließlich "deutlich und bestimmt genug abgefaßt", um "unserer Gerechten Obrigkeit die Verbindlichkeit aufzuerlegen, die Zünfte bei ihren Freiheiten und Gerechtigkeiten zu schützen." ¹²⁾

Die zunehmende Ambivalenz der wiederhergestellten
Verfassung und die Verschleierung der wahren
Machtverhältnisse

SENAT

KAUFMANNSCHAFT



Schon die Verfassungsdiskussion als solche war deshalb aus dieser Sicht nutzlos, gefährlich und illegitim: "Die Magnifizenzen, Hochwohl- und Wohlgeboren werden es nicht verkennen", hieß es in einer Eingabe des Jahres 1831, daß "sich in Collegien und anderen Versammlungen Stimmen erhoben haben, die die Reform der Ämter als zeitgemäß schildern, ohne dabei zu bedenken, daß der wahrhafte Wohlstand unserer Stadt mit in dem durch die Ämtsgerechtsame begründeten Wohlstande seiner Mittelclassen beruht und daß, wenn man diesen vernichtet, auch mit ihm die Stütze der Regierung zugrunde geht." 13)

Die Ä l t e r l e u t e, gegen die sich die Argumente sowohl der Zünfte als auch des Rates richteten, wußten ihrerseits ihre konstitutionellen Ansprüche zu wahren 14). Schon bald nach Vorlage des "Hauptberichts" übertrugen sie im Vorgriff auf jene Kapitel, die ihre "Stellung als bürgerliches Corps an der Spitze der Repräsentanten der Bürgerschaft" regelten 15), großmütig das Tonnen- und Bakengeld sowie einen erheblichen Teil des zum Schütting gehörenden Vermögens an die neu errichtete Generalkasse und erhielten dafür als Gegenleistung vom Senat die bindende Zusage, daß ihr eigener Haushalt künftig im Staatsbudget aufgehen und durch dieses ausgeglichen werden sollte 16); letzteres lag in der Natur der Sache, denn mit dem Verzicht auf die seit Jahrhunderten erhobenen Einnahmen aus Tonnen und Baken verlor der Schütting ja seine Haupteinnahmequelle. Freilich geschah die Abtretung unter dem ausdrücklichen V o r b e h a l t, daß die diesbezüglichen Paragraphen zu gegebener Zeit auch wirklich in Kraft gesetzt würden und nicht bloß Makulatur blieben 17).

Da der besagte Verfassungsentwurf von 1814 bekanntlich im Jahre 1820 pauschal abgelehnt wurde, stand zu

erwarten, daß die Älterleute das Recht auf Erhebung des Tonnen- und Bakengeldes zurückfordern würden. Doch nichts dergleichen geschah: die Kollegiumsmitglieder tasteten die inzwischen eingespielte Regelung nicht im geringsten an, sondern ließen den Staat weiterhin die Schifffahrtsabgabe erheben und bezogen dafür wie ehedem ihre festen Einnahmen aus dessen Generalkasse ¹⁸⁾. Auch der bis dahin regelmäßig artikulierte juristische Vorbehalt wurde, als sei nichts geschehen, auch weiterhin stereotyp angemeldet, wobei die Älterleute allerdings wiederholt auf den lediglich provisorischen Charakter der herrschenden Verfassung hinwiesen ¹⁹⁾.

Was diese ausgeklügelte, die Problematik bewußt herunterspielende S t r a t e g i e letztlich bezweckte, wurde erst deutlich, als die eingetretene Entwicklung schlechthin nicht mehr rückgängig zu machen war: durch die anhaltende finanzielle Verzahnung von Rathaus und Schütting hatte das Collegium Seniorum, wie es in einer Expertise aus dem Jahre 1848 heißt, langsam und unaufhaltbar den "Charakter einer politischen Corporation" bekommen ²⁰⁾, also eine Stellung erworben, die es zeit seines Bestehens erstrebt, in dieser Eindeutigkeit bis dahin jedoch noch nicht errungen hatte. Die Älterleute wurden nämlich, den von ihnen in Gang gesetzten Sachzwängen folgend, zu fest besoldeten, Jahr um Jahr im Staatsbudget aufgeführten Amts- und Funktionsträgern, die sich in ihrer Gesamtheit bald zu einer ganz normalen Behörde entwickelten und folglich unter gar keinen Umständen mehr auf rein kaufmännische Aufgaben reduziert werden konnten ²¹⁾. De facto war dieses ja schon lange nicht mehr möglich gewesen, de jure jedoch erst seit der Schütting sein Budget der Staatskasse einverleibt hatte.

Formal bestätigt oder festgeschrieben wurde dieser W a n d e l in der Qualität der Verfassung nicht ²²⁾.

Rechtlich wirksam wurde er aber dennoch, und zwar auch über das bloße, stets umstrittene "Gewohnheitsrecht" hinaus: der Senat war einfach außerstande, sich auf die alten Positionen formal wieder zurückzuziehen, denn die Älterleute konnten einer Infragestellung ihrer offiziellen Stellung von vornherein dadurch den Boden entziehen, daß sie dem Rathaus eine in ihren Dimensionen ans Utopische grenzende Gesamt-rechnung über die ihnen seit 1814 entgangenen Einnahmen präsentierten ²³⁾, die ihnen kraft "alten Rechts" als unabhängiger - d.h. nicht staatlicher - Organisation ja jederzeit zugestanden hatten.

Wie sehr der Senat, der seit 1820 stets unter dieser Drohung stand, um die Substanz der formal wiederhergestellten "alten Verfassung" fürchtete, wie sehr er von deren Brüchigkeit überzeugt war, ergibt sich aus der Tatsache, daß er konstitutionelle Fragen künftig ängstlich ausklammerte oder totschwie ²⁴⁾. Die vielfältigen, aufgestauten Probleme wurden in den zwanziger Jahren nicht einmal andiskutiert, geschweige denn gelöst. Das Verfahren führte nicht eben zur Klärung und Präzisierung des bremischen Verfassungsrechts, sondern im Gegenteil zu dessen Mystifizierung, zur Verunsicherung der Institutionen und Verschleierung der vorhandenen Gegensätze, wobei das Verhältnis von Senat und Collegium Seniorum, das die Ursache der Verwirrung gewesen war, auch künftig das beherrschende Zentrum der Unsicherheit blieb ²⁵⁾.

Noch eine im Jahre 1848 zur Lösung des "gordischen Knotens" eingesetzte Deputation konstatierte, "ob und wieweit" die Ansprüche der Älterleute "rechtlich begründet sein werden, darüber sich zu verbreiten" liege außerhalb ihrer Kompetenzen ²⁶⁾. Der einzig denkbare Ausweg sei ein pragmatischer, nämlich "das Collegium zu einer vollständigen Aufgabe seiner Ansprüche zu veranlassen, welche dasselbe eventuell gegen den

Staat zu erheben geneigt sein könnte" ²⁷⁾ und
sodann "den Rechtsgrund dieser Ansprüche namentlich
im Einzelnen einer genauen Prüfung zu unterziehen",
um so "womöglich die Grundlage eines Vergleichs
mit dem Collegium" zu erstellen ²⁸⁾.

12. Die politischen und sozialen Folgen der gescheiterten bremischen Verfassungsreform

Die zwanziger Jahre brachten eine V e r s c h ä r f u n g der politischen und sozialen S p a n n u n g e n und ein härteres Regiment des Senats.

Die Verhaftung eines einzelnen Landstreichers im Juli 1827 führte zu einer Art Kettenreaktion; Unzufriedene - Handwerkergesellen, Bönhasen und Unzünftige - machten in einem mehrere Tage andauernden A u f r u h r ihrem Unwillen gegenüber der etablierten, standespolitisch unbeugsamen Staatsmacht Luft und brachten durch diese Demonstration den Senat sofort in Bedrängnis, was wenige Jahre früher noch völlig undenkbar gewesen wäre ¹⁾.

Die vom Rat hastig ergriffenen Maßnahmen bezeugen auf eindringliche Weise, wie ernst man die Unruhen im Rathaus nahm, wie unerbittlich man auch gegen die eigenen Mitbürger zu reagieren vermochte. Mit dem "Proclam" vom 13.7.1827 wurde "alles Zusammentreten von mehr als 6 Personen auf den Straßen und Plätzen" bei Strafe untersagt ²⁾. Der Rat bot nicht etwa die durchaus funktionsstüchtige Polizei auf, um seinen Maßnahmen Nachdruck zu verleihen, sondern mobilisierte das Militär. Dieses erhielt Befehl, "jede Zusammenrottung ... mit Gewalt auseinander zu treiben", der Kommandierende die Anweisung, "erforderlichen Falls nach jeder Richtung, aus welcher Steinwürfe oder sonstiger thätlicher Widerstand gegen die bewaffnete Macht erfolgen sollten, scharf feuern zu lassen". ³⁾

Weder die in dem Vorgang exemplarisch sichtbar werdende Enttäuschung und Empörung innerhalb der Bürgerschaft noch die überreizte, an Polizeistaatmethoden erinnernde Reaktion der Obrigkeit passen in das von der klassischen bremischen Historiographie tradierte Bild sozialer Eintracht und "persönlicher

Führung" zwischen "oben" und "unten". Der Vorgang läßt sich auch nicht als einmalige Panne abtun. Tumulte, Schießereien und Verhaftungen werden widerholt aktenkundig ⁵⁾, in drastischen Ausmaßen im Zusammenhang mit den im Jahre 1841 erlassenen Bestimmungen zur Wehrpflichtigkeitsordnung, die von den Bürgern als offene Herausforderung angesehen wurden ⁶⁾.

Will man dem Gedanken der "Einheit" innerhalb der Bürgerschaft, der auf weitgestreutem "Wohlstand" basierenden "Staatsfreundlichkeit" auf den Grund gehen, so wird man nicht am Problem der L e b e n s h a l t u n g vorübergehen können ⁷⁾. Die Löhne, die an die unteren Bevölkerungsschichten gezahlt wurden, waren in Bremen trotz des sich entfaltenden "trans-ozeanischen Handels", trotz der "unauffälligen Veränderungen", die "die Entwicklung vorantrieben" ⁸⁾, keineswegs höher als in den Nachbarstaaten, die Kosten des Lebensunterhalts keineswegs geringer ⁹⁾. Nach dem Beitritt Hannovers und Oldenburgs zum Zollverein wanderten in den Jahren 1853/54 "binnen achtzehn Monaten allein 4.000 bis 5.000 Menschen aus dem bremischen Staatsgebiet in die Umgebung ab", wo offenbar bessere Lebensbedingungen geboten wurden ¹⁰⁾. Zwar behauptet Schaefer kategorisch, das damalige Bremen habe das "von Karl Marx so benannte 'Lumpenproletariat', 'die Unglücklichen, Ausgestoßenen, Vagabunden, die Verwahrlosten, Schwachsinnigen und Asozialen'" nicht gekannt, einen "eigentlichen Pöbel" nicht beherbergt ¹¹⁾. Doch zeigt ein Blick auf das gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts noch als vorbildlich geltende A r m e n w e s e n, daß die Dinge nicht mehr zum Besten standen, daß die Armenfürsorge jedenfalls nicht mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten konnte. "Durch den Bedarf an Unterstützung", so Engelsing, "wurde die Lebenshaltung auf die niedrigste Stufe herabgedrückt. Sie lieferte die Mittel, die zur Fortsetzung der Existenz nötig waren. Dabei wurde aber

nicht vorausgesetzt, daß die Armen ihre Arbeitskraft erhalten und voll ausüben sollten, und es wurde nicht bezweckt, daß sie sie wieder herstellen konnten". ¹²⁾

Zeitgenossen berichteten, daß sich in der Neustadt schon in den zwanziger Jahren eine Vielzahl von "Gängen und Höfen" bildeten, "Höhlen des Jammers, des Elends und der tiefsten Verworfenheit", in denen die Armen wohnten, "Schweinställe", in denen der Pöbel hauste ¹³⁾. Wichern schrieb nach einem Besuch Bremens, die Hansestadt habe äußerlich eine reinliche Fassade geboten, die sozialen Verhältnisse seien jedoch bei näherem Hinsehen enttäuschend: "Erst jetzt habe ich mich in die rechten Armenquartiere führen lassen. Wenn Bremen nicht bald dazu thut, wird es nicht lange währen, bis sich der Schaden so schrecklich wie in Hamburg offenbart - Familien ohne Bett, ohne Möbel, ohne Mittagbrot, in Kot und Unrat, in Lumpen und Ekel wie begraben." ¹⁴⁾

Die sozialen Probleme waren in der anachronistischen V e r f a s s u n g selbst angelegt und werden umso evidenter, je größer die Fortschritte waren, die auf handels- und wirtschaftspolitischem Gebiet erzielt wurden. Für eine Teilhabe auch der unteren Schichten am wachsenden Sozialprodukt war nämlich keineswegs Sorge getragen. Im Gegenteil führten die durch das "alte Recht" gewährleisteten unterschiedlichen Ausgangspositionen dazu, daß sich die Schere zwischen Reich und Arm eher weiter öffnete: man vergewaltigte sich nur, was es in der zukunftsbestimmenden Epoche der zwanziger Jahre bedeutete, in Bremen etwa das "große Bürgerrecht" mit voller Handlungsfreiheit zu besitzen, während etwaige Konkurrenz allein schon aufgrund ihres geringeren bürgerlichen Status vom Handel und den sich durch ihn bietenden wirtschaftlichen Möglichkeiten ausgeschlossen blieb ¹⁵⁾.

Hinzu kamen "flankierende" Maßnahmen, die allesamt die etablierten Schichten und Stände vor möglichen Eindringlingen und Aufsteigern schützten: die Bestätigung der unüberwindlichen Standeschränken ¹⁶⁾, die volle Anwendung der rigorosen Zunftordnung ¹⁷⁾, schließlich die direkte Diskriminierung mittels einschlägiger gesetzlicher Bestimmungen; der unliebsamen jüdischen Konkurrenz, die sich trotz aller Schikanen bis zum Jahre 1820 in der Hansestadt gehalten hatte, entledigte man sich ja schlicht auf "legalem Wege" dadurch, daß man ihr die "Schutzgerechtigkeit" entzog und die Aufenthaltsgenehmigungen auslaufen ließ ¹⁸⁾.

Der Verlust liberaler Substanz bestätigte sich darin, daß der Senat p o l i t i s c h e M a c h t in bis dahin kaum gekanntem Umfang in seiner Hand zu konzentrieren vermochte. Das Ergebnis der sechsjährigen nutzlosen Verfassungsdiskussion war also nicht die erstrebte Teilung der Gewalten, eine Sicherung individueller Freiheitsräume oder eine größere Transparenz politischen Geschehens, sondern das genaue Gegenteil: Justiz und Verwaltung waren so fest vereint wie eh und je, der Bürgerkonvent sank trotz des Abkommens vom 14.12.1818 zur völligen Bedeutungslosigkeit herab ¹⁹⁾.

"Von den 5 bis 600 Bürgern, welche zu den Conventen eingeladen werden", so schrieb der bremische Kaufmann Johannes Rösing, "folgen in der Regel nur 50 - 70 den Einladungen und von dieser kleinen Zahl, welche für das Gemeinwohl Interesse fühlt, pflegt die Hälfte aus wechselnden Erscheinungen zu bestehen, je nachdem Dieser oder Jener von eigenem Interesse getrieben wird" ²⁰⁾, Rösings resignierende Schlußfolgerung: "Das, was die Solidität und Reellität eines civilisierten Staates begründet, ihm zum ferneren Ausbau sichernde Pfeiler gibt, eine geregelte Repräsentation, fehlt bei uns gänzlich ; die wenigen Männer,

welche dem Liberalismus kräftig das Wort reden ..., haben wohl an wenigen Orten mit so vielen Hindernissen zu kämpfen und finden so wenig Unterstützung als hier" ²¹⁾.

Der Senat lud entgegen der Bürgerkonventsordnung wiederum nur jene Bürger zu den Versammlungen, die ihm selbst genehm waren ²²⁾, ließ in Strafprozessen ein und dieselbe Person gleichzeitig als Vertreter der Exekutive und der Judikative, als Staatsanwalt und Richter also ²³⁾, auftreten, mischte sich in die Verwaltung der bis dahin völlig autonomen Stadtkirchen ein ²⁵⁾ und erließ schließlich im Jahre 1832 eine Wehfpflichtigkeitsordnung, die die Möglichkeit der Stellvertretung vorsah, wodurch diejenigen, die es sich leisten konnten, vollständig von dem lästigen, in Bremen seit alters wenig geschätzten Waffendienst befreit wurden ²⁵⁾. Kritik durfte seit 1819 öffentlich so gut wie nicht mehr geübt werden ²⁶⁾, die früher aufgrund ihrer Liberalität gleichermaßen geschätzte und gefürchtete bremische Presse war vollständig in der Versenkung verschwunden. "Nirgends, selbst in den absolutistischen Staaten" wurde, so der Leipziger "Komet" im Februar 1835, "die Censur auf ebenso strenge als inconsequente Weise gehandhabt, als in Bremen, dieser sogenannten freien Stadt." ²⁷⁾

An der drastischen Veränderung der Verfassungswirklichkeit war neben der ausgelaugten und zunehmend von Ungereimtheiten belasteten bremischen Konstitution und der reaktionären Tendenzen des Deutschen Bundes ²⁸⁾ als dritter Faktor die vielgepriesene bremische Handels- und Wirtschaftspolitik ²⁹⁾ schuldig. Die von äußeren Erfolgen - der Abschaffung des Elsflether Zolls (1820), der Gründung Bremerhavens (1827)- ³⁰⁾ gekennzeichnete ökonomische Strategie des Senats wirkte nämlich, unter konstitutionellem Aspekt betrachtet, der restaurativen Entwicklung keineswegs entgegen, sondern verstärkte noch den antiliberalen Zug im Verfassungsleben der Hansestadt.

Indem der Rat die praktischen Konsequenzen aus den handelspolitischen Argumenten zog, mit denen er Bremens Selbständigkeit seit dem Wiener Kongress verteidigt hatte, überwand er den seit Jahrhunderten bestehenden Gegensatz zwischen Rat und Kaufmannschaft, der bis dahin geradezu das Wesen des bremischen Verfassungslebens ausgemacht hatte ³¹⁾; die Älterleute hatten im Rahmen des Bürgerkonvents als "der gemeinen Bürgerschaft Worthalter, Vorgänger, Vertreter in billigmäßigen Sachen" ja bis dahin stets die Spitze der Opposition gegen den Rat gebildet, was ihre eigentliche politische Stellung erst begründet hatte ³²⁾. Die verfassungspolitische Relevanz der Tatsache, daß die Mitglieder des S e n a t s nach 1820 "die Wendung nach Übersee" vollzogen und "damit dem Kaufmann folgten, dem sie nicht neu war" ³³⁾, kann folglich gar nicht hoch genug veranschlagt werden; sie führte zu völlig neuartigen Konstellationen.

Durch die verfassungsrechtlichen Tatsachen war diese Entwicklung bereits vorgezeichnet: mit dem Ende der ermüdenden und frustrierenden Verfassungsdiskussion gaben die Ältermänner ihren Widerstand gegen den Senat resignierend auf; aufgrund der geschickt eingeleiteten finanziellen Verflechtung versuchten sie, dem Verfassungsproblem stattdessen durch den Versuch einer weitgehenden Integration ihrer eigenen Organisation in den Staatsapparat beizukommen ³⁴⁾, was sie in zunehmendem Maße konservativ werden ließ. Es spielte in diesem Zusammenhang bis zum Jahre 1848 keine Rolle, daß das Verfassungsrecht in sich ambivalent war, denn die Älterleute nutzten ja die hierin liegende Möglichkeit nicht zur Opposition, sondern gerade umgekehrt zur Teilhabe an der Exekutivgewalt und zur Erringung eines beamtenähnlichen Status. Für den Bürger wurde die konstitutionelle Lage hierdurch nicht günstiger, sondern eher ungünstiger. Nicht einmal mehr die alten Sicherungen gegen Macht und Machtmißbrauch funktionierten, neue waren nicht in Sicht.

ANMERKUNGEN

Einleitung

- 1) Referat R. v. Thaddens über "Restauration und Reform als Problem der nachnapoleonischen Zeit", gehalten am 6.11.1973 im Bremer Rathaus aus Anlaß der 200. Wiederkehr von Smidts Geburtstag.
Eine Zusammenfassung des Vortrags findet sich im Weser-Kurier vom 7.11.1973.
- 2) J.H. Duntze, Geschichte der freien Stadt Bremen, Bd. IV, Bremen, 1851 (künftig zitiert als: Duntze, IV)
- 3) W.v. Bippen, Geschichte der Stadt Bremen, Bd. III, Halle/Bremen 1904 (künftig zitiert als: v.Bippen, III)
- 4) H. Entholt, Bürgermeister Smidt in der Zeit der deutschen Revolution, Bremische Weihnachtsblätter, hgg. v.d. Historischen Gesellschaft, Bremen 1938
Ders., Von bremischen Ratsmännern des 19. Jahrhunderts, Bremische Weihnachtsblätter, hgg. von d. Historischen Gesellschaft, Bremen 1941
Ders., Bürgermeister Smidt und seine Korrespondenten, in: Brem.Jb., Bd. 42, 1947
- 5) B. Schulze-Smidt, Bürgermeister Johann Smidt, Das Lebensbild eines Hanseaten, Bremen 1913
- 6) v. Bippen, III, S. 439
- 7) K. Müller, Die Staats- und verfassungsrechtliche Entwicklung in Bremen bis zum Jahre 1848, Diss. Leipzig 1931, S. 54 (künftig zitiert als: Müller)
- 8) So leider auch in der im übrigen sehr sorgfältigen und glänzend belegten Arbeit von Biebusch. Da die Zeit nach 1813 außerhalb von Biebuschs eigentlicher Thematik liegt, übernimmt er hier offenbar Urteile aus der älteren Literatur. Vgl. W. Biebusch, Revolution und Staatsstreich, Verfassungskämpfe in Bremen 1848 - 1854, Bremen, 1973, S. 5
(künftig zitiert als: Biebusch)

- 9) Vgl. insbesondere die Bürgerkonventsprotokolle der Jahre 1814, in: 2-P. 3. c. 3. c. 32
Das Problem wird ausführlich behandelt in Kap. 4.a.
- 10) Biebusch, a.a.O.
- 11) Duntze, a.a.O., v. Bippen, a.a.O.
- 12) Müller, a.a.O.
- 13) J. Hiemisch, Die bremische Gerichtsverfassung von der ersten Gerichtsordnung bis zur Reichsjustizgesetzgebung 1751 bis 1879, Bremen 1964
(künftig zitiert als: Hiemisch)
- 14) H. Duwe, Die Bremer Verfassung 1813 - 1848
(Die staats- und verfassungsrechtliche Stellung Bremens), Masch.-Diss. Kiel 1952.
Die Arbeit Duwes berührt die vorliegende Untersuchung vom Thema her weitgehend, inhaltlich dagegen weniger; Duwe geht sein Problem als Jurist an und ist als solcher eigentlich nur an dem institutionellen Aspekt interessiert. Er beschränkt sich mithin darauf, die beiden von der gemeinschaftlichen Kommission (aus Senatoren und Konventsmitgliedern) vorgelegten Verfassungsentwürfe der Jahre 1814 und 1837 vorzustellen und zu kommentieren. Die Arbeit ist ein wesentlicher Beitrag zur Institutionenkunde, sie hat jedoch nicht den Ehrgeiz, die politischen und historischen Zusammenhänge der Verfassungsentwicklung im Zeitalter der Restauration aufzudecken. (künftig: Duwe)
- 15) K. Schwarz, Kompanien, Kirchspiele und Konvent in Bremen 1605 - 1814, Bremen 1969
Schwarz arbeitet anhand einer Fülle von Quellenmaterial die Entstehung des Bürgerkonvents in Bremen heraus und zeigt dessen Abhängigkeit von den Kirchspielen und Bürgerkompanien. Obwohl zeitlich vor unserer Epoche liegend, vermittelt sie sehr wesentliche Grundlagen der gesellschaftlichen Problematik. (künftig zitiert als: Schwarz)

- 16) H.H. Dammann, Militärwesen und Bürgerbewaffnung der freien Hansestädte in der Zeit des Deutschen Bundes von 1815 - 1848, Masch.-Diss. Hamburg 1958. Die Studie ist insofern wesentlich, als die Frage der Bürgerbewaffnung ein wichtiges Verfassungsproblem darstellte und zu etlichen Konflikten auf konstitutionellem Gebiet führte. (künftig zitiert als : Dammann)
- 17) H. Festerling, Bremens deutsche und hanseatische Politik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Bremen 1964.
Festerling gibt einen auf intimer Quellenkenntnis beruhenden Überblick über Bremens Außenbeziehungen. Da die Verfassungsentwicklung nie isoliert von den politischen Verhältnissen im Deutschen Bund zu betrachten ist, handelt es sich hier um eine der wichtigsten Vorarbeiten, der viele Anregungen zu danken sind. (künftig: Festerling).
Zu nennen in diesem Zusammenhang ist ferner:
H.L. Schaefer, Bremens Bevölkerung in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, Bremen 1957 (künftig zitiert als: Schaefer)
- 18) vgl. H. Tidemann, Bremische Verfassungskämpfe von 1830 bis 1837, in Brem.Jb., Bd. 27, 1937
- 19) Die - auch im folgenden weiterverfolgte - Überlegung geht auf eine methodologische Anregung Erdmanns zurück.
Vgl. K.D. Erdmann, Die Zukunft als Kategorie der Geschichte, in: HZ 198/1964, S. 44 ff
Vgl. auch O.K. Flechtheim, History and Futurology, Meisenheim am Glan 1966
- 20) Solche Befürchtungen wurden selbst im Kreise des Senats gehegt. Vgl. Duntze VI, S. 819 ff.
Sehr deutlich auch in Smidts Korrespondenz aus Basel, in: 2-M.3.a.1. No. 31

1. Das Problem des bremischen Staatsgebietes und der Staatsbürgerschaft

- 1) Die Quellen zum Bürgerrecht - seit der französischen Zeit auch "Staatsbürgerschaft" - befinden sich in: 2-P.8A.

Leider sind die Quellen infolge von Kriegseinwirkungen unvollständig. Insbesondere die ersten Konvolute fehlen. Vorhanden sind die Nummern 2-P.8.A.6. bis 2-P.8.A.12

- 2) vgl. hierzu vor allem F. Buchenau, Die freie Hansestadt Bremen und ihr Gebiet, Bremen ³ 1900
- 3) Hierzu existieren im Staatsarchiv diverse Karten von Zeitgenossen. Die wichtigsten sind:
J.W.F. Schleuch, Plan der Stadt Bremen von 1798,
D.F. Rüte, Plan der Stadt Bremen von 1811,
Anonym, Grundriß der Reichsstadt Bremen, gegen Ende des 18.ten Jahrhunderts (1796)
Abgedruckt sind diese Karten - freilich in sehr schlechter Qualität in: Freie Hansestadt Bremen-Werden, Vergehen Wiederaufbau, Bremen 1947
- 4) 2-P.8.A.6.a
- 5) Schaefer, S. 25
- 6) Schaefer, S. 51
- 7) Beide Karten wiederum in: Freie Hansestadt Bremen, a.a.O.
- 8) 2-P.8.A.6.a.
vgl. hierzu K. Reinke, Das bremische Bürgerrecht, in: Brem.Jb., Bd. 32, 1929. Der Aufsatz bietet einen sehr allgemeinen Überblick und gibt keinen vollständigen Eindruck von den im Staatsarchiv vorhandenen Quellen.
- 9) Schaefer, S. 26
- 10) 2-P.8.A.6.a.
2-P.8.A.8.a.
2-P.8.A.8.b.

Natürlich gibt es in Ausnahmefällen Bürger, die nicht in der Stadt wohnten. Diese mußten indes in regelmäßigen Abständen um eine Verlängerung des Bürgerrechts schriftlich nachsuchen und gleichzeitig für die Verlängerung eine Gebühr entrichten. Geschah dieses nicht, so erlosch das Bürgerrecht.

Der Vorgang ist in:

2-P.8.A.8.a.

2-P.8.A.8.b. und

2-P.8.A.9.a.

2-P.8.A.9.b.

- 11) Hiemisch, S. 38 f
- 12) Hiemisch, S. 40
- 13) H. Wiedemann, Die Außenpolitik Bremens im Zeitalter der französischen Revolution 1794 - 1803, Bremen 1960, S. 155 ff
- 14) Beilagen zu den Protokollen der außerordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg, Bd. II, Regensburg 1803, S. 37 f, in:
2-J.5.b.8.c.
Ebenfalls zitiert bei Wiedemann, a.a.O., S. 160 f.
- 15) Als Vergleichskarte bietet sich eine ebenfalls von Heineken in Auftrag gegebene Karte von 1798 an, in:
2-J.5.b.1.
- 16) F. Prüser, Heimatchronik der freien Hansestadt Bremen, Köln 1955, S. 164,
Buchenau, a.a.O., S. 391
- 17) Es ist eine erwiesene Tatsache, daß Bremen seine territorialen Ziele mit der Hilfe Frankreichs erreichte und Gröning in Paris ganz erhebliche Bestechungsgelder einsetzte. Vgl. hierzu v. Bippen, III, S. 288 ff (Nach von Bippen erkaufte Gröning Frankreichs Gunst für 2 Millionen Francs.)
Vor allem Oldenburg und Hannover waren seinerzeit über das diplomatische Vorgehen Bremens empört.
Vgl. Wiedemann, a.a.O., S. 143 ff, 148 ff, 152 ff, 161 ff, 174 ff.
Die Querverbindungen zwischen Gröning in Paris und Horn in Regensburg ergeben sich aus deren lebhaftem Briefwechsel vor und während des Zustandekommens des Plan Général. In:
2-J.5.c.3 und
2-J.5.c.4.
Selbstverständlich wurde auch Smidt von Horn auf dem laufenden gehalten; bei ihm schienen die Fäden in dieser Zeit bereits zusammenzulaufen. In:
2-J.5.c.2

- 18) 2-P.8.B.1. Proklam vom 10.9.1814
19) ebd.
20) 6,2 - F.2.a.II.3.
21) 2-P.8.A.6.
22) vgl. Rütke, a.a.O., S.216 ff
23) 2-P.8.A.6.
24) vgl. Schaefer, S. 67 ff, S. 80 ff
25) 6,2-F.2.a.II.3
26) ebd.
27) vgl. die Bürgerkonventsprotokolle 1813/1814, in:
 2-P.9.d.3.c.32
 2-P.9.d.3.c.33
28) 2-P.8.B.1.
29) Verordnungen und Proclame, 6.11.1813 (No. 3, No. 4)
 dto. 7.11.1813, (No. 5, No. 6)
 dto. 8.11.1813, (No. 7)
 dto. 10.11.1813, (No. 9)
 dto. 13.11.1813, No. 10)

2. Politische Entscheidungen und konstitutionelle Weichenstellung im November 1813

- 1) Die Erklärung Tettenborns vom 6.11.1813 liegt in:
2-F.4.a.I.
Sie ist überdies abgedruckt bei Duntze, IV, S. 821 f
- 2) Diesen Standpunkt bezog der Senat ausdrücklich in den Verfassungsverhandlungen von 1818, in:
2-E. 12.i.2.a.
Es wurde erstmals deutlich in dem Schreiben des Senats vom 16.12.1814, freilich noch nicht in so apodiktischer Form wie in den späteren Verfassungsverhandlungen.
- 3) So bei K. Müller, Die staats- und verfassungsrechtliche Entwicklung Bremens bis zum Jahre 1848, Diss. Bremen 1931, S. 53, Biebusch, S. 5.
- 4) Über die Zuverlässigkeit Tettenborns war man in Bremen durchaus geteilter Meinung. Duntze, IV, S. 810:
Dem General wurde "in den oberen Regionen wegen seines gränzenlosen Leichtsinnes nicht getrauet".
- 5) vgl. Kap. 2.c.
- 6) Die wichtigsten verfassungsrechtlichen Quellen für die erste Phase der Restauration sind:
2-E.12.a. (Wiederherstellung der Verfassung),
2-F.4.a.I. (Regierungskommission, allgemein),
2-P.9.d.3.c.32 (Bürgerkonventsprotokolle)
- 7) vgl. Duntze, IV, S.821 f.
- 8) Das Schreiben befindet sich in:
2-F.4.a.I
Es ist ebenfalls veröffentlicht bei Duntze, IV, S.822
- 9) ebd.
- 10) Festerling, S. 18 ff
- 11) Schreiben Tettenborns an den Senat vom 6.11.1813, in:
2-F.4.a.I.
- 12) Grundsätzliches zur Regierungskommission in:
2-F.4.a.I.
Protokolle und einzelne Vorgänge in:
2-F.4.a.II.

Für die Zeit um 1813/14 sind besonders ergiebig
die Konvolute:

2-F.4.a.II.1. (Protokolle ohne Repräsentanten 1813/14)

2-F.4.a.II.5. (Protokolle mit Repräsentanten I)

2-F.4.a.II.7. (Protokolle mit Repräsentanten II)

2-F.4.a.III. (Korrespondenz)

2-F.4.a.V. (Lieferung an verbündete Truppen)

- 13) Schreiben Tettenborns an den Senat vom 6.11.1813, in:
2-F.4.a.I.

14) ebd.

15) ebd.

Der Widerspruch, der über Jahre hinaus die Verfassungs-
entwicklung beherrschte, ergab sich daraus, daß ja eben-
falls dem Senat durch die Formel der "Wiederherstellung
der alten Verfassung" seine "vorigen Rechte" bestätigt
worden waren.

16) 2-F.4.a.I

17) Verordnungen und Proclame 1813 (Bremen 1814)

18) 2-P.9.d.3.c.32

19) Schwarz, S.33, ff

20) 2-P.9.d.3.c.32

21) Der Syndikus des Senats, Dr. Schöne, zeichnete sich
durch ein ausgesprochen liberales Pathos aus.

Schöne eröffnete am 6.11. auf Anordnung des Senats
auch den Bürgerkonvent und hielt eine bemerkenswert
patriotische Rede, die die bürgerlichen Deputierten
offenbar beeindruckte.

Protokolliert in:

2-P.9.d.3.c.32

Vgl. auch Duntze, IV, S. 824

22) Schwarz, S.42 ff

Eine präzise Festlegung der Mitgliedschaft im Konvent
erfolgte erst am 14.12.1818.

Vgl. im einzelnen Kap. 40.b.

23) Die "Neue Eintracht" (1534) räumte der Bürgerschaft
lediglich "beratende Funktion" ein. Sie machte den
Konvent zu einem Senat vollständig abhängigen Gremium ohne
eigene politische Befugnisse. Vgl. Kap. 3.b.

- 24) Schwarz, S. 33 ff
Protokoll des Bürgerkonvents vom 6.11.1813, in:
2-P.9.d.3.c.32
- 25) ebd.
- 26) ebd.
- 27) ebd.
- 28) Der Senat konnte seine Wiedereinsetzung ja lediglich auf die Erklärung Tettenborns zurückführen und besaß k e i n e weitere Legitimation. Hierzu im einzelnen Kap. 2.c.
- 29) Im Gegensatz zu anderen deutschen Kleinstaaten zeigte die bremische Ständeordnung auch noch nach 1813 ein ungewöhnliches Beharrungsvermögen.
Vgl. hierzu Schaefer, S. 53 ff.
- 30) Verordnungen und Proclame, 6.11.1813 (No. 2)
Diese Gerichte wurden in der genannten Verfügung einfach nicht erwähnt und damit im Gegensatz zu anderen Gerichten nicht bestätigt.
Vgl. Hiemisch, S.55 ff, S.58 ff
- 31) Verordnungen und Proclame, 6.11.1813 (No. 3, No. 4)
Verordnungen und Proclame, 7.11.1813 (No. 5, No. 6)
Verordnungen und Proclame, 8.11.1813 (No. 7)
Verordnungen und Proclame, 10.11.1813 (No. 9)
Verordnungen und Proclame, 13.11.1813 (No. 10)
Hierzu keine Stellungnahme der Bürgerschaft,
vgl. die entsprechenden Protokolle, in:
2-P.9.d.3.c.32
- 32) Verordnungen und Proclame, 15.11.1813 (No. 15)
- 33) Verordnungen und Proclame, 22.11.1813 (No. 18)
Wiederum keine Stellungnahme der Bürgerschaft,
wie das bereits vor 1810 üblich gewesen war.
Vgl. Schwarz, S. 33
- 34) So das Protokoll vom 6.11.1813, in:
2-P.9.d.3.c.32
- 35) ebd.
- 36) Das Schreiben wurde von den im Text genannten Senatoren eigenhändig unterzeichnet, hatte aber keine offizielle Anrede und war offensichtlich nicht für jedermann bestimmt. Es befindet sich in:
2-F.4.a.I.

In dem Schreiben heißt es weiterhin:

"Ungeachtet des den Unterzeichneten gewordenen ehrenvollen Commissarii, die Regierungs- und Finanzgeschäfte der Stadt provisorisch zu verwalten, würde es denselben doch äußerst wünschenswerth seyn, wenn die hochedle Wittheit ihnen von Zeit zu Zeit und so die Umstände es irgend gestatten, erlauben wollte, sich den Rath und die Meinung der übrigen Mitglieder des Senats in einigen wichtigen und folgenreichen Gegenständen erbitten zu dürfen und nicht minder, demselben von Zeit zu Zeit die von ihnen vorgenommenen Hauptsachen vorlegen zu dürfen".

- 37) Ebenfalls ein "halbamtliches" Schreiben, datiert vom 8./9. März, ohne Unterschrift, doch deutlich von Smidts Hand. In:
2-F.4.a.I.
- 38) Antwort ebenfalls in:
2-F.4.a.I
- 39) Eine "Funktionsbeschreibung" der Regierungskommission in:
2-F.4.a.I

Zu den wichtigsten Aufgaben gehörte die Bearbeitung der folgenden Verwaltungssachen (offenbar in der Reihenfolge ihrer Bedeutung aufgelistet):

- "1. Reclamationen wegen Forderungen,
2. Reclamationen wegen Steuern,
3. Reclamationen wegen Kriegsschäden und Entschädigungen,
4. Pensionsgesuche und Gehalte,
5. Reclamationen der Marine,
6. Militärverpflegung"

Insgesamt umfaßt die Liste 24 Punkte. Unter ihnen nimmt die Finanzverwaltung einen beträchtlichen Raum ein. Aus keinem der aufgeführten Posten geht jedoch hervor, daß die Regierungskommission ausgesprochen politische Entscheidungsbefugnisse wahrnahm.

Was anfiel, war im wesentlichen Verwaltungstätigkeit, vor allem auch administrative Kleinarbeit, mit der man die bürgerlichen Mitglieder der Kommission abspeiste

und beschäftigte. Dr. Gondela, der Präsident der Kommission, scheint auch wenig Anstalten gemacht zu haben, dieses Gremium aufzuwerten. Seine Unterschrift unter dem Dokument vom 10.11. zeigt ja bereits deutlich, daß er als Vorsitzender die Arbeit der Regierungskommission insgeheim torpedierte. Weitere wichtige Quellen zur Regierungskommission wurden bereits in der FN.12 genannt.

- 40) Vgl. C. Schmidt, Legalität und Legitimität (1932), J. Winckelmann, die verfassungsrechtliche Unterscheidung von Legalität und Legitimität, in: Ztschr. für die ges. Staatswissenschaft, 112 (1956), H. Hofmann, Legitimität gegen Legalität (1964) F. Hartung, Deutsche Verfassungsgeschichte (1950), S. 164 ff, F. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat (1928), 93 ff, E.v. Hippel, Geschichte der Staatstheorien (1953), pass.

Zur Erfassung der allgemeinen verfassungsrechtlichen Trends sind ferner die Arbeiten zum Frühliberalismus heranzuziehen: C. Sell, die Tragödie des deutschen Liberalismus (1953), F. Federici, Der deutsche Liberalismus. Die Entwicklung einer politischen Idee von I. Kant bis Th. Mann (1946), L. Esau, K. Rosenkranz als Politiker (1935)

- 41) So die diversen Äußerungen Smidts, vgl. Festerling, S.38 ff, pass., ferner O. Gildemeister, J. Smidt, in: Johann Smidt, Ein Gedenkbuch., Bremen 1873, S. 1 ff, etc. Daß Smidt in dieser Hinsicht nicht allein stand, beweisen die Ratsprotokolle. Eine sehr eindeutige Stellungnahme gab am 6.11.1813 der Senatssyndikus ab, die auch entsprechend protokolliert wurde. In:
2-F.4.a.I.

- 42) Näheres bei Tidemann, Rückblick auf die Alte Verfassung der freien Hansestadt Bremen. Manuskript aus dem Jahre 1814, teilweise gedruckt. In:
Ac.30.a.

Die Schrift wird im folgenden weiter erläutert.

- 43) Müller, S.48 ff, v. Bippen, III, S. 269 ff, S. 278 ff, S. 299 ff, S. 314 ff.
- 44) Während das Gros der ehemals freien Städte 1806 ja von der politischen Landkarte verschwunden war, hatte Bremen bekanntlich seine volle Souveränität erlangt und sich gebietsmäßig auf Kosten Hannovers bereichert. Maßgeblich für diese sehr glückliche Wendung war im wesentlichen die bremische Geheimdiplomatie; genauer gesagt die von Gröning in Paris gezahlten Schmiergelder, die ihre Wirkung nicht verfehlten. Vgl. v. Bippen, III, S. 301 ff, S. 311, S. 314 ff.
- 45) Im Herbst 1806 beschlossen die Vertreter der freien Städte in Lübeck, außenpolitisch einen neutralistischen Kurs zu steuern, was praktisch einem neuerlichen Arrangement mit den Franzosen gleich kam. Sehr ausführlich bei Festerling, S. 18 ff.
- 46) Festerling, S. 18 ff, 22 ff, 25 f, 27 ff, 30 ff.
Bestätigt werden die Angaben durch Smidts Korrespondenz aus dem alliierten Hauptquartier. In:
2-G.7.b.1No. 3. Hervorzuheben ist vor allem ein sehr ausführliches Schreiben aus Frankfurt, das auf den 5.12.1813 datiert ist. (Näheres hierzu im folgenden). Das Mißtrauen der Alliierten dauerte indessen auch noch später an. Eine sehr ausführliche Schilderung gibt: C. Bulle, Das erste Jahr in Frankfurt, in: Gedenkbuch, S. 88-192.
- 47) Tidemann, Rückblick auf die alte Verfassung, in: Ac.30.a.
- 48) Das zeigt sehr deutlich die Diskussion im Senat, die um die o.g. Schrift Tidemanns entbrannt war. Man wollte sich nach Möglichkeit zu Grundsatzfragen nicht verbindlich äußern, da man die Schwäche der eigenen ideologischen Position erkannte und der Kritik so wenig Angriffspunkte wie nur eben möglich liefern wollte. In: 2-E.12.a.
Das gleiche wiederholte sich in den späteren Verfassungsverhandlungen.
- 49) Bürgerkonvents- bzw. Senatssitzung vom 6.11.1813, in: 2-P.9.d.3.c.32

50) 2-E.12.i.2.a. Erklärung v. 29.8.1818

51) Der Anspruch wurde während der gesamten Verfassungsverhandlungen aufrecht erhalten, in:

2-E.12.i.2.a.

Der Bürgerkonvent, der während der ersten Sitzung am 6.11.1813 versagt hatte, legte indessen schon während der zweiten Sitzung am 25.3.1814 hiergegen Protest ein, anerkannte die vollständige Wiederherstellung der Verfassung jedenfalls nicht.

2-P.9.d.3.c.32

52) Johann Smidts Aphorismen, in Gedenkbuch, S.261 ff.

Die Überlegung bildete die Grundlage für Smidts ausgedehnte diplomatische Mission im Jahre 1813/14. Sie wurde dem Senat ausführlich erläutert im Zusammenhang mit der Erstellung der Instruktion für den Wiener Kongress. Der Vorgang ist in:

2-M.3.a.2.a. Vgl. Festerling, S. 74.

53) 2-E.12.a.

54) Möglicherweise gaben Smidt und Gondela Tettenborn "Formulierungshilfen" für die am folgenden Tag abzugebenden Stellungnahmen und Erklärungen. Dieses würde auch die Tatsache erklären, weshalb Tettenborn überhaupt eine Proklamation hinsichtlich der Wiederherstellung der bremischen Verfassung abgab, obwohl - wie im späteren Zusammenhang zu zeigen sein wird - ein offizieller Auftrag von den Alliierten hierfür nicht vorlag. Stein desavouierte Tettenborn sogar später. Von Bippen bezieht sich bei der Begründung seiner These auf ein Schreiben Smidts vom 26. Januar 1816 aus Frankfurt, in welchem dieser "das wesentliche Verdienst um den glücklichen Erfolg der Unterredung mit Tettenborn Gondela zuschreibt, dessen Wort als eines dem General schon bekannten Mannes natürlich mehr bei ihm gegolten habe, als das Smidts". (von Bippen).

Das besagte Schreiben vom 26.1.1816 befindet sich nicht mehr in den Akten beim Bremer Staatsarchiv. Es gehört offensichtlich dem Teil des Smidt-Archivs an, der während des Krieges ausgelagert worden war und inzwischen verloren gegangen ist. Es besteht indes kein Anlaß, an

der Darstellung von Bippens grundsätzliche
Zweifel anzumelden.

(v. Bippen, III, 3.3.88 ff)

- 55) Die Quellen hierzu sind weit gestreut. Die wichtigsten
Akten sind:

2-R.6.f.

2-R.6.h.

~~2-Q.1.cc.~~

Die Frage der faktischen Souveränitätsbeschränkung durch
die Anwesenheit fremder Truppen in Bremen wird noch an
anderer Stelle ausführlich zu behandeln sein.

- 56) Duwe, S. 4.

- 57) v. Bippen, III, S. 388 f

- 58) v. Bippen, III, S. 392 .

- 59) ebd.

- 60) Smidt in dem schon erwähnten Schreiben vom 5.12.1813, in:
2-G.7.b.1.No. 3

Man muß in diesem Schreiben ein wenig zwischen den Zeilen
lesen, denn Smidt versucht verständlicherweise die Abfuhr
herunterzuspielen. Aus den von Smidt mitgeteilten Zitaten
geht indessen eindeutig hervor, daß v. Stein über die in
Absprache mit Tettenborn erfolgte und*dem letzteren
verkündete Erklärung wenig glücklich war und vermutlich
auch Smidts Rolle bei der Affaire durchschaute.

*von)

- 61) vgl. das Bürgerkonventsprotokoll vom 25.3.1815, in:
2-P.9.d.3.c.32

Auch in der Folge war dieses ein Hauptstreitpunkt.

- 62) F.L. Voget, Über die staatsbürgerlichen Anforderungen
unserer Zeit, insbesondere an das neue Verfassungswerk
für den bremischen Freistaat (Bremen 1831) Voget war
Sachführer bei den bremischen Gerichten und am Oberappella-
tionsgericht in Lübeck.

- 63) Vgl. hierzu Duntze, IV, S. 751 ff, v. Bippen, III, S. 355 ff.

42) Verordnungen und Proclame 27.11.1813 (No.26)

43) Stuckenschmidt, S.326

44) ebd., S.327

45) 2-R.1.B.4.b.1.

46) 2-G.7.C.

Die Quellen zur Ausrüstung, Stammlisten, Brigadebefehle, Korrespondenz mit den Bataillonskommandeuren während der Feldzüge, etc. befinden sich in:

2-R.6.b.1.

47) Verordnungen und Proclame 20.1.1814 (No.9)

48) Verordnungen und Proclame 22.11.1813

49) Schwarz, S. 83

Bis März 1814 wurden die Offiziere der alten Bürgerkompanien noch zur Verbreitung von Bekanntmachungen herangezogen; im Jahre 1818 traten die "vormaligen Bürgeroffiziere" noch auf, um Wasserwachten und Grabenreinigungen zu organisieren. -

Zur Errichtung der neuen Bürgergarde hatte die Regierungskommission, die seinerzeit von Tettenborn eingesetzt worden war und überwiegend aus Konventsmitgliedern bestand, bereits am 10.12.1813 eine Kommission berufen, die sich paritätisch aus Senats- und Konventsmitgliedern zusammensetzte. Die Bürgerschaft als Institution war also maßgeblich an der Wiedereinführung des Militärs beteiligt. Das war verfassungspolitisch insofern wichtig, als später - unter Berufung auf das "Alte Recht" - von einzelnen betroffenen Gruppen die Legitimität des gesamten Verfahrens in Zweifelgezogen wurde.

50) Verordnungen und Proclame 20.1.1814 (No.9)

51) Schwarz, S.83

52) Dammann, S. 253 ff

Lemelson, S.228

53) Verordnungen und Proclame 3.4.1815 (No.29)

Umfangreiches Material wie die Akten zur Militärkonvention mit Oldenburg 1815-63, zur Militärdeputation, zum Dienstreglement, den Militärstrafgesetzen, die die verschiedenen Lager und die verschiedenen Militärrechnungen sowie die Ausgabenstellungen zur Kriegssteuereasse in:

2-R.6.b.2.

- 9.
- 54) Vgl Kap VII.a. "Bremen, der Pariser Friede und das Allianztraktat". Das Kapitel ist auch zum Verständnis der folgenden Ausführungen von Bedeutung
- 55) Verordnungen und Proclame 6.1.1815 (No.29)
- 56) ebd.
- 57) ebd.

Der Dienst in der Landwehr war sehr viel unangenehmer als der in der Bürgerwehr. Die Landwehr rückte ja tatsächlich mit dem Feldbataillon aus, während die Bürgerwehr in Bremen stationiert blieb und nur sporadisch zu den Waffen gerufen wurde. Es ist nun auffällig, daß im Rahmen der Landwehrpflichtigkeit die Stadt- und die Landbevölkerung unterschiedlich behandelt wurde.

Im Proclam vom 12.5.1815(No.37) hieß es:"Da die Bürger und Einwohner der Stadt" sich mit so"rühmwürdigen Eifer"zu den Freiwilligenbataillonen gemeldet hätten (worüber sich durchaus streiten ließ), bedürfe es der Landwehrordnung "vorzüglich für das Landgebiet" (sic). Gemeint waren! Das Werderland, wozu auch der Flecken Vegesack zählte, Das Oberviehland einschließlich des Buntentors, Holler- und Blockland, Hastedt, Schwachhausen, das Niederviehland., d.h. alle jene Gebiete, die weder im Senat noch in der Bürgerschaft vertreten waren, da sie nicht innerhalb des eigentlichen Stadtgebiets lagen (Kirchsprengelordnung!)

Im Proclam vom 21.5.1815 (NO.38) und vom 26./27. 5.1815 (No.40) war dann schlicht nur noch vom Landgebiet die Rede. Praktisch füllte der Senat die ausrückenden Korps also mit der Landbevölkerung auf und verschonte die Stadtbürger, die gegen ihre Einberufung - wie die Proclame vermuten lassen - heftig protestiert hatte.

58) Verordnungen und Proclame 6.1.1815 (No.29)

Gerade die Praxis des Losentscheids eröffnete der Korruption Tor und Tür. Überdies bewirkte die Möglichkeit der Stellvertretung, daß die Begüterten von vornherein die Möglichkeit hatten, dem Landwehrdienst zu entgehen. Näheres in:

2-R.6.b.2.

59) 2-R.6.a.9.

60) 2-R.6.a.9.

Hier sind einzelne konkrete Fälle abgehandelt. So die Eingaben von Samuel Schmidt und Bertha Staberoth. Beide Beschwerzten sich wegen der Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten, die insbesondere in Aufmannskreisen nachteilige geschäftliche Folgen haben mußten (Verhinderung von Auslandsreisen durch Appelle und Verpflichtung zum Exerzieren) Der Mann von B. Staberoth war nach einer Geschäftsreise unter entwürdigenden Umständen in seiner Wohnung verhaftet worden.

Mamman (S.244 ff) zitiert den Fall des Juristen und Freiheitskämpfers Dr. Hölzer. Als Offizier eines Freiwilligenkorps des Jahres 1813 wehrte sich Dr. Hölzer dagegen, nunmehr als Gemeiner in der Bürgerwehr dienen zu müssen. Er wurde jedoch zunächst ebenfalls arretiert, weigerte sich jedoch, die Legitimität des Kriegsgerichts anzuerkennen und bekam - nachdem er sich standhaft auf die alte Verfassung berufen hatte - nach langwierigem Rechtsstreit vom Senat Recht. Der Fall unterstreicht die verfassungsrechtliche Problematik der Militärgesetzgebung auf eindrucksvolle Weise. Die Einzelheiten ebenfalls in:

2-R.6.a.9.

- 61) Verordnungen und Proclame 12.5.1814 (No.46)
2-R.6.a.18.
- 62) So die Bürgerkonventsprotokolle der Jahre 1813-1815.
Die Bürgerschaft meldete sich erst später zu Wort und erhob Kritik an Details, z.B. an der Errichtung des IV. Bataillons. Sie versäumte es hingegen, die verfassungsrechtlichen Aspekte im einzelnen zu analysieren und eine Fundamentalkritik anzusetzen. Es ist geradezu paradox, daß sich die Bürgerschaft für die Einführung des Militärwesens stark machte - die Vorbereitungskommission wurde ja von der vorwiegend bürgerlichen Regierungskommission bestimmt-, die Befehlsgewalt jedoch letztlich dem Senat überließ. Da die öffentliche Meinung gegen das Militär war, verlor die Bürgerschaft vollends ihre Basis, ohne daraus irgendwelche Vorteile zu ziehen oder sich ihr Wohlverhalten durch konkrete verfassungspolitische Absprachen belohnen zu lassen. Dieses scheint einer der wesentlichen Gründe für das Scheitern der Verfassungsreform überhaupt zu sein.
- 63) 2-R.6.a.18.
- 64) 2-R.6.a.18.
Ebenfalls abgedruckt bei Dammann, S.246
- 65) So auch die übrigen Dokumente in:
2-R.6.a.18., die im tenor alle auf die verfassungsrechtlich unhaltbare Situation hinweisen. Sehr deutlich kommt dieses noch einmal in den schon erwähnten Eingaben Dr. Hölzers zum Ausdruck.
Weitere Rechtsstreitigkeiten und bürgerliche Argumente gegen das Militär in:
2-R.6.a.9.
- 66) Lemelson, S.215
- 67) 2-R.6.a.17.
- 68) 2-R.6,a.17.
Ebenfalls abgedruckt bei Lemelson, S.215

Die Bewaffnungsdeputation versuchte später die Lage dadurch zu bessern, daß sie die verhaßten Kriegersartikel vom 12.5.1814 durch die "Disziplinargesetze" ersetzte. Diese am 21.1.1817 verabschiedete Ordnung blieb jedoch ebenfalls Flickwerk und verbesserte die Zustände nicht wesentlich.

2-R.6.a.18.

Dammann (S.249) spricht von der "Völligen Auflösung jeder Ordnung in der Bürgerwehr". Selbst die Bürgerschaft bemühte sich um die Vorschläge neuer Disziplinargesetze. Doch die Gesetze vom 21.1.1817 blieben mit nur geringfügigen Änderungen bis 1818 in Kraft. "Es gelang dem Senat nicht, einen verschärften Artikel durchzusetzen, der tätlichen Widerstand mit Kassation bestrafte. Als der Wehrmann Johann Hermann Wientholt gegen seinen Bataillonschef das Bajonnett fällte, erkannte das Kriegsgericht auf Ausschluß und vierzehn Tage Gefängnis. Wientholt rief jedoch das Oberkriminalgericht an, das die Kassation aufhob, weil der Artikel 26 des Disziplinargesetzes tätliches Widersetzen ohne Beleidigung nur mit Gefängnis bis zu acht Tagen bestrafe." (Dammann, S.250)

69) 2-p.9.d.3.c.34 (20.9.1816)

Denkschrift Joh. Smidts zum Militärwesen und dessen politischer Bedeutung in:

2-M.3.c.6.b.1.a. Kommentiert von Dammann, S.41ff

Die Motive wurden im einzelnen nach Rücksprache mit Senat und Regierungskommission von der Kriegskommission formuliert. Die Schrift findet sich in:

2-R.6.a.1.b. Die Argumentation ging ein in das Gesetz vom 20.1.1811, dem eine umfangreiche Begründung vorangestellt wurde. Vgl. Lemelson, S.207, S.220

70) Verordnungen und Proclame, 20.1.1814 (No.9)

71) Sieveking, Sieveking II, S.59

Perthes, Perthes I, 259

Festerling, S.32

- 72) Neue Bremer Zeitung 26.6.1814. Vgl. Kap V.c. (Smidts diplomatische Mission im Frühjahr 1814 und deren politische Hintergründe und Konsequenzen)
- 73) Stuckenschmidt, S.327 ff.
- 74) Stuckenschmidt, S.328
Die Quellen befinden sich in:
2-R.6.b.1.
- 75) Artikel 11 der Bundesakte. Die Zusammenhänge ergeben sich aus den bremischen Quellen zur "Militärverfassung des Deutschen Bundes -Generalia-" in:
2-M.3.c.6.a.
- 76) 2-R.6.a.1.b.; Vgl. Lemelson, S.207
Eine volkserzieherische Absicht, wie sie H.Stübig für die preußische Heeresreform der Jahre 1807 - 1814 unterstellt, ist in Bremen nicht auszumachen. Dafür war auch wohl die Atmosphäre zu sehr vergiftet und das Militär insgesamt zu schlecht angesehen, was man ja von Preußen eben nicht behaupten kann. Vgl. H.Stübig, Armee und Nation. Die pädagogisch-politischen Motive der preußischen Heeresreform 1807-1814, Frankfurt 1971.
- 77) So Tidemanns Bericht in seiner Schrift "Rockblick auf die Alte Verfassung". Tidemann billigte diese Haltung indessen keineswegs, sondern zog gegen die französischen Einrichtungen heftig zu Felde. In:
2-E.12.b.
- 78) Verordnungen und Proclame, 6.11.1813 (No.2)
Verordnungen und Proclame, 2.12.1813 (No.29)
Vgl. Hiemisch, S.60
- 79) Hiemisch, S.60
- 80) Wittheitsprotokoll v. 6.11.1813, in:
2-Qq.10.c.3.c.
- 81) Verordnungen und Proclame, 6.11.1813 (No.2)
- 82) Wittheitsprotokoll v. 24.11.1813, in:
2-Qq.10.c.3.c.
- 83) Verordnungen und Proclame, 22.11.1813 (No.20)
- 84) Verordnungen und Proclame, 2.12.1813 (No.29)
- 85) Hiemisch, S.61

- 86) Bericht vom 1.12.1813, in:
2-E.12.a.
- 87) ebd., in:
2-E.12.a.
- 88) 2-E.12.a.
- 89) ebd.
- 90) Hiensch, S.62
- 91) Wittheitsprotokoll v. 23.7.1814, in:
2-Qq.10.C.3.c.
- 92) wittheitprotokolle v. 25.6. und 5.7.1814, in:
2-Qq.10.C.3.c. - Vgl. Hiensch, S.63
- 93) Hauptbericht der am 5.4.1814 ernannten gemeinschaftlichen Deputation, Bremen 1814. Dort ist ebenfalls die Stellungnahme des Senats vom 16.12. als Anhang abgedruckt. Vgl. Kap. IV.e.
- 94) Die Gerichtsordnung befindet sich in :
2-Qq.10.C.3.b. (Drei gedruckte Exemplare) und
2-Qq.10.C.3.c. (Handschriftliche Entwürfe, Entstehung der Gerichtsordnung)
- 95) Hiensch, S.69
- 96) Gerichtsordnung, in:
2-Qq.10.C.3.b.
- 97) ebd., in:
2-Qq.10.C.3.b.
- 98) Joh.Smidt in einem Vortrag, der im Herbst 1814 vor den Mitgliedern des Konvents gehalten wurde. In 2-E.12.a. Ebenfalls zitiert bei Hiensch, S.70
- 99) Vgl. Kap. IV.c.
- 100) Hamburg und Lübeck kannten im Gegensatz zu Bremen schon vor 1810 keine privilegierten Gerichtsstände mehr. Vgl. Hiensch, S.71, S.76 ff.

- 101) Das Ratsmannswahlstatut befindet sich in den Verordnungen und Proclamen, 20.3.1815 (No.16) Ebenfalls in den Verfassungsverhandlungen von 1818, in: 2-E.12.i.2.a.
- 102) Vortrag des Rats vom 22.9.1815, in: 2-E.12.i.2.a.
- 103) ebd.
- 104) ebd.
- 105) ebd.
- 106) Vgl. Kap. 9 b
- 107) 2-E.12.i.2.a.
- 108) Statut über die Wahl eines neuen Rathmannes, in: 2-E.12.i.2.a.
- 109) ebd.
- 110) ebd.
- 111) Insbesondere die Ältermänner, die ja kraft Amtes meist eine Führungsrolle im Konvent einnahmen, versuchten die Aufnahme dieses Paragraphen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, indessen ohne Erfolg. Der Rat erwiderte am 5.1.1816, es sei unmöglich, wenn" bey einem so wichtigen Staatsgeschäfte von Privat-Interesse die Rede seyn dürfe". Gleichwohl erhielten die Mitglieder des noch zu errichtenden Oberappellationsgerichts im Gegensatz zu den Ältermännern von vornherein die Möglichkeit, die Wahl in den Rat abzulehnen. Die Bürgerliche Einigkeit und Gleichheit", die der Senat gegen die Exemption der Älterleute ins Feld führte, spielte in diesem Falle offenbar keine Rolle. Ebenfalls in: 2-E.12.i.2.a.
- 112) Duwe, S.63
- 113) 2-E.12.i.2.a.
- 114) ebd.
- 115) ebd.
- Ein Bürgermeister bekam ca. 3.000 Reichstaler
 o Jahr, ein Senator je nach Dienstalter 1.500
 2.000, Die Witwe einen entsprechenden Prozentsatz

116) Ratsmannswahlstatut, in:

- 2-E.12.i.2.a.

9. Die Einflüsse des Deutschen Bundes bis zu
den Wiener Ministerialkonferenzen 1820

- 1) Am ausgeprägtesten vertrat Joh. Smidt von Anfang an den Gedanken der Abhängigkeit der bremischen Verfassungspolitik von externen Einflüssen. So in seinen "Aphorismen", in: 2-M.1.c.1.
ferner in einem Memorandum zur Verfassungsfrage, in: 2-E.12.a.
Im übrigen auch bei den Vorbereitungsgesprächen zum Wiener Kongress in der Wittheit, in: 2-M.3.a.2.a.
- 2) Die umfangreichen diplomatischen Akten des bremischen Staatsarchivs für die Jahre 1814 bis 16 eröffnen einen Ausblick auf die gesamte europäische Entwicklung dieser Zeit aus bremischer Sicht; sie zeigen eindringlich, wie eng die hanseatische Belange mit der jeweiligen politischen Konstellation innerhalb der "Pentarchie" verbunden waren und wie gründlich man sich mit der europäischen Politik auseinanderzusetzen hatte, um als souveräner Kleinstaat politisch bestehen zu können.

Freilich war die bremische Diplomatie nicht an der gesamten Entwicklung gleichmäßig interessiert; sie setzte vielmehr klare, von ihren eigenen Interessen als freie Stadt bestimmte Prioritäten. Zu diesen sind vor allem die folgenden internationalen Abkommen und Verträge zu rechnen:

- I. Der erste Pariser Friedensschluß vom 30.5.1814
 - II. Die zwischen Österreich, Preußen, England und Rußland geschlossene Konvention (Allianztraktat) vom 25.3.1815
 - III. Die Bundesakte vom 8.5.1815
 - IV. Die Wiener Kongreßakte vom 9.5.1815
 - V. Das zweite Pariser Friedensabkommen vom 20.11.1815
- Geringere Aufmerksamkeit fanden hingegen der Abschluß der Heiligen Allianz (23.9.1815) und des Viererbundes (20.11.1815), da diese den Stadtrepubliken ohnehin wenig Vorteile versprachen.

- 3) 2-M.3.a.4.
Die im Repertorium zusätzlich angegebenen
Signaturen
2-G.7.B.2. und
2-M.3.a.7.a. sind nicht mehr vorhanden.
Zum Pariser Frieden vgl. auch:
F.W.Ghillany, Chronik Bd.I, S.519 ff
Ders, Dipl. Handbuch, Bd. I, S. 299 ff
Martens; Nouv. Recueil, Tom II, S.1ff
Gebhard, Handbuch, Bd.II, S.83
- 4) Vertragsplötz, Bd.II, S.119
- 5) 2-M.3.a.4.
- 6) ebd.
- 7) 2-G.7.B.7.
- 8) ebd.
- 9) ebd.
- 10) ebd
- 11) ebd.
- 12) ebd.
- 13) ebd.
- 14) ebd.
- 15) 2-G.7.B.1.No.1.
- 16) ebd.
Wiederum scheint Smidt an diesem Coup beteiligt
gewesen zu sein. Aus der Familienkorrespondenz
geht hervor, daß Smidt in dieser Zeit engste
Beziehungen zu Wellington pflegte, ja mit
diesem in Wien gemeinsam ein Haus bewohnte. In:
7,2o.VI.c.a.
- 17) vgl. hierzu im übrigen auch Kap. . 1o.d.
- 18) 2-B.5.a.7.

- 19) Quellen zum Staatsrecht der Neuzeit, Bd I, S. 22ff.
J.L.Klüber, Akten des Wiener Kongresses,
Bd. II, S. 587 ff
Ghillany, Dipl. Hdb., Bd. II, S. 52ff.
Handbuch der Politik, Bd VI, S. 38ff.
- 20) Festerling, S. 47
- 21) J.L.Klüber, ebd., Vgl Fußnote 99
- 22) Vgl. Kap. IV.c.
- 23) Smidt aus Wien am 21.6.1815, in:
2-M.3.a.3. (Ebenfalls zitiert bei Festerling, S. 48)
- 24) Smidt berichtete darüber in verschiedenen
Schreiben nach Bremen , in:
2-M.3.a.3.
vgl. Gröswank, Wiener Kongress, S. 112
vgl. Festerling, S. 38
- 25) 2-M.3.a.3.
- 26) 2-M.3.a.3. und
2-M.3.a. 5.
Smidt unterstrich vor allem die rechtliche und poli-
tische Gleichstellung der Bundesmitglieder. Am 26.
Mai 1815 protestierte er erstmals gegen den Entwurf
des § 13 der Bundesakte, in dem formuliert war:
"Das fürstliche Haus Thurn und Taxis bleibt in dem
bisherigen Besitze der Posten in den Freyen Städten"
Dieses hätte nach Smidts Meinung eine Diskriminie-
rung bedeutet.
- Ferner protestierte Smidt gegen die Art in der die Fluß-
schifffahrt geregelt war. Dieses war ihm vom Colle-
gium Seniorum eigens aufgetragen worden.
Smidt gehörte indessen der Kommission, die mit der
Lösung dieses Problems zu tun hatte selbst nicht an.
- 27) Festerling, S. 40

28) Die Quellen zum Elsflether Zoll finden sich in:

2-U.15.pp. und

2-U.15.wv.1 sowie

2-U.15.wv.2

Darüber hinaus existiert eine Untersuchung von A. Kuthmann, Die Aufhebung des Elsflether Zolls Brem. Jb. 17, S.77 ff

Der Zoll war durch den Reichsdeputationshauptschluß dank der guten Beziehungen Bremens zu Paris abgeschafft worden. Nach 1813 jedoch erhoben die Oldenburger, die nicht zu Unrecht unterstellten, daß bei der Liquidierung des Zolls bremische Schmiergelder im Spiel gewesen waren, die Abgabe von neuem und drangen damit auch beim Verwaltungsrat durch. Der hieraus resultierende Streit zog sich bis zur endgültigen Abschaffung im Jahre 1820 hin.

Wie wichtig die Angelegenheit genommen wurde, zeigt die Tatsache, daß Smidt in der Zeit vom 6.Sept.1814 bis 16.Nov. 1815 nicht weniger als 18 Schreiben erhielt, in denen dringend die Abschaffung des Zolls auf dem Wiener Kongress verlangt wurde. Die Bremischen Kaufleute warnen in diesem Zusammenhang vor allem vor der Konkurrenz Antwerpens. Der Schriftwechsel findet sich in den Regesten Smidts, in: 7,2oVI.c.a.

Der Durchbruch in den Verhandlungen mit Oldenburg wurde indessen erst im Jahre 1819 erzielt. Smidt berichtete darüber in einem Schreiben vom 27.8.1819, in:

7,2o.VII.C.a.2.b.

29) 2-M.3.a.3.

30) Festerling, S.50 f
Bulle, Das erste Jahr, S. 155 ff

31) Quellen hierzu in:
2-P.9.d.3.c.32 und
2-M.3.a.3.

32) vgl. Kap. 4.a.

33) 2-M.3.a.3.

34) vgl. Kap. 9.b.FN. 28

35) 2-M.3.a.3.

36) ebd.

37) 2-M.3.a.4.

Es fogte in den Jahren 1815 bis 1820 ein langfristiges und protokollgerechtes Ratifikationsverfahren der Kongressakte, in dessen Verlauf Noten mit Österreich, Preußen, Frankreich, Portugal, Rußland und England ausgetauscht wurden. Der Venat empfand offensichtliche Genugtuung über seine Anerkennung im europäischen Rahmen, die aus der Prozedur zu sprechen schien. Smidt aus Wien an Gröning (1.5.1816): "Wenn man ausdrücklich aufgefordert wird, auf gleichem Fuß mit größeren Staaten in Hinsicht solcher Formen zu verfahren, so sollte man dieselben aus Bequemlichkeit hier nicht vernachlässigen!" In: 2-M.3.a.4.

38) vgl. Engelsing, S. 30 ff, S.40 f, S. 44 ff.

39) Festerling, S.52

40) Die Enttäuschung in den Gemeinden - hier vor allem anhand der Ansgarii-Kirche dargestellt - schildert Eindringlich Nixdorf, S.358 ff
vgl auch Kap. 5

- 41) vgl. Festerling, S. 35 ff
- 42) So Bulle, Was erste Jahr in Frankfurt, in:
Gedenkbuch, S 88 ff
- 43) ebd.
- 44) Festerling, S.38 ff
- 45) v. Bippen,III, S.405
- 46) vgl. Kap. 5.
- 47) 7,20.VII.c.b.
vgl. Festerling, S. 42 ff, 54 ff, 59 ff
- 48) Bulle, Was erste Jahr in Frankfurt, in:
Gedenkbuch, S.91.
- 49) Festerling, S.50
- 50) Das wurde von Smidt selbst konzediert. Vgl.
vor allem die Regesten, in:
7,20.VII.c.b.
- 51) vgl. Kap. 9.b.
- 52) 2-U.15.pp.
2-U.15.wv.1
Vgl. Kuthmann,a.a.O.,S.77 ff
- 53) E.Baasch,Die Hansestädte und die Barbaresken,
in:Beiträge zur deutschen Territorial-und Stadt-
geschichte, 1.Serie, 3. Heft.Kassel 1897
Smidt äußerte sich ebenfalls ausführlich zu die-
sem Problem, in:
7,20.VII.c.b.
weitere Quellen bei Festerling, S.54 ff
- 54) Bulle, S.169
- 55) G.Sasse, Bremisches Zeitungswesen bis 1848,
Diss. Bremen 1932, S.36 ff.
wichtige, von Sasse noch nicht benutzte Quellen
befinden sich im Smidt-Archiv, in:
7,20.c.b.1

ausführlich berichtete Horn über die Bremer Zeitung an Smidt, so am 1.1.; 10.2.; 21., 26., 29.4.; 3.8., 15., 5.; 14.6.; 2., 15., 25., 29.10.; 8.11.; 8.12.1818
Smidt wiederum wandte sich mit einer Fülle von Schreiben an Gröning. Aus der Korrespondenz geht klar hervor, daß Smidt Dr. Bercht für den Posten des Redakteurs ausgewählt hatte und daß er diesen lange Zeit deckte.

56) 7, 20.c.b.1.

57) H.Tidemann, Die Zensur in Bremen von den Karlsbader Beschlüssen 1819 bis zu ihrer Aufhebung 1848, in: Bremer Jb.31 (1928), S.370 ff

58) Der § 17 des "Hauptberichts" besagte: "Die Beschlüsse über die Zensur sind ausgesetzt, bis sich ergeben haben wird, ob in dieser Hinsicht allgemeine Reichsbeschlüsse(sic) stattfinden werden"
Das Gutachten der Vorbereitungskommission kommentierte: "Die Freyheit des Gedankenwechsels ... scheint der Vorbereitungsdeputation im Allgemeinen und an sich genommen eins der edelsten Güter freyer Menschen"

59) Bremer Zeitung v. 21.4.1818

60) H.Tidemann, Zensur, S. 387

61) Ebd. Vgl. auch Sasse, S.43

62) Sasse, S.44 f

63) zit. n. Nixdorf, S. 362

zu den diplomat. Verwicklungen vgl. Nixdorf, S.374 ff

64) zit. n. Nixdorf, S.377/78

64a Zum Frauenverein vgl.

2-G.7.c.6

Die Vorgänge im "Haus Seefahrt" sind ausführlich geschildert bei: K.H. Schwebel, Haus Seefahrt, Bremen 1947, S. 65 ff.

Die Quellen liegen in:

2-T.6.m.1.

65) H. Tidemann, Zensur, S.371

66) Zit. n. Sasse, S.41

Die Offizialkorrespondenz, eine der wichtigsten Quellen für die allgemeine Entwicklung nach 1814 überhaupt, wurde während des letzten Krieges nach Berlin ausgelagert. Ein Teil der Akten ging verloren, ein anderer befindet sich im DZA Potsdam. Inzwischen sind wesentliche Teile des Bestandes in Bremen wieder auf Mikrofilm zugänglich, so die Korrespondenz des Senatsyndikus:

2-M.3.b.3.b.2.c.4 - Die in Bremen vorhandenen

Berichte aus dem September 1819 sind ausreichend zur Bestätigung der Version H. Tidemanns. Von unserer Seite wurden ferner die neu zusammengestellten Regesten herangezogen, die eine Zusammenstellung von Smidts "halbamtlicher" Korrespondenz mit einzelnen Senatsmitgliedern beinhaltet, in:

7,20.VII.c.b.1

Wichtig sind auch in diesem Zusammenhang die in Bremen lagernden Protokolle der Bundesversammlung aus dem Jahre 1819, in:

2-M.3.b.2.a.4.

Die Berichte über die Stimmführung der Gesandten der vier freien Städte für die Zeit vom 1.2. bis 30.11.1819 (von der Zeit, die zwischen Smidts Rückkehr nach Frankfurt und seiner Weiterreise nach Wien lag) befinden sich in :

2-M.3.b.5.

67) H. Tidemann, Zensur, S.372

Buol entschuldigte den Affront gegen die Hansestädte nachträglich mit der merkwürdigen Begründung, der "k.k.Gesandte bei den Hansestädten, Herr von Höfer, (sei) ein so abgelebter Mann, daß er sich zu konfidentiellen Mitteilungen der Art nicht mehr recht eigne" (ebd.)

68) ebd., S.373

69) ebd., S.374

70) Grönings Bericht vom 30.Sept.1819, in:

2-M.3.b.3.b.2.c.4

71) H.Tidemann, Zensur, S.375

- 72) Man habe die Hansestädte nicht frühzeitig informieren können, so argumentierte die österreichische Diplomatie, "weil man die Verfassungen der Städte nicht genug kenne, um zu wissen, ob der Senat der einen oder der anderen nicht konstitutionsmäßig verpflichtet sei, der Bürgerschaft sofort Mitteilung zu machen, was wegen der Geheimhaltung nicht zu wünschen sei"(Smidts Gesandtschaftsbericht vom 15.9.1819; zitiert nach H. Tidemann, Zensur, S.372, da das Original verschollen ist)
- 73) 7,2o.VII.c.b.1.
- 74) H.Tidemann, Zensur, S.375
- 75) 2-M.3.b.3.b.2.c.4.
- 76) Text bei E.R.Huber, Quellen zum Staatsrecht der Neuzeit I, (1949),S.29 ff.
- 77) F. Hartung, S.176
- 78) ebd. S.177
- 79) Sh. Schieder, in:Gebhardt III, S. 104
- 80) Festerling, S. 72
- 81) Wichtige Quellen zu den innerbremischen Auseinandersetzungen und Konsequenzen finden sich in:
 2- E.12.i.3.a. und
 2- P.9.d.3.c.35 (Bürgerkonventsprotokolle)
 Eine gedruckte Zusammenfassung wichtiger Quellen liegt vor unter dem Titel: "Verhandlungen über die Verfassung der freien Hansestadt Bremen vom 1.Mai 1818 bis 28. Juli 1820" (Bremen 1821)
- 82) 2- P.9.d.3.c.35
- 83) 2- P.9.d.3.c.35
- 84) 2- P.9.d.3.c.35
- 85) 2- P.9.d.3.c.35
- 86) Festerling, S.69
- 87) ebd. S.70
- 88) ebd. S.69
- 89) Metternich zu Hach:"Man hat uns mit der Nachricht geschreckt, daß Herr Senator Smidt kommen werde"
 zit. n. Kretschmar, Hach, S.83

- 90) Die bremische Historiographie (Duntze, v. Bippen, etc) übergeht diese Episode hanseatischer Außenpolitik entweder vollständig oder läßt sich zu sehr undeutlichen Anspielungen herab. Offensichtlich war die Person Smidts noch vor wenigen Jahren sakrosankt. Eine deutliche Schilderung gibt indessen - aus einer gewissen Distanz heraus - der Lübecker Historiker Kretschmar, Hach, S. 85. Festerling konnte seinerzeit die Hachsche Kritik an dem Versagen Smidts in Wien im Winter 1819/20 noch nicht anerkennen ("Kretschmar.. sieht nur eine Seite"), brachte jedoch keine Gegenargumente und keine Quellen, die das Gegenteil belegten.
- 91) 2- M.3.d.2.a. (Senatskorrespondenz zwischen Hamburg und Bremen) Hachs Berichte in:
2- M.3.d.2.e. waren - wie Festerling richtig bemerkte - vollständig unergiebig und unorientiert. Vgl. hierzu Festerling, S. 68 ff.
Kretschmar, Hach, S. 80 ff.
- 92) Vgl. die Rats- und Bürgerkonventsprotokolle v. 16. u. 19. Juni und 28. Juli in:
2- P.9.d.3.c.35 und
2- E.12.i.3.a.
- 93) ebd.
- 94) F. Hartung, S. 176
- 95) Argumentation des Senatssyndikus auf dem Bürgerkonvent vom 28. Juli 1820 in:
2- P.9.d.3.c.35
- 96) Artikel 57 der Wiener Schlußakte, zit. n. Huber, a.a.O.
- 97) Artikel 59, ebd.
- 98) Daß diese konservative Stromung, die sich entschieden gegen den französischen Einfluß - insbesondere gegen das Montesquieusche Gedankengut richtete - in Bremen bereits in gewissen Kreisen seit 1814 vorhanden waren, zeigt u.a. die vielzitierte Schrift von A.D. Tidemann, Rückblick auf die Alte Verfassung, in:
2- E.12.b. Die Veröffentlichung war nur seinerzeit mit Rücksicht auf die Öffentliche Meinung unterbunden worden

99) Während die energische Vertretung der Hansestädte in Wien in den Jahren 1814/15 dazu führte, daß diese in der Schlußakte angemessen berücksichtigt wurden, führte die schwache Vertretung durch Hach 1819/20 dazu, daß man sich auf die "Grundprinzipien" beschränkte, d.h. die Sonderrechte bzw. den Sonderstatus der "Republiken" nicht mehr in dem bisherigen Maße Rechnung trug. Es fand rein sprachlich eine leichte Akzentverschiebung statt, die aber in der Sache durchaus gewichtig war. Beispiel: In der Schlußakte war von den "Souveränen Fürsten und den freien Städten" die Rede; in der Schlußakte hieß es, der Bund bestehe ^h mit Ausnahme (sic) der freien Städte aus souveränen Fürsten". Im weiteren Verlauf des Textes nivellieren sich die Nuancen noch mehr; es wird die besondere verfassungsrechtliche Form der Städte kaum noch berücksichtigt, so daß durchgehend von dem "Souverän", ja von dem "Oberhaupt des Staates" die Rede ist. Dieses konnte der Senat nun ohneweiteres auf sich beziehen, denn seine Stellung als "Kollektives Staatsoberhaupt" war selbst während der hitzigen Verfassungsdiskussion des Jahres 1814 niemals bestritten worden. (Allenfalls machte man dem Senat die legislativen bzw. judikativen Funktionen strittig). Zu der Stellung als "Oberhaupt" kamen nach Maßgabe der Schlußakte nun automatisch die alten legislativen Prärogativen wieder hinzu. Daß dieses keine staatsrechtliche Spekulation ist, sondern vom Senat genau so ausgelegt wurde, beweist seine Reaktion auf die Schlußakte. Wir werden im späteren Zusammenhang sehen, daß der Senat unmittelbar im Anschluß an die Ratifikation der Schlußakte durch seine Erklärung vom 28. Juli die gesamte Verfassungsdiskussion, die ja unter den gegebenen Umständen ohnehin überflüssig geworden war, zum Abschluß brachte, womit die "Restauration" in Bremen komplett war.

10. Die letzten konstitutionellen Projekte und der
ungültige Abbruch der Verfassungsverhandlungen 1820

- 1) Vgl. Kap. 8.a - d.
- 2) Verordnungen und Proclame 30.5.1816 (No.24)
- 3) ebd.
- 4) Verordnungen und Proclame 29.8.1815 (No.53)
- 5) Verfassungsverhandlungen von 1818, in:
2-E.12.i.2.a.

- 6) Verfassungsverhandlungen von 1818, in:
2-E.12.i.2.a.

Die Finanzdeputation wurde einige Zeit später,
durch Beschluß vom 3.11.1816, ins Leben gerufen.
Sie bestand laut Protokollnotiz aus "4 Mitgliedern
des Senats und 12 Deputierten der Bürgerschaft,
deren 4 zum Collegium der Aeltermänner gehören"
während Senat und Bürgerschaft das Budget auf-
stellten und bewilligten, oblag der Finanzdepu-
tation vor allem die ständige Kassenprüfung, die
mindestens einmal monatlich vorgenommen wurde.
Durch die bürgerliche Mehrheit in dem Ausschuß
versuchte der Senat von vornherein zu verhindern,
daß der peinliche Vorwurf der Finanzmanipulation
erneut erhoben wurde. Eigentliche politische Funk-
tionen hatte der Ausschuß jedoch nicht: er war
wesentlich ein Instrument der Verwaltung.

- 7) Duwe, S.54
- 8) 2-E.12.i.2.a.
- 9) Verordnungen und Proclame 15.6.1817 (No.28)
- 10) Vgl. Kap. 8.d.
- 11) Vgl. Duwe, S.71
Ausgenommen von der Zweiteilung war der Flecken
Vegesack, der eine eigene Verwaltungseinheit
bildete.

- 12) In dem Hauptbericht war die Möglichkeit der Beteiligung der Landbevölkerung angedeutet, aber nicht weiter ausgeführt worden. Doch selbst die Bürgerschaft, die engstirnig wieder ihre eigenen Rechte bedroht sah, rückte am 31.3.1816 davon ab, indem sie erklärte, sie behalte sich ihre Stellungnahme noch vor; diese Stellungnahme erfolgte dann aber nicht - eine höfliche (und, wie mir scheint, typisch "bremische") Form der Absage. In:
2-E.12.i.2.a.
- 13) Verordnungen und Proclame 12.5.1815 (No.37)
- 14) Verordnungen und Proclame 21.5.1815(No.38)
- X 14) Verordnungen und Proclame 27.5.1815 (No.40)
- 15) Der Text befindet sich in:
Verordnungen und Proclame 14.12.1818 (No 42)
Über die Vorgeschichte gibt Auskunft:
Verfassungsverhandlungen 1820, in:
2-E.12.1.3.a. - Weiterhin
Verfassungsverhandlungen 1818, in:
2-E.12.i.2.a.
- 16) V.Bippen, III, S.447
- 17) ebd., S.448
- 18) Duwe, S.69
Vgl. auch Duckwitz, Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben von 1841-1861, Bremen 1877, S.169 ff.
- 19) Bürgerkonventsprotokolle 1815, in:
2-P.9.d.3.c.33
Es fanden 1815 insgesamt 22 Sitzungen statt. Die Tagesordnungen sind in der Tat überraschend und aufschlußreich zugleich. Beispiele finden sich weiter unten im Text. Hier einige weitere Kostproben
20.1.: Neuorganisation der Steuer
4.4.: Gezwungene Staatsanleihe und Bürgergarde
21.4.: Nochmalige Beratung des Hauptberichts
(Bereits zum wiederholten Male!)

2.6.:Ablauf der vom Senat geschlossenen Mietverträge, Gassenreinigung, Gassenerleuchtung.

9.6.:Militärsachen

23.6.: Weitere Beratung des Hauptberichts

11.7.: Gassenreinigung und erleuchtung,

Verordnung über die Führung des Zivilstandsregisters, Oberappellationsgericht, Bürgerwehr, Stellung der Utbremer und Pagenthorner, etc.

Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Von den Schicksalhaften Entscheidungen ist indessen in den Konventsprotokollen dieser Zeit sehr wenig zu spüren. Eines der ganz seltenen Beispiele für die Außenpolitik ist die kurze Erwähnung des Akzessionsvertrags , da für die Stellung des Kontingents, zu dem der Senat sich verpflichtet hatte, die Zustimmung der Bürgerschaft erforderlich war.

20) Der Senat beklagte den nachlassenden Konventsbesuch mehrfach in den Jahren 1815 und 1816. Ausgiebig kam das Thema am 1.11.1816 zur Sprache. In:

2-E.12.i.2.a.

21) Bürgerkonventsprotokolle 1815. in:

2-P.9.d.3.c.33.

22) Der Rat am 1.11.1816, in:

2-E.12.i.2.a.

23) Vgl. hierzu die neu zusammengestellten Regesten Smidts. Hieraus geht eindeutig hervor, daß Smidt trotz seines bemerkenswerten außenpolitischen Engagements ständig mit größter Aufmerksamkeit und Sorge die Verfassungsentwicklung in Bremen beobachtete und sich hierüber aus verschiedenen Quellen auf dem laufenden hielt. In:

7,20.VI.c.b.

Über die Verfassungsentwicklung berichteten vor allem Horn Noltenius Vollmers und Gröning.

Letzterer vom 21.Sept. 1814 bis 7.Juli 1815 insgesamt 24 Mal. Das ordnungsgemäße "Funktionieren"

der Verfassung erschien nicht zu Unrecht als notwendige Voraussetzung seiner diplomatischen Tätigkeit überhaupt.

- 24) 2-E.12.i.2.a.
- 25) 2-E.12.i.2.a.
- 26) Im Hauptbericht war der Gedanke der Beteiligung des Landgebietes angesprochen worden. Der Konvent verfolgte diesen aber nicht weiter.
Vgl. Fußnote 12 (oben)
- 27) 2-E.12.i.2.a.
- 28) Verordnungen und Proclame 14.12.1818 (No.42)
- 29) ebd.
- 30) 2-E.12.i.2.a.
- 31) 2-E.12.i.3.a.

Die verschiedenen Deputationen waren folgende:

- 1. Collegium Seniorum
- 2. Diakonen
- 3. Offiziere der Bürgerwehr
- 4. Finanzdeputation
- 5. Bewaffnungsdeputation
- 6. Militärdeputation
- 7. Reklamationsdeputation
- 8. Löschanstalten
- 9. Verwaltung des Fonds der Hauptschule
- 10. Verwaltung des Remberti-Hospitals etc.
- 11. Johanniskloster und Krankenhaus
- 12. Deputation bei der Convoje
- 13. Weinkeller
- 14. bürgerliche Vorbereitungsdeputation, (Verfassung)
- 15. Deputation beim Zuchthaus
- 16. Verwaltung der Bürger-Viehweide
- 17. Schuldentilgung
- 18. Schoßerhebung (Steuer)

- 32) Der Pat behielt sich ausdrücklich das Recht vor, auch die b ü r g e r l i c h e n Mitglieder gewisser,

ihm wichtig erscheinender Deputationen zu ernennen
Dieses geschah in den Erklärungen vom 1.11.1816
und 8.11.1816, in:

2-E.12.i.2.a.

33) Dammann, S.269 ff.

34) 2-E.12.i.2.a.

Nicht konventsfähig war, wer

- jünger als 25 Jahre war,
- als Zugewanderter nicht mindestens 3 Jahre hier gelebt hatte,
- als Bremer nicht mindestens 1 Jahr hier gewohnt hatte,
- Beamter, Prediger oder Lehrer war,
- seine "Insolvenz" angezeigt hatte,
- unzurechnungsfähig war,
- die Bedingungen des Konventsbürgers nicht erfüllte
(Text)

35) Im Gegensatz zu den vorangegangenen Kapiteln ist das
Oberappellationsgericht sowohl unter historischen
als auch unter juristisch-institutionellen Gesichtspunkten
relativ gut erforscht. Zu nennen sind
die folgenden Arbeiten:

A. Hagedorn, Gedenkblatt zur Erinnerung an die
Einsetzung des Oberappellationsgerichts der vier
Freien Städte Deutschlands in Lübeck am 13. November
1820, Hamburg o.J. (1920), in :

ad 2-Qq.10.G.1.a.

v. Bippen, Die Gründung des Lübeckischen Appella-
tionsgerichts, in: Hanseatische Geschichtsblätter,
Jg 1890/91, Leipzig 1892, S.25 ff.

H. Wogatzki, 120 Jahre oberste Hanseatische Ge-
richte, in: Das Hanseatische Oberlandesgericht,
Gedenkschrift zu seinem 50 jährigen Bestehen,
Hamburg 1939

- Ferner sind die einschlägigen Kapitel in den Arbeiten von Hiemsch und von Festerling heranzuziehen. Duwe geht auf die Fragestellung nicht ein.
- 36) Verordnungen und Proclame 17.7.1820 (No.24), 6.11.1820 (No.42), 9.11.1820 (No.48)
 - 37) Hiemsch, S.79 ff
 - 38) Hiemsch, S.51
 - 39) Hagedorn, S.11
 - 40) 2-Qq.10.G.1.b.
2-Qq.10.G.1.e.
vgl. Hiemsch, S.81
 - 41) Festerling, S.57 f
Hiemsch, S. 81 ff
 - 42) ebd.
 - 43) zit.n.Hagedorn, S.22, S.36
 - 44) Smidt berichtete über den Vorfall in seinen Briefen vom 24. Juni 1817, 25. Juni 1817, 27. Juni 1817
Die Zitate stammen aus dem Schreiben vom 24. Juni, in: 2-Qq.10.G.1.b. (Dort auch die übrigen beiden Schreiben)
Weitere Smidt-Briefe zitiert im Zusammenhang mit dem Oberappellationsgericht Festerling, S.58.
Hier sind die Fundstellen jedoch im einzelnen nicht bezeichnet, was das Auffinden außerordentlich erschwert, da die Briefe unter den Unterschiedlichsten Gesichtspunkten durch viele Konvolute verstreut sind oder infolge von Kriegseinwirkungen völlig verloren gingen. Bislang existiert noch keine verlässliche Übersicht über die Smidt-Korrespondenz. Zum Teil befinden sich einzelne Schreiben sogar noch in privater Hand.
 - 45) Hiemsch, S. 81 ff
 - 46) Duwe, S. 2
 - 47) Die Verhandlungen der Bürgerschaft über das Oberappellationsgericht in :
2-Qq.10.G.1.c.

Senat und Bürgerschaft verständigten sich - wie so häufig, wenn es um entscheidende Fragen ging - über diesen Gegenstand wiederum im Rahmen einer gemeinschaftlichen Deputation. Deren Sitzungsberichte und Protokolle in :

2-Qq.10. G.1.d.

- 48) Vgl. Kap.II.d., insbesondere die Ausführungen über den Kurtzrockschen Vergleich. Dieser ist ein bedrutes Beispiel dafür, daß von den Reichsgerichten bürgerlichen Korporationen auch gegen den Rat Recht gewährt wurde, was durchaus im Einklang mit der "Eintracht"Stand. In:

2-P.9.c.A.II

- 49) 2-Qq.10.G.2.a

Die - zunächst provisorische-Ordnung des Oberappellationsgerichts ist bereits ausführlich beschrieben bei Hiemsch. S. 83 f

- 50) ebd.

- 51) Hiemsch, S.84

- 52) ebd.

- 53) ebd.

- 54) 2-Qq.10.B.II.16.

vgl. Hiemsch, S.52, S.80f

- 55) v.Bippen,III, S.331 ff

- 56) ebd.S.333

- 57) 2-Qq.10.G.1.b.

- 58) Verhandlungen über das Thema vor allem am 25.Nov., 30.Nov,23.Dez. 1814 und am 4. Jan.,17.März, 9.Mai und 18. August 1815 (Ab März 1815 unter Einschaltung der Bürgerschaft, vorher ohne diese) In:
2-Qq.10.G.1.b.

- 59) Festerling, S.57 f

- 60) 2-Qq.10.G.1.f. Die Verhandlungen wurden später nicht mehr von Smidt selbst geführt, sondern von einem Herrn Senator Meier, jedoch nach Smidts Konzept. Zu den schwierigen Verhandlungen mit Hamburg vgl. auch die Schrift von Hagedorn.

- 60) vgl. Kap. VI.
- 62) 2-U.15.w.w.1.
2-U.15.w.w.2.
vgl. A.Kuthmann, Die Aufhebung des Elsflether Zolls,
in: Brem.J.B. XVII, 1895, S.77 ff.
- 63) Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bremens in
der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist durch-
aus noch nicht erschöpfend behandelt. Wichtige Grund-
lagen wurden gelegt von F. Prüser, Kleine Bremer
Wirtschaftsgeschichte, in: Heimatchronik der Freien
Hansestadt Bremen. Köln 1955; L. Beutin, Bremen
und Amerika. Bremen 1953; vgl. auch Festerling, S.86 ff.
- 64) vgl. Kap. V.a.b.
- 65) Verordnungen und Proclame, 19.8.1820 (No.25)
- 66) Verordnungen und Proclame, 9.11.1820 (No.43)
Die Vorverhandlungen begannen bereits 1818, in:
2-Qq.10.C.4.a.
vgl. Hiemsch, S.86 ff
- 67) Hiemsch, S.88
- 68) 2-P.9.d.3.c.35
Abgedruckt ist die Erklärung über die Beendigung
der Verfassungsverhandlungen in:
Verhandlungen über die Verfassung der Freyen Han-
sestadt Bremen vom 1.Mai 1818 bis 28. Juli 1820, S.83 ff.
Die Quelle befindet sich in:
2-E.12.i.3.a.
- 69) ebd.
- 70) vgl. noch einmal Tettenborns Erklärung vom 6.Nov.1813.
Tettenborn hatte die Wiederherstellung der Verfassung
verfügt, jedoch mit der A u f l a g e , daß die
auf "Burchaus friedliche und ruhige Verhältnisse be-
rechnete Verfassung" einer "provisorischen Modification
bedarf"? was die Verfassungsverhandlungen einge-
leitet hatte. In:
2-E.12.a.
- 71) v.Bippen, III, S.450
- 72) ebd.

73) 2-E.12.i.3.a.

74) 2-E.12.i.3.a.

75) 2-E.12.i.3.a.

76) Verordnungen und Proclame, 19.6.1820 (No.20)

77) Verordnungen und Proclame, 19.6.1820 (No.20)

Die Wiener Schlußakte wurde dort . in vollem Wortlaut abgedruckt. Der Senat ergänzte das Dokument durch den Zusatz, der Text sei durch Senatsbeschuß vom 16. und 19. Juni bestätigt worden, habe also auch für Bremen volle Gültigkeit, Dieses bestätigt noch einmal die bereits in den Kapiteln V und VII aufgestellte These vom Einfluß der Bundespolitik auf die bremische Verfassungsentwicklung. Duwe und Müller gehen auf die Wiener Schlußakte nicht ein,

11. Die zunehmende Ambivalenz der wiederhergestellten Verfassung und die Verschleierung der wahren Machtverhältnisse

1) 2-P.9.c.A.II.No.16

Vgl. Kap. 3.c.

2) Vgl. E. Fraenkel und K. D. Bracher, Staat und Politik, Frankfurt 1957, S. 300 ff.

Die bremische Verfassung von 1820 anerkannte weder das Prinzip "der Teilung und Hemmung der gesetzgebenden, gesetzessvollziehenden und richterlichen Gewalt" noch waren eindeutig die Rechtsnormen festgelegt, die "die Bestellung, Struktur, Zuständigkeiten und Funktionen der höchsten Staatsorgane regeln und die außerdem die grundlegend wichtigen individuellen Freiheitsrechte gegenüber der gesetzgebenden, gesetzessvollziehenden und richterlichen Gewalt gewährleisten".(ebd., S.300) Wichtig erscheint weiterhin, daß die bremische Verfassung weder eindeutig war - der Interpretationsspielraum war jedenfalls ungewöhnlich groß - noch von einer breiten Mehrheit getragen wurde. Es wurde aber trotz allem der Terminus "Verfassung" beibehalten, da er aus der Zeit heraus gerechtfertigt erscheint: Senat und Bürgerschaft sprachen beide vorbehaltlos von "Verfassung" oder "Konstitution".

3) Vgl. Festerling, S.88 ff

4) Wittheitsprotokolle 1820, in:

2-P.6.a.9.c.3.b.No.73

5) ebd.

6) ebd.

7) 2-P.9.c.A.XV.

8) ebd.

9) 2-S.1.III.

10) Staatskalender von 1820: In 80 von 81 dort aufgeführten "Ämtern, Societäten und Bruderschaften" saßen Senatoren als Morgensprachherren.

- 11) Vgl. hierzu vor allem die Eingaben aus dem Jahre 1831, ebenfalls in:

2-S.1.III.

Welche Schonung die Ämter seitens der Obrigkeit erhielten, ernennt der folgende Vorgang: Im Januar 1824 wollte sich in Bremen ein Aloisius Wranna aus Wbchim in Böhmen als Meister im Weißgerberhandwerk niederlassen und stellte ein entsprechendes Gesuch. Der Antrag führte im Senat zu der Überlegung, "ob das gedachte Amt, von welchem dem Vernehmen nach fast keine Mitglieder mehr vorhanden, aufzuheben sey." (Wittheitsbeschluß vom 28.1.1824) Umständlich wurde zunächst eine Kommission eingesetzt, die sich zu der Erkenntnis durchrang, "es sei nicht geraten, die Weißgerberzunft sofort aufzuheben, wodurch ein Grundsatz unseres Staats verletzt und wohlerworbene Rechte unserer Bürger beeinträchtigt würden." (18.6.1824) Ebenfalls in:

2-S.1.III.

- 12) Eingabe der Zünfte vom 9.3.1831, in:
2-S.1.III.

13) ebd.

- 14) Ein b Rechtsgutachten über die verfassungsmäßigen Rechte der Älterleute wurde von einer vom Senat im Jahre 1848 eingesetzten Deputation erstellt. Das Gutachten analysiert einleuchtend die Entwicklung nach 1813, besonders aber in den 20er Jahren. In:
2-P.9.c.A.XIX.

15) ebd.

16) ebd.

17) ebd.

18) ebd.

19) ebd.

21) ebd.

22) ebd.

23) ebd.

24) Das belegen eindeutig die Wittheitsprotokolle
aus dieser Zeit, vor allem:

2-P.6.a.9.c.3.b. No.73 und

2-P.6.a.9.c.3.b. No.74

25) 2-P.9.c.A.XIX

26) ebd.

27) ebd.

28) ebd.

12. Die politischen und sozialen Folgen der
gescheiterten bremischen Verfassungsreform

- 1) Der Vorgang ist ausführlich belegt in:
2-D.17.b.4.a.1.
- 2) ebd.
- 3) ebd.
- 4) Schaefer, S. 161, v. Bippen, III, S. 413 ff.
- 5) 2-D.17.b.4.a.1.
- 6) ebd.
- 7) Engelsing, S. 26 ff
- 8) Festerling, S. 94
- 9) Engelsing, S. 27 ff
- 10) ebd., S. 30
- 11) Schaefer, S. 161
- 12) Engelsing, S. 27
- 13) ebd., S. 29
- 14) zit. n. Engelsing, S. 29
- 15) vgl. Kap. 1
vgl. K. Reincke, Das bremische Bürgerrecht, in:
Brem. Jb. Bd. 32, 1929
- 16) vgl. Schaefer, S. 53 ff
- 17) 2-S.1.III
vgl. auch Kap. 4. b.
- 18) vgl. Kap. 8.b.
- 19) Kritische zeitgenössische Beobachter bestätigen
dieses eindeutig. Verwiesen sei vor allem auf
A. Duckwitz, Fragmente aus meinem Leben, Bremen 1842,
S. 69 ff. In ganz ähnlichem Sinne äußerte sich
der vom Senat infolge seiner spitzen Feder gefürchtete
und verhaßte Kaufmann und Publizist Johannes Rösing.
Seine Schriften wie auch das in Bremen gegen ihn
gesammelte Material finden sich größtenteils in:
2-P.9.d.1.a.Nr. 15
Vermutlich geht auch eine Pressekampagne im
Leipziger "Komet" gegen die vom Senat in Bremen
verursachten konstitutionellen Zustände letztlich
auf Rösing zurück. Vgl. vor allem die Ausgaben des
"Komet" vom 6.10.1834 bis 9.2.1835.

Bestätigt wird der von Rösing erhobene Vorwurf des Machtmißbrauchs und der Verfassungsmanipulation auch von unverdächtigen "neutralen" Blättern, z.B. in diversen Ausgaben der "Hannoverschen Zeitung" im Frühjahr 1832. Die "Hannoversche Zeitung" v. Dienstag, d. 21.2.1832: "Der Fehler (des bremischen Verfassungslebens) liegt darin, daß trotz des schönen republikanischen Namens und trotz des 13ten Artikels der D.B.A. die Stadt Bremen nur eine sehr mangelhafte, eigentlich bloß scheinbare, die Vorstadt aber gleich dem Gebiete keine Theilnahme am öffentlichen Leben hat." (sic !)

- 20) "Der Komet" v. 12.3.1835
- 21) ebd.
- 22) ebd.
vgl. auch A. Duckwitz, a.a.O., S. 70 f.
- 23) Nachzulesen in den Rösingschen Prozeßakten, in:
2-P.9.d.1.a.Nr. 15
- 24) "Der Komet" v. 12.3.1835
- 25) Verordnungen und Proclame der freien Hansestadt
Bremen im Jahre 1832, Bremen 1833
- 26) Vgl. H. Tidemann, Die Zensur in Bremen von den
Karlsbader Beschlüssen 1819 bis zur Aufhebung 1848,
in: Brem Jb. Bd. 31, 1928
- 27) "Der Komet" v. 11.2.1835
- 28) vgl. Kap. 9.c., 9.d., 10.d.
- 29) Vgl. v. Bippen, III, S. 413 ff
Festerling, S. 82 ff
Prüser, Heimatchronik, S. 306 ff
L. Beutin, Bremen und Amerika, Bremen 1953, S. 22 ff
- 30) vgl. W.v. Bippen, Die Gründung Bremerhavens, in:
Johann Smidt. Ein Gedenkbuch zur Saekularfeier
seines Geburtstages, hrsg. von der Historischen
Gesellschaft des Künstlervereins zu Bremen.Bremen 1873
- 31) vgl. Kap 3.c.
- 32) vgl. Kap 3.c.
- 33) Festerling, S. 95
- 34) vgl. Kap. 11

QUELLEN UND LITERATUR

A. Ungedruckte Quellen im Staatsarchiv der
Freien Hansestadt Bremen

- 2-B.5.a.7.vol.1 Korrespondenz mit Syndikus Curtius
in Lübeck 1813-1846
- 2-B.5.a.7.vol.2 Korrespondenz mit Senator/Bürger-
meister Bartels in Hamburg 1815-1834
- 2-D.17.b.4.a. Aufruhr, Tumult etc - Generalia
- 2-D.17.b.4.c. Untersuchung wider Johannes Rösing,
a.a.
- 2-D.17.f.4.b.1.b. Verbalinjurien etc. 1616-1824
- 2-Dd.6.b.1. Anwesenheit regierender Herren etc.
- 2-Dd.11.c.2.P.3.c2 Bei dem Senat akkreditierte Gesandte
etc., hier: Delius (Preußen)
- 2-E.12.a. Wiederherstellung der alten Ver-
fassung - Generalia
- 2-E.12.b. Senator A.D.Tidemanns, "Rückblick
auf die alte Verfassung"
- 2-E.12.d. Bürgerkonventsprotokolle über die
Wiederherstellung der Verfassung
- Konzepte, Auszüge, Abschriften
- 2-E.12.e. Vorbereitungsdeputation der Bürger-
schaft für die Konstitutionsver-
handlungen
- 2-E.12.i.2.a. Verhandlungen über die Verfassung ...
1818 (Impressum)
- 2-E.12.i.3.a. Verhandlungen über die Verfassung
vom 1.5.1818 -28.7.1820 (Impressum)
- 2-F.4.a.I. Provisorische Regierungskommission
- Einsetzung, Verhandlungen 1813-1847
- 2-F.4.a.II.1. Protokolle 1813/1814
- 2-F.4.a.II.2. Beilagen
- 2-F.4.a.II.3. Protokolle 1814/1815
- 2-F.4.a.II.4. Beilagen
- 2-F.4.a.II.5. Protokolle mit den Repräsentanten
1813/1814

2-F.4.a.II.6.	Beilagen
2-F.4.a.ii.7.	Protokolle mit den Repräsentanten 1814/1818
2-F.4.a.II.8.	Fortsetzung bis 1848
2-F.4.a.iii.	Korrespondenz mit der provisori- schen Regierungskommission 1813/1818
2-F.4.a.IV.	Justizwesen (aus der Sicht der provisorischen Regierungskommission)
2-F.4.a.V.	Lieferungen an verbündete Truppen 1813/1816
2-F.4.a.VI.	Equipierung der Bürgergarde
2-G.7.A.No.1.	Befreiung Bremens durch v. Tettenborn
2-G.7.A.No.7.	Einquartierung in der Stadt 1813 ff
2-G.7.A.No.9.	Kriegsführen 1813/1814
2-G.7.A.No. 16	Requisitionen russischer Truppen 1814 ff
2-G.7.A.No.29	Durchmärsche fremder Truppen 1815/ 1816
2-G.7.B.1.No.1.	Zentralverwaltung der durch die verbündeten Mächte besetzten Län- der - Generalia
2-G.7.B.1.No.3.	Sendung Smidts nach Frankfurt etc. 1813/1814
2-G.7.B.1.No.5.	Wekomplimentierung des Kronprin- zen von Schweden etc.
2-G.7.B.1.No.7.	Ankunft des Herzogs von Cambridge Feb. 1814
2-G.7.B.2.	Pariser Frieden vom 30.5.1814
2-G.7.B.3.	Allianztraktat vom 25.3.1815 samt bremischer Akzession
2-G.7.B.5.a.	Pariser Frieden vom 20.11.1815 - Generalia
2-G.7.B.6.No.8	Einquartierung besonders von Dänen
2-G.7.B.6.No.10	Verpflegungskosten etc.
2-G.7.B.7.	Bündnis Österreichs, Rußlands, Englands und Preußens gegen Napoleon, Beitritt Bremens hierzu 1815/1816

- 2-G.7.c.1 Durch die Befreiungskriege
veranlaßte außerordentliche
innere Einrichtungen und Ver-
hältnisse - Generalia
- 2-G.7c.4.a Bequartierungsdeputation
- Generalia 1813 - 1831
- 2-G.7.c.6. Frauenverein zur Verpflegung
verwundeter Krieger
- 2-J.5.b.1. Das bremische Territorium
vor der Jahrhundertwende,
intus: Heinekensche Karte von
1798
- 2-J.5.b.8.c. Reichsdeputation zu Regens-
burg 1803, Karten des bremi-
schen Gebiets
- 2-J.5.c.2. Reorganisation des reichs-
städtischen Kollegiums, Be-
richte Horns 1802/1803
- 2-J.5.c.3. Briefe Grönings aus Paris
an Horn in Regensburg 1802/1803:
Elsflether Zoll, Erwerb
hannoverscher Besitzungen etc.
- 2-J.5.c.4. Briefe Horns aus Regensburg
an Gröning in Paris 1802/1803
- 2-M.1.c.1. Bremens Verhältnis zum Rhein-
bund , grundsätzliche poli-
tische Erwagungen Smidts
- 2-M.3.a.1. Deutsche Bundessachen - Generalia
- 2-M.3.a.2.a. Sendung Smidt zum Wiener Kongress
- Instruktion für Smidt
- 2-M.3.a.2.b. Berichte Smidts 1814/1815
- 2-M.3.a.3. Deutsche Bundesakte, Entstehung,
Ratifikation etc.
- 2-M.3.a.4. Europäische Kongressakte vom
9.6.1815, Beitritt Bremens
- 2-M.3.a.5. Verhandlungen über freie Fluß-
schiffahrt in Wien
- 2-M.3.b.2.a.4. Protokolle der deutschen
Bundesversammlung

- 2-M.3.b.3.b.2.c.1. Korrespondenz Grönings mit
Smidt in Wien und Frankfurt
vom 2.9.1814 bis zum 19.7.1815
(Mikrofilm, Original in Potsdam)
- 2-M.3.b.3.b.2.c.4. Desgleichen vom 5.4.1819 bis
14.6.1821
- 2-M.3.b.5. Publikation der Bundesbeschlüsse
und Verhandlungen deshalb
- 2-M.3.c.6.a. Militärverfassung des deut-
schen Bundes - Generalia
- 2-M.3.c.6.b.1.a. Das deutsche Bundesheer im
Allgemeinen - Diversa
- 2-M.3.d.2.a. Karlsbader Kongress und
Wiener Ministerialkonferenzen
1819/20 - Generalia
- 2-M.3.d.2.b. Verhandlungen darüber im
Bundestag, Gesandtschaftsberichte etc.
- 2-M.3.d.2.c. Protokolle des Karlsbader
Kongresses von 1819
- 2-M.3.d.2.e. Gemeinschaftliche Gesandtschaft
der vier freien Städte zu den
Ministerialkonferenzen
- 2-P.6.a.9.c.3.b.No.72 Wittheitsprotokolle 1818/19
(Entwürfe, Original in Potsdam)
- 2-P.6.a.9.c.3.b.No.73 Wittheitsprotokolle 1820
(Entwürfe, Original in Potsdam)
- 2-P.6.a.9.c.3.b.No.74 Wittheitsprotokolle 1821
(Entwürfe, Original in Potsdam)
- 2-P.8.A.6.a.1. Bürgerrecht - Generalia
- 2-P.8.A.8.a. Bürgerrecht Auswärtswohnender
- 2-P.8.A.9.a. Verlängerung des Bürgerrechts
- 2-P.8.A.10.a. Verlust des Bürgerrechts - Generalia
- 2-P.8.B.1. Schutzgerechtigkeit, überhaupt
1633 bis 1851
- 2-P.8.E.2.c.Vol.I. Juden im bremischen Staat 1813
bis 1825
- 2-P.9.c.A.II.No.16 Kurtzrockscher Vergleich 1680/81
- 2-P.9.c.A.XV. Gesetze des Collegium Seniorum

2-P.9.c.A.XIX.	Ansprüche des Collegium Seniorum 1848/49
2-P.9.d.1.a.No.15	Des Kaufmanns Johannes Rösing Umtriebe etc.
2-P.9.d.1.b.	Berechtigung und Verpflichtung zum Besuch des Bürgerkonvents
2-P.9.d.3.c.1.	Bürgerkonventsprotokolle 1522 bis 1677
2-P.9.d.3.c.2.	dto, 1678 bis 1703
2-P.9.d.3.c.3	dto, 1704 bis 1754
2-P.9.d.3.c.32	dto, 1813/14
2-P.9.d.3.c.33	dto, 1815
2-P.9.d.3.c.34	dto, 1816
2-P.9.d.3.c.35	dto, 1817 bis 1822
2-P.10.b.1.	Rang, Titel usw. im bremischen Staate
2-Qq.10.B.II.16.	Rechtsmittel der Revision und Supplikation
2-Qq.10.C.3.b.	Alte Gerichtsordnung
2-Qq.10.C.3.c.	Verhandlungen über die Gerichtsordnung 1814
2-Qq.10.C.1.a.	Gerichtsordnung 1820 - Generalia
2-Qq.10.G.1.a.	Oberappellationsgericht - Generalia
2-Qq.10.G.1.b.	Senatsverhandlungen darüber
2-Qq.10.G.1.c.	Bürgerkonventsverhandlungen darüber
2-Qq.10.G.1.d.	Verhandlungen darüber durch die gemeinschaftliche Deputation
2-Qq.10.G.2.a.	Ordnung des Oberappellationsgerichts von 1820
2-R.3.G.1.a.	Schoß und Kollekte allgemein
2-R.3.G.1.b.	Geschichte von Schoß und Kollekte
2-R.3.G.2.a.	Revision der Schoßordnung
2-R.6.a.1.b.	Kommandeure etc. der Bürgerwehr
2-R.6.a.5.	Ausrüstung und Kosten der Bürgerwehr
2-R.6.a.9.	Bestrafung der Wehrmänner
2-R.6.a.15.	Kosten der drei ersten Batallione 1815 bis 1852

2-K.6.a.17	Diversa zum Feldbatallion 1814 bis 1820
2-R.6.a.18	Disziplinalgesetze
2-R.6.b.1.a.1.	Bremisches hanseatisches Feldbataillon, allgemein
2-R.6.b.2.a.	dto, nach dem Feldzug von 1815
2-R.6.n.	Durchziehende fremde Truppen
2-S.1.III.	Aufhebung der Zünfte in der französischen Zeit und deren Wiederherstellung nach 1813
2-f.6.m.1.	Ordnung, Verfassung und Gesetze des Hauses Seefahrt - Generalia
2-U.15.pp.	Abschaffung des Elsflether Zolls vor 1810
2-U.15.ww.1.	Wiederherstellung des Elsflether Zolls nach 1813
2-U.15.ww.2.	Antrag Bremens auf Abschaffung des Zolls

6,2.F.2.a.II.3. Bürgerverzeichnis 1812/13
(Régistres civiques)

Smidt Archiv:

7,2o.VI.c.a.
7,2o.VI.c.b.
7,2o.VII.c.a.
7,2o.VII.c.b.
7,2o.VII.c.c.

B. Gedruckte Quellen zur bremischen Verfassungsgeschichte

1. Die "alte Verfassung" selbst

Der Stadt Bremen Kundige Rulle, Tafel und Niewe Eendracht, Bremen 1756

Oelrichs, G. (Ed.): Vollständige Sammlung alter und neuer Gesetzbücher der Kaiserlichen und des Heiligen Römischen Reichs Freyen Stadt Bremen, Bremen 1771

Roller, Chr. N.(Ed.): Grundsätze der kaiserlichen und reichsfreien Stadt Bremen, Bremen 1798

Ordnung eines Ehrvesten Hochweisen Raths der Stadt Bremen - Wie es mit den Kleidungen, Verlöbnissen, Hochzeiten, Kindtaufen und Begräbnissen gehalten werden soll, Bremen 1656

2. Ämtliche Druckschriften

Sammlung der Verordnungen und Proclame des Senats der freien Hansestadt Bremen, Bremen 1814 ff
(Meist Jahrgangsbände, Register in der Ausgabe von 1820)
Staatscalender der freien Hansestadt Bremen, Bremen 1814 ff

Neues Bremisches Adreßbuch auf das Jahr 1814, Bremen o.J. (Jährlich neue Ausgaben für die folgenden Jahre)

Hauptbericht der am 5ten April 1814 ernannten gemeinschaftlichen Deputation, enthaltend Vorschläge zu Verbesserungen und näheren Bestimmungen der Verfassung der freyen Hansestadt Bremñ, Bremen 1814
Verhandlungen über die Verfassung der freyen Hansestadt Bremen, Bremen 1818

Verhandlungen über die Verfassung der freien Hansestadt Bremen vom 1.Mai 1818 bis zum 20. Juli 1820, Bremen 1821

Zur Statistik des bremischen Staates, Bremen 1862

Die Bevölkerung des Landes Bremen von 1812 bis 1960, Bremen 1960

3. Zeitungen und Zeitschriften

Hanseatisches Magazin, hgg. von Johann Smidt, Bremen
1799 - 1804

Neue Bremer Zeitung, Jahrg. 1814

Gazette de Brême, Jahrg. 1814

Bremer Wöchentliche Nachrichten, Jahrg. 1814

Bremer Zeitung, Jahrg. 1818

Politisches Wochenblatt für die freie Hansestadt

Bremen, Jahrg. 1832

Hannoversche Zeitung, Jahrg. 1832

Der Komet - Ein Unterhaltungsblatt für die gebildete Lesewelt, Leipzig 1834/1835

4. Dokumente zum Verfassungsrecht/ Bundesrecht

Ghillany, F.W. (Ed.): Diplomatisches Handbuch 1648
bis 1867, Nördlingen 1855/1868

Ders.: Europäische Chronik von 1492 bis Ende April
1877, Leipzig 1865/1878

Huber, E.R. (Ed.): Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, 1803 - 1850, Stuttgart 1961

Martens (Ed.): Nouveau Recueil de traités depuis
1808 jusqu'à présent (1839), 16 Bde, Göttingen 1817/1842
(Hier insbesondere Bd. 2)

Rönnefahrt, H. (Ed.): Konferenzen und Verträge
(Vertragsplötz), Bielefeld 1953

Klüber, J.H. (Ed.): Akten des Wiener Kongresses,
9 Bde, Erlangen 1815/1835

5. Zeitgenössische Darstellungen und Berichte

Donandt, F.: Versuch einer Geschichte des Bremischen
Stadtrechts, Bremen 1830

Ders.: Über die Wehrpflichtigkeitsverordnung der
freien Hansestadt Bremen, Bremen 1832

Ders.: Zur Geschichte der Demokratie in der Bremischen
Verfassung mit Berücksichtigung der neuesten Ereignisse,
Bremen 1848

- Duckwitz, A.: Fragmente aus meinem Leben, Bremen 1842
- (Gildemeister, J. C. F.): Ein Wort über die Berathungsweise in unsern Bürgerversammlungen, Bremen 1815
- Gröning, W.: Promemoria an die öffentliche Meinung in der Sache, welche Herr Johannes Rösing vor ihren Richterstuhl gezogen, Bremen 1845
- Heineken, Ph.: Die freie Hansestadt Bremen und ihr Gebiet, 2 Bde, Bremen 1836/1837
- Mallet, F. (Ed.): Christlicher Volkskalender No.4, Bremen 1839
- Rösing, J.: Morgen, Mittag, Abend, Nacht, Braunschweig 1831
- Mers.: Ein Wort an meine Mitbürger über die Wegnahme der Traktätchen aus dem Krankenhause in Bremen, Braunschweig 1832
- Ders.: Constitutionelle Verhandlungen zwischen Rath und Bürgerschaft der freien Hansestadt Bremen und Hinblick auf die am 8. Februar 1831 erwählte und beidigte Verfassungsdeputation, Bremen 1834
- Ders.: Die Völkerschlacht bei Leipzig am 18. October 1813, Bremen 1838
- Ders.: An Bremens gemeinen Mann von dessen Mitbürger Johannes Rösing, Leipzig 1843
- Ders.: Das Criminalgericht in Bremen, vor den Richterstuhl der öffentlichen Meinung gezogen, Leipzig 1844
- Smidt, Joh.: Beiträge zur Forderung des Gemeinsinns und republikanischen Staatslebens, Bremen 1831
- Ders.: Patriotische Meinungen und Rückblicke, hgg. von H. Smidt, Bremen 1873
- Tidemann, A.D.: Rückblick auf die Alte Verfassung der freien Hansestadt Bremen, Bremen 1814
- (Nur teilweise gedruckt, vgl. 2-E.12.b. Ebenfalls in Bremen geführt unter: Ac. 3o. a.)
- Voget, F.L.: Über staatsbürgerliche Anforderungen unserer Zeit, Bremen 1831

Wurm, Chr.F.: Verfassungsskizzen der freien und Han-
sestädte Lübeck, Bremen und Hamburg, Hamburg 1841

C. Sekundärliteratur Bremen betreffend

- Achtermann, K.: Der Entwicklungsgang der bremischen Cigarrenindustrie und die soziale Lage der bremischen Cigarrenarbeiter, Diss. Göttingen 1922
- Baasch, E.: Die Hansestädte und die Barbaresken, in: Beiträge zur deutschen Territorial- und Stadtgeschichte, 1.Ser., 3.Heft, Kassel 1897
- Becker, A.: Armut, Arbeits- und Wohnungsnot im alten Bremen, in: Bremer Nachrichten 26.4.1931
- Bessell, G.: Geschichte Bremerhavens, Bremerhaven 1927
- Ders. : Bremen - Geschichte einer Stadt, Bremen 1955
- Ders. : Heimatchronik der Stadt Bremerhaven, Köln 1955
- Beutin, L.: Fichte und Johann Smidt, in: Brem. Jb. Bd.32, 1929
- Ders. : Bremen und Amerika, Bremen 1953
- Beyer, J.: Bilder aus der Geschichte Bremens im 19.Jahrhundert, Bremen 1903
- Biebusch, W.: Revolution und Staatsstreich - Verfassungskämpfe in Bremen von 1848 bis 1854, VStB, H.40, Bremen 1973
- Bippen, W.v.: Aus Bremens Vorzeit, Bremen 1858
- Ders. : Geschichte der Stadt Bremen, Bd.3, Halle/Bremen 1904
- Ders. : Smidt in der französischen Zeit, in: Brem.Jb., Bd.22, 1909
- Ders. : Johann Smidt, ein hanseatischer Staatsmann, Stuttgart/Berlin 1921
- Ders. : Die Gründung des Lübeckischen Appellationsgerichts, in: Hans. Gesch.Bl., Jg.1890/91, Leipzig 1892
- Böhmert, V.: Bürgermeister Smidt und sein Einfluß auf die Verfassungsentwicklung in Bremen, in: Bremer Nachrichten 17., 20., 22. und 27.3.1926
- Bollmann, J.: Bremisches Staats- und Verwaltungsrecht, Bremen 1904
- Brandes, E.: Die gesellschaftspolitische Bedeutung "geschlossener Heiratskreise" (soziale Inzucht), gezeigt am Beispiel des "Bremer Überseekaufmanns" in seiner Herkunft und sozialen Verknüpfung seit Aufnahme des großen Überseehandels, Masch.Hausarb. Göttingen 1961

- Branding, U.: Die Einführung der Gewerbefreiheit
in Bremen und ihre Folgen, VStB, H. 19, Bremen 1951
- Bremische Biographie des neunzehnten Jahrhunderts,
hgg. v. d. Histor. Gesellschaft des Künstler-
vereins, Bremen 1912
- Buchenau, F.: Die freie Hansestadt Bremen und ihr
Gebiet, Bremen 1900
- Bulle, C.: Das erste Jahr in Frankfurt, in:
Johann Smidt, ein Gedenkbuch zur Sakularfeier
seines Geburtstags, Bremen 1873
- Club zu Bremen, Hundertfünfzig Jahre Bremer Club-
leben, Bremen 1933
- Dammann, H. H.: Militärwesen und Bürgerbewaffnung
der freien Hansestädte in der Zeit des Deutschen
Bundes von 1815 bis 1848, Diss. Hamburg 1958
- Duckwitz, A.: Denkwürdigkeiten aus meinem öffent-
lichen Leben von 1841 bis 1866, Bremen 1877
- Duckwitz, R.: Daten aus der Familiengeschichte
Duckwitz in Bremen, in: Club zu Bremen, Bremen 1933
- Duntze, J. H.: Geschichte der freien Stadt Bremen,
Bd. 4, Bremen 1851
- Dünzelmann, E.: Die bremische Kaufmannsgilde und
ihre Elterleute, in: Brem. Jb. 18, 1896
- Duwe, H.: Die Bremer Verfassung von 1813 bis 1848 -
Die staats- und verfassungsgeschichtliche Stellung
Bremens, Diss. Kiel 1952
- Elstermann, E.: Die Lederarbeiter in Bremen, Bremen 1911
- Engelsing, R.: Bremisches Unternehmertum.
Sozialgeschichte 1780 bis 1870, in: Jb. d. Wittheit
zu Bremen, Bd. 2, 1958
- Ders. : Johann Smidt, 1773 bis 1857, in: Männer der
deutschen Verwaltung, 23 biographische Essays,
Köln/ Berlin 1963
- Ders. : Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und
Unterschichten, Göttingen 1973
- Entholt, H.: Bürgermeister Smidt, in: Bremer Zeitung
30. 4. 1927

- Ders.: Bremens Handel, Schiffahrt und Industrie
im 19.Jahrhundert , in: Die deutsche Wirtschaft
und ihre Führer, Bd.5., Gotha 1928
- Ders. : Kaufmannschaft und Staatsverwaltung,
in: Weser-Zeitung 31.5. und 2.,4. und 5.6.1930
- Ders.: Der Schütting - Das Haus der bremischen
Kaufmannschaft, Bremen 1931
- Ders. : Bürgermeister Smidt in der Zeit der deutschen
Revolution, Brem. Weihnachtsblätter, Bremen 1938
- Ders.: Von bremischen Ratmännern des 19.Jahr-
hunderts, Brem.Weihnachtsblätter, Bremen 1941
- Ders. : Bürgermeister Smidt und seine Korrespon-
denten, in: Brem.Jb.,Bd.42, 1947
- Fatthauer, H.: Die bremischen Metallgewerbe vom
16. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts,
VStB, H.13, 1936
- Feldmann, F.: Aus der politischen Vergangenheit der
Hansestadt Bremen - Verfassungskämpfe, Umwälzungen,
Ringens des demokratischen Gedankens, Bremen 1920
- Festerling, H.: Bremens deutsche und hanseatische
Politik in der ersten Hälfte des 19.Jahrhunderts,
VStB, H.33, Bremen 1964
- Freie Hansestadt Bremen - werden, Vergehen, Wiederauf-
bau, Bremen 1947
- Fuhse, G.: Die freie Hansestadt Bremen in wirtschaf-
tsgeschichtlicher Entwicklung, Bremen 1927
- Gildemeister, O.: Die freie Hansestadt Bremen in ihrer
politischen und kulturgeschichtlichen Entwick-
lung, in: Die Gegenwart, Bd.VIII, Leipzig 1852
- Hagedorn, A.: Gedenkblatt zur Erinnerung an die
Einsetzung des Oberappellationsgerichts der
vier freien Städte Deutschlands in Lübeck am
13.November 1820, Hamburg o.J. (1920)
- Hermes, D.: Die Anfänge der bremischen Industrie.
Vom 17.Jahrhundert bis zum Zollanschluß (1888),
VStB, H.20, Bremen 1952

- Hiensch, J.: Die bremische Gerichtsverfassung von
der ersten Gerichtsordnung bis zur Reichs-
justizgesetzgebung 1751 bis 1879, VStB, H. 33, Bremen 1964
- Höfinghoff, E.: Die bremischen Textilgewerbe vom
16. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Bremen 1933
- Kastendiek, H.: Der Liberalismus in Bremen,
Diss. Kiel 1951
- Klischies, W. Chr.: Die Verfassungs- und staats-
rechtliche Entwicklung Bremens von einer mittel-
alterlichen Reichstadt zu einem modernen Ver-
fassungsstaat unter Berücksichtigung der Ver-
fassungen von 1849 und 1854, Diss. Kiel 1955
- De Koopmann tho Bremen. Ein Fünfhundertjahr -
Gedenken der Handelskammer Bremen. Dreizehn
Aufsätze zur Geschichte des Bremer Kaufmanns
und der bremischen Wirtschaft, Bremen 1951
- Kretzschmar, J.: Johann Friedrich Hach, Senator und
Oberappellationsrat in Lübeck, in: Pflingstbl.
d. Hans. Gesch. Ver., Bd. 17, 1926
- Küthmann, A.: Die Aufhebung des Elsflether Zolls,
in: Brem. Jb. 17, 1895
- Lemelson, F.: Die bremische Bürgerwehr 1813 bis 1853,
in: Brem. Jb., Bd. 33, 1931
- "Die Maus", Gesellschaft für Familienforschung,
Jahrg. 5, Bremen 1929 ff.
- Merling, K.: Die Deputationen der Bremer Verfassung,
Diss. Leipzig 1917
- Müller, K.: Die Staats- und verfassungsrechtliche
Entwicklung in Bremen bis zum Jahre 1848
(Die reichsstädtischen Ratsverfassung) unter
Berücksichtigung von Hamburg und Lübeck,
Diss. Leipzig 1931
- Nixdorf, W.: Bischoff Draseke, Masch. Diss. Halle 1960
- Perthes, C. Th.: Friedrich Perthes Leben nach dessen
schriftlichen und mündlichen Mitteilungen,
2 Bde, Göttingen 1861

- DePorre, E.: Quellen zur Militar- und Kriegsgeschichte
im Staatsarchiv Bremen, in: Jb. der Wittheit
zu Bremen, Bd. XVI, Bremen 1972
- Ders.: Vorsteher und Oberalte als Organe des Hauses
Seefahrt, Masch. Manusk. im Staatsarchiv Bremen
- Prange, K.: Die bremische Kaufmannschaft des 16.
und 17. Jahrhunderts in sozialgeschichtlicher
Sicht, Bremen 1963
- Prüser, F.: Heimatchronik der freien Hansestadt
Bremen, Köln 1955
- Ders.: Hundert Jahre Gebrüder Nielsen, in :
700 Jahre Bremer Mühlen, Bremen 1937
- Ders.: Der Schütting, in : De Koopmann tho Bremen,
Bremen 1951
- Reincke, K.: Das bremische Bürgerrecht, in: Brem. Jb.,
Bd. 32, 1929
- Rüte, D.F.: Plan der Stadt Bremen von 1811, in:
Freie Hansestadt Bremen - Werden, Vergehen,
Wiederaufbau, Bremen 1947
- Rüthnick, K.: Bürgermeister Smidt und die Juden
(Bremens Judenpolitik 1803 bis 1848), Bremen o.J.(1934)
- Sasse, G.: Bremisches Zeitungswesen bis 1848,
Diss. Leipzig 1932
- Schaefer, H.L.: Bremens Bevölkerung in der ersten
Halfte des 19. Jahrhunderts, VStB, H. 25, Bremen 1957
- Schnepel, H.: Die Reichsstadt Bremen und Frankreich
von 1789 bis 1813, Bremen 1935
- Schulze-Smidt, B.: Bürgermeister Johann Smidt.
Das Lebensbild eines Hanseaten, Bremen 1913
- Schumacher, H.A.: Zur Geschichte des Schüttings,
in: Brem. Jb., Bd. 5, 1870
- Schwarz, K.: Kompanien, Kirchspiele und Konvent in
Bremen 1605 - 1814, VStB, H. 37, Bremen 1969
- Schwebel, H.: Tonnen und Baken, in: De Koopmann tho
Bremen, Bremen 1951
- Ders.: Die Elterleute als Worthalter der Bürgerschaft,
in: De Koopmann tho Bremen, Bremen 1951

- Ders.: Klaus Seefahrt, Bremen 1947
- Ders.: Die bremische Freiheit, in: Jb.d.Brem.
wissenschaft, Bd.1, 1955
- Ders.: Zu Johann Smidts Staatsidee, in: Jb.d.
Manner vom Morgenstern, Bd.45, Bremen 1964
- Sieveking, H.: Karl Sieveking 1787 - 1847,
3 Bde, Hamburg 1923 - 1928
- Sievers, H.: Das Staatsrecht der freien Hansestadt
Bremen, in: Marquardsens Handbuch des öffentlichen
Rechts, Bd.3, Hb.2, Freiburg/Tübingen 1884
- Johann Smidt. Ein Gedenkbuch zur Sacularfeier seines
Geburtstags. Hgg.v.d.Historischen Gesellschaft
d. Künstlervereins, Bremen 1873
- (Johann Smidt). Der große Bürgermeister, Bremen 1957
- Spitta, Th.: Bürgermeister Smidt, in: Abhandlungen
und Vorträge, Schriften der Bremer wissenschaftl.
Gesellschaft, Reihe D, Jg.1, H.1, Bremen 1926
- Ders.: Allgemeine Gedanken zum Verfassungsrecht
unter besonderer Berücksichtigung der bremischen
Verfassung, in: Brem.Jb., Bd.43, 1951
- Steuernagel, W.: Die Geschichte der bremischen
Konsumsteuer und ihre Stellung im Rahmen des
bremischen Steuersystems, VStB, H.2, Bremen 1929
- Stuckenschmidt, H.: Das bremische Feldbataillon
1813 bis 1867, in: Brem. Jb., Bd.35, 1935 und
Bd.36, 1936
- Tidemann, H.: Abriß der Geschichte der Freien Hanse-
stadt Bremen, Halle 1914
- Ders.: Die Zensur in Bremen von den Karlsbader Be-
schlüssen 1819 bis zu ihrer Aufhebung 1848,
in: Brem.Jb., Bd.31, 1928 und Bd.32, 1929
- Ders.: Bremische Verfassungskämpfe von 1830 bis 1837,
in: Brem.Jb., Bd.37, 1937
- Tideman, W.: Die geschichtliche Entwicklung des
bremischen Wahlrechts zu Senat und Bürgerschaft,
Masch. Diss. Würzburg 1921

- Wätjen, H.: Die Memoiren des Senators Dr.Theodor Berch (1781 -1830) , in: Brem.Jb. Bd.23, 1923
- Wiedemann, H.: Die Außenpolitik Bremens im Zeitalter der französischen Revolution 1794 bis 1803, Bremen 1960
- Wogatzki, H.: 120 Jahre oberste hanseatische Gerichte, in: Das hanseatische Oberlandesgericht, Gedenkschr. zu seinem 60jährigen Bestehen, Hamburg 1939
- Wolfard, A.: Die staatsrechtliche Stellung des bremischen Senats, Bremen 1926

D. Allgemeine Sekundärliteratur

- Beutin, L.: Das Bürgertum als Gesellschaftsstand
im 19. Jahrhundert, in: Blätter für deutsche
Landesgeschichte, 90. Jg., 1953
- Bloch, E.: Naturrecht und menschliche Würde,
Frankfurt 1972
- Ellwein, Th.: Das Erbe der Monarchie in der
deutschen Staatskrise, München 1954
- Erdmann, K.D.: Die Zukunft als Kategorie der Ge-
schichte, in: HZ 198, 1964
- Federici, F.: Der deutsche Liberalismus. Die Ent-
stehung einer politischen Idee von I. Kant bis
Th. Mann, 1946
- Flechtheim, O.K.: History and Futurology,
Meisenheim am Glan 1966
- Fraenkel, E. und Bracher, K.D.: Staat und Politik,
Frankfurt 1957
- Gabientz, O.H.v.d.: Reaktion und Restauration,
in: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie.
Festschrift für Hans Herzfeld, Berlin 1958
- Gebhard, B. (Ed): Handbuch der deutschen Geschichte,
Bd. III, 8. Aufl., 1960
- Geiger, Th.: Die soziale Schichtung des deutschen
Volkes, Stuttgart 1932
- Griewank, K.: Der Wiener Kongreß und die europäische
Restauration 1814/15, 2. Aufl., 1954
- Hartung, F.: Deutsche Verfassungsgeschichte, 1950
- Hippel, E.v.: Geschichte der Staatstheorien, 1953
- Hofmann, H.: Legitimität gegen Legalität, 1964
- König, R. (Ed): Soziologie, Frankfurt 1970
- Ders.: Alte Probleme und neue Fragen in der Familien-
soziologie, in: KZfSS 19, 1966
- Manheim, K.: Ideologie und Utopie, Frankfurt 1953
- Meinecke, F.: Weltbürgertum und Nationalstaat
Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates,
Leipzig 1911

- Schieder, Ph.: Das Problem der Revolution im
19. Jahrhundert, in: HZ 170, 1950
- Schmidt, C.: Legalität und Legitimität, 1932
- Sell, C.: Die Tragödie des deutschen Liberalismus,
1953
- Arbik, H.v.: Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit
vom Heiligen Reich bis Königgrätz, 2 Bde, München 1935
- Stübiger, H.: Armee und Nation. Die pädagogisch -
politischen Motive der preußischen Heeresreform
1807 bis 1814, Frankfurt 1971
- Thadden, R.v.: Restauration und Reform als Problem
der nachnapoleonischen Zeit. (Vortrag. Zu-
sammenfassung in : Weser-Kurier, 7.11.1973)
- Wagner, P.: Geschichtswissenschaft, Freiburg/München 1951
- Winkelmann, J.: Die verfassungsrechtliche Unter-
scheidung von Legalität und Legitimität , in:
Zeitschrift f.d. ges. Staatswissenschaft,
Bd.112, 1956
- Zehntner, H.: Das Staatslexikon von Rotteck und
Welcker. Eine Studie zur Geschichte des deutschen
Frühliberalismus, Jena 1929

L e b e n s l a u f

- 22.5.1937 in Bremen als Sohn des Oberschulrats Hans Jansen und seiner Ehefrau Fried, geb. Wobbe, geboren
- 1944-57 Schulbesuch in Bremen
- 15.3.1957 Abitur an der Oberschule an der Dechanatstrasse, Bremen
- SS 1957-
SS 1960 Studium der Geschichte, Anglistik, Germanistik und Pädagogik,
- SS 1957 an der Christian-Albrecht-Universität Kiel,
- WS 1957-SS 58 an der Universität Hamburg,
- WS 1958-SS 60 an der Philipps-Universität Marburg/Lahn
- WS 1960-SS 61 Assistant Teacher an der Queen Elizabeth's Grammar School, Barnet/London
- WS 1961-WS 64 Fortsetzung des Studiums an der Philipps-Universität Marburg/Lahn
- 12.3.1962 Vorexamen in Pädagogik
- 21.6.1965 Staatsexamen in den Fächern Geschichte und Anglistik
- 17.9.1965 Eheschließung mit Frl. Marianne Strohmeier, Dr.med.
- WS 1965-
SS 1967 im Auftrage des DAAD, Bad Godesberg, Lektor der deutschen Sprache an der University of Rajasthan, Jaipur/Indien
- Sept.1967-
Aug.1969 Referendar am Staatlichen Studienseminar, Lübeck
- 31.8.1969 Assessorenprüfung in Lübeck
- Seit Sept.1969 Dozent an der Hochschule für Technik, Bremen

Meine akademischen Lehrer waren die Herren Professoren: Abendroth, Berger, Borinski, v.Bracken, O.Branner, Büttner, Carstensen, Düker, Ebbinghaus, Erdmann, Fischer, Froese, Grabowski, Habicht, Kleinstück, Koppe, Kühnelt, Lommers, Oppel, Pretzel, Pyritz, Reich, Rudolph, Schmitt, Taeger, Uhlhorn, Wagner, v.Weizsäcker, Wenskus und Zechlin.

Für die Anregung und Betreuung der vorliegenden Arbeit - noch über die Emeritierung hinaus - bin ich Herrn Prof.Dr. Wagner, Ordinarius für Neuere Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, zu Dank verpflichtet.

H. Jansen

(Hans G. Jansen)

